

Die Sicherheits- und Verteidigungsstrategien der USA 1987 bis 2017

Anspruch und Wirklichkeit

Gunther Hauser

Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie



Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie

Gunther Hauser

Die Sicherheits- und Verteidigungsstrategien der USA 1987 bis 2017

Anspruch und Wirklichkeit

16/2017

Wien, Dezember 2017

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Rossauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
Alle Rechte vorbehalten

Dezember 2017
ISBN 978-3-903121-30-0

Druck:

ReproZ W 17-
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
Einleitung	7
Das sicherheitspolitisch-strategische Verständnis der USA.....	15
Wendejahre und militärische Neuausrichtungen.....	27
Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA 2002 und die „präemptive Verteidigung“	35
Der Einsatz gegen Massenvernichtungswaffen als Doktrin.....	47
Die Militärintervention der USA „gegen den Terrorismus“ spaltet den Irak	51
Die Afghanistan-Pakistan-Strategie von 2009.....	57
Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA aus 2010.....	67
Die Nuklearpolitik der USA	75
Die US-Streitkräfte und das Primat der Politik in Washington.....	83
Irak und Syrien.....	107
Iran	111
Die Politik gegenüber Israel.....	121
Libyen – keine weiteren Interventionen	127
Transatlantische Differenzen mit Europa	133
Die Arktis im Verhältnis USA-Russland.....	143
Asien-Pazifik – der Kampf um die Vormachtstellung.....	149

Das Verhältnis der USA zu Japan	163
Taiwan	167
Nordkorea.....	169
Kuba	187
Die Nationale Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2015 – Herausforderungen der letzten Jahre für die Regierung Obama.....	189
Die USA – ein „Empire“ auf dem Rückzug? Lehren aus den Interventionen.....	195
Die Skepsis in den USA gegenüber internationalen Abkommen.....	203
Die Nationale Sicherheitsstrategie vom Dezember 2017 – „America First“	207
Schlussfolgerungen und Ausblick nach einem Jahr Regierung Trump	209
Literaturverzeichnis	223

Vorwort

Die Strategien großer Mächte gehören – wenig überraschend – seit längerem zu den Schwerpunkten der Forschung am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigung Wien. In der vorliegenden Studie untersucht Hofrat Dr. Gunther Hauser, Ehrenprofessor der Donau-Universität Krems und Leiter des Fachbereichs Internationale Sicherheit, wie sich die Vereinigten Staaten von (Nord-) Amerika in den letzten drei Jahrzehnten welt- und geopolitisch verhalten haben, und welche strategischen Ambitionen hier zum Ausdruck kamen. Der hier betrachtete Zeitraum – beginnend mit dem Ende des „Kalten Krieges“ – sah die USA als die einzige verbliebene „Supermacht“ und Mentor einer „Neuen Weltordnung“, deren Umsetzung aber schon in den 1990er Jahren an Grenzen stieß und die Legende vom vermeintlichen „Ende der Geschichte“ schnell als solche entlarvte. Der Bogen reicht vom Ende der Präsidentschaft Ronald W. Reagan (1981–1989) über die Amtsperioden George H.W. Bush (1989–1993), William Jefferson „Bill“ Clinton (1993–2001), George W. Bush (2001–2009) und Barack H. Obama (2009–2017) bis zum Beginn der Amtszeit von Donald J. Trump. Allein die Liste dieser Namen zeigt die Bandbreite der hinter der amerikanischen Politik stehenden Ideen.

Eine Studie derart jüngster Entwicklungen zeigt rasch die Begrenztheit der verfügbaren Quellen. Mangels der Zugänglichkeit von Archivquellen für diesen Zeitraum orientierte sich der Autor daher an den öffentlich zugänglichen Dokumenten: den Nationalen Sicherheits- bzw. Verteidigungsstrategien der USA sowie den spezifischen Strategien zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen und zur Terrorbekämpfung sowie zur Bekämpfung des transnationalen organisierten Verbrechens und der Cyber Space-Strategie aus 2011. Dazu kommen die alle vier Jahre publizierten Berichte zur Verteidigung („Quadrennial Defense Reviews“, QDRs), die Nationale Strategie für die Sicherheit globaler Versorgungswege von 2012 (mit einem Update von 2013) und die Seestrategie vom März 2015 („Forward Engaged Ready – A Cooperative Strategy for 21st Century Seapower“). Dr. Hauser berücksichtigte überdies die politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der USA und untersuchte, wie sehr die politisch-strategischen Dokumente in der Praxis umgesetzt wurden.

Dem Autor ist für sein Engagement zu danken. Als Ergebnis liegt hier eine umfassende Untersuchung des Themas vor und damit eine Art Handbuch zum besseren Verständnis des Agierens der weltweit immer noch bedeutenden „Supermacht“ USA.

Hofrat Univ.Doz. Dr. Erwin Schmidl
Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik
Landesverteidigungsakademie Wien

Einleitung

Aus dem Ersten Weltkrieg waren die USA als Großmacht hervorgegangen, nach dem Zerfall der Kolonialreiche in Europa – Großbritannien und Frankreich – nach 1945 und dem damit einhergehenden Bedeutungsverlust dieser Staaten hatten die in der Folge den Status einer Supermacht erreicht. So betitelte Der US-Medienmogul Henry Luce bereits im Jahr 1942 in seinem Time Magazine das 20. Jahrhundert als das amerikanische Jahrhundert. Auf der Grundlage der Truman-Doktrin vom 12. März 1947 und der 1948 eingeleiteten Marshallplanhilfe für Europa wurde in den Ländern Westeuropas und auch in wenigen Ländern Mitteleuropas ein umfassendes wirtschaftliches Wiederaufbauprogramm eingeleitet und umgesetzt mit dem Ziel, ie betreffenden Staaten demokratisch-pluralistisch auf der Grundlage stabiler marktwirtschaftlicher Verhältnisse aufzubauen. Prosperierende demokratische Staaten sollten damals somit jenen unter der Führung der Sowjetunion kommunistischen Staaten gegenüberstehen und somit sowjetischen Expansionsbestrebungen trotzen. Zudem sollen sich die verheerenden Folgen der 1919 und 1920 abgeschlossenen Pariser Vororteverträge aus US-Sicht in Form möglicher ähnlicher Verträge nach 1945 nicht wiederholen: „Die hohen Reparationsforderungen an Deutschland hatten die Machtübernahme durch Hitler sicherlich mit begünstigt.“¹

Der neue außenpolitische Grundsatz der USA lautete seit 1947, „freien Völkern beizustehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen.“² Es bildete sich in den 1940er-Jahren der Kalte Krieg heraus. Die Truman-Doktrin definierte „den sowjetischen Totalitarismus als Feind der freien Welt“ (Eindämmungspolitik, Politik des „Containment“).³ Zudem galt es, Deutschland unter demokratischem Vorzeichen in eine gesamte stabile europäische Friedensordnung einzugliedern, eine militärische Wiedererstarkung Deutschlands müsse demnach verhindert werden: am 6. September 1946 wies US-Außenminister James F. Byrnes in seiner Rede zum „Restatement of Policy in Germany“ im Opernhaus von Stuttgart

¹ Hannes Androsch, Europa-Entwurf und Konstruktion zwischen Marshallplan und Globalisierung, in: Europäische Rundschau 2007/4, S. 13-38, hier S. 21.

² Ebenda, S. 22.

³ Ebenda.

darauf hin, „dass Frieden in Europa ohne die Einfügung Deutschlands in ein demokratisches Staatensystem und ohne ökonomische Gesundung des europäischen Kernlandes nicht möglich sein werde.“⁴ Sein Nachfolger John Foster Dulles entwarf in seiner New Yorker Rede vom 17. Januar 1947 erstmals die deutsche Wirtschaftszukunft „in integrativer Abhängigkeit von einer gesamteuropäischen Wirtschaftszukunft.“⁵

Institutionell untermauert durch die am 4. April 1949 gegründete NATO bildete sich in Europa eine gemeinsame Sicherheitsordnung zwischen den USA und westeuropäischen Staaten, wirtschaftlich parallel wurden am 25. März 1957 die Europäischen Gemeinschaften gegründet, die den Gedanken der freien Marktwirtschaften auf der Grundlage pluralistisch-demokratischer politischer Systeme festigen sollte. Zudem bauten die USA Sicherheits- und Verteidigungsbündnisse insbesondere mit Australien und Neuseeland, mit lateinamerikanischen Staaten (OAS) sowie mit Japan aus. In diesem Zusammenhang erlangten auch die „Five Eyes“ (Australien, Großbritannien, Kanada, Neuseeland und die USA) große Bedeutung.

Im Kalten Krieg waren für die USA die Verbreitung von „Freiheit und Demokratie nicht in allen Weltregionen vorrangig. Folglich wurden Diktaturen unterstützt, die sich „im Kampf gegen den Kommunismus“ befanden.⁶ Auch unterstützten und bewirkten die USA den Sturz vieler aus ihrer Sicht „unzuverlässiger“ demokratischer Regierungen während dieser Zeit, so wie jene von Mossadegh im Iran 1953, von Árbenz in Guatemala 1954 oder von Allende in Chile 1973. US-Präsident Richard Nixon erachtete sogar die Demokratie „nicht notwendigerweise als die beste Regierungsform für die Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika.“⁷ „Demokratie“ unterstützte die USA aus „strategischen Gründen“. So war US-Präsident Jimmy Carter bestrebt, den Schutz und die Verbreitung von Menschenrechten auf der Grundlage des Dekalogs von Helsinki 1975, der seitens der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) verfasst wurde, dem auch damals alle kommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas angehörten (so auch die Deutsche Demokratische

⁴ Ebenda, S. 23.

⁵ Ebenda.

⁶ Robert Kagan, *The World America Made*, Vintage Books, New York, January 2013, S. 26.

⁷ Ebenda, S. 26.

Republik, die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und vor allem die Sowjetunion), zu unterstützen. Das Thema Menschenrechte wurde ein „Missionsthema“ unter Carter, insbesondere in Hinblick auf Dissidenten im damals kommunistischen Mittel- und Osteuropa einerseits und auch in Hinblick auf rechtsgerichtete Diktaturen in Lateinamerika andererseits.⁸

Die Regierung unter US-Präsident Ronald Reagan versuchte zunächst, das von Carter favorisierte Thema „Menschenrechte“ hintanzustellen, im Zusammenhang mit dem Rüstungswettlauf mit der Sowjetunion erlangte jedoch die „globale Verbreitung von Freiheit und Demokratie“, die in vielen Menschen des kommunistischen Mittel- und Osteuropa Hoffnung erweckte, als klare politische Mission Priorität.

Die weltpolitischen Vorstellungen der USA lagen gerade seit den 1980er Jahren in der Umsetzung einer „Global Governance“ sowie in diesem Zusammenhang in der Schaffung einer „weltrepublikanischen“ Ordnung, der Gestaltung und Steuerung einer neuen Weltordnung durch die USA.⁹ Bestärkt wurde diese Sichtweise durch den amerikanischen Politikwissenschaftler und Sicherheitsberater Zbigniew K. Brzezinski in seinem Buch „The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostrategic Imperatives“ (New York, 1997): Washington müsse „ohne Wenn und Aber“ davon ausgehen, die „beherrschende Stellung“ Amerikas für noch mindestens eine Generation und wenn möglich noch länger aufrechtzuerhalten.¹⁰ Über zwei Jahrzehnte hinweg schien die sogenannte „internationale Ordnung“ an die USA ausgerichtet worden zu sein, diese stütze sich jedoch ausschließlich auf Staaten mit ähnlicher pluralistisch-demokratischer Auffassung.¹¹

In dieser Studie untersucht der Autor, wie sich die USA als Supermacht zwischen 1987 und 2017 welt- und geopolitisch verhalten hat und im Besonderen, welche jeweilige Machtprojektion („power transition“) die jeweiligen Regierungen der USA auf globaler Ebene umgesetzt haben. Der Autor hat für die Erstellung dieses Bandes der Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie alle dafür erforderlichen und in und für diesen Zeitraum öffentlich zugänglichen Dokumente ausgewertet, so die

⁸ Ebenda, S. 28.

⁹ Heinrich Schneider, Liquidiert Präsident Bush das Völkerrecht?, Working Papers 57 / April 2004, Europainstitut an der Wirtschaftsuniversität Wien, S. 11.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ So Joseph Nye (Harvard University) anlässlich seines Vortrages zum Thema „American Geopolitics in the 21st Century“ an der Landesverteidigungsakademie am 13. Juni 2017.

Nationalen Sicherheitsstrategien (NSS), die Nationalen Verteidigungsstrategien, die Strategien zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen und zur Terrorbekämpfung sowie zur Bekämpfung des transnationalen organisierten Verbrechens, die Cyber Space-Strategie aus 2011, die Quadrennial Defense Reviews (QDRs), die Nationale Strategie für die Sicherheit globaler Versorgungswege aus 2012 (und das Update aus 2013) und die Seestrategie aus 2015 „Forward Engaged Ready – A Cooperative Strategy for 21st Century Seapower (March 2015). Umfassend berücksichtigt sind in diesem Zusammenhang die politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der USA, die zur (teilweisen) Umsetzung der politisch-strategischen Dokumente geführt haben.

Strategie beinhaltet ein planvolles Streben nach einem bestimmten längerfristigen Ziel und setzt die planvolle Realisierung längerfristiger Interessen voraus. Strategie ist gekennzeichnet durch klar bestimmte Zielsetzungen, einen bestimmten längerfristigen Zeithorizont sowie ein planvolles Vorgehen. Mit jeder Zielsetzung ist implizit/explicit auch ein Interesse verbunden.¹² Für den amerikanischen Politikwissenschaftler Joseph Nye ist Strategie „die Fähigkeit, Ressourcen so zu kombinieren, dass gesetzte Ziele erreicht werden.“ Sie ist der „Schlüssel zu intelligenter militärischer Macht.“¹³ Nye kreierte 2004 den Ausdruck „Smart Power“ (intelligente Macht), „der für eine Kombination von harter und weicher Macht zu erfolgreichen Strategien steht.“¹⁴ Für die Durchsetzung einer Strategie sind demnach Faktoren der Hard Power sowie jene der Soft Power notwendig. Hard Power bezieht sich auf die Fähigkeit zur Ausübung militärischer Macht sowie die direkte Kontrolle über Territorien und Ressourcen einschließlich Erzwingungsoption (power to coerce). Die Soft power beinhaltet die Fähigkeit zur Überzeugung und zur Verhaltensänderung durch Anziehungskraft (power to attract). Bei Strategien kommt es darauf an – nach Karl Jaspers – „ganz gegenwärtig zu sein.“¹⁵

Im Laufe der Zeit hat sich die Verwendung des Begriffes „Strategie“ ziemlich verändert: „Strategie“ kam aus dem militärischen

¹² Ashton B. Carter, William J. Perry, Preventive Defense. A New Security Strategy for America, Brookings Institutions Press, Washington D.C. 1999, S. 9.

¹³ Joseph Nye, Macht im 21. Jahrhundert. Politische Strategien für ein neues Zeitalter, Siedler Verlag, München 2011, S. 75.

¹⁴ Ebenda, S. 15.

¹⁵ Zitiert in: Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, 2. Auflage, Serie Piper, München, im Dezember 1991, S. 23.

Bereich und ist nun weiter geworden, „und der Gebrauch des Begriffs hat zunehmend den Einfluss der Politik auf die Strategie anerkannt. Man muss also bei der Entwicklung dieses Begriffes gesellschaftliche Institutionen, Normen und Verhaltensmuster mit in Betracht ziehen, und ganz besonders die Politik, die sie leitet, und die Kultur, die sie beeinflusst.“¹⁶ Strategie ist in der Folge auch „die Vorbereitung und direkte oder indirekte Anwendung aller Mittel eines Staates oder eines Bündnisses zur Erreichung des Staats- oder gemeinsamen Bündniszieles im Frieden, in einer Krise oder anlässlich eines (auch bewaffneten) Konflikts in einem bestimmten Raum-Zeit-Macht-Kalkül.“¹⁷ Zudem ist die Strategie „der Einsatz jeglicher verfügbaren Mittel, vor allem des Mittels der Streitkräfte, zu politischen Zwecken, mit dem Ziel, dem Gegner die eigene Politik und den eigenen Willen aufzuzwingen bzw. seinen Willen zu widerstehen.“¹⁸ Demnach ist ebenso die Art, „in der eine Gesellschaft Krieg führt, [...] ein Spiegel dieser Gesellschaft selbst.“¹⁹ Die Politik ist gefordert, die erforderlichen Mittel bereitzustellen und um Ziele vorzugeben: „Ziele und Mittel müssen kompatibel und kongruent sein, und in das Raum-Zeit-Macht-Kalkül passen.“²⁰ Der Begriff „Strategie“ wird jedoch weiterhin uneinheitlich verwendet, ursprünglich ist der Feldherr (griechisch *strategós*) derjenige, „der Strategie anwendet“. Strategie steht also für die Kunst und die Fähigkeiten eines Feldherrn, seine Ziele auf der Grundlage der erforderlichen Mittel, die dieser zur optimalen Zielerreichung benötigt, zu erreichen.²¹

Im Rahmen dieses Projektes wurden primär die Gesamtstrategien der USA seit 1987 sowohl vertikal (d.h. entlang der eigenen Entwicklungslinie) als auch horizontal (d.h. untereinander) umfassend und mit Hinweis

¹⁶ Beatrice Heuser, *Den Krieg denken. Die Entwicklung der Strategie seit der Antike*, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2010, S. 17f.

¹⁷ Andrea K. Riemer, *New World Order, Grand Strategies, Gesamtstrategien im 21. Jahrhundert: Eine kritische Einschätzung*, Handout, Vortrag im Rahmen des Strategie-Round Table an der Landesverteidigungsakademie Wien am 29. Juni 2004, Institut für Strategie und Sicherheitspolitik, S. 5.

¹⁸ Beatrice Heuser, *Den Krieg denken. Die Entwicklung der Strategie seit der Antike*, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2010, S. 18.

¹⁹ So Harry Sidebottom, *Ancient Warfare. A Very Short Introduction*, Oxford 2004, zitiert in: Beatrice Heuser, *Den Krieg denken. Die Entwicklung der Strategie seit der Antike*, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2010, Vorwort.

²⁰ Ebenda.

²¹ Ebenda, S. 18.

auf einzelne Teilstrategien miteinander verglichen. Im Zentrum standen dabei folgende Forschungsfragen:

- Wie ordnete die jeweilige amerikanische Regierung ihr Land in die internationale Ordnung ein?
- Welche amerikanischen Interessen stehen dabei im jeweiligen Mittelpunkt und werden seitens der US-Regierungen als schützenswert eingestuft?
- Wie lauten die strategischen Ziele der USA?
- Mit welchen Mitteln und Fähigkeiten sollen diese umgesetzt werden?
- Wie sollen diese Mittel und Fähigkeiten wann und wo eingesetzt werden?
- Welche Defizite wurden im Laufe der letzten drei Jahrzehnte sichtbar?
- Wie weit soll seitens der USA bei der Bewältigung gegenwärtiger und künftiger Herausforderungen uni- oder multilateral gehandelt werden?
- Welcher Stellenwert wird internationalen Kooperationen zugemessen?
- In welcher Form soll seitens der US-Regierungen international kooperiert werden?
- Welche strategischen Herausforderungen bildeten die Ausgangslage für gesamtstrategische Überlegungen der USA?
- Wie haben sich die jeweiligen Herausforderungen in den einzelnen Jahrzehnten in Priorität und Handlungsumsetzung verändert?
- Wie werden die einzelnen Herausforderungen und Risiken im Vergleich zu einander gewichtet?
- Wie wurde jeweils das internationale Umfeld beschrieben und eingeschätzt?

In diesem Zusammenhang wurde – ausgehend vom sicherheitspolitisch-strategischen Verständnis der USA – das „Policy-making“ in Hinblick auf den Strategieformulierungsprozess umfassend berücksichtigt. Zudem geht aus den jeweiligen Strategien hervor, welche eigene Wahrnehmung die jeweiligen US-Regierungen strategisch kommunizierten, insbesondere was den Akteursanspruch, den Gestaltungswillen sowie die Präferenzen in

Zusammenhang mit Kooperationen in und mit internationalen Organisationen und geografische Schwerpunktsetzungen betreffen. Berücksichtigt wurden auch die „Brüche“ in der sicherheitspolitisch-strategischen Entwicklung: endogene und exogene Faktoren, die zu Neupositionierungen in der Einschätzung der sicherheitspolitisch-strategischen Lage führten. Ebenso wurde die Streitkräfteentwicklung der USA (deren Aufgaben) und die Rüstungspolitik weitgehend analysiert sowie die gesamtstrategischen Entwicklungen ausgehend von der US-Regierung unter Präsident Ronald Reagan bis zur Regierung des US-Präsidenten Donald Trump. Diese Studie beabsichtigt, einen gesamtstrategischen Überblick der USA während der letzten 30 Jahre zu geben – auf der Grundlage von Dokumenten, Sekundärliteratur sowie Aufzeichnungen, die seitens des Autors anlässlich eines dreiwöchigen Besuches im Rahmen des International Visitors Program (IVP) des amerikanischen Außenministeriums (United States Department of State) im November 2003 erstellt wurden. In der Methodik bei der Erstellung dieser Studie wurden zunächst Primärquellen text- und inhaltsanalytisch ausgewertet und auf empirisch-analytischer Grundlage eine mehrfache Komparatistik unternommen. Es wurde vor allem das theoretische Konzept der empirisch-analytischen Methode nach dem induktiven Verfahren angewendet.

Das sicherheitspolitisch-strategische Verständnis der USA

Das Verständnis der politischen Kultur der USA lässt sich wie folgt definieren:

„Diese besteht aus einer spezifischen Form von Nationalismus (Amerikanismus), dem Glauben an die Einzigartigkeit der Vereinigten Staaten (Exzeptionalismus) und einer stark ausgeprägten Zivilreligion, die sakrale und weltliche Elemente zu einer Integrationsideologie vereint.“²²

In den USA existiert eine Parallelität unterschiedlicher Außenpolitiken, so bestehen an die zwei bis drei Außenpolitiken gleichzeitig: Für eine zeichnet sich das Außenministerium verantwortlich, für eine zweite das Pentagon und für eine mögliche dritte der Nationale Sicherheitsberater.²³ Dazu kommt noch die Funktion des Kongresses, der „mitunter für eine vierte Außenpolitik der USA“ sich verantwortlich zeigt. Demnach wird eine „vierte Außenpolitik“ bei Gelegenheit vom Kongress auferlegt, der eine Rolle als „Teil der Regierung“ spielt, wie es von Parlamenten europäischer Staaten nicht gekannt wird.²⁴ Die Wähler der Republikaner und die Wähler der Demokraten stehen sich in diesem Zusammenhang „diametral gegenüber“.²⁵

Als politisch-strategische Komponente der USA gilt deren Insellage, die das politische Denken bis 1941 sehr stark beeinflusste. Der japanische Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 veränderte diese Sichtweise diametral. Aus „Pearl Harbor“ entwickelte sich in den USA eine äußerst geringe Toleranzschwelle gegen Angriffe auf das amerikanische Territorium. So zeigten die Terrorangriffe gegen die USA vom 11. September 2001 (der „9/11“) in diesem Zusammenhang auch einen

²² Metin Aksoy, Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik von George W. Bush?, in: Güvenlik Stratejileri Dergisi / The Journal of Security Strategies, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / Strategic Research Institute, Ekim / October 2014, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43 , S. 8f.

²³ Ebenda, S. 9.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Ebenda, S. 9.

enormen Rückhalt der Bevölkerung gegenüber der Regierung von Präsident George W. Bush, seitens der US-Sicherheitskräfte „angemessen“ zu regieren. Hier verstärkte sich das „Mindset“ des Exzeptionalismus der USA, als „neues Einwanderungsland“ seiner weltweiten Mission gerecht zu werden. Auch in diesem Kontext sahen die USA einer „neuen Mission“ gegen den „internationalen Terrorismus“ entgegen.

Die USA waren von jeher ein Land mit maritimer Ausrichtung sowohl am Atlantik wie auch am Pazifik. Generationen von US-Präsidenten wurden folglich von der Seestrategie (Maritime Strategy) von Alfred Thayer Mahan geprägt (1840-1914).²⁶ Mahan besitzt weiterhin große Bedeutung, vor allem, da die USA „unquestionably remains the country with the largest stake in the security of the oceans“;²⁷ Demnach sieht die USA ihr Ziel darin, ihre 8,8 Millionen Quadratkilometer ausschließliche Wirtschaftszone auf See „mehr als irgendeine andere Nation auf der Welt“ sowie an die 21.000 Kilometer Küstenlinie insgesamt zu sichern und zu beschützen.²⁸ China verfügt dagegen über 18.000 Kilometer Küstenlinie, beansprucht vier Millionen Quadratkilometer als ausschließliche Wirtschaftszone und betreibt über 1.400 Seehäfen.²⁹

Zudem erweist sich für die USA auch das Gegenküstenkonzept des Amerikaners Nicholas Spykman (ehemaliger Niederländer) als relevant. Spykman (1893-1943) hatte im Jahr 1944 empfohlen, die damaligen Feindstaaten Deutschland und Japan durch deren Umwandlung in pluralistische Demokratien in den US-Einflussbereich einzugliedern.³⁰ Eine ähnliche Idee hatte ein halbes Jahrhundert zuvor Alfred Thayer Mahan, der nach dem Krieg gegen die Philippinen 1898 die Schaffung amerikanischer Stützpunkte in Japan forderte, zwecks Eindämmung der Expansion Russlands. Mit der NATO und Bündnissen mit Japan und lateinamerikanischen Ländern konnten die daran beteiligten Staaten folglich nicht einseitig

²⁶ Alfred Thayer Mahan, *The Influence of Sea Power upon History, 1660-1783*, ohne Ort, 1890. Vgl. dazu auch die Zusammenfassung von Daniel Moran, *Strategic Theory and the History of War*, in: John Baylis, James Wirtz, Eliot Cohen, Colin Gray, *Strategy in the Contemporary World*, Oxford University Press, Oxford, New York 2003, S. 17-44, hier insbesondere S. 32-36.

²⁷ Andrew S. Erickson, *New U.S. Maritime Strategy: Initial Chinese Responses*, in: *China Security*, Vol. 3 No. 4, Autumn 2007, World Security Institute, S. 40-61, hier S. 40.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Ebenda, hier S. 41.

³⁰ Nicholas Spykman, *The Geography of Peace*. Harcourt & Brace, New York 1944, S. 6.

agieren. Spykman hob insbesondere die Bedeutung der Geographie und der territorialen Aspekte in Hinblick auf geopolitische Überlegungen hervor (Zusammenhang zwischen Topographie und die Veränderungen in Machtzentren).

Die US-Regierungen seit 1945 waren – ausgehend von den 4 Freiheiten Roosevelts³¹ – stets versucht, eine „Grand Strategy“ umzusetzen. Roosevelt verwendete den Begriff „Great Design“ – ausgehend von vier folgenden Prämissen für die Durchsetzung von Weltfrieden:

- Aktive Mitgestaltung der Weltpolitik durch die USA; dazu wäre demnach eine Art „Weltregierung“ wie ab 1945 die UNO unabdingbar;
- Reaktivierung der Monroe-Doktrin – kein Staat mischt sich in US-Angelegenheiten ein;
- Förderung der Politik der universellen Menschenrechte;
- Neutralitätspolitik wurde durch das „Great Design“ abgelöst in Hinblick auf die weltweite Führung der USA.³²

Der amerikanische Politikwissenschaftler G. John Ikenberry versteht unter „Great Strategy“ die gesamthafte bzw. umfassende politisch-strategische Ausrichtung mit dem Ziel, diese unter dem „nationalen Interesse“ umzusetzen sowie in diesem Kontext Verpflichtungen im Rahmen von Bündnissen und bilateralen Abkommen einzuhalten. Diese Konzeption richtet sich vor allem gegen eine Mächtekonstellation, einen Großstaat und

³¹ President Franklin D. Roosevelt, Message to Congress, January 6, 1941: „We look forward to a world founded upon four essential human freedoms: The first is freedom of speech and expression – everywhere in the world. The second is freedom of every person to worship God in his own way – everywhere in the world. The third is freedom from want ... everywhere in the world. The fourth is freedom from fear ... anywhere in the world.“ Diese vier Freiheiten wurden bereits während der Aufklärung des 18. Jahrhunderts sowie von den Präsidenten Abraham Lincoln und Woodrow Wilson (14 Punkte) gefordert und waren Bestandteil der Federalist Papers. Aus: Andrea K. Riemer, Die Internationale Ordnung am Beginn des 21. Jahrhunderts. Ein Enigma für Strategen? Vortrag im Rahmen des 1. Strategieforums des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien, 21. Juli 2005, Schriftliche Version, S. 8.

³² Andrea K. Riemer, Die Internationale Ordnung am Beginn des 21. Jahrhunderts. Ein Enigma für Strategen? Vortrag im Rahmen des 1. Strategieforums des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien, 21. Juli 2005, Schriftliche Version, S. 8.

auch gegen den „internationalen Terrorismus“ (wie „9/11“), umfasst mehrere Staaten, koordiniert die dazu erforderlichen Politiken der Bündnisländer mit, bündelt die dazu notwendigen Ressourcen und legt gemeinsame Ziele in Teilstrategien fest:³³ „Die Grand Strategy/das Grand Design bedarf daher einer Vision und einer politischen Kalkulation und ist frei von augenblicklichen Entwicklungen“.³⁴ Zu Veränderungen bzw. Adaptierungen in der Grand Strategy kommt es dann, wenn sich folgende Parameter sowie auch Strukturen der sogenannten „internationalen Ordnung“ verändern:

- Bedrohungswahrnehmungen;
- Ausgaben für die Verteidigung;
- Verpflichtungen zu Bündnissen;
- Hilfe für ausländische Regionen und Staaten – wirtschaftlich und / oder sicherheitspolitisch / militärisch;
- diplomatische Schwerpunkte;
- Standpunkte gegenüber möglichen Gegnern.³⁵

Seit 1945 waren die Sicherheitsstrategien der USA auf Prävention ausgelegt, die Fehler der Zwischenkriegszeit, die zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führten, sollten nicht wiederholt werden. Die Administration von US-Präsident Harry S. Truman beschloss deshalb die Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion sowie den Aufbau europäischer Staaten mittels des Marshall-Planes. Diese Strategien sollten Bedingungen verhindern, die zu einem erneuten Weltkrieg führten, das Motto der USA war bis 2002: „präventiv verteidigen“.³⁶ Während des Kalten Krieges war es Ziel der USA, weltweit „sowjetischen Expansionismus“ einzudämmen – vor allem mittels eines enormen Arsenal von Nuklearwaffen (mit den Einsatzdoktrinen Mutual Assured Destruction – MAD, Massive Retaliation,

³³ G. John Ikenberry, *American Grand Strategy in the Age of Terror*, Survival, vol. 43, no. 4, Winter 2001-2002, S. 19-34.

³⁴ Andrea K. Riemer, *Die Internationale Ordnung am Beginn des 21. Jahrhunderts. Ein Enigma für Strategen?*, 21. Juli 2005, Schriftliche Version, S. 8.

³⁵ Ebenda, S. 9.

³⁶ Ashton B. Carter, William J. Perry, *Preventive Defense. A New Security Strategy for America*, Brookings Institutions Press, Washington D.C. 1999, S. 10.

Flexible Response), um die Sowjetunion dahingehend einzudämmen, militärische Gewalt gegen die USA und ihrer Verbündeten zu benutzen.³⁷

Die Mission der USA stand zudem seit den 1980er Jahren und vor allem nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 (9/11) fest: der Demokratie und der Schaffung rechtsstaatlicher Systeme zum Durchbruch zu verhelfen – vor allem und gerade nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa:

„The great struggles of the twentieth century between liberty and totalitarianism ended with a decisive victory for the forces of freedom – and a single sustainable model for national success: freedom, democracy, and free enterprise. In the twenty-first century, only nations that share a commitment to protecting basic human rights and guaranteeing political and economic freedom will be able to unleash the potential of their people and assure their future prosperity.“³⁸

Der Ausbreitung von Demokratie „abroad“ widmet sich somit die US-Außen- und Sicherheitspolitik.³⁹ Ein wesentlicher Grundsatz der US-Politik ist, dass Staaten, die Demokratien sind, nicht von Demokratien bekämpft werden.⁴⁰ Es entwickelte sich gerade nach dem Jahr 2000 in den USA die Ansicht, die amerikanischen Werte seien „non-negotiable demands of human dignity“: „free speech, equal justice, respect for women, religious tolerance, and limits on the power of the state.“ In der Folge: „These principles are universal.“⁴¹ Für die USA bestand vor allem unter Präsident George W. Bush ihre Mission primär darin, die Prinzipien der Demokratie, Freiheit und Menschenrechte in „die dunkelsten Ecken der Welt“ zu bringen, wie es Präsident George W. Bush am 20. Januar 2005 formulierte:

³⁷ Ebenda, S. 9.

³⁸ So der damalige US-Präsident George W. Bush am 20. September 2002, in: U.S. Department of State, U.S. Foreign Policy Agenda Vol 7 No 4, U.S. National Security Strategy. A New Era, December 2002, S. 2.

³⁹ The White House, A National Security Strategy of Engagement and Enlargement, February 1995, S. I.

⁴⁰ Dr. Terry Deibel von der National Defense University am 2. November 2003 anlässlich eines Empfanges in Washington.

⁴¹ U.S. Department of State, U.S. Foreign Policy Agenda Vol 7 No 4, U.S. National Security Strategy. A New Era, December 2002, S. 8.

„and one day this untamed fire of freedom will reach the darkest corners of our world.“⁴² Ziel ist es demnach, „die Tyrannei in der Welt zu beenden“.⁴³ Die USA unterstützten damals Demokratiebewegungen weltweit: „The survival of liberty in our land increasingly depends on the success of liberty in other lands. The best hope for peace in our world is the expansion of freedom in all the world.“⁴⁴

Während seiner Rede in West Point stellte US-Präsident George W. Bush im Juni 2002 fest, dass Abschreckung und Eindämmung nicht länger ausreichend wären, die Sicherheit der USA und somit die aller Amerikaner zu garantieren. Laut Bush wäre dafür nun eine Strategie des „forward looking“ wichtig, d.h. „to be ready for preemptive actions when necessary to defend our liberty and to defend our lives.“⁴⁵ Präemption bedeutet „that you attack first in order to forestall an attack that you believe is imminent. You before your adversary strikes you.“⁴⁶ Präemption fällt somit unter das Recht jeder Nation, sich selbst zu verteidigen, wobei bei Präemption die Zeit der wesentliche Faktor ist: „advantage in going first.“⁴⁷

Das amerikanische Verteidigungsministerium betreibt aus diesem Grund weltweit neun Unified Combatant Commands, von denen sechs regionale Aufgaben wahrzunehmen haben. Das United States Africa Command (U.S. Africom) ist das jüngste dieser Kommandos, es wurde am 1. Oktober 2007 aktiviert. Ziel auch dieses Kommandos ist es, die US-Interessen auf regionaler Ebene dahingehend zu unterstützen, Verteidigungsfähigkeiten in diesem Fall afrikanischer Staaten und Regionalorganisationen aufzubauen und zu stärken. Gezielt sollen auch US-Militäroperationen in Afrika bei Gefährdung nationaler Interessen durchgeführt werden.

⁴² So Präsident George W. Bush in seiner Rede am 20.1.2005, in: Bush Ties Second Term Policy to the Advancement of Freedom, <http://usinfo.state.gov/special/Archive/2005/Jan/20-603979.html> .

⁴³ Quelle: Auszüge aus der Rede Präsident Bushs, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.1.2005, 2.

⁴⁴ So Präsident George W. Bush in seiner Rede am 20.1.2005, in: Bush Ties Second Term Policy to the Advancement of Freedom, <http://usinfo.state.gov/special/Archive/2005/Jan/20-603979.html> .

⁴⁵ Robert J. Art, The US National Security Strategy (NSS): Implications for Transatlantic Security Policy, NATO Defense College, Rome, November 2005, S. 15-25, hier S. 16.

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Ebenda.

Seit 1986 ist auf der Grundlage des Goldwater-Nichols Act („Goldwater-Nichols Department of Defense Reorganization Act of 1986“) jede US-Regierung (US-Administration) verpflichtet, einen jährlichen Bericht an den Kongress zu verfassen, in dem die umfassenden strategischen Ziele in der Sicherheitspolitik dargestellt sind.⁴⁸ Somit legt dieser „Act“ fest, dass der US-Präsident jährlich eine öffentlich zugängliche „National Security Strategy“ (NSS) vorzulegen hat.⁴⁹ Diese „Tradition“ hatte ihren Ursprung in der Präsidentschaft von Harry S. Truman im Jahr 1950. Truman ließ die NSC-68 erstellen, einen Bericht, der die Eindämmungspolitik der USA (containment policy) gegenüber der Sowjetunion forderte. Dieser Bericht war Grundlage für die sicherheitspolitischen Beziehungen der USA gegenüber der Sowjetunion während des ganzen Kalten Krieges.⁵⁰ Seit dem Goldwater-Nichols Act ist auch der Generalstabchef (Chairman of the Joint Chiefs of Staff) alleiniger militärischer Berater des US-Präsidenten.⁵¹

Im Januar 1987 erfolgte durch US-Präsident Ronald Reagan die erste Veröffentlichung einer „National Security Strategy“ (NSS). Bis zum Jahr 2000 hat sich dieser Vorgang lückenlos abgespielt, jedoch ergaben sich durch außergewöhnliche Ereignisse wie der 11. September 2001 (9/11) Verzögerungen in deren Veröffentlichungen. Erstmals seit 1814 wurden die USA auf ihrem Festland-Territorium an diesem Tag angegriffen – erstmals auch durch eine Terrorgruppe namens Al Qaida („die Basis“), der durch die Taliban in Afghanistan Schutz gewährt wurde – und erstmals seit 1941 („Pearl Harbor“).⁵² Als Reaktion auf den 9/11 kam es 2002 mit der Schaffung des Department for Homeland Security (DHS) auch zu einer großen Institutionenreform, der größten seit 1947, mit dem Ziel, alle in diesem Bereich zuständigen Agenturen unter einem Dach zu vereinen und Rivalitäten zwischen Institutionen zu vermeiden. 2010 bestand das DHS

⁴⁸ U.S. Department of State, U.S. Foreign Policy Agenda Vol 7 No 4, U.S. National Security Strategy. A New Era, December 2002, S. 2.

⁴⁹ Jörk Reschke, Die nationale Sicherheitsstrategie der USA 2010, in: Europäische Sicherheit 9/2010, S. 37-39, hier S. 37.

⁵⁰ U.S. Department of State, U.S. Foreign Policy Agenda Vol 7 No 4, U.S. National Security Strategy. A New Era, December 2002, S. 2.

⁵¹ Dov S. Zakheim, Defense Reform. This Time for Real?, in: The American Interest, July/August 2016, S. 41-50, hier S. 46.

⁵² Earl H. Fry, Lament for America. Decline of the Superpower. Plan for Renewal, University of Toronto Press 2010, S. 74f.

aus 22 Agenturen mit mehr als 200.000 Mitarbeitern. Der erste große Test für das DHS folgte 2005 mit dem Hurrikan „Katrina“⁵³

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetsysteme lebte die USA „im Bewusstsein einer einmaligen Machtposition und einer entsprechenden Verantwortung.“⁵⁴ So auch die Nationale Sicherheitsstrategie der USA aus 1995:

„Never has American leadership been more essential – to navigate the shoals of the world’s new dangers ... American assets are unique: a military strength, our dynamic economy, our powerful ideals and, above all, our people. We can and must make the difference through our engagement; but our involvement must be carefully tailored to serve our interests and priorities.“⁵⁵

Falls direkte US-Sicherheitsinteressen gefährdet sind, muss seitens der US-Regierung auch die Möglichkeit gegeben sein, unilateral vorzugehen.⁵⁶ Daraus leitete sich der Satz ab: „Was gut für Amerika ist, ist gut für den Rest der Welt.“ John Lukacs leitete jedoch daraus weiter ab: „Americans were nationalists from their very beginnings.“⁵⁷ Auch aus dieser Überlegung heraus, dass die USA durch den Kalten Krieg die „freie Welt“ (the world’s free nations“) angeführt habe⁵⁸ in einem System von Bündnissen „which we helped to create, and led.“⁵⁹ Daraus folgt: „In this historic endeavor, America has succeeded ,brilliantly“⁶⁰

Ziel war bis 1991 die Eindämmung sowjetischer Expansionspolitik (in Aghnanistan, Angola, Kambodscha, Nicaragua), die Beibehaltung des

⁵³ Ebenda, S. 75.

⁵⁴ Heinrich Schneider, Liquidiert Präsident Bush das Völkerrecht?, Working Papers 57 / April 2004, Europainstitut an der Wirtschaftsuniversität Wien, S. 11.

⁵⁵ The White House, A National Security Strategy of Engagement and Enlargement, February 1995, S. I.

⁵⁶ The White House, A National Security Strategy of Engagement and Enlargement, July 1994, S. 5.

⁵⁷ John Lukacs, Is What’s Good for America Good for the World?, in: Patrick Luciani / Rudyard Griffiths, American Power. Potential and Limits in the 21st Century, Key Porter Books, Toronto 2007, S. 89-103, S. 91.

⁵⁸ The White House, A National Security Strategy of Engagement and Enlargement, February 1995, S. 1.

⁵⁹ The White House, National Security Strategy of the United States, January 1987, S. I.

⁶⁰ Ebenda.

„Realismus“ – die Sowjetunion respektiert Stärke und nutzt Schwächen der USA aus – und der Dialogbereitschaft gegenüber Moskau, die sich im Besonderen jenen Themen widmet, die der Warschauer Pakt und das westliche Verteidigungssystem trennen.⁶¹

Mit Russland blieb das Verhältnis stets angespannt – seit es in Bezug auf die 1999, 2004 und 2007 erfolgten NATO-Osterweiterungen und den Krieg um das Kosovo 1999. Zudem entwickelte sich das Verhältnis zu Russland aus US-Sicht ab 2008 – mit der Invasion nach Georgien 2008 sowie mit der Krim-Annexion durch Russland 2014 – negativ. Im März 2009 machte US-Außenministerin Hillary Clinton dem Amtskollegen Sergej Lawrow ein symbolisches Geschenk: eine gelbe Plastikbox mit einem roten Schaltknopf, auf dem das englische Wort „reset“ stand. Doch bei der russischen Bezeichnung war der US-Außenministerin ein Fehler unterlaufen: Statt „Peresagruska“ (für „reset“) stand „Peregruska“, d.h. „Überladen“. Diese peinliche Übersetzungspanne hatte unfreiwillig eine Metapher hervorgebracht, die für die gesamte Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern seit dem Ende des Kalten Krieges stehen könnte.⁶² Bereits 1999 mit der Kosovo-Militäraktion der NATO „Operation Allied Force“ sowie 2002 durch den einseitigen Ausstieg der USA aus dem bilateralen ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen brach aus russischer Sicht der Annäherungsversuch der USA gegenüber Russland ab.⁶³

Was das Verhältnis der USA zur europäischen Integration betrifft, war dieses von US-Regierung zu US-Regierung dennoch stets ambivalent. Während Präsident Bill Clinton den europäischen Einigungsprozess durchaus begrüßte und für äußerst notwendig hielt,⁶⁴ meinte sein Nachfolger George W. Bush im Jahr 2001: „Wollen wir, dass die Europäische Union ein Erfolg wird?“⁶⁵ Mit ihm stellten sich führende

⁶¹ Ebenda, S. 16f.

⁶² Tony Wood, Russlands gefährliche Schwäche, in: *Le Monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe, Mai 2017, S. 12 und 13, hier S. 12.

⁶³ Ebenda.

⁶⁴ „The US strongly supports the process of European integration embodied in the EU. We support EU enlargement.“ The White House, *A National Security Strategy for a New Century*, December 1999, S. 30.

⁶⁵ Metin Aksoy, Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Außenpolitik von George W. Bush?, in: *Güvenlik Stratejileri Dergisi / The Journal of Security Strategies, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / Strategic Research Institute, Ekim /*

amerikanische Politiker die Frage, „ob ein geeintes Europa im nationalen Interesse der USA läge.“⁶⁶ Da sich die EU-Mitgliedstaaten untereinander außenpolitisch äußerst mangelhaft abgestimmt hatten, leitete die US-Administration Bush damals ab, „dass bilaterale Abkommen zu einzelnen europäischen Ländern für die USA vorteilhafter seien.“⁶⁷ Besonders für amerikanische Politiker, die keine besonderen Bindungen nach Europa hatten, wirkte Europa wie ein Kontinent unter vielen – „aus der luftigen Höhe von Amerikas neuer globaler Dominanz betrachtet.“⁶⁸ Aus dieser Position heraus trat die Regierung von Präsident George W. Bush auch aus dem Kyoto-Protokoll aus, Präsident George W. Bush vertrat die Meinung, dass sich dieses Protokoll negativ auf die US-Wirtschaft auswirken könnte, da diese in Zukunft mehr und nicht weniger Energie verbrauchen würde.⁶⁹ Ähnliche Politik verfolgt Präsident Donald Trump.

Zwischen 1990 und 2016 waren bei den Nationalen Sicherheitsstrategien der USA folgende Ausrichtungen erkennbar:

- Sicherheitspolitischer Realismus / Neorealismus: Die neue internationale Situation nach dem Kalten Krieg soll erkannt, Terrorismus und Proliferation von Massenvernichtungswaffen bekämpft werden. Aus neorealistischer Sicht garantieren die USA mittels nuklearer Abschreckung und ökonomischer Überlegenheit der westlichen Welt Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität. Dies bildet wiederum die Grundlage der politischen und militärischen Macht der USA und soll Sicherheit projizieren (Streben nach Sicherheit und Selbsterhaltung). Der Realismus an sich betrachtet die Machtverteilung im internationalen System als Ursache von Kriegen, dessen Ausgangspunkt ist das Strukturmerkmal der Anarchie im internationalen System. Die Anarchie erweist sich als Konstante des internationalen Systems und bildet den Grund für das Sicherheitsdilemma: Letzteres besagt, dass das Streben des einzelnen Staates nach Sicherheit durch (Auf-)Rüstung letztendlich zu weniger Sicherheit für alle Staaten führt. Ein klassisches Beispiel ist hier Nordkorea: „In einem anarchischen Umfeld versucht sich

October 2014, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43 , S. 10.

⁶⁶ Ebenda.

⁶⁷ Ebenda.

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ Ebenda , S. 12.

jeder Staat vor dem schlimmsten Fall, einem militärischen Angriff durch andere Staaten, zu schützen.“⁷⁰

- Klassischer republikanischer Liberalismus (nach Immanuel Kants Theorie des „Ewigen Friedens“ inspiriert): Demokratie und Menschenrechte sollen weltweit verbreitet werden. Ökonomische Verflechtungen (Integration), Demokratie sowie internationales Recht sowie internationale Institutionen – das sogenannte „Kantianische Dreieck“ – fördern den Frieden.⁷¹
- Klassischer ökonomischer Liberalismus (nach Adam Smith): Die internationale Ausbreitung von Marktwirtschaft und Freihandel soll vorangetrieben werden. Das änderte sich jedoch mit Donald Trump: Seit der US-Präsident am 31. März 2017 ankündigte, angesichts des nationalen Handelsdefizits in Höhe von knapp 450 Milliarden Euro die Handelsbeziehungen mit wichtigen Partnern wie China, Deutschland und Japan durchleuchten zu lassen, untermauerte Trump seinen Standpunkt, „die USA seien in den vergangenen Jahren durch unfaire Praktiken, Dumpingpreise, Subventionen und verzerrte Devisenkurse vom Ausland geschädigt worden: „Unter meiner Regierung wird der Diebstahl des amerikanischen Wohlstandes aufhören“, verkündete Trump. Handelsverträge werden unter seiner Amtszeit nur mehr bilateral ausverhandelt.“⁷²
- Neuer Institutionalismus: Das bestehende System der internationalen Kooperation soll an die neuen Gegebenheiten adaptiert werden – dadurch wird nationales Handeln immer mehr durch unwillkürliche Orientierung an den Normen, Werten und Verhaltensweisen ihrer Institutionen bestimmt, die wiederum die Fähigkeit zu weltpolitischer Gestaltung besitzen. Das Handeln staatlicher Akteure richtet sich nicht nur an den eigenen nationalen Interessen aus, sondern auch an erwarteten vorteilhaften Wirkungen dauerhafter internationaler Kooperationen. Diese Vorteile ergeben sich aus über internationale Institutionen angebotenen

⁷⁰ Thomas Bernauer, Detlef Jahn, Patrick Kuhn, Stephanie Walter, Einführung in die Politikwissenschaft, Studienkurs Politikwissenschaft, hrsgg. von Winand Gellner, Nomos Verlag, Baden-Baden 2009, S. 466.

⁷¹ Ebenda, S. 467f.

⁷² Die Presse, Trump schürt Handelsstreit, in: Die Presse, 3.04.2017, S. 6.

Verhandlungsmöglichkeiten, den Informationsaustausch und die Überwachungen bzw. Überprüfungen internationaler Abkommen.

Libérale Wirtschaftsordnungen sind nicht selbsterhaltend, deren Schaffung wurde vor allem von Großmächten durchgesetzt, die willens und fähig waren, offenen Handel und freie Märkte durchzusetzen, auch mit militärischer Hilfe „to keep avenues for the trade open.“⁷³

Zur Umsetzung ihrer sicherheits- und verteidigungspolitischen Interessen stützen sich die USA auf ein umfassendes nachrichtendienstliches Netz. Die CIA (Central Intelligence Agency) in Langley bei Washington D.C. soll bei der Gründung am 18. September 1947 nur 35 Mitarbeiter beschäftigt haben, mittlerweile ist diese Anzahl auf 21.500 angewachsen. Das Budget aller 17 US-Nachrichtendienste inklusive der National Security Agency (NSA) und des Department of Homeland Security (DHS) stieg auf 52,6 Milliarden US-Dollar, davon entfielen fast 15 Milliarden US-Dollar auf die CIA.⁷⁴ Unter Michael Hayden (NSA-Chef 1999-2005) wurden viele Spähprogramme eingeführt, nach 9/11 bereitete er das breit angelegte Abhör- und Lauschprogramm der USA vor, das von Edward Snowden aufgedeckt wurde. Michael Hayden agierte von 2006 bis 2009 als Chef des US-Auslandsnachrichtendienstes CIA.⁷⁵ Snowden bestätigte, dass das US-Militär nicht nur chinesische Militärcomputer ausspioniert hat, sondern ebenso jene, die chinesischen Mobiltelefonbetreibern und auch den besten chinesischen Universitäten gehören.⁷⁶

⁷³ Robert Kagan, *The World America Made*, Vintage Books, New York, January 2013, S. 76.

⁷⁴ Michael Ossenkopp, *Gefürchtet und Gehasst: Die Firma, Eine Schöpfung des Kalten Kriegs. Die im Dunkeln sieht man nicht: Wie aus der CIA ein Staat im Staat wurde*, in: *Salzburger Nachrichten Magazin*, 16.09.2017, S. 7.

⁷⁵ Streit mit FBI: Ex-NSA-Chef unterstützt Apple, in: *Die Presse*, 24.02.2014, S. 11.

⁷⁶ Henry Farrell / Martha Finnemore, *The End of Hypocrisy*, in: *Foreign Affairs*, November / December 2013, S. 22-26, S. 24.

Wendejahre und militärische Neuausrichtungen

Die USA hatten – gemeinsam mit den europäischen Verbündeten – ein vitales Interesse, nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 und des Zusammenbruchs der Sowjetsysteme in Mittel- und Osteuropa die Reformstaaten dieses geopolitisch bedeutenden Raumes zu stabilisieren und in die transatlantischen Sicherheitsstrukturen einzugliedern. Durch das Ziel der US-Sicherheitspolitik, weltweit Länder in eine „globale Sicherheitspartnerschaft“ aufzunehmen, wird verdeutlicht, welche Rolle die USA regional und global Willens sind, einzunehmen. Dadurch wird von den USA aus Gründen der eigenen Sicherheit angestrebt, „trouble spots“ bzw. gescheiterte und scheiternde Staaten („failed and failing states“), die wiederum als Förderer des Terrorismus gelten, zu stabilisieren und auch politisch-militärisch zu kontrollieren. Nach 1989 waren die die USA damit beschäftigt, vor allem den postkommunistischen Raum Mitteleuropas und der ehemaligen Sowjetunion zu stabilisieren, Nuklearwaffen vor allem aus der Ukraine nach Russland zu transferieren und zu sichern. Als die Sowjetunion auseinanderfiel, befanden sich nicht weniger als 176 SS-19 und SS-24 Interkontinentalraketen auf ukrainischem Boden: Die Ukraine entstand als Staat im Besitz von fast 2.000 Nuklearwaffen, also von mehr Nuklearwaffen als China, Frankreich und Großbritannien zusammen.⁷⁷ Im Januar 1994 wurde dazu ein trilaterales Übereinkommen in Moskau zwischen den damaligen Präsidenten Bill Clinton, Boris Jelzin und Leonid Krawtschuk unterzeichnet.⁷⁸ Sowjetische Nuklearwaffen befanden sich auf den Territorien folgender vier neuer souveräner Staaten: Russland, Ukraine, Kasachstan und Weißrussland.⁷⁹ Gleich zu Beginn der 1990er-Jahre hatten die USA die sogenannte Nunn-Lugar-Initiative eingeleitet mit dem Ziel, Nuklearwaffen aus diesen Ländern in Russland zu konzentrieren, somit sicher zu lagern sowie über Wissenschafts- und Technikzentren in Moskau und Kiew eine Abwanderung von Nuklearwissenschaftlern in so genannte „Schurkenstaaten“ (aus US-Sicht: Nordkorea, Iran) zu verhindern. Dafür wurden bis Mitte 1998 seitens der USA 2,4 Milliarden US-Dollar

⁷⁷ Ashton B. Carter, William J. Perry, Preventive Defense. A New Security Strategy for America, Brookings Institutions Press, Washington D.C. 1999, S. 3.

⁷⁸ Ebenda.

⁷⁹ Ebenda, S. 84.

bereitgestellt.⁸⁰ Russland wurde im Zuge einer „Defense Diplomacy“ zu gemeinsamen „nutzbringenden Kooperationen“ bewogen und entstandene sogar Truppen zu NATO-geführten Missionen in Bosnien-Herzegowina (IFOR/SFOR) und auch Kosovo (KFOR).⁸¹ Ende September 1994 fand die erste amerikanisch-russische Peacekeeping-Übung in Totskoje statt.

Ab 1998 schien es nun keine unmittelbaren militärischen Bedrohungen zu geben, die die USA gefährden.⁸² Der Schwerpunkt der USA lag bis 2001 auf friedenserhaltende und humanitäre Operationen bzw. auf die Bewältigung regionaler Konflikte. Ende der 1990er Jahre war für die USA folgender Zustand: „The US is enjoying a period of peace and influence like it has never had before.“⁸³ So fiel das US-Verteidigungsbudget um 40 Prozent gegenüber dem Hoch im Kalten Krieg.⁸⁴ Die NATO wurde für die USA verstärkt durch die 1994 ins Leben gerufene Partnerschaft für den Frieden (unter Beteiligung Neutraler und Bündnisfreier) und aufgrund der 1997 erfolgten Schaffung des Ständigen Gemeinsamen Rates NATO-Russland (Grundlage: Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between NATO and the Russian Federation vom 27. Mai 1997) und der Proklamation der neuen NATO-Russland-Beziehungen die führende Sicherheitsinstitution in Europa sowie „the world’s leading combined military organization, while Russia is one of the world’s largest and best armed militaries.“⁸⁵

Die NATO verkörpert aus Sicht der USA Vieles der Vision des ehemaligen Außenministers George Marshall „of a Europe united in freedom, peace and prosperity.“⁸⁶ Für die NATO wurden Out-of-Area Operations (Krisenmanagementoperationen) überlebenswichtig, es galt, schnell bis hochbereite Krisenreaktionskräfte zu bilden von Nationen, die gewillt sind, aktiv militärisch im Bereich Friedenerhaltung und Kampfeinsätze einzugreifen „able to project power beyond NATO territory („coalition of the willing“). Daraus entstanden die CJTF (Combined Joint Task Forces)⁸⁷

⁸⁰ Ebenda.

⁸¹ Ebenda, S. 15

⁸² Ebenda, S. 10.

⁸³ Ebenda, S. 13.

⁸⁴ Ebenda, S. 50.

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ Ebenda.

⁸⁷ Ebenda.

Der Kalte Krieg ist in Asien nicht vorbei, in Asien gibt es keine allumfassende Sicherheitsarchitektur wie die NATO in Europa oder keine „Partnerschaft für den Frieden“ für umfassende militärische Kooperationen in Hinblick auf die Bewältigung von Krisen und in diesem Kontext der Interoperabilität von Streitkräften. 1994 führten die USA separate Verhandlungen mit Nordkorea durch auf jener Grundlage, die auch in Japan und in Südkorea auf Zustimmung stieß: zwei Schwerwasser-Nuklearreaktoren sollten für Nordkorea gebaut werden, die USA unterstützten weiters Ölhilfen für nordkoreanische Kraftwerke als Gegenleistung für eine Aussetzung (nicht Abschaffung) des Nuklearprogramms.⁸⁸

Bereits im Jahr 1980 bezeichnete US-Präsident Jimmy Carter den Persischen Golf als vital für amerikanische Sicherheitsinteressen „adding that region to the places Washington considered worth fighting for and thereby inaugurating the militarization of U.S. policy in the Middle East.“⁸⁹ Der irakische Überfall auf Kuwait am 2. August 1990 um 2 Uhr in der Früh⁹⁰ konfrontierte US-Präsident George H.W. Bush mit der größten Herausforderung seiner Präsidentschaft. Das Nachrichtenmagazin „Time“ schrieb damals: „Dies ist die Krise, auf die er sich ein Leben lang vorbereitet hat.“⁹¹ Als die Truppen Saddam Husseins in Kuwait einmarschierten, hatte dies der damalige sowjetische Außenminister Edward Schewardnadze vor der UN-Vollversammlung als einen „Terroranschlag gegen die entstehende neue Weltordnung“ bezeichnet.⁹² Mit dem Überfall auf Kuwait wurde Iraks Diktator Saddam Hussein zweitgrößter Ölherr der arabischen Welt: Der Irak hatte mit Kuwait insgesamt sieben Prozent der Weltproduktion und 20 Prozent der Weltreserven unter seine Kontrolle gebracht.⁹³ Die Schuldenlast des Irak war aufgrund des Krieges sehr hoch

⁸⁸ Ebenda, S. 201.

⁸⁹ Andrew J. Bacevich, *Ending Endless War. A Pragmatic Military Strategy*, in: *Foreign Affairs*, September/October 2016, S. 36-44, hier S. 37.

⁹⁰ Richard P. Hallion, *Storm over Iraq. Air Power and the Gulf War*, Smithsonian Institution Press, Washington und London 1992, S. 133.

⁹¹ Jörg von Uthmann, *George Bush mach Weltpolitik*, in: *Anno 1990*, Schloss Verlag, München 1991, S. 71-73, S. 72.

⁹² Rede am 25. September 1990, in: *UN General Assembly Official Records, 45th Session, Plenary Meetings, 6th Meeting, Doc A/45/PV 6*, zitiert in: Heinrich Schneider, *Liquidiert Präsident Bush das Völkerrecht?*, Working Papers 57 / April 2004, Europainstitut an der Wirtschaftsuniversität Wien, S. 9.

⁹³ Joachim Tzschaschel, *Saddam Husseins Heiliger Krieg*, in: *Anno 1990*, Schloss Verlag, München 1991, S. 85-87, S. 86.

(damals umgerechnet an die 80 Milliarden Deutsche Mark, davon 15 Milliarden Deutsche Mark an Kuwait). Kuwait drückte durch Überproduktion den Ölpreis, wurde der Grenzverletzung im irakischen Fördergebiet von Rumeila bezichtigt und musste sich von Saddam Hussein erinnern lassen, dass es zu Zeiten des Osmanischen Reiches Teil der heutigen irakischen Provinz Basra gewesen war. Nach ergebnislosen Vermittlungsversuchen Saudi-Arabiens wurde am 2. August 1990 mit dem Einmarsch irakischer Truppen die Herrscherfamilie des Emirats vertrieben und Kuwait am 8. August 1990 zur 19. irakischen Provinz erklärt.⁹⁴ US-Präsident George H.W. Bush⁹⁵ begann mit den Truppenentsendungen am 7. August (US-Ostküstenzeit).⁹⁶ Anfang November 1990 waren bereits 243.000 Koalitionstruppen, davon 153.000 US-Soldaten, in der Wüste Saudi-Arabiens stationiert.⁹⁷ 1990 erklärte der UN-Sicherheitsrat mit Resolution 662 die Annexion Kuwaits an den Irak für ungültig.⁹⁸ Am 17. Januar 1991 um drei Uhr morgens war schließlich „showtime“ über Irak,⁹⁹ die USA starteten ihre Operation „Desert Storm“ auf der Grundlage der UN-Resolution 678 vom 29. November 1990. Diese Resolution autorisierte die Anwendung militärischer Maßnahmen, um die irakischen Truppen aus Kuwait zu vertreiben, falls der Irak seine Truppen nicht bis zum oder am 15. Januar 1991 abgezogen hatte.¹⁰⁰ Die Luftoperationen begannen um 6:36 Uhr am 16. Januar 1991, als die ersten der sieben B-52G Stratofortresses der 8. Luftwaffe von der Barksdale AFB in Richtung Irak abhoben.¹⁰¹ 43.000 Briten, 18.000 Franzosen, über 100.000 Luftangriffe, eine Koalitionsstreitmacht aus 34 Ländern stand dazu bereit. Im Zuge der Bodenoperation waren 844.650 Soldaten aus 16 Koalitionsnationen in der Golfregion stationiert, davon 532.000 Amerikaner.¹⁰² Die Befreiung Kuwaits erfolgte innerhalb von vier Tagen. Die USA richteten in Kuwait

⁹⁴ Ebenda, S. 85.

⁹⁵ George H.W. Bush war zwischen 1989 und 1993 der 41. Präsident der USA.

⁹⁶ Richard P. Hallion, *Storm over Iraq. Air Power and the Gulf War*, Smithsonian Institution Press, Washington und London 1992, S. 136.

⁹⁷ Joachim Tzschaschel, *Saddam Husseins Heiliger Krieg*, in: *Anno 1990*, Schloss Verlag, München 1991, S. 85-87, S. 85.

⁹⁸ Richard P. Hallion, *Storm over Iraq. Air Power and the Gulf War*, Smithsonian Institution Press, Washington und London 1992, S. 156.

⁹⁹ Ebenda, S. 162.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 159.

¹⁰¹ Ebenda, S. 163.

¹⁰² Ebenda, S. 157.

einen Militärstützpunkt ein (15.000 US-Soldaten), „um den Iran in Schach zu halten und Amerika gegen andere Bedrohungen in der Region zu wappnen,“ so General James Mattis vom US Central Command.¹⁰³

Die US-Militärstrategie steht und fällt mit der technologischen Führerschaft, insbesondere in den Bereichen Informations- und Luft- und Raumfahrttechnologie:¹⁰⁴ „Our military power is there to support our core national interests. And of course, our military power is enormously, awesome effective when it’s used. But its purpose in many parts of the world is to make sure that war doesn’t occur.“¹⁰⁵ Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren stets weltweit US-Streitkräfte stationiert. Im Jahr 1953 waren beinahe eine Millionen US-Soldatinnen und Soldaten im Ausland stationiert, davon befanden sich 325.000 im Kampfeinsatz in Korea, mehr als 600.000 US-Soldatinnen und Soldaten waren vor allem in Europa und in Asien stationiert. Damals hatten die USA 160 Million Einwohner. 1968 betrug die Anzahl der im Ausland stationierten US-Soldatinnen und Soldaten über eine Million, davon waren 537.000 im Kampfeinsatz in Vietnam. Der Sommer 2011 war der Höhepunkt von zwei großen Truppenverlegungen der USA im Zuge der Kampfoperationen in Afghanistan und Irak (insgesamt an die 200.000 Soldatinnen und Soldaten), 160.000 Soldatinnen und Soldaten waren in Europa und in Ostasien stationiert. Insgesamt waren 2011 an die 500.000 Soldatinnen und Soldaten der US-Streitkräfte im Ausland stationiert, die USA hatten damals 313 Millionen Einwohner.¹⁰⁶ Die US-Bevölkerung hat sich zwischen 1953 und 2011 fast verdoppelt, jedoch sind derzeit halb so viele US-Streitkräfte im Ausland stationiert als noch 50 Jahre zuvor¹⁰⁷

In den 1990er Jahren hatte sich bereits die US-Militärstrategie auf die Fähigkeit kapriziert, gleichzeitig zwei konventionelle Kriege zu führen und zu gewinnen (so z.B. gegen Nordkorea und Irak) und technologische

¹⁰³ Theo Sommer, Diese Nato hat ausgedient. Das Bündnis muss europäischer werden. Ein Standpunkt von Theo Sommer, hrsgg. von Roger de Weck, Edition Körber-Stiftung, Berlin 2012, S. 32.

¹⁰⁴ Ashton B. Carter, William J. Perry, Preventive Defense. A New Security Strategy for America, Brookings Institutions Press, Washington D.C. 1999, S. 201.

¹⁰⁵ Foreign Affairs, The Scholar as Secretary. A Conversation With Ashton Carter, in: Foreign Affairs, September/October 2015, S. 72-78, hier S. 74.

¹⁰⁶ Robert Kagan, The World America Made, Vintage Books, New York, January 2013, S. 128.

¹⁰⁷ Ebenda.

Lösungen zu entwickeln, die die Vorherrschaft der USA im Bereich der Überwachung des Kriegsraumes, wie sie in der Operation „Desert Storm“ demonstriert hatten, aufrechterhalten würden.¹⁰⁸ Die US-Strategie sah auch andere Varianten des Einsatzes militärischer Kräfte vor, die nicht als Kriegführung definiert waren, sondern unter der Bezeichnung „nichtkreigerische militärische Operationen“ liefen. 2001 trieb US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld den Umbau der Streitkräfte dahingehend voran, dass im Zentrum die neuen Technologien standen: „Eine Kombination aus mit Hightech aufgerüsteter Luftschlagkraft und relativ kleinen Kontingenten von Spezialkräften am Boden, die im Verbund mit afghanischen Truppen kämpften.“¹⁰⁹ Beim Einmarsch in den Irak im März 2003 leistete diese Strategie gute Dienste, die USA verloren nur 33 Mann: „Die USA taten richtig daran, viel Geld in die technologische Erneuerung ihres Militärs zu investieren, sie lagen falsch in der Annahme, damit sei es getan.“¹¹⁰ 2009 fand das US-Militär heraus, dass Rebellen mit Hackerkenntnissen mithilfe einer Software, die für weniger als 30 US-Dollar zu haben waren, die von unbekanntem Predator-Flugzeugen übermittelten Daten abfangen und entschlüsseln konnten. Die zunehmende Abhängigkeit der US-Streitkräfte von ausgeklügelten, auf Satelliten und Computernetzwerke gestützten Systemen macht die USA verwundbarer, als einige ihrer Gegenspieler es sind.¹¹¹ Bei der Operation „Shock and Awe“ (Einmarsch in den Irak 2003) stützten die US-Streitkräfte sich in den ersten Tagen auf den Einsatz sogenannter Smart Bombs, die wiederum später von aufständischen Kräften mit billigen und wirksamen „smarten Bomben“ eigener Bauart (Autobomben, Sprengfallen) beantwortet wurden. Das US-Militär lernte 2006 „das 1x1 der Aufstandsbekämpfung neu“, das man nach Vietnam fast vorsätzlich in Vergessenheit hatte geraten lassen. In der Folge erarbeitete US-General David Petraeus ein Counterinsurgency Field Manual für die US-Armee und das Marine Corps, griff Erfahrungen der Briten und Franzosen sowie aus dem Vietnamkrieg auf und erklärte den Schutz der Zivilbevölkerung zum wichtigsten Ziel noch vor der Vernichtung des Feindes.¹¹² Das wichtigste Ziel bestand nun, die

¹⁰⁸ Joseph Nye, Macht im 21. Jahrhundert. Politische Strategien für ein neues Zeitalter, Siedler Verlag, München 2011, S. 69.

¹⁰⁹ Ebenda.

¹¹⁰ Ebenda.

¹¹¹ Ebenda, S. 70.

¹¹² Ebenda, S. 71.

Zivilbevölkerung für sich zu gewinnen und den aufständischen „Fischen“ das Untertauchen im „Meer“ der Zivilbevölkerung unmöglich zu machen.¹¹³ Die Doktrin der Aufstandsbekämpfung (Counterinsurgency – COIN) verbannte offensive Operationen in die zweite Reihe und legte den Schwerpunkt „auf die Eroberung der Herzen und Köpfe der Zivilbevölkerung“, d.h. „die Integration weicher macht in eine militärische Strategie“.¹¹⁴ Die USA betrieben 2012 in 150 Ländern an die 1.000 Militärstützpunkte.¹¹⁵ So sucht die USA in allen Weltregionen Partner, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen und schützen zu können – mit einer Flexibilität von Mitteln: von der „Hard Power“ („mit Zuckerbrot und Peitsche operierend“)¹¹⁶ bis zur „Soft Power“ („auf Überzeugungsarbeit und Attraktion setzend“). Krieg bleibt nach wie vor die Umsetzung von politischen Zielen mit militärischen Mitteln.

Besonderen Schwerpunkt setzen die USA auf die Bekämpfung bzw. Prävention gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Derartige Maßnahmen liegen in der Stärkung der Rüstungskontrolle und in der „Gegenproliferation“ – ein derartiges Konzept ist bereits 1993 während der Amtszeit von US-Präsident Bill Clinton entwickelt worden. Gegenproliferation ist ein Bündel von aktiven und passiven Schutzvorkehrungen gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, welche vom Bau einer Raketenabwehr bis zur Zerstörung militärisch relevanter Ziele im Ausland reichen.¹¹⁷ 1996 wurden in den USA der Defense Against Weapons of Mass Destruction (WMD) Act erlassen (bekannt auch als Nunn-Lugar II), demnach bildet das Verteidigungsministerium zivile Katastrophenschutzteams aus und schafft schnelle Teams für die Terrorbekämpfung (rapid terrorism response teams).¹¹⁸

¹¹³ Ebenda.

¹¹⁴ Ebenda.

¹¹⁵ Diese Nato hat ausgedient. Das Bündnis muss europäischer werden. Ein Standpunkt von Theo Sommer, hrsgg. von Roger de Weck, Edition Körber-Stiftung, Berlin 2012, S. 75.

¹¹⁶ Joseph Nye, Macht im 21. Jahrhundert. Politische Strategien für ein neues Zeitalter, Siedler Verlag, München 2011, S. 15.

¹¹⁷ Erich Reiter, Präventivkriegführung nach der neuen US-Sicherheitsstrategie, Österreichische Militärische Zeitschrift, Heft 2/2003, S. 183-188, S. 184.

¹¹⁸ Ashton B. Carter, William J. Perry, Preventive Defense. A New Security Strategy for America, Brookings Institutions Press, Washington D.C. 1999, S. 169.

Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA 2002 und die „präemptive Verteidigung“

Die Bekämpfung des Terrors steht seit den Anschlägen des 11. September 2001 (9/11) – auf das World Trade Center wurde bereits 1993 ein Bombenanschlag verübt – an oberster Priorität. Weitere Anschläge auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressalam 1998 sowie auf die USS Cole¹¹⁹ im Oktober 2000 bezeichnete George W. Bush als „warm-ups“ in Hinblick auf 9/11.¹²⁰ Bereits in der Nationalen Strategie der USA aus dem Jahr 2000 wird klargestellt, dass aufgrund dieses Ereignisses die USA weiterhin fest entschlossen bleiben, die Militärpräsenz auszubauen, um die regionale Stabilität am Persischen Golf zu erhöhen.¹²¹

An der Schwelle zum neuen Millennium erreichte die USA zudem eine bis dato unerreichte Vorrangstellung: „From weaponry to entrepreneurship, from science to technology, from higher education to popular culture, America exercises an unparalleled ascendancy around the globe.¹²² Die USA betrachteten sich während der Periode 1987 und 2016 – also bis zur Amtsübernahme von US-Präsident Donald Trump – selbst als Quelle und Garant von demokratischen Institutionen weltweit:¹²³ „We will defend the peace by fighting terrorists and tyrants. We will preserve the peace by building good relations among the great powers. We will extend the peace by encouraging free and open societies on every continent.“¹²⁴ Während seiner Inaugural Address meinte George W. Bush: „We are led,

¹¹⁹ Dabei wurden 17 Amerikaner getötet, 90 Personen wurden verwundet, aus: William Kristol, *Big Changes, Unexpected Results*, in: Patrick Luciani / Rudyard Griffiths, *American Power. Potential and Limits in the 21st Century*, Key Porter Books, Toronto 2007, S. 13-45, S. 17.

¹²⁰ George W. Bush, *Decision Points*, Crown Publishers, New York 2010, S. 154.

¹²¹ The White House, *A National Security Strategy for a global age*, December 2000, S. 5.

¹²² Henry Kissinger, *Does America need a foreign policy? Toward a Diplomacy for the 21st Century*, Simon & Schuster, New York, London et al. 2001, S. 17.

¹²³ Ebenda.

¹²⁴ So der damalige US-Präsident George W. Bush am 20. September 2002, in: U.S. Department of State, *U.S. Foreign Policy Agenda Vol 7 No 4*, U.S. National Security Strategy. *A New Era*, December 2002, S. 2.

by events and common sense, to one conclusion: the survival of liberty in our land increasingly depends on the success of liberty in other lands.“¹²⁵

Mit der 2002 erschienen Nationalen Sicherheitsstrategie wird die Vision eines Amerikas als unipolarer Staat artikuliert, der sich über Regeln und Institutionen des globalen Systems positioniert, „providing security and enforcing order“.¹²⁶ Die USA, so die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice, haben in der Folge eine „spezielle Verantwortung“ („special responsibility“) „to help to make the world more secure.“¹²⁷ Besonders die Nationalen Sicherheitsstrategien der USA aus 2002 und 2006 kommunizieren von den USA aus eine Strategie der globalen Herrschaft, in der die USA eine Militärmacht in einer eigenen Klasse bleibt. Demnach soll US-Machtprojektion 500 Jahre Rivalität unter großen Mächten beenden.¹²⁸ Die USA sollen weiterhin eine Ausnahmestellung im internationalen System innehaben – so auch in der Nichtratifizierung der Statuten des Internationalen Strafgerichtshofes (da Amerikaner bzw. US-Soldaten dadurch auch nicht unter politischem Vorwand verfolgt werden können) und Nichtunterzeichnung des Antipersonenminenvertrages (Risiko von US-Truppen in Kriegszonen): „in effect, the US was to become the unipolar provider of global security and order.“¹²⁹

Die Außenpolitik der USA gilt es dennoch und vor allem vor und nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 zu unterscheiden, da „sich die gesamte Breite der außenpolitischen Strategie der Bush-Regierung erst im Zeichen des Terrorangriffs entwickeln konnte.“¹³⁰ Im Zuge des „Krieges gegen den Terrorismus“ („war on terror“) forderte George W.

¹²⁵ G. John Ikenberry, Thomas J. Knock, Anne-Marie Slaughter, Tony Smith, *The Crisis of American Foreign Policy. Wilsonianism in the Twenty-first Century*, Princeton University Press, Princeton and Oxford 2009, S. 1.

¹²⁶ Ebenda.

¹²⁷ U.S. Department of State, *U.S. Foreign Policy Agenda Vol 7 No 4*, U.S. National Security Strategy. A New Era, December 2002, S. 2.

¹²⁸ G. John Ikenberry, Thomas J. Knock, Anne-Marie Slaughter, Tony Smith, *The Crisis of American Foreign Policy. Wilsonianism in the Twenty-first Century*, Princeton University Press, Princeton and Oxford 2009, S. 1.

¹²⁹ Ebenda, S. 7.

¹³⁰ Metin Aksoy, *Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik von George W. Bush?*, in: Güvenlik Stratejileri Dergisi / *The Journal of Security Strategies*, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / *Strategic Research Institute*, Ekim / October 2014, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43, S. 10.

Bush den Einsatz aller nationalen Ressourcen: „We will direct every resource at our command every means of diplomacy, every tool of intelligence, every instrument of law enforcement, every financial influence, and every necessary weapon of war.“¹³¹

Der Einsatz aller nationalen Ressourcen erfolgt in der Regel nur in einer Lage, die mit dem Begriff des „Krieges“ in Verbindung gebracht wird. Um jedoch die Größenordnung eines künftigen Konfliktes zu beschreiben, zog George W. Bush einen Vergleich zwischen dem internationalen Terrorismus und den totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts, wie dem Faschismus oder dem Nationalsozialismus.¹³² Es galt, Krieg gegen den Terror zu führen und gegen alle, die Terrorismus unterstützen. Bush sah eine enge Verbindung zwischen der Taliban in Afghanistan und der Al Qaida:

„The leadership of al Qaeda has great influence in Afghanistan and supports the Taleban regime in controlling most of that country. In Afghanistan, we see al Qaeda’s vision for the world.“¹³³

Bush weiter: „By 9/11, Afghanistan was not only a state sponsored of terror, but a state sponsored by terror.“¹³⁴ Nur drei Staaten hatten die Taliban anerkannt: Pakistan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.¹³⁵

In seiner Rede vom 20. September 2001 lokalisierte Bush insgesamt 60 Länder, in denen Al Qaida-Terroristen zu finden seien. Diese Staaten, so Bush, würden in Zukunft als feindliche Regime der USA behandelt werden, falls sie sich schuldig machen, Terrorismus zu unterstützen. Die Folge nach Ernst-Otto Czempiel: „Was außergewöhnlich am 11. September gewesen war, wurde auf diese Weise eingebettet in das gewohnte, traditionelle

¹³¹ Ebenda, S. 18.

¹³² Ebenda, S. 19.

¹³³ Aus: The White House: Address to a Joint Session of Congress and the American People, 20. September 2001, zitiert in: Metin Aksoy, Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik von George W. Bush?, in: Güvenlik Stratejileri Dergisi / The Journal of Security Strategies, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / Strategic Research Institute, Ekim / October 2014, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43, S. 19.

¹³⁴ George W. Bush, Decision Points, Crown Publishers, New York 2010, S. 187.

¹³⁵ Ebenda.

Paradigma der Verteidigung.¹³⁶ Als nächstes verschob Bush den politischen Diskurs in eine Richtung, die Massenvernichtungswaffen mit Terroristen bzw. mit „terroristischen Staaten“ in Verbindung brachte. So erfolgte die Interpretationslinie der bereits existierenden „Schurkenstaat“-Debatte, die sich wiederum in den 1990er Jahren im sicherheitspolitischen Diskurs durchgesetzt hat. Der Begriff „rogue state“ (Schurkenstaat) bezeichnete demnach einen Staat, der den Besitz von Massenvernichtungswaffen anstrebt, den Terrorismus fördert und US-Interessen in bestimmten Regionen zuwider handelt:

„Einige den Terrorismus unterstützende Staaten streben den Besitz von Massenvernichtungswaffen an oder besitzen sie bereits, Terrorgruppen agieren nach diesen Waffen und würden sie ohne Gewissensbisse einsetzen. Wir wissen, dass diese Waffen in den Händen von Terroristen zu Erpressung, Völkermord und Chaos führen würden.“¹³⁷

Diese Vermutung resultierte aus einer Meinung, dass terroristische Gruppen nur in wenigen Fällen ohne staatliche Unterstützung in den Besitz von Massenvernichtungswaffen kommen können.¹³⁸ Dieses außenpolitische Ziel der damaligen Neokonservativen (Neocons) führte zur Argumentationslinie bei der Beseitigung vom damaligen irakischen Machthaber Saddam Hussein im Irak: „The danger from Saddam Hussein’s arsenal is far more clear than anything we could have foreseen prior to September 11th“, so die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice.¹³⁹ Die

¹³⁶ Metin Aksoy, Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik von George W. Bush?, in: Güvenlik Stratejileri Dergisi / The Journal of Security Strategies, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / Strategic Research Institute, Ekim / October 2014, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43 , S. 20.

¹³⁷ Aus: The White House, President Thanks World Coalition for Anti-Terrorism Efforts, 11. März 2002, zitiert in: Ebenda.

¹³⁸ Metin Aksoy, Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik von George W. Bush?, in: Güvenlik Stratejileri Dergisi / The Journal of Security Strategies, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / Strategic Research Institute, Ekim / October 2014, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43 , S. 20.

¹³⁹ U.S. Department of State, U.S. Foreign Policy Agenda Vol 7 No 4, U.S. National Security Strategy. A New Era, December 2002, S. 6.

Möglichkeit war also nicht mehr gegeben, dass sich Saddam Hussein nukleare Waffen besorgt und diese an Terroristen aushändigt.¹⁴⁰

In der State of the Union Address vom Januar 2002 bezeichnete Bush den Irak, den Iran und Nordkorea als „Achse des Bösen“.¹⁴¹ Diesen Staaten konnte zwar keine Verbindung zur Al Qaida nachgewiesen werden, jedoch die Möglichkeit des Besitzes von Massenvernichtungswaffen machte diese Länder zu einer potenziellen Gefahr für die USA.¹⁴² „We led an international coalition to topple the dictator of Iraq, who ... sought and used weapons of mass destruction.“¹⁴³ Die Folge war eine gewaltige Aufrüstung bei den amerikanischen Streitkräften. In der State of the Union Address vom 29. Januar 2002 meinte Bush:

„We have spent more than a billion dollars a month and we must be prepared for future operations. (...) We need to replace aging aircraft and make our military more agile, to put our troops anywhere in the world quickly and safely. (...) My budget includes the largest increase in defense spending in two decades – because while the price of freedom and security is high, it is never too high.“¹⁴⁴

Bereits zuvor hatte im Jahr 2000 die neokonservative Denkfabrik „The Project for a New American Century“ eine Schrift zum Thema „Rebuilding America’s Defenses“ erarbeitet, die detailliert die Erhöhung der Militärausgaben zum Ausbau der militärischen Stärke der USA gefordert hatte. Einer der großen Wegweiser dieser Schrift war der damalige Vorsitzende der

¹⁴⁰ Robert J. Art, *The US National Security Strategy (NSS): Implications for Transatlantic Security Policy*, NATO Defense College, Rome, November 2005, S. 15-25, hier S. 18f.

¹⁴¹ Metin Aksoy, *Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik von George W. Bush?*, in: *Güvenlik Stratejileri Dergisi / The Journal of Security Strategies, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / Strategic Research Institute*, Ekim / October 2014, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43, S. 21.

¹⁴² Ebenda.

¹⁴³ So US-Präsident George W. Bush einleitend, in: *The National Security Strategy of the United States of America*, March 2006, S. 1.

¹⁴⁴ Metin Aksoy, *Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik von George W. Bush?*, in: *Güvenlik Stratejileri Dergisi / The Journal of Security Strategies, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / Strategic Research Institute*, Ekim / October 2014, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43, S. 21.

Weltbank Paul Wolfowitz. Somit war die Entscheidung der Regierung von Präsident George W. Bush, die Stärke der USA-Streitkräfte massiv auszubauen, bereits vor dem 11. September 2001 gefallen. Bush hatte insbesondere das Ziel verfolgt, „den einzigartigen Supermachtstatus der USA zu erhalten und zu erweitern.“¹⁴⁵ In der Folge wurden seitens der USA vertragliche Bindungen mit anderen Staaten im Bereich der Rüstungskontrolle als hinderlich angesehen.¹⁴⁶

In seiner Rede am 1. Juni 2002 in West Point betonte Bush weiters:

„Competition between great nations is inevitable, but armed conflict in our world is not. More and more, civilized nations find ourselves on the same side – united by common dangers of terrorist violence and chaos. America has, and intends to keep, military strengths beyond challenge, thereby, making the destabilizing arms race of other eras pointless, and limiting rivalries to trade and other pursuits of peace.“¹⁴⁷

Aufgrund der am 20. September 2002 seitens George W. Bush dem Kongress vorgelegten neuen Nationalen Sicherheitsstrategie¹⁴⁸ hat die „präventive Strategie“ eine neue Dimension bekommen: Die USA hätte, so der amerikanische Präsident am 18. März 2003 während der Vorbereitungen einer Invasion gegen den Irak, das Recht, einen Staat „in Selbstverteidigung“ anzugreifen, wenn sich die USA durch die Existenz möglicher Bedrohungen in diesem Land gefährdet fühlt („pre-emptive military force“). Demnach richtet sich Selbstverteidigung

„nicht nur gegen berechenbare und überschaubare Gefahren, sondern bereits gegen unkalkulierbare Sicherheitsrisiken, die in einem Frühstadium auszuschalten sind, ehe sie sich zu unüberwindbaren Bedrohungen

¹⁴⁵ Ebenda, S. 12.

¹⁴⁶ Ebenda.

¹⁴⁷ Ebenda, S. 28f.

¹⁴⁸ Die amerikanische Sicherheitsdoktrin vom 20. September 2002 enthält acht Kapitel, die sich im Sinne eines umfassenden Sicherheitsverständnisses u.a. mit den Bereichen Entwicklungshilfe und Demokratisierung, Welthandel und Wirtschaftswachstum, Umweltschutz, regionale Konflikte, Terrorismusbekämpfung, sicherheitspolitische Lage, Kooperation mit Europa und den Stellenwert der NATO beschäftigt.

entwickeln. Je größer das Risikopotenzial, aus dem sich eine echte Bedrohung entwickeln könnte, desto wichtiger wird die antizipatorische Selbstverteidigung.¹⁴⁹

Die herkömmliche Politik der Eindämmung, Abschreckung und Rüstungskontrolle gilt also demnach für den Kampf gegen den Terrorismus als überholt.¹⁵⁰ Diese präemptiven Maßnahmen werden aus amerikanischer Sicht nicht als Angriff, sondern als Verteidigung verstanden. Die gegenwärtigen Formen des internationalen Terrorismus, der sich auch Massenvernichtungswaffen bedient, ist ein Phänomen, das bei der Verabschiedung der UNO-Charta nicht existent war. Die amerikanische Regierung nimmt es deshalb nicht hin, dass sie aufgrund eingrenzender völkerrechtlicher Bestimmungen gehindert werden soll, gegen mögliche Bedrohungen präemptiv vorzugehen¹⁵¹, in ihrem Selbstverständnis der betreffenden Strategie als „pre-emptive strategy against hostile states and terrorist groups, while also expanding development assistance and free trade, promoting democracy, fighting disease, and transforming U.S. military.“¹⁵² Demnach soll terroristische Bedrohung eingedämmt werden, bevor diese die USA erreicht, auch mit Hilfe von „Alliierten, Freunden und Partnern“: „We cannot let our enemies strike first“¹⁵³.

In diesem Zusammenhang wird nicht zwischen Terroristen und jenen unterschieden, die Terroristen Unterschlupf gewähren.¹⁵⁴ So ist nach amerikanischen Vorstellungen ein Krieg – er gilt als letztes Mittel – dann gerechtfertigt, wenn die Sicherheit der USA bedroht wird. „Preventive defense“ – als „pre-emptive defense“ – bezieht sich hier insbesondere auf die Vernichtung von Massenvernichtungswaffen. Diese seien nicht mehr

¹⁴⁹ Oskar Matthias Frhr. von Lepel, Die präventive Selbstverteidigung im Lichte des Völkerrechts, in: Forum-Verbreitung, Heft 2/2003, S. 77-81, S. 78.

¹⁵⁰ Ebenda.

¹⁵¹ Ebenda, S. 81.

¹⁵² U.S. Department of State, Bush Sends New National Security Strategy to Congress, 20 Sept. 2002, <http://www.usinfo.state.gov/topical/pol/02092040.htm> (abgerufen am 22.09.2002).

¹⁵³ The National Security Strategy of the United States of America, September 2002, Chapter V “Prevent Our Enemies from Threatening Us, Our Allies, and Our Friends with Weapons of Mass Destruction”, 15.

¹⁵⁴ Ebenda, Chapter III “Strengthening Alliances to Defeat Global Terrorism and Work to Prevent Attacks Against Us and Our Friends”, 5.

„Waffen für den schlimmsten Fall“, sondern „Waffen der Wahl“¹⁵⁵. Falls ein Staat trotz mehrmaliger diplomatischer Interventionen nicht bereit ist, seine möglicherweise gegen die USA gerichteten Massenvernichtungswaffen zu zerstören, kann dieser Staat mit als letztes Mittel mit militärischen Maßnahmen der USA rechnen. Demnach wäre, abgeleitet von Carl von Clausewitz, aus US-Sicht ein Krieg gerechtfertigt, „um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.“¹⁵⁶ Der Krieg gegen Saddam Hussein wurde jedoch seitens der USA gegenüber dem UN-Sicherheitsrat nicht mit präventiver Selbstverteidigung begründet, sondern durch die Verletzung der Abrüstungsverpflichtungen seitens der irakischen Regierung legitimiert.¹⁵⁷ In der offiziellen Stellungnahme der USA gegenüber dem UN-Sicherheitsrat wurde darauf hingewiesen, dass aufgrund der Nichteinhaltung der Abrüstungsverpflichtungen der 1991 geschlossenen Waffenstillstand mit dem Irak hinfällig geworden sei.¹⁵⁸ Die Autorität des US-Präsidenten George W. Bush für eine Kriegserklärung gegen Saddam Hussein kam von zwei Quellen: Eine war Artikel II der US-Verfassung, demzufolge in Kriegszeiten der Präsident als Oberbefehlshaber mit Kriegsagenden (wartime powers) ausgestattet ist. Die andere war der Beschluss einer Kriegsresolution des Kongresses – drei Tage nach 9/11 (Votum: 98:0 im Senat, 420:1 im Repräsentantenhaus):¹⁵⁹

Der Irakkrieg begann am 20. März 2003. Die USA marschierten mit insgesamt 300.000 Soldaten ein, unterstützt von 41 Nationen. Nur wenige Wochen später wurde Saddam Hussein gestürzt.¹⁶⁰ In Bezug auf den Irak meinte Bush in seiner Rede an die Nation (State of the Union Address) am 29. Januar 2002: „States like these, and their terrorist allies, constitute an

¹⁵⁵ Ebenda, Chapter V “Prevent Our Enemies from Threatening Us, Our Allies, and Our Friends with Weapons of Mass Destruction”, S. 15: “In the Cold War, weapons of mass destruction were considered weapons of last resort whose use risked the destruction of those who used them. Today, our enemies see weapons of mass destruction as weapons of choice. ...”

¹⁵⁶ Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, Rowohlt Taschenbuchverlag, 1963.

¹⁵⁷ Metin Aksoy, *Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Außenpolitik von George W. Bush?*, in: Güvenlik Stratejileri Dergisi / The Journal of Security Strategies, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / Strategic Research Institute, Ekim / October 2014, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43, S. 35.

¹⁵⁸ Ebenda.

¹⁵⁹ George W. Bush, *Decision Points*, Crown Publishers, New York 2010, S. 154.

¹⁶⁰ Norbert Rief, *Mit dem Testament in der Tasche*, in: *Die Presse*, 17.03.2007, S. 11.

axis of evil, arming to threaten the peace of the world.“¹⁶¹ Aus diesem Grund entsendete Bush Truppen in den Irak – zum Schutz der US-Bevölkerung.¹⁶² Am 1. Mai 2003 verkündete George W. Bush an Bord des Flugzeugträgers „Lincoln“:

„My fellow Americans ... Major combat operations in Iraq have ended ... the transition from dictatorship to democracy will take time, but it is worth every effort. Our coalition will stay until the work is done. Then we will leave, and we will leave behind a free Iraq.”¹⁶³

Dahinter war ein Banner zu lesen mit „Mission Accomplished“, dieses bezog sich jedoch ausschließlich auf die Besetzung des Flugzeugträgers, die ihre Mission nach der längsten Verlegung ihrer „Lincoln“ beendet hatte. Dieses Banner führte jedoch zu einem medialen Missverständnis: „Instead, it looked like I was doing the victory dance I had warned against“, so George W. Bush.¹⁶⁴ Im Nachhinein stellten sich alle erhobenen Vorwürfe gegen Saddam Hussein – also die fortsetzende illegale Entwicklung von Massenvernichtungswaffen in Verbindung zum Al Qaida-Netzwerk – „als falsch und bewusst konstruiert heraus“.¹⁶⁵

In seiner Rede an die Nation („State of the Union“) aus 2006 betonte US-Präsident George W. Bush die Rolle Amerikas als die Führungsmacht der Welt.¹⁶⁶ Zudem verkündete Bush, jeder Schritt Richtung Freiheit in der Welt mache die USA sicherer.¹⁶⁷ Ein historisches langfristiges Ziel der USA ist das „Ende der Tyrannei auf dieser Welt.“¹⁶⁸

¹⁶¹ George W. Bush, *Decision Points*, Crown Publishers, New York 2010, S. 233.

¹⁶² Ebenda, S. 253.

¹⁶³ Ebenda, S. 257.

¹⁶⁴ Ebenda.

¹⁶⁵ Metin Aksoy, *Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik von George W. Bush?*, in: *Güvenlik Stratejileri Dergisi / The Journal of Security Strategies, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / Strategic Research Institute, Ekim / October 2014*, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43, S. 20.

¹⁶⁶ *The White House, State of the Union: A Strong America Leading the World*, Office of the Press Secretary, Washington, January 31, 2006.

¹⁶⁷ Ebenda.

¹⁶⁸ Ebenda.

Die Bush-Regierung hat in der Fassung der Nationalen Sicherheitsstrategie vom März 2006 keine wesentlichen Veränderungen gegenüber jener aus 2002 vorgenommen. Die Nationalen Sicherheitsstrategien der USA aus 2002 – diese setzt sich aus insgesamt neun Reden von US-Präsident George W. Bush zusammen – und 2006 sehen zwar multilaterales Handeln vor, gleichzeitig verweist sie aber darauf, dass multilaterales Vorgehen die Entschlossenheit des präemptiven Vorgehens nicht schwächen dürfte. Es gilt in der Folge: Je *effektiver* der Multilateralismus, desto geringer das transatlantische und auch innereuropäische Spannungsverhältnis. Die USA sind gemäß ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie – besonders jener aus 2002 – berufen, „ihre unvergleichliche Macht zu nutzen, um die Welt besser und sicherer zu machen“.¹⁶⁹ Gemäß diesem Dominanzprinzip darf die Überlegenheit der USA von niemandem in Frage gestellt werden. Jeder mögliche Gegner muss von militärischer Ebenbürtigkeit mit den USA gewaltsam abgehalten werden. So ist die US-Sicherheitsstrategie eine Grand Strategy mit klaren Durchführungskonzepten. Letztere aus 2006 definiert sich sogar als „wartime national security strategy.“¹⁷⁰ US-Präsident Barack Obama hatte 2008 angekündigt, das US-Führungsprinzip zu ändern, „offering a tough, smart, and principled national security strategy that uses all elements of American power – military, diplomatic, and economic – to protect our nation.“¹⁷¹

Vor allem die US-Sicherheitsstrategien von 2002 und 2006 proklamieren einen „ausgeprägten amerikanischen Internationalismus“ – im Gegensatz zur isolationistischen Politik früherer Jahrzehnte. Die USA waren damals bestrebt die internationale Ordnung wesentlich und prägend zu gestalten. Am 11. September 2001 wurde der USA bewusst, dass Probleme, die ihren Ursprung in einem gescheiterten Staat 7.000 Meilen entfernt haben, Mord und Zerstörung in die USA bringen können.¹⁷² Aus diesem Grund gab Bush bekannt: „America rejects the false comfort of

¹⁶⁹ Aus: Karl-Heinz Kamp, The Need to Adapt NATO’s Strategic Concept, in: NATO Defence College, Security Strategies and their Implications for NATO’s Strategic Concept, NDC Occasional Paper No. 9, Rome, November 2005, S. 7-14, S. 14.

¹⁷⁰ So US-Präsident George W. Bush einleitend, in: The National Security Strategy of the United States of America, March 2006, S. 1.

¹⁷¹ Aus: Change we can believe in, Barack Obama’s Plan to Renew America’s Promise, With a Foreword by Barack Obama, Three Rivers Press, New York 2008, S. 104f.

¹⁷² Ebenda.

isolationism. We accept the call of history to deliver the oppressed and move the world toward peace.”¹⁷³ Die amerikanische Administration habe jedoch den Willen, künftig keinen auch nur annähernd gleich starken Konkurrenten zuzulassen. Militärische Überlegenheit ist die Basis für eine wirksame Verteidigung und: „... our best defense is a good offense...“.¹⁷⁴ Die „Nationale Geheimdienststrategie“ aus 2009 nennt als globale Trends, die zur Gefahr werden könnten:¹⁷⁵

- die globale Wirtschaftskrise – diese könnte sich noch ausweiten und die Sicherheit der USA schwächen, in dem sie politische Turbulenzen anheize;
- Gescheiterte Staaten und nichtregierte Territorien stellen für Terroristen und kriminelle Gruppen einen sicheren Hafen dar.
- Klimawandel und der Wettlauf um Energieressourcen hätten stets gravierende Konsequenzen für die Sicherheit.
- Der rasante technologische Wandel verändere auch die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kräfte.
- Pandemien stellen eine Bedrohung für die globale Gesundheit, den Welthandel und eine gut funktionierende Wirtschaft dar.¹⁷⁶

Erstmals hatten die USA am 13. September 1985 einen erdumkreisenden Satelliten abgeschossen, im Februar 2008 schoss die US Navy einen Spionagesatelliten des Pentagon, der 2007 außer Kontrolle geriet und ansonsten auf die Erde gestürzt worden wäre, durch eine Rakete, die von einem Kriegsschiff aus abgefeuert wurde, ab.¹⁷⁷ Der Satellit enthielt große Mengen des giftigen Raketentreibstoffs Hydrazin, man wollte daher mit dem ersten Schuss den Tank noch im All zur Explosion bringen, die übrigen Trümmer sind dann verglüht oder ins Meer gefallen.¹⁷⁸ Bei dem Satelliten handelt es sich um den 2006 gestarteten „NROL-21“, einen

¹⁷³ Ebenda.

¹⁷⁴ The National Security Strategy of the United States of America, September 2002, Chapter III “Strengthen Alliances to Defeat Global Terrorism and Work to Prevent Attacks Against Us and Our Friends”, S. 6.

¹⁷⁵ Burkhard Bischof, China schimpft über „unverantwortliche“ US-Strategie, in: Die Presse, 25.09.2009, S. 4.

¹⁷⁶ Ebenda.

¹⁷⁷ Dan Leaf, Credibility matters in military options for North Korea, in: Defense News, November 6, 2017, S. 29.

¹⁷⁸ Wolfgang Greber, Spionagesatellit wird abgeschossen, in: Die Presse, 16.02.2008, S. 9.

damals ultramodernen, hochgeheimen Radar-Aufklärungssatelliten, dieser sollte hochauflösende Bilder von der Erdoberfläche machen, auch bei Nacht und durch Wolken. Das von Lockheed Martin gebaute Teil war Testmodell für eine neue Generation von Aufklärungssatelliten, die die Systeme „Onyx“ und „Lacrosse“ ablösen sollte. Er verfehlte angeblich seine vermutlich in 600 Kilometer Höhe angesiedelte Umlaufbahn. Mitte 2007 riss auch die Verbindung ab. Das um den 6. März 2008 definierte Absturzgebiet betraf den ganzen Globus von Stockholm bis Feuerland. Er wäre wohl größtenteils verglüht. In den Meeren rüsteten sich drei Schiffe mit „Aegis“-Luftabwehrsystemen zum Einsatz. Eines (ein Kreuzer der „Ticonderoga“-Klasse oder ein Zerstörer der „Arleigh Burke“-Klasse) sollte eine Standard Missile-3 starten, um den Satelliten in etwa 200 Kilometer Höhe zu treffen.¹⁷⁹

¹⁷⁹ Ebenda.

Der Einsatz gegen Massenvernichtungswaffen als Doktrin

Vom amerikanischen Verteidigungsministerium wurde im Januar 2002 der Nuclear Posture Review (NPR) an den Kongress übermittelt. Diese 56 Seiten starke Analyse befasst sich mit Anforderungen der Abschreckung im 21. Jahrhundert sowie deren Auswirkungen auf Entwicklung und die Aufstellung von Atomwaffen. Der NPR gliedert sich in einen öffentlichen und in einen geheimen Teil. Während der öffentlich zugängliche Teil relativ „harmlose“ Fragen der nuklearen Abrüstung enthält, wird im geheimen Teil – Teile daraus wurden in der Los Angeles Times vom 9. März 2002 veröffentlicht – gefordert, dass sich die USA auf Nukleareinsätze zur Vergeltung von Angriffen mit biologischen, chemischen und anderen Massenvernichtungswaffen vorbereiten soll, welche durch andere Offensivmaßnahmen nicht zu bewältigen sind.¹⁸⁰ Als mögliche Ziele wurden die Staaten der „Achse des Bösen“ genannt – Iran, Irak unter Saddam Hussein und Nordkorea –, die „Schurkenstaaten“ Libyen und Syrien, aber auch China und Russland. Die Szenarien für einen atomaren Angriff wären laut dieser Analyse ein irakischer Angriff auf Israel, ein Angriff Nordkoreas auf Südkorea und ein Angriff Chinas auf Taiwan.¹⁸¹ Alle als atomare Angriffsziele angeführten Staaten hatten bereits das Abkommen zur Nichtverbreitung von Nuklearwaffen (Nuclear Nonproliferation Treaty – NPT) unterzeichnet, ferner verfügten fünf aufgelistete Staaten offiziell über keine Atomwaffen. Der damalige US-Präsident George W. Bush erklärte, dass er sich gegen Staaten, die Massenvernichtungswaffen besitzen oder einsetzen, die Option eines Atomschlages offenhalte.¹⁸² In diesem Geheimpapier wird der Bedarf nach Entwicklung von neuen Atomwaffen mit geringer Sprengkraft formuliert, welche präzise und mit möglichst geringen Kollateralschäden gegen tief unter der Erde liegende Bunker und dort lagernde Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden können. Die Wiederaufnahme amerikanischer Atomtests wurde damals nicht ausgeschlossen.¹⁸³ Beratungen über die

¹⁸⁰ Brigitte Sob, Nuklearstrategie der USA. Atomarer Angriff auf den Irak möglich, Zur Zeit, Nr. 6/03, 11.

¹⁸¹ Ebenda.

¹⁸² Ebenda.

¹⁸³ Ebenda.

Einführung sogenannter „mini-nukes“ bzw. „high-yield nuclear bombs“ – also über neue Bomben mit kleinen nuklearen Sprengköpfen, die in der Lage sind, Bunkeranlagen bzw. tiefer unter der Erde liegende Ziele zu zerstören¹⁸⁴ – wurden in Nebraska am 6. August 2003 eingeleitet – am 58. Jahrestag des Abwurfs der Atombombe über Hiroshima.

Die am 11. Dezember 2002 vorgestellte „Nationale Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen“¹⁸⁵ verdeutlichte, dass Feinde der USA und ihrer Verbündeten, welche atomare, biologische oder chemische Waffen gegen amerikanische Truppen oder ihre Alliierten einsetzen, ihrerseits mit dem Einsatz amerikanischer Massenvernichtungswaffen – einschließlich Nuklearwaffen – rechnen müssen.¹⁸⁶ Bereits während des Golfkrieges 1990/91 war dem Irak der Einsatz von Massenvernichtungswaffen angedroht worden, sollte dieser selbst derartige Waffen gegen US-Truppen einsetzen.¹⁸⁷ In diesem Kontext wurde von George W. Bush im Mai 2003 auf der Grundlage der im Dezember 2002 veröffentlichten Nationalen Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen (National Strategy to Combat WMD) die Proliferation Security Initiative (PSI) eingeleitet.¹⁸⁸ 2003 trafen sich die PSI-Länder Australien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Polen, Portugal, Spanien sowie die USA zum 4. Mal: Madrid (12. Juni), Brisbane (9.10. Juli) und Paris (3.-4. September) sowie London (9.-10. Oktober). Zweck der Initiative: Eindämmung von Proliferation im Zusammenhang mit der Entwicklung und Beschaffung von chemischen, biologischen oder nuklearen Waffen (und Trägersystemen) sowie in Hinblick auf den Transfer (Verkauf, Erwerb) von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägersystemen: Massenvernichtungswaffen sind eine globale Bedrohung, die globale Antworten verlangen.¹⁸⁹

¹⁸⁴ Walter Pincus, Future of U.S. Nuclear Arsenal Debated, Washington Post, May 4, 2003, Page A06.

¹⁸⁵ National Strategy to Combat Weapons of Mass Destruction, December 2002.

¹⁸⁶ Ebenda, S. 3: „The United States will continue to make clear that it reserves the right to respond with overwhelming force – including through resort to all of our options – to the use of WMD against the United States, our forces abroad, and friends and allies.”

¹⁸⁷ Erich Reiter, Präventivkriegführung nach der neuen US-Sicherheitsstrategie, Österreichische Militärische Zeitschrift, Heft 2/2003, S. 183-188, S. 185.

¹⁸⁸ John R. Bolton, Under Secretary for Arms Control and International Security, Remarks to the Chicago Council on Foreign Relations, The Bush Administration's Forward Strategy For Nonproliferation, U.S. Department of State, October 19, 2004.

¹⁸⁹ Ebenda.

Was den Krieg der USA und Großbritannien gegen den Irak betrifft (Frühjahr 2003), ging es nicht um vorbeugende Maßnahmen gegen eine unmittelbare Bedrohung der USA und deren Verbündeten, ebenso nicht der Nachbarländer, sondern es ging primär um eine Vorbeugung gegen eine mögliche künftige Kriegsgefahr, die Saddam Hussein eines Tages hätte auslösen können.¹⁹⁰ Der „Iraq Liberation Act“ wurde bereits 1998 unter US-Präsident Bill Clinton vom Kongress verabschiedet, darin wurden das Massenvernichtungsprogramm von Saddam Hussein und die Verletzung von UN-Resolutionen durch ihn verurteilt:¹⁹¹ Folgende neue US-Politik wurde dadurch erklärt: alle Anstrengungen unterstützen, die zum Sturz des Saddam-Regimes führen werden sowie Ziel der Bildung einer demokratischen Regierung in Bagdad.¹⁹² Im Oval Office erklärte der damalige US-Präsident Bill Clinton im Dezember 1998:

„The hard fact is that so long as Saddam remains in power, he threatens the well-being of his people, the peace of his region, the security of the world. The best way to end that threat once and for all is with a new Iraqi government – a government ready to live in peace with its neighbors, a government that respects the rights of its people.”¹⁹³

Offiziell gab es damals keine Gewissheit darüber, dass Saddam Hussein alle Massenvernichtungswaffen aus dem Golfkrieg 1991 vernichtet hatte. Aus diesem Grund hatte die Clinton-Administration die Operation Desert Fox durchgeführt, eine vier Tage andauernde Bombardierungsoperation gemeinsam mit Großbritannien.¹⁹⁴ Mit der UNO-Resolution 1441 befürworteten alle Staaten, dass der Irak eine Bedrohung darstelle, obwohl dort keine Massenvernichtungswaffen gefunden wurden: „and we found no WMD after taking control of the country. We thought there was an active WMD programme and there wasn’t.”¹⁹⁵ Tony Blair ergänzte weiters: „The aftermath following Saddam’s removal in May 2003, was bloody,

¹⁹⁰ Erich Reiter, Präventivkriegführung nach der neuen US-Sicherheitsstrategie, Österreichische Militärische Zeitschrift, Heft 2/2003, S. 183-188, S. 188.

¹⁹¹ Tony Blair, A Journey, Hutchinson Publishing, London 2010, S. 374

¹⁹² George W. Bush, Decision Points, Crown Publishers, New York 2010, S. 228.

¹⁹³ Ebenda, S. 227.

¹⁹⁴ Ebenda.

¹⁹⁵ Tony Blair, A Journey, Hutchinson Publishing, London 2010, S. 374.

destructive and chaotic. The intelligence on Saddam and WMD turned out to be incorrect.”¹⁹⁶ Der Krieg gegen Saddam Hussein 2003 – neokonservative Architekten des Krieges waren z.B. Paul Wolfowitz und Richard Perle – wurde von Botschafter Joseph C. Wilson IV wie folgt gerechtfertigt: Das Baath-Regime verübte dennoch ein „Verbrechen gegen die amerikanische Sicherheit“.¹⁹⁷ Bereits 1991 stellte sich heraus, dass Sanktionen allein nicht ausreichten, um die irakischen Truppen aus Kuwait zu vertreiben.

¹⁹⁶ Ebenda.

¹⁹⁷ Gunther Hauser, Transatlantische Beziehungen – Politik und Sicherheit, Jahresbericht der Landesverteidigungsakademie 2003, Wien 2004, I-57-I-61, I-58.

Die Militärintervention der USA „gegen den Terrorismus“ spaltet den Irak

Die National Strategy for Combating Terrorism wurde im Februar 2003 veröffentlicht und beinhaltet eine sogenannte 4D-Strategie: Defeat, Deny, Diminish, Defend. Hier vollzog sich der Richtungswechsel von einer reaktiven zu einer proaktiven US-Politik in der Terrorbekämpfung. Die Ziele der Strategie im Detail:

1. Bekämpfung des Terrorismus sowie Ausschaltung terroristischer Organisationen
2. Entziehung der Unterstützung von Staaten, die Terror unterstützen
3. Dezimierung von strukturellem und ideellem Nährboden für Terrorismus
4. Verteidigung der US-Bevölkerung zu Hause und im Ausland.¹⁹⁸

Es fand nach dem 9/11 „keine differenzierte Analyse der politischen Ursachen des Terrorangriffs“ statt. Die Regierung von Präsident George W. Bush vermischte hingegen unterschiedliche Gefahren und Risiken zu einer „monolithischen Bedrohung“. So wurde die anfängliche Priorität, Al Qaida-Netzwerke auszuschalten, verwässert. Dem Konflikt wurde durch Begriffe wie „Achse des Bösen“ eine monolithische Seite zugestanden, dieser Konflikt bekam eine „metaphysische Qualität.“¹⁹⁹

Im März 2005 wurde der Advance Democracy Act in den beiden Häusern des Kongresses eingereicht mit dem Ziel, dass sich die US-Außenpolitik institutionell verstärkt auf die Unterstützung demokratischer Transformation festlegt. Die Folgen des 9/11 können wie folgt zusammengefasst werden:

- Die kollektive Traumatisierung der US-Gesellschaft durch das Bewusstsein asymmetrischer Gefahren ausgesetzt zu sein führte zu einer proaktiven Haltung in der Terrorismusbekämpfung. Das

¹⁹⁸ Metin Aksoy, Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik von George W. Bush?, in: Güvenlik Stratejileri Dergisi / The Journal of Security Strategies, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / Strategic Research Institute, Ekim / October 2014, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43 , S. 22.

¹⁹⁹ Ebenda, S. 22.

Charakteristikum dieser Veränderung war die erneute Priorität einer an „worst case“-annahmen orientierten Sicherheitspolitik.²⁰⁰

- Die institutionelle Funktion des Präsidenten in außenpolitischen Krisenzeiten wurde derart ausgebaut, dass beinahe auch von einer Erneuerung der „imperialen Präsidentschaft“ gesprochen werden kann.
- Dieser Prozess ging einher mit einem gravierenden Bedeutungsverlust des Kongresses in außenpolitischen Fragen.
- Die neokonservative Interpretation des 9/11 führte im Sinne des „globalen Krieges gegen den Terror“ zu einem strategischen Paradigmenwechsel, der erstens durch die Bush-Doktrin und zweitens durch die wertorientierte Außenpolitik sichtbar wurde.²⁰¹

Diese damals neue US-Außenpolitik beruhte auf vier Prinzipien:

- Bewahrung der US-Vorherrschaft;
- Erhaltung der strategischen Unabhängigkeit;
- Offensive präventive Selbstverteidigung;
- Förderung von Demokratie und Freiheit.

Abgesehen von den verheerenden Folgen des Irak-Krieges aus 2003 für die weitere Entwicklung des Iraks ließ die traumatisierende Wirkung des 9/11 nach, George W. Bush war sich zunehmender Kritik ebenso von republikanischer Seite ausgesetzt. Aufgrund der hohen politischen und wirtschaftlichen Kosten des Irakkrieges wurden vermehrt Stimmen laut, die eine Abkehr von der unilateral-imperialen Politik forderten. Konservative Kritiker warfen Bush vor, „die außenpolitische Mäßigung der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg aufgegeben zu haben und anstelle dessen, der Welt eine „universale demokratische Utopie“ aufzwingen zu wollen. Das Ergebnis einer derartigen Politik wäre eine Schädigung vitaler amerikanischer Interessen.²⁰² Liberale Kritiker prangerten vor allem die mangelnde Legitimierung der liberal-imperialistischen Vorhaben der Bush-Administration an: „Zum einen seien die Vereinigten Staaten nicht so mächtig, als dass sie alleine die internationale Sicherheit garantieren

²⁰⁰ Ebenda, S. 40.

²⁰¹ Ebenda, S. 41.

²⁰² Ebenda, S. 41.

können, und zum anderen seien die neokonservativen Ansichten widersprüchlich und weltweit umstritten.“²⁰³ Dazu kam, dass die außenpolitische Strategie der Bush-Regierung bereits im Fall des Iraks nicht funktioniert hat. Das anfängliche Vorhaben der US-Regierung, innerhalb von sechs Monaten ein funktionierendes Nachfolgeregime aufbauen zu können, hatte sich als illusionär erwiesen: „Anstelle dessen kam es zu einem völligen Zusammenbruch staatlicher Ordnung und der gesamten Infrastruktur.“²⁰⁴ Der von der US-Administration George W. Bush angestrebte „demokratische Dominoeffekt“, der sich ausgehend vom Irak auf die gesamte Region ausweiten sollte, blieb ohne Zweifel aus. Die Lage im Irak wird nach 2003 seither von andauernden terroristischen Anschlägen und von Separationstendenzen der Kurden sowie von zunehmendem iranischem Einfluss bestimmt. Forderungen nach einem Rückzug der Truppen aus dem Irak wurden immer lauter verbunden mit einem Umfragetief betreffend die Amtsführung von George W. Bush – 31% mit Amtsführung 2006 einverstanden.²⁰⁵

2006 entschloss sich George W. Bush, im Rahmen einer Strategie zur Aufständischenbekämpfung 30.000 Soldaten („Surge“) in den Irak zu verlegen.²⁰⁶ Anfang 2007 hatte bei dem bisher schwersten Bombenanschlag im Irak seit 2003 ein Selbstmordattentäter Anfang Februar 2007 mindestens 135 Menschen mit in den Tod gerissen. Etwa 300 Menschen wurden beim Anschlag auf einem belebten Markt im überwiegend schiitischen Bezirk Sadrya (Bagdad) verletzt.²⁰⁷

Bereits am 19. August 2003 tötete eine LKW-Bombe beim UN-Hauptquartier in Bagdad über 20 UN-Mitarbeiter: „It was pretty like the work of al Qaeda whose chief in Iraq, al-Zarqawi, a Jordanian, had entered Iraq just before the invasion.“²⁰⁸ So kam es zum Abzug der UNO aus Irak. In der ersten Jahreshälfte 2004 kam es zu 30 Selbstmordattentaten in Irak, ein Jahr später erhöhte sich die Anzahl auf 200.²⁰⁹ Mitte 2005 vereinte sich

²⁰³ Ebenda.

²⁰⁴ Ebenda, S. 42.

²⁰⁵ Ebenda, S. 42.

²⁰⁶ Rick Brennan, Withdrawal Symptoms. The Bungling of the Iraq Exit, in: Foreign Affairs, November/December 2014, S. 25-36, S. 27.

²⁰⁷ 135 Tote bei bisher schwerstem Anschlag im Irak seit 2003, in: Die Presse, 5.02.2007, S. 5.

²⁰⁸ Ebenda, S. 466.

²⁰⁹ Ebenda.

der Sunnitenaufstand in Irak mit der Al Qaida im Irak, zugleich destabilisierten vom Iran aus unterstützte schiitische Milizen den Süden des Irak verbunden mit Attacken gegen Sunniten.²¹⁰ Ab Musab al-Zarqawi, der Anführer der größten irakischen Terrororganisation, fusionierte mit der Al Qaida von Osama bin Laden.²¹¹ Der neue Name seiner Organisation lautete: „Al Qaida im Irak.“ Am 22. Februar 2006 wurde der den Schiiten heilige Al-Askari-Schrein in Samarra bei einem Anschlag durch die Al Qaida zerstört. Im September 2006 schlossen sich die Salafisten in Algerien als „Al Qaida im islamischen Maghreb“ der Al Qaida an.²¹² 2008 ebte schließlich die Gewalt im Irak etwas ab. US-General Herbert McMaster, ein damals engerer Vertrauter von General David Petraeus, galt als einer der Architekten der Strategie „clear-hold-build“, die zu einem ersten Erfolg nach dem Sturz von Saddam Hussein führte: Ein Gebiet wird zuerst von Terroristen „gesäubert“, „gehalten“ und schließlich soll ein Wiederaufbauprogramm der einheimischen Bevölkerung wieder eine Zukunft geben.²¹³ McMaster wurde bei der Schlacht um Tal Afar im Jahr 2006 bekannt, wo er diese Strategie einsetzte. Die damalige Außenministerin Condoleezza Rice hörte vom Erfolg McMasters in Tal Afar und begann gegen den Widerstand des damaligen US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld McMasters Strategie zum Durchbruch zu verhelfen.²¹⁴ Als sich, in der Provinz Anbar erster Widerstand gegen die Gewalt-herrschaft von Al Qaida zu regen begann, fingen die USA an, diese sunnitischen Anti-Al Qaida-Kräfte zu unterstützen, was diese Organisation zunächst weiter schwächte.

Bereits Ende 2009 erklärte General Raymond Odierno (US-Oberbefehlshaber in Irak), dass die Ziele der US-Politik in Irak nicht bis Ende 2011 erreicht werden können.²¹⁵ Sein Nachfolger General Lloyd Austin erläuterte, dass er im Irak insgesamt mindestens 20.000 Soldaten

²¹⁰ Ebenda.

²¹¹ Navy seals töteten am 2. Mai 2011 Osama Bin Laden in der Nähe eines pakistanischen Militärstützpunktes nahe Islamabad. In: James Blitz und Matthew Green, US army chief accuses Pakistan, in: Financial Times, September 23, 2011, S. 6.

²¹² Thomas Seifert, Wie es gelang, al-Qaida aus dem Irak zu vertreiben, in: Die Presse, 20.08.2008, S. 2.

²¹³ Ebenda.

²¹⁴ Ebenda.

²¹⁵ Rick Brennan, Withdrawal Symptoms. The Bungling of the Iraq Exit, in: Foreign Affairs, November/December 2014, S. 25-36, S. 29.

nach 2011 benötigen würde – für eine Übergangsperiode, die zwischen drei und fünf Jahre benötigen würde.²¹⁶ Anfang Oktober 2011 hatte das irakische Parlament zwar auf Anfrage von Washington eine erweiterte US-Militärpräsenz befürwortet, jedoch den US-Soldaten keine gesetzliche Immunität garantiert. Noch im Oktober 2011 teilte US-Präsident Obama seinem irakischen Amtskollegen Maliki mit, dass er in Erfüllung des noch unter George W. Bush 2008 beschlossenen Truppenabkommens (Strategic Framework Agreement) Ende 2011 die US-Truppen aus dem Irak abziehen werde.²¹⁷

Der ehemalige US-Verteidigungsminister Ashton Carter meinte dazu, dass im Fall Irak es notwendig gewesen wäre, mit militärischen Mitteln langfristigen Erfolg zu garantieren. Dazu benötigte es die Entwicklung und die Stationierung geeigneter Bodenkkräfte, die in die Lage versetzt werden, Territorien zu halten. Zudem wären auch lokale Partner notwendig „in order to get the strategic result that is desired.“²¹⁸ Dazu bedarf es auch regelmäßiger und gezielter umfassender Ausbildung von irakischer Sicherheitskräften, die von Partnernationen durchgeführt werden, damit diese in die Lage versetzt werden, mittel- bis langfristig die Sicherheit Iraks selbst garantieren zu können.²¹⁹ So leitet sich auch die US-Hilfe an kurdische Einheiten im Irak und in Syrien ab, oder an irakische Sicherheitskräfte bei der Anti-Terrorausbildung und beim Kampf gegen den „Islamischen Staat“.²²⁰

Der Irak befindet sich auch heute weiterhin in Abspaltungsprozessen: „Der US-Import der Konkordanzdemokratie ins Zwischenstromland ist gescheitert.“²²¹ Das Parlament in Bagdad wurde Anfang Mai 2016 stark beschädigt, die „Grüne Zone“ hatte somit ihren „elitären Schrecken verloren“. Mit dem spektakulären Sturm Tausender Demonstranten, überwiegend Anhänger des schiitischen Predigers Muqtada al-Sadr, auf das Parlament am 30. April 2016 hatte der Irak „eine Schicksalsstunde“ erlebt: „Das Vertrauen des Volks ist komplett zerstört. Die Post-Saddam-Nation steckt in ihrer bisher schwersten existenziellen

²¹⁶ Ebenda, S. 33.

²¹⁷ Ebenda, S. 34.

²¹⁸ Foreign Affairs, The Scholar as Secretary. A Conversation With Ashton Carter, in: Foreign Affairs, September/October 2015, S. 72-78, hier S. 75.

²¹⁹ Ebenda.

²²⁰ Ebenda.

²²¹ Martin Gehlen, Das Ende der irakischen Nation, in: Die Presse, 4.05.2016, S. 6.

Krise.“²²² Die Demonstranten forderten die Bildung einer „Technokraten-Regierung“, diese war zuvor gescheitert.²²³ Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht das von den USA eingeführte Modell der Konkordanzdemokratie, das sich vor allem für Staaten eignen sollte, die religiös, ethnisch und sprachlich gespalten sind.²²⁴ Jedoch hat ein Prozess „einer nationalen Verklammerung von Schiiten, Sunniten und Kurden“ seit 2003 nie stattgefunden.²²⁵ Der Irak-Konflikt ist kein typisch national ausgerichteter Guerillakrieg, sondern ein „Kampf gegen den Terror“, der wiederum auch vom Iran und Syrien unterstützt wird. Der Widerstand richtete sich von diesen beiden Staaten aus vor allem gegen eine Demokratisierung des Irak.²²⁶ In der Mitte September 2009 veröffentlichten „Nationalen Geheimdienststrategie“ der USA sprach die damalige Obama-Regierung jedoch nicht mehr von einem „Krieg gegen den Terrorismus“, sondern konzentriert sich auf die „Bekämpfung des gewaltsamen Extremismus“. Ebenso wie extremistische Gruppen stellten transnationale kriminelle Organisationen, etwa Drogenkartelle, eine sicherheitspolitische Bedrohung für die USA dar.²²⁷

²²² Ebenda.

²²³ Martin Gehlen, „Wir regieren nun das Land“, in: Die Presse, 2.05.2016, S. 4.

²²⁴ Martin Gehlen, Das Ende der irkaischen Nation, in: Die Presse, 4.05.2016, S. 6.

²²⁵ Ebenda.

²²⁶ Gunther Hauser, Transatlantische Beziehungen – Politik und Sicherheit, Jahresbericht der Landesverteidigungsakademie 2003, Wien 2004, I-57-I-61, I-59f.

²²⁷ Burkhard Bischof, China schimpft über „unverantwortliche“ US-Strategie, in: Die Presse, 25.09.2009, S. 4.

Die Afghanistan-Pakistan-Strategie von 2009

Die USA begannen ihre Afghanistan-Invasion zum Sturz des Taliban-Regimes am 7. Oktober 2001, nachdem sich die Taliban geweigert hatte, die unter ihren Schutz stehende Al Qaida-Führung um Osama bin Laden an die USA auszuliefern. Nach zweieinhalb Monaten waren die Taliban gestürzt.²²⁸ Beteiligt daran waren rund 100 Mitarbeiter der CIA, 350 Soldaten von US-Spezialeinheiten und 15.000 afghanische Kämpfer, unterstützt von ca. 100 Luftsätzen pro Tag.²²⁹ Der damalige Präsidentschaftskandidat Barack Obama hatte im Wahljahr 2008 rhetorisch eine entscheidende Weiche gestellt, als er im Gegensatz zu George W. Bush nicht den Irak, sondern Afghanistan und Pakistan „als zentrales Schlachtfeld im Kampf gegen den Terrorismus“ identifizierte und die „sicheren Häfen“ für Terroristen in diesen Ländern zur „für sich genommenen wichtigsten Bedrohung der amerikanischen Bevölkerung“ erhob.²³⁰ Unter Präsident Obama war in keinem anderen Bereich der US-Außen- und Sicherheitspolitik

„die Entwicklung eines konzeptionellen Rahmens so schnell abgeschlossen wie in der Politik gegenüber der Krisenregion Afghanistan und Pakistan. Notwendig war dies, weil die bisherige Politik zu scheitern drohte und Washington den Verbündeten noch vor dem NATO-Gipfeltreffen im April 2009 Führungskraft und Entschlossenheit demonstrieren wollte.“²³¹

Diese Afghanistan-Pakistan-Strategie („AfPak“) wurde am 27. März 2009 bekanntgegeben. Die Ausarbeitung dieses konzeptionellen Rahmens war möglich, weil innerhalb der US-Sicherheitsbürokratie bereits während der Bush-Ära ein derartiger Politikwandel vorbereitet worden war. Im Herbst 2009 hatte Obama diese strategische Konzeption einer Überprüfung unterzogen, denn die Truppenanforderung von General McChrystal,²³² des

²²⁸ Peter Rudolf, Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie. Analyse und Bewertung, SWP-Studie S11, Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, Mai 2010, S. 7.

²²⁹ Ebenda.

²³⁰ Ebenda, S. 10.

²³¹ Ebenda, S. 5.

²³² Ebenda, S. 17.

von Obama ernannten Oberbefehlshabers in Afghanistan, von zusätzlichen 40.000 Soldaten war aufgrund ihrer Höhe politisch äußerst heikel: „Und der Regierung in Kabul schien nach der mit massivem Wahlbetrug einhergehenden Präsidentschaftswahl die Legitimität zu fehlen.“²³³

Das Ergebnis der Strategieüberprüfung gab Obama am 1. Dezember 2009 bekannt, diese zeichnet sich aus durch die „Konstanz fundamentaler Parameter“:

- Regionale Sicht der Bedrohung und des Konflikts („AfPak“)
- Integrierter ganzheitlicher zivil-militärischer Ansatz zur Aufständischenbekämpfung (counterinsurgency)²³⁴

Von einer umfassend neuen Strategie kann somit nicht gesprochen werden, jedoch von einer Weiterentwicklung. Afghanistan und Pakistan galten aus Sicht der Regierung Obamas als „Epizentrum“ des gewalttätigen islamistischen Extremismus und als miteinander verknüpfte Konfliktregion. So kann Afghanistan in dieser Perspektive ohne erfolgreiche Aufständischenbekämpfung in den pakistanischen Grenzgebieten und somit ohne pakistanische Zusammenarbeit nicht befriedet werden.²³⁵ Diese ganzheitliche Counterinsurgency-Strategie gliedert sich in folgende Punkte:

- Militärische Schwächung der Aufstandsbewegung;
- Bessere Regierungsleistungen und größere politische Legitimität;
- Wirtschaftlicher Aufbau;
- Kooperation mit Pakistan.²³⁶

Counterinsurgency sollte sich als integrierte zivil-militärische Strategie mit den drei Elementen Sicherheit der Bevölkerung, verantwortungsvolle Regierungsführung und Verwaltung sowie wirtschaftliche Entwicklung erweisen. Der damalige US-Verteidigungsminister Robert Gates hatte schon Ende 2007 unter Präsident George W. Bush eine „integrierte Strategie“ entworfen, jedoch Obama begann, den Ansatz mit notwendigen Ressourcen zu unterstützen: „Clear, hold, build“ als klassische Trias der Doktrin, diese wurde unter Federführung von General Petraeus im Jahr 2006 im Counterinsurgency Field Manual No. 3-24 vom 15. Dezember

²³³ Ebenda, S. 5.

²³⁴ Ebenda.

²³⁵ Ebenda, S. 6.

²³⁶ Ebenda, S. 6.

2006 formuliert, wobei auf Erfahrungen aus den 1950er und 1960er Jahren in Malaya, Algerien und Vietnam zurückgegriffen wurde. Implementiert wurde diese bereits in Irak.²³⁷ Diese Strategie besagt:

- Territorien müssen von Aufständischen „befreit“ werden und durch Präsenz ausreichender Sicherheitskräfte gehalten werden. So lässt sich ein Maß an Sicherheit schaffen, das den Aufbau administrativer, politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Strukturen ermöglicht.
- Es kommt darauf an, die „hearts and minds“ („Herzen und Köpfe“) der lokalen Bevölkerung zu gewinnen:²³⁸ „Die durchaus fragwürdige Annahme lautet, über die Schaffung von Sicherheit sowie die Verbesserung von Regierungsleistungen und wirtschaftlicher Lage lasse sich die Loyalität der Bevölkerung gewinnen und so die Aufstandsbewegung untergraben.“²³⁹

Die strategische Konzeption bestand aus folgenden Elementen:

- Verstärkung der US-Streitkräfte auf 100.000 Soldaten bis zum Sommer 2010 und ihr offensiver Einsatz in bevölkerungsreichen Kernregionen, um die Aufständischen zu verdrängen und ein Maß an Sicherheit zu schaffen, das den Aufbau administrativer, politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Strukturen erlaubt. Mit dem Aufwuchs der Kräfte soll der Eindruck bei der afghanischen Bevölkerung zerstreut werden, der Erfolg der Taliban sei unaufhaltsam.
- Ausbau der afghanischen Sicherheitskräfte, darunter ebenso die Unterstützung sogenannter Stammesmilizen, um die Möglichkeit für den schrittweisen Abbau der US-Kampftruppen nach dem 1. Juli 2011 zu eröffnen.
- Neuakzentuierung und Ausbau der zivilen Aufbau- und Entwicklungsmaßnahmen.
- Intensivierte Eliminierung des harten Kerns der Aufständischen in Afghanistan und auf pakistanischem Territorium bei gleichzeitig

²³⁷ Ebenda, S. 15.

²³⁸ Ebenda.

²³⁹ Ebenda.

energischen Bemühungen, Aufständische mit Integrationsangeboten vom Kampf abzubringen.

- Höhere materielle und personelle Unterstützung der pakistanischen Armee und stetiger Druck auf Pakistan, gegen die Taliban in ihren Rückzugsgebieten vorzugehen.²⁴⁰

Im Wahljahr 2012 setzt Obama darauf, „Risiken und Kosten des Afghanistan-Engagements zu reduzieren.“²⁴¹ Soll die Konfliktregelung nachhaltig sein, müsste die Taliban den Bruch mit der Al Qaida vollziehen, zudem müsste Pakistan verzichten, die Taliban als Einflussinstrument in der Machtrivalität mit Indien zu nutzen, und Indien von seiner Politik der Eindämmung Pakistans in Afghanistan abrücken.²⁴²

Eine Beruhigung der Lage in Afghanistan ist noch lange nicht in Sicht. Am 13. April 2017 warfen die USA eine sogenannte „Superbombe“ ab, um lokale Milizen des „Islamischen Staates“ (IS) in der östlichen Provinz Nangarhar zu treffen. Die US-Streitkräfte haben somit erstmals ihre stärkste nicht-atomare Bombe in einem Kampfeinsatz eingesetzt. Ziel waren Verstecke der Terrormiliz IS in Afghanistan: Der bis zu 10.000 Kilogramm schwere Sprengkörper habe einen „Tunnelkomplex“ der Jihadistenmiliz im Osten Afghanistans getroffen, so ein Sprecher des Pentagons.²⁴³ Die Waffe des Typs GBU-43/B Massive Ordnance Air Blast wird im Militärjargon „Mutter aller Bomben“ bezeichnet, Abkürzung: MOAB. Abgeworfen wurde sie im Achin-Distrikt in der Provinz Nangarhar. Die Bombe wurde 2003 entwickelt und gilt mit elf Tonnen TNT-Äquivalent als größter konventioneller Sprengkörper der US-Streitkräfte. Laut Pentagon wurde die Bombe von einer MC-130 abgeworfen. Der Einsatz habe Tunnel der IS zum Ziel gehabt.²⁴⁴ Die MOAB ist jedoch nicht die stärkste existierende konventionelle Bombe. Russland hat seit 2007 die ATBIP, den „Vater aller Bomben“, sie ist mit etwa 7000 Kilogramm zwar leichter als die MOAB, hat aber besonderen Sprengstoff und thermobarische Wirkung. Ihr Vernichtungsradius in einer Ebene wird mit 300 Meter beschrieben, bei der MOAB sind es 150 Meter. In TNT-

²⁴⁰ Ebenda, S. 6.

²⁴¹ Ebenda, S. 6.

²⁴² Ebenda, S. 6.

²⁴³ US-Militär setzt größte nicht-nukleare Bombe ein, in: Die Presse, 14.04.2017, S. 3.

²⁴⁴ Ebenda.

Äquivalent gemessen sticht die russische Bombe mit 44 Tonnen die amerikanische klar aus.²⁴⁵

Dieser Einsatz vom 13. April 2017 kam wenige Tage, nachdem US-Präsident Trump in Syrien als Reaktion auf einen mutmaßlichen Chemiewaffeneinsatz einen Militärschlag gegen einen syrischen Luftwaffenstützpunkt befohlen hatte. Machthaber Bashar al-Assad wies in einem Interview zurück, für die Giftgas-Attacke in Khan Shaykhun mit 87 Toten verantwortlich zu sein. Der Angriff sei laut Assad zu „hundert Prozent konstruiert“ und habe dem Westen als Vorwand für den US-Luftschlag gegen die Armee gedient.²⁴⁶ In Westsyrien beschoss am 7. April 2017 die US-Luftwaffe einen Luftwaffenstützpunkt durch zwei US-Zerstörer als Reaktion auf den Einsatz chemischer Waffen auf Khan Sheikhou, für den nach Ansicht der Mehrheit des UN-Sicherheitsrates syrische Truppen verantwortlich waren. Der Angriff erfolgte mit 59 Tomahawk-Marschflugkörpern auf die Luftwaffenbasis Al-Shayrat in der Provinz Homs.²⁴⁷ Laut Trump handelte es sich um jenen Stützpunkt, von dem aus am 4. April 2017 der Giftgasangriff geflogen wurde.²⁴⁸

Afghanistan ist auch 2017 weit entfernt von einer Einigung des Landes und vom Frieden. Die Taliban sind weiterhin im Vormarsch, die Regierung in Kabul verliert „schleichend die Kontrolle“, die Sicherheitskräfte bauen Personal ab. Das war der alarmierende Befund des Aufsichtsgremiums des US-Senats für die Hilfe in Afghanistan (SIGAR). Im November 2016 kontrollierte die afghanische Regierung nur noch 57 Prozent der 407 Distrikte des Landes und damit um 15 Prozent weniger als im November 2015.²⁴⁹ Der Rest ist umkämpft oder in den Händen der Taliban. Seit dem Ende der International Security Assistance Force (ISAF) der NATO Ende 2014 befinden sich die Islamisten wieder im Aufwind. Zwischen Januar und November 2016 wurden in Afghanistan 6.785 afghanische Sicherheitskräfte getötet, das bedeutet einen Anstieg um 35

²⁴⁵ Ebenda.

²⁴⁶ US-Militär setzt größte nicht-nukleare Bombe ein, in: Die Presse, 14.04.2017, S. 3.

²⁴⁷ Salzburger Nachrichten, Ein Luftschlag – und jetzt?, in: Salzburger Nachrichten, 8.04.2017, S. 4.

²⁴⁸ International New York Times, Diplomacy with Iran Pays off, in: International New York Times, 19.01.2016, S. 8.

²⁴⁹ Jürgen Streihammer und Koloman Marschik, Das 113-Milliarden-Dollar-Fiasko am Hindukusch, in: Die Presse, 2.02.2017, S. 4.

Prozent.²⁵⁰ Die afghanischen Sicherheitskräfte unternahmen einen Strategiewechsel: sie konzentrieren sich auf die Verteidigung wichtiger bevölkerungsreicher Gebiete, um eine Niederlage zu verhindern. Angriffe auf größere Städte wurden zuletzt abgewehrt. Weniger bedeutsame und bevölkerungsärmere Gebiete gelangen somit in den Einfluss der Taliban. Die USA haben seit 2002 in Afghanistan 113 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau ausgegeben. Trump forderte den Truppenabzug aus Afghanistan und nannte den Feldzug am Hindukusch ein „Desaster“, im Dezember 2016 versicherte Trump dem afghanischen Präsidenten Ashraf Ghani den Rückhalt der USA. In seiner Angelobungsrede hatte Trump angekündigt, auch den „islamistischen Terrorismus“ auszulöschen, jedoch gewinnt der „islamische Staat“ auch in Afghanistan an Einfluss.²⁵¹

Einen Tag nach dem Einsatz der US-„Superbombe“ – am 14. April 2017 – erfolgte in Moskau der Beginn einer Afghanistankonferenz, die jedoch von den USA boykottiert wurde. Eingeladen dazu waren auch Indien, Pakistan, China, Iran sowie die fünf zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.²⁵² Russland macht sich nun das außenpolitische Vakuum in Afghanistan zunutze, um gemeinsam mit Iran die eigenen Interessen voranzutreiben sowie im Kampf gegen den IS die Taliban zu unterstützen. Russland, so der US-Oberkommandierende in Afghanistan John Nicholson, unterminiere somit die Arbeit der NATO-Truppen in Afghanistan und forderte somit die Aufstockung des amerikanischen Kontingents in Afghanistan (im Oktober 2017 waren dort 11.000 US-Soldaten stationiert, weitere 3.000 sollen folgen).²⁵³

In Afghanistan grassiert nach wie vor stark die Korruption, der Handel mit amerikanischen Waffen und Treibstoff an die Taliban floriert. Die USA beklagen zudem „den Mangel an Fortschritt bei der Ausbildung der afghanischen Armee.“²⁵⁴ Russland und Iran betrachten die Taliban als Verbündete im Kampf gegen den IS, während sich die USA in einem

²⁵⁰ Michael T. Klare, Trump und der Reiz der Waffen, in: *Le Monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe, Mai 2017, S. 1 und 10, hier s. 1.

²⁵¹ Jürgen Streihammer und Koloman Marschik, Das 113-Milliarden-Dollar-Fiasko am Hindukusch, in: *Die Presse*, 2.02.2017, S. 4.

²⁵² Thomas Vieregge, Moskaus Machtspiel in Afghanistan, in: *Die Presse*, 15.04.2017, S. 5.

²⁵³ Ebenda; und: Joe Gould, DoD nominees on hold until McCain gets war plans, in: *Defense News*, 9.10.2017, S. 8.

²⁵⁴ Thomas Vieregge, Moskaus Machtspiel in Afghanistan, in: *Die Presse*, 15.04.2017, S. 5.

Zweifrontenkrieg gegen die Taliban einerseits und den Ableger des IS im Norden des Landes (ca. 1.500 Mann) andererseits befinden. IS-Kämpfer könnten sich zudem aus Syrien und Irak nach Afghanistan absetzen.²⁵⁵ In weiterer Folge könnte der IS die zentralasiatischen Republiken infiltrieren, von dort aus könnten laut Aussagen russischer Militärstrategen in der Folge Terroristen nach Russland einsickern. Russland betrachtet Afghanistan wieder als Teil seines Hinterhofes, dem Iran geht es entlang seiner 900 Kilometer langen Grenze zu Afghanistan um die Kontrolle der Grenze und die Eindämmung des Opiumschmuggels. Zudem hat der Iran Interesse, seinen Einfluss in den afghanischen Westprovinzen zurückzuerobern und somit seine Position als Regionalmacht auszubauen.²⁵⁶ Russland meldet sich als Konkurrent der USA in Afghanistan seit 2014 zurück, Russland und die USA tragen somit die Nachwehen des „Great Game“ aus, des Machtkampfes um Afghanistan.²⁵⁷ Laut einer Mitteilung der US-Botschaft in Kabul habe Außenminister Rex Tillerson erklärt, dass die neue amerikanische Strategie in Afghanistan vom August 2017 darauf abziele, Terroristen sichere Rückzugsorte zu verwehren („killing terrorists“) und US-Truppen nur erst dann abziehen, wenn „bestimmte Bedingungen erfüllt sind“.²⁵⁸ Pakistan wird seitens der USA und Afghanistan weiterhin vorgeworfen, die Taliban zu unterstützen.²⁵⁹

Generalleutnant John W. „Mick“ Nicholson (US Army) betonte, dass Afghanistan noch für „viele weitere Jahre“ Unterstützung brauchen würde, bevor sie auf ihren eigenen Füßen stehen kann.²⁶⁰ Die Sicherheitslage, so Nicholson, in Afghanistan verschlimmert sich zusehends, die Taliban nimmt immer mehr Territorium ein, zudem breitet sich der IS in Helmand und andere Provinzen aus.²⁶¹ Die USA und die NATO hätten zwar die Effizienz der afghanischen Bodentruppen verbessert, die Luft-

²⁵⁵ Ebenda.

²⁵⁶ Thomas Vieregge, Moskaus Machtspiel in Afghanistan, in: Die Presse, 15.04.2017, S. 5.

²⁵⁷ Ebenda.

²⁵⁸ Valerie Insinna, Goldfein: Airstrikes, new deployments still on the table in Afghanistan, in: Defense News, 11.09.2017, S. 18.

²⁵⁹ Die Presse, Schuh an Schuh: Armee und Politik in Afghanistan, in: Die Presse, 24.10.2017, S. 1.

²⁶⁰ Strategic Patience in Afghanistan, in: Defense News, 1.02.2016, S. 20. „Afghanistan will need help for many more years before it can stand on its own.“ (Lt. Gen. John W. „Mick“ Nicholson)

²⁶¹ Ebenda.

waffe, die Logistik und die Sanitätssysteme der afghanischen Streitkräfte „have a long way to go.“, so Nicholson.²⁶² Afghanistan könnte ganz schnell kollabieren, wenn die internationalen Streitkräfte zu früh abziehen, so Nicholson.²⁶³ Erst 2010 begann mit dem „Surge“ eine ernsthafte Unterstützung für das Land, zuvor wurden die US-Truppen zu sparsam eingesetzt („the mission in the country was an economy of force effort.“²⁶⁴ Afghanistan bleibt weiterhin „ein langes, langsames und teures Projekt. Eine kontinuierliche US- und NATO-Präsenz ist eine Investition in die afghanische Sicherheit“, diese ist für die Verhinderung von weiteren sicheren Häfen für Terroristen mit globalen Ambitionen unumgänglich.²⁶⁵ Nicholson: Es ist Zeit diese „gut genug, um herauszugehen“-Mentalität, die die Mission in Afghanistan charakterisiert hat, zu tilgen, eine derartige Mentalität hat den Fortschritt verlangsamt und jeden Gewinn teurer gemacht. Erfolg in Afghanistan bedarf einer „strategischen Geduld“²⁶⁶

Unterdessen eroberten seit 2015 in Afghanistan die radikal-islamistischen Milizen der Taliban immer neue Regionen, wie im Dezember Kunduz; Helmand (= Hochburg des Opiumhandels) stand vor dem Fall. Der größte militärische Erfolg der Taliban in Afghanistan war im Dezember die Eroberung der Stadt Kunduz, die jedoch nach einigen Tagen rückerobert werden konnte.²⁶⁷ Zudem liegt seit dem Abzug der International Security Assistance Force (ISAF) 2014 – große Teile der zivilen Infrastruktur wurden in diesem Zusammenhang ebenso abgezogen – die Wirtschaft noch mehr am Boden: 400.000 junge Menschen wollen jedes Jahr in den afghanischen Arbeitsmarkt einsteigen, Arbeit „gibt es nur für die allerwenigsten.“²⁶⁸ Seit Ende 2014 flüchten definitiv mehr Menschen aufgrund ökonomischer Faktoren als zuvor. Der UN-Sonderbeauftragte in Afghanistan, Nicholas Haysom, meinte in Bezug auf einen Friedensprozess in Afghanistan:

²⁶² Ebenda.

²⁶³ Ebenda.

²⁶⁴ Ebenda.

²⁶⁵ Ebenda.

²⁶⁶ Ebenda.

²⁶⁷ Ebenda.

²⁶⁸ Johannes Perterer, „Die Taliban brauchen Legitimität“, Interview mit Nicholas Haysom, UN-Beauftragter für Afghanistan, in: Die Presse, 20.02.2016, S. 4.

„Ich würde mir kurzfristig nicht zu hohe Erwartungen machen. Friedensprozesse sind nie simpel oder linear, sie sind kompliziert und brauchen Zeit, um Wurzeln zu schlagen. Eine wichtige Entwicklung ist, dass Afghanistan es geschafft hat, die USA und China in den Friedensprozess einzubinden. Ich glaube, der internationale Zugang ist der Schlüssel zum Erfolg.“²⁶⁹

²⁶⁹ Ebenda.

Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA aus 2010

Die NSS vom Mai 2010 stand unter dem Zeichen der globalen Wirtschaftskrise und der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko.²⁷⁰ Präsident Barack Obama trat sein Amt am 20. Januar 2009 an. Für Präsident Obama befand sich die USA „in einer historischen Stunde, in der zwei Kriege geführt werden – in Afghanistan und in Irak: „In 2010, America is hardened by wars, and inspired by the servicemen and women who fight them.“²⁷¹ In der Strategie heißt es dazu weiter: „Moreover, as we face multiple threats – from nations, non-state actors, and failed states – we will maintain the military superiority that has secured our country, and underpinned global security, for decades.“²⁷² Folglich wurde festgehalten: „Our national security strategy is, [...] focused on renewing American leadership so that we can more effectively advance our interest in the 21st century.“²⁷³

Die USA muss sich neuen Herausforderungen stellen: „To get there, we must pursue a strategy of national renewal and global leadership a strategy that rebuilds the foundation of American strength and influence.“²⁷⁴ Mit dem 9/11 sieht ebenso Obama den Beginn dieser Neuorientierung und stellt fest: „The lives of our citizens – their safety and prosperity – are more bound than ever to events beyond our borders.“²⁷⁵ Für die USA sind die Interessen ihres Handelns:

- Die Sicherheit der USA, ihrer Bürger, der Verbündeten und Partner;
- Eine starke, innovative und wachsende US-Wirtschaft in einem offenen internationalen Wirtschaftssystem, das Chancen und Prosperität fördert.
- Achtung der universellen Werte zu Hause und weltweit.

²⁷⁰ Jörk Reschke, Die nationale Sicherheitsstrategie der USA 2010, in: Europäische Sicherheit 9/2010, S. 37-39, hier S. 37.

²⁷¹ The White House, National Security Strategy of the United States of America, May 2010, Vorwort.

²⁷² Ebenda

²⁷³ Ebenda, S. 1.

²⁷⁴ Ebenda, S. 1.

²⁷⁵ Ebenda, S. 7.

- Eine internationale Ordnung, vorangetrieben durch die Führerschaft der USA, die Frieden und Sicherheit befördert und die Möglichkeit schafft, durch starke Kooperationen Herausforderungen entgegenzutreten.²⁷⁶ Hier ist zu bemerken, dass Staaten in eine Ordnung eingebunden sind, die sie erschaffen haben – gemeinsam mit anderen Staaten „und über die sie daher nicht allein verfügen.“²⁷⁷

Es gilt vor allem, die eigenen amerkinaischen Fähigkeiten und jene der Verbündeten zu stärken, um gemeinsame Interessen durchzusetzen. Das Selbstbewusstsein der USA kommt bereits zu Beginn der NSS zum Ausdruck, die überragende Führungsfähigkeit der USA bleibt aufrecht: „... no nation should be better positioned to lead in an era of globalization than America.“²⁷⁸ Die Antwort auf die Zukunft der USA lautet: „... is not one that will be answered for us, it is one that will be answered by us.“²⁷⁹

Für die USA bleiben die Streitkräfte ein Eckpunkt der Sicherheit, „but they must be complemented.“²⁸⁰ Die USA müssen ihre konventionelle militärische Überlegenheit aufrechterhalten und verbessern, aber gleichzeitig gilt es, asymmetrischen Bedrohungen wirksam entgegenzutreten. Letzteres muss mit einer Verbesserung diplomatischer und entwicklungspolitischer Mittel einhergehen. Die USA bleiben die einzige Großmacht, die Fähigkeiten besitzt, um große militärische Operationen über große Distanzen führen zu können. Obama warnt jedoch vor einer Überdehnung der militärischen Fähigkeiten.²⁸¹ Kosten und Risiken in Bezug auf militärisches Eingreifen bzw. Nicht-Eingreifen sollen künftig abgewogen werden. Ein klares Signal gilt der Erhaltung der US-Abschreckungsfähigkeiten, d.h. die USA werden die dafür notwendigen militärischen Fähigkeiten am

²⁷⁶ Ebenda, S. 17; Jörk Reschke, Die nationale Sicherheitsstrategie der USA 2010, in: Europäische Sicherheit 9/2010, S. 37-39, hier S. 37.

²⁷⁷ Herfried Münkler, Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Rohwolt Taschenbuch Verlag, 2. Auflage, Reinbek bei Hamburg, März 2008, S. 8.

²⁷⁸ The White House, National Security Strategy of the United States of America, May 2010, Vorwort des US-Präsidenten, S. 2; Jörk Reschke, Die nationale Sicherheitsstrategie der USA 2010, in: Europäische Sicherheit 9/2010, S. 37-39, hier S. 38f.

²⁷⁹ Ebenda, hier S. 39.

²⁸⁰ Ebenda.

²⁸¹ Ebenda.

Boden, in der Luft und zur See sowie im Weltraum und in der digitalen Welt aufrechterhalten und ausbauen. Die wirtschaftliche Stärke der USA steht ganz oben als Machtmittel auf der Agenda: „The foundation of American leadership must be a prosperous American economy.“²⁸² Aufgrund der in und von den USA ausgelösten weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise steht eine Erneuerung der US-Wirtschaft im Zentrum der US-Führung.²⁸³

Ein traditionell bekanntes Machtinstrument der USA sind seine Verpflichtung, sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte einzusetzen: „... they are essential sources of our strength and influence in the world.“²⁸⁴ Die USA bezweckt jedoch nicht, anderen Nationen ihr System aufzuzwingen, eine weitere aus vorherigen Strategien bekannte US-Formel lautet: „The United States must reserve the right to act unilaterally if necessary to defend our nation and our interests.“²⁸⁵ Einem Isolationismus erteilt auch Obama eine klare Absage: „America has never succeeded through isolationism.“²⁸⁶

Gemäß der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA aus dem Jahr 2010 waren die USA bestrebt,

- den US-Führungsanspruch zu erneuern;
- die relevantesten nationalen Sicherheitserfordernisse voranbringen;
- das vernetzte Engagement umsetzen;
- eine gerechte und beständige internationale Ordnung voranzubringen;
- die Sicherheit zu Hause stärken;
- Al Qaida spalten und vernichten;
- eine Welt ohne Nuklearwaffen (Zeithorizont bleibt offen);

²⁸² The White House, National Security Strategy of the United States of America, May 2010, S. 28; Jörk Reschke, Die nationale Sicherheitsstrategie der USA 2010, in: Europäische Sicherheit 9/2010, S. 37-39, hier S. 39.

²⁸³ Jörk Reschke, Die nationale Sicherheitsstrategie der USA 2010, in: Europäische Sicherheit 9/2010, S. 37-39, hier S. 39.

²⁸⁴ The White House, National Security Strategy of the United States of America, May 2010, S. 2; Jörk Reschke, Die nationale Sicherheitsstrategie der USA 2010, in: Europäische Sicherheit 9/2010, S. 37-39, hier S. 39.

²⁸⁵ Ebenda, S. 22; Jörk Reschke, Die nationale Sicherheitsstrategie der USA 2010, in: Europäische Sicherheit 9/2010, S. 37-39, hier S. 39.

²⁸⁶ Ebenda, S. 11; ebenda.

- Frieden, Sicherheit und Chancen im Nahen Osten fördern;
- in die Fähigkeiten von starken und leistungsfähigen Partnern investieren;
- die digitale Welt sicherer machen;
- Demokratie und Menschenrechte im Ausland fördern;
- umfassende Kooperationen aufstellen zur Bewältigung von Herausforderungen;
- Starke Allianzen bilden.

Obama sieht Mängel im internationalen System, die nur gemeinsam mit Partnern und Verbündeten begegnet werden kann, er stellt fest, „dass am, um erfolgreich zu sein, der Welt so begegnen muss, wie sie ist.“²⁸⁷ Die NSS 2010 hat zum Ziel, die Führerschaft der USA zu erneuern. Die UN sollen gestärkt werden: „Strengthening the legitimacy and authority of international law and institutions, especially the UN, will require a constant struggle to improve performance“²⁸⁸ An anderer Stelle heißt es: „We are enhancing our coordination with the UN and its agencies.“²⁸⁹ Unter George W. Bush hatten die USA eine besonders kritische Haltung gegenüber der UNO eingenommen. Die Wirksamkeit der internationalen Ordnung setzt gemeinsame Interessen voraus, allein durch internationale Einrichtungen kann diese gewährleistet werden: „No international order can be supported by international institutions alone. Our mutual interests must be underpinned by bilateral, multilateral, and global strategy.“²⁹⁰

Der internationale Terrorismus befand sich weiterhin an erster Stelle der Bedrohungen. Die USA sehen seither in diesem Kontext einen „historischen Wandel vom traditionellen Schlachtfeld zur asymmetrischen Bedrohung.“²⁹¹ So konzentrierte sich Nationale Sicherheitsstrategie aus 2010 vor allem auf den Kampf gegen die Al Qaida: „We are at war with a

²⁸⁷ Jörk Reschke, Die nationale Sicherheitsstrategie der USA 2010, in: Europäische Sicherheit 9/2010, S. 37-39, hier S. 37.

²⁸⁸ The White House, National Security Strategy of the United States of America, May 2010, S. 13; Jörk Reschke, Die nationale Sicherheitsstrategie der USA 2010, in: Europäische Sicherheit 9/2010, S. 37-39, hier S. 37.

²⁸⁹ Ebenda, S. 46; ebenda.

²⁹⁰ Ebenda, S. 40; ebenda.

²⁹¹ Jörk Reschke, Die nationale Sicherheitsstrategie der USA 2010, in: Europäische Sicherheit 9/2010, S. 37-39, hier S. 37.

specific network, al-Qaida, and its terrorist affiliates who support to attack the United States, our allies, and partners.“²⁹² Wie gegen diese Bedrohung in Afghanistan und Pakistan erfolgreich vorgegangen werden soll, wird in einer gesonderten Strategie dargelegt, die Obama bereits Ende 2009 verkündet hatte. Diese Strategie wurde anlässlich der Afghanistan-Konferenz in London Ende Januar 2009 von über 40 Staaten beschlossen, die sich in Afghanistan engagieren. Die Nationale Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2010 erörterte die drei Komponenten dieser Afghanistan-Strategie wie folgt:

- Die US-Streitkräfte und die Kräfte der International Security Assistance Force (ISAF) der NATO hatten das Ziel, die gewalttätigen Aufständischen zu bekämpfen, zentrale Bevölkerungszentren zu sichern und die Anstrengungen in der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte zu verstärken. Im Juli 2011 sollte eine „verantwortbare Reduzierung der US-Streitkräfte beginnen.“²⁹³ In der Quadrennial Defense Review (QDR) des Verteidigungsministeriums aus 2014 wird dieser Schritt vom damaligen Verteidigungsminister Chuck Hagel wie folgt beschrieben: „The QDR describes the tough choices we are making in a period of fiscal austerity to maintain the world’s finest fighting forces. These include reducing force structure in order to protect and expand critical capabilities, modernizing the forces, and investing in readiness. Although the future force will be smaller, it will be ready, capable, and able to project power over great distance.“²⁹⁴
- In Kooperation mit den Partnern, der UNO und der afghanischen Regierung soll die Arbeit verstärkt fortgesetzt werden, um Verbesserungen für eine verlässliche und effektive Regierungsarbeit in Kabul zu erreichen. Diese gemeinsamen Anstrengungen sollen

²⁹² The White House, National Security Strategy of the United States of America, May 2010, S. 20; Jörk Reschke, Die nationale Sicherheitsstrategie der USA 2010, in: Europäische Sicherheit 9/2010, S. 37-39, hier S. 37.

²⁹³ Jörk Reschke, Die nationale Sicherheitsstrategie der USA 2010, in: Europäische Sicherheit 9/2010, S. 37-39, hier S. 37.

²⁹⁴ Department of Defense, Quadrennial Defense Review 2014, Washington 2014, Vorwort.

leistungsorientiert erfolgen, die Erfolge werden gemessen und kontrolliert.²⁹⁵

- Die USA sollen demnach ihre Beziehungen zu Pakistan beleben, „orientiert an gemeinsamen Interessen und gegenseitigem Respekt“. Vorrangiges Ziel ist die Ausschaltung extremistischer Kräfte, die die USA und Pakistan bedrohen.²⁹⁶

Besondere Aufmerksamkeit in der Nationalen Sicherheitsstrategie aus 2010 liegt in der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen: „The gravest danger to the American people and global security continues to come from weapons of mass destructions, particularly nuclear weapons.“²⁹⁷ Instabile Staaten bilden für die USA ein weiteres strategisches Bedrohungsbild. Zudem sehen die USA eine besondere Herausforderung in der Bedrohung innerhalb der digitalen Welt (Cyberspace): „Cyber security threats represent one of the most serious national security, public safety, and economic challenges we face as a nation.“²⁹⁸

Am 15. Februar 2008 gab US-Präsident George W. Bush erstmals in der US-Geschichte den Befehl, einen Satelliten abzuschießen. Der Abschuss eines tonnenschweren Spionagesatelliten des Pentagon, der 2007 außer Kontrolle geriet und ansonsten auf die Erde gestürzt worden wäre, durch eine Rakete, die von einem Kriegsschiff aus abgefeuert wurde, erfolgte Tage später. Der Satellit enthielt große Mengen des giftigen Raketentreibstoffs Hydrazin, man wollte daher mit dem ersten Schuss den Tank noch im All zur Explosion bringen, die übrigen Trümmer sind dann verglüht oder ins Meer gefallen.²⁹⁹ Bei dem Satelliten handelt es sich um den 2006 gestarteten „NROL-21“, einen ultramodernen, hochgeheimen Radar-Aufklärungssatelliten, dieser sollte hochauflösende Bilder von der Erdoberfläche machen, auch bei Nacht und durch Wolken. Das von Lockheed Martin gebaute Teil war Testmodell für eine neue Generation von Aufklärungssatelliten, die die Systeme „Onyx“ und „Lacrosse“ ablösen

²⁹⁵ Jörk Reschke, Die nationale Sicherheitsstrategie der USA 2010, in: Europäische Sicherheit 9/2010, S. 37-39, hier S. 37f.

²⁹⁶ The White House, National Security Strategy of the United States of America, May 2010, S. 21; Jörk Reschke, Die nationale Sicherheitsstrategie der USA 2010, in: Europäische Sicherheit 9/2010, S. 37-39, hier S. 38.

²⁹⁷ Ebenda, S. 8; ebenda.

²⁹⁸ Ebenda, S. 27; ebenda.

²⁹⁹ Wolfgang Greber, Spionagesatellit wird abgeschossen, in: Die Presse, 16.02.2008, S. 9.

sollte. Er verfehlte angeblich seine vermutlich in 600 Kilometer Höhe angesiedelte Umlaufbahn. Mitte 2007 riss auch die Verbindung ab. Das um den 6. März 2008 definierte Absturzgebiet betraf den ganzen Globus von Stockholm bis Feuerland. Er wäre wohl größtenteils verglüht. In den Meeren rüsteten sich drei Schiffe mit „Aegis“-Luftabwehrsystemen zum Einsatz. Eines (ein Kreuzer der „Ticonderoga“-Klasse oder ein Zerstörer der „Arleigh Burke“-Klasse) sollte einen Standard Missile-3 starten, um den Satelliten in etwa 200 Kilometer Höhe zu treffen. China hatte Anfang 2007 einen alten Wettersatelliten mit einer bodengestützten Rakete zerstört. Das galt als Signal, dass sich Peking für Weltraumkriegsführung rüsten werde. Die SM-3 des Raytheon-Konzerns hat eine Reichweite von mehr als 500 Kilometern sowie eine Flughöhe von mehr als 160 Kilometern. Sie bekämpft vor allem weit entfernte Bomber und ballistische Raketen. Japan und Südkorea nutzen sie zur Raketenabwehr.³⁰⁰

³⁰⁰ Ebenda.

Die Nuklearpolitik der USA

Formell besitzt der US-Präsident auf der Grundlage des Atomic Energy Act aus dem Jahre 1946 das alleinige Recht, über den Einsatz von Nuklearwaffen zu bestimmen. C. Robert Kehler, ehemaliger Befehlshaber über das Strategic Command und somit über das amerikanische Nukleararsenal, betonte während des ersten formellen Hearings im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Senats seit 41 Jahren am 14. November 2017, dass das Militär sich gegenüber dem US-Präsidenten weigern kann, Nuklearwaffen einzusetzen, wenn es sich dabei um einen „unverhältnismäßigen“ und „unnotwendigen Befehl“ handelt.³⁰¹

Im Jahr 1991 entschied der damalige US-Präsident George H.W. Bush, nahezu alle taktischen Nuklearwaffen, die seitens der US-Armee und der US-Marine gelagert wurden, stillzulegen. Diese Kurzstreckenwaffen waren „militärisch sinnlos“ und bürdeten in Zeiten großer Sparprogramme in den Streitkräften zusätzliche Belsatungen auf.³⁰² Seither verblieb nur ein Typus von taktischen Nuklearwaffen im Inventar der US-Streitkräfte – die B-61. Einige hunderte B-61 befinden sich direkt in den USA, 2014 befanden sich an die 180 B-61 auf europäischen Basen in Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und in der Türkei.³⁰³ Im Fall eines Nuklearkonfliktes in Europa würden diese Bomben mit F-15 und F-16 oder auch mit Tornado-Flugzeugen befördert werden, die Crews der Flugzeuge setzten sich aus Belgiern, Niederländern, Deutschen, Italienern und Amerikanern zusammen.³⁰⁴ Nuklearwaffen können ebenso von F-35 JSF transportiert werden. Der militärische Nutzen taktischer nuklearer Waffen erweist sich weiterhin als äußerst eingeschränkt. Als Generalstabschef plädierte bereits Colin Powell für die Außerdienststellung aller taktischen nuklearen Waffen in den 1990er Jahren.³⁰⁵ Mit der Krim-Krise 2014 änderte sich die Sichtweise. Der Großteil des Geldes für die Modernisierung von taktischen Nuklearwaffen verantwortet die National Nuclear Security Administration (NNSA), während der nächsten Jahrzehnte plant

³⁰¹ The New York Times International Edition, The President's Nuclear Trigger, in: The New York Times International Edition, November 17, 2017, S. 10.

³⁰² Barry Blechman und Russell Rumbaugh, Bombs Away. The Case for Phasing Out U.S. Tactical Nukes in Europe, in: Foreign Affairs, July/August 2014, S. 163-174, S. 163.

³⁰³ Ebenda.

³⁰⁴ Ebenda.

³⁰⁵ Ebenda, S. 170.

die NNSA, Milliarden für die Modernisierung diverser nuklearer Sprengköpfe zur Verfügung zu stellen, davon mindestens acht Milliarden US-Dollar für die Modernisierung der B-61. Schwerpunkte bilden hier die Treffeffizienz.³⁰⁶

Die USA wollen ihre Atombomben durch eine neue, viel treffsicherere Generation ersetzen – auch in Europa. B61-12 heißt die jüngste Generation der US-Atomwaffen.³⁰⁷ Im Rahmen eines groß angelegten Modernisierungsprogramms ihres Atomarsenals, das innerhalb von zehn Jahren 355 Milliarden US-Dollar verschlingt, wollen die USA ihre alten B61-Versionen mit dem neuen Modell ersetzen.³⁰⁸ Die Waffe verfügt über ein neues steuerbares Heck. Die Sprengkraft lässt sich anpassen. Ein erster Testflug fand am 1. Juli 2015 über Tonopah in Nevada statt. Eine Modernisierung der veralteten Arsenale steht ohnehin an – und effizientere Waffen erlauben, die Anzahl zu reduzieren.³⁰⁹ Die etwa 180 verbliebenen US-Atombomben in Europa, die im Rahmen der NATO auf Stützpunkten in Belgien, den Niederlanden, Deutschland, Italien und der Türkei stationiert sind, sollen in den kommenden Jahren durch die neuen B61-12-Modelle ausgetauscht werden. 2020 sollen die ersten in Europa verfügbar sein. Die bisherigen Tornados und F-16 sind auf die neuen Waffen nicht ausgerichtet. Italien und die Niederlande haben F-35 bestellt. In Deutschland sollen die Tornados technisch angepasst werden. Der Eurofighter ist für den Atomwaffeneinsatz nicht zertifiziert.³¹⁰ In den USA wird der B-52-Bomber noch bis 2040 seinen Dienst versehen und mit neuen Cruise Missiles operieren können, die 1997 in Dienst gestellte B-2 soll sowohl mit Cruise Missiles als auch mit B61-12-Systemen operieren können.³¹¹ Zudem soll zusätzlich ein neues Flugzeug als Träger für beide Waffensysteme konstruiert werden – der Long Range Strike Bomber (LRS-B), im Oktober 2015 bewilligte die Air Force der Norman Grumman den 55-Milliarden-US-Dollar-Vertrag, um dieses neue Flugzeug zu entwickeln und etwa 100

³⁰⁶ Ebenda.

³⁰⁷ Julia Raabe, Die atomare Wunderwaffe, in: Die Presse, 14.01.2016, S. 5.

³⁰⁸ Ebenda.

³⁰⁹ Ein historischer Besuch in Hiroshima, aber ohne Verneigung, in: Die Presse, 12.04.2016, S. 2.

³¹⁰ Ebenda.

³¹¹ The Economist, Cruise control, in: The Economist, 23.01.2016, S. 31 und 32, hier S. 33.

dieser Bomber zu bauen.³¹² Seit der Ukraine-Krise sind alle Überlegungen innerhalb der NATO (wie von deutscher Seite), die Bedeutung von Atomwaffen zu reduzieren oder die US-Bomben gar aus Europa abzuziehen, auf Eis gelegt.³¹³ Derzeit bringen alle Atomstaaten USA, Russland, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel, Nordkorea) ihre Arsenale auf den neuesten Stand. Die im November 2015 an die Öffentlichkeit gelangten Pläne über die Entwicklung einer nuklearen Unterwasserdrohne sind das jüngste Beispiel dafür, dass Atomwaffen in Russlands Verteidigungslogik eine große Rolle spielen.³¹⁴

Im Sommer 2016 verfügten die USA über 440 Interkontinentalraketen (ICBM), 288 U-Bootgestützte ballistische Raketen (Submarine-launched ballistic missiles – SLBM) auf 14 U-Booten und 113 strategische Bomber mit einer Beladungsmöglichkeit von 2.070 Nuklearbomben und Sprengköpfen sowie weiteren 2.508 auf Lager, falls es zu „zu einem totalen Zusammenbruch der internationalen Beziehungen“ kommen würde „und dadurch ein Rüstungswettlauf unvermeidbar wird.“³¹⁵ Russland verfügte damals über 307 ICBMs, 176 SLBMs auf 11 U-Booten und 70 Bomber – mit einer Ladungskapazität von 2.600 Bomben und Sprengköpfen und weiteren 2.400 auf Lager.³¹⁶ China verfügte damals über 143 ICBMs, 48 SLBMs auf vier U-Booten und drei Bomber, die über eine Reichweite verfügen, um auch den westlichen Teil der USA zu treffen. Insgesamt also über 180 Bomben und Sprengköpfe.³¹⁷

Die „neue Triade“ spiegelt seit 2002 gemäß dem Nuclear Posture Review Report (Washington 2002) die strategische Positionierung des Pentagons wider. Die traditionelle Triade nuklearer Waffen (nuklear bestückte Interkontinentalraketen, strategische Bomber und ballistische Raketen-U-Boote) wird seither um die Eckpunkte „konventionelle Verteidigung“ bzw. „Raketenabwehr“ erweitert,³¹⁸ das bestätigte auch US-

³¹² Ebenda.

³¹³ Julia Raabe, Die atomare Wunderwaffe, in: Die Presse, 14.01.2016, S. 5.

³¹⁴ Ebenda.

³¹⁵ Fred Kaplan, Rethinking Nuclear Policy, in: Foreign Affairs, September/October 2016, S. 18-25, hier S. 21.

³¹⁶ Ebenda.

³¹⁷ Ebenda, hier S. 21f.

³¹⁸ Peter Buchas, Bedrohungswahrnehmungen und sicherheitspolitische Konzepte Chinas, IN S+F (Sicherheit und Frieden) 3/2016, Verlag Nomos, Baden-Baden 2016, S. 177-184, S. 183.

Verteidigungsminister James Mattis am 13. September 2017: „I have been persuaded that the triad and its framework is the right way to go.“³¹⁹ Zudem soll eine ausreichende Anzahl von nicht-stationierten Nuklearwaffen beibehalten und das Nuklearwaffenarsenal stets modernisiert werden. 2010 war geplant, für Upgrades und „lebensverlängernde Maßnahmen“ dieses Arsenal zwischen 2011 und 2020 an die 180 Milliarden US-Dollar zu investieren. Darunter fallen auch die Computer- und Kommunikationssysteme der B-52 (Verlängerung der Lebensdauer bis 2040) und der B-2 (Verlängerung der Lebensdauer bis 2058), Upgrades der Minuteman III landgestützten ICBM (Verlängerung der Lebensdauer bis 2030), die Instandhaltung der ballistischen Nuklearraketen-U-Boote der Ohio-Klasse und die Realsierung des 60 Milliarden US-Dollar umfassenden Ersatzprogramms für die Klasse und die Einsatzverlängerung der B61, W87 und W88-Sprengköpfe. Es werden mit der B-21 Raider zunächst 100 Stück eines neuen Bombertyps konstruiert, der mehr Stealth-Fähigkeiten und Kampf- und Durchschlagskraft aufweist. Eine neue luftgestützte Cruise Missile (ALCM) wird die gegenwärtige AGM-86B ersetzen. Die Entwicklung einer neuen Generation von ICBMs wurde eingeleitet. Jedes der in Entwicklung sich befindenden neuen Generation von nuklearen Raketen-U-Booten wird mit 16 modernisierten Trident III-U-Bootgestützten ballistischen Raketen ausgestattet sein, diese soll noch vor der Stilllegung der Ohio-Klasse in Dienst gestellt werden.³²⁰

Der ehemalige US-Verteidigungsminister William Perry rief dazu auf, die nukleare landgestützte Streitmacht von 450 Minuteman-Raketen zu eliminieren: Russland ließ während dieser Zeit keine Bereitschaft erkennen, Nuklearwaffen in einem frühen Stadium einsetzen zu wollen, zudem, so Perry, könnte eine Modernisierung der Minuteman einen Rüstungswettlauf mit Russland auslösen.³²¹ Gemäß dem Neuen START aus 2010 sollen die Nuklearsprengköpfe auf 1.550 limitiert werden. Letztmals hatten die USA ihre Minuteman-Kapazitäten zwischen 1993 und 2008 modernisiert. Danach wurden unter START I und den Moskauer Verträgen die stationierten US-Nuklearwaffen von ca. 12.000 auf 2.200 reduziert.³²²

³¹⁹ Tara Copp, Mattis: Nuclear triad is the ‚right way to go‘, in: Defense News, 18.09.2017, S. 26 und 27, hier S. 27.

³²⁰ Ebenda.

³²¹ Peter Huessy, Resist Call To Eliminate Minuteman Force, in: Defense News, 1.02.2016, S. 21.

³²² Ebenda.

Während dieser Zeit diente die Modernisierung der Minuteman einer stabilisierenden Rolle. Die Nuklearkapazitäten der USA bestehen aus 450 Silo-stationierten landgestützten Raketen und ihren Kontrollzentren, 60 nuklearfähige Bombern, 14 stationierten Nuklear-U-Booten, 4-6 sind 24 Stunden pro Woche (24/7) auf Hoher See unterwegs.³²³

Die Nationale Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2010 setzt als Ziel eine Welt ohne Nuklearwaffen als persönliches Ziel von US-Präsident Barack Obama. Jedoch: „As long as any nuclear weapon exist, the United States will sustain a safe, secure, and effective nuclear arsenal, both to deter potential adversaries and to assure US allies and other security partners that they can count on America’s security commitments.”³²⁴

US-Präsident Obama – er erhielt im Dezember 2009 den Friedensnobelpreis – präsentierte seine Nuklearstrategie (Nuclear Posture Review) am 6. April 2010. Bereits während seiner Rede in Oslo stellte Obama klar: „To say that force may sometimes be necessary is not a call to cynicism. It is a recognition of history, the imperfection of man, and the limits of reason.“³²⁵ Obama versteht diese Strategie „als ersten Schritt“ zu seiner in Prag 2009 präsentierten Vision einer atomwaffenfreien Welt („Global Zero“).³²⁶ Die Strategie definiert die Rolle, die die jeweilige US-Regierung den Kernwaffen bei der Verteidigung des Landes beimisst. Von der Definition dieser Rolle hängt es ab, wie groß das Arsenal an Nuklearwaffen sein soll, wann und gegen wen sie eingesetzt werden könnten. Nach Obamas Sicht gegen die heutigen Gefahren weniger von traditionellen Atomwaffenstaaten wie Russland oder China aus, sondern vor allem von „Schurkenstaaten“ oder Terrororganisationen, die an Kernwaffen herankommen wollen.³²⁷ Am 9. April 2010 unterzeichneten Russlands Präsident Dmitrij Medwedew und US-Präsident Obama in Prag den neuen Vertrag über die Reduzierung der strategischen Atomwaffenarsenale (START). Die Kernpunkte: Beide Seiten dürfen nur noch jeweils 1.550 atomare Sprengköpfe und bis zu 700 strategische Trägersysteme (plus 100

³²³ Ebenda.

³²⁴ NSS 2010, S 23; Jörk Reschke, Die nationale Sicherheitsstrategie der USA 2010, in: Europäische Sicherheit 9/2010, S. 37-39, hier S. 38.

³²⁵ Fred Kaplan, Obama’s Way. The President in Practice, in: Foreign Affairs, January/February 2016, S. 46-63, hier S. 47.

³²⁶ Burkhard Bischof, Die neue Atom-Doktrin der Vereinigten Staaten, in: Die Presse, 7.04.2010, S. 6.

³²⁷ Obamas Fahrplan, in: Die Presse, 7.04.2010, S. 6.

inaktive Systeme) einsatzbereit halten.³²⁸ Obama hielt weitere „dramatische Reduzierungen“ im US-Atomwaffenarsenal für durchaus möglich.³²⁹ Am 12. und 13. April 2010 empfing Obama 45 Staats- und Regierungschefs (u.a. Dmitri Medwedjew, Hu Jintao, Nicolas Sarkozy, Angela Merkel) zu einem Atomgipfel in Washington. Ziel des Treffens war es, die Voraussetzungen zu schaffen, dass innerhalb von vier Jahren riskantes Nuklearmaterial rund um den Globus gesichert wird. Obamas Ziel war es, die Nuklearwaffenstaaten zu atomarer Abrüstung zu verpflichten.³³⁰ Die Kernpunkte der US-Nuklearstrategie aus 2010:

- Atomwaffen soll zwar noch eine „wesentliche Rolle“ bei der Abschreckung von Angriffen auf die USA und der Reaktion darauf eingeräumt werden. Zum Einsatz kommen sollen sie in erster Linie nur dann, wenn die USA mit Atomwaffen angegriffen werden. Obamas Ziel war es, dafür die Rolle von konventionellen Waffen für die Verteidigung der USA bedeutend zu stärken. Länder wie Iran oder Nordkorea, die umstrittene Nuklearprogramme betreiben, sollten sich demnach nicht sicher fühlen: „Wir werden alle Instrumente, die für den Schutz und die Sicherheit des amerikanischen Volkes notwendig sind, beibehalten.“³³¹
- „Erstmals erklären die USA, dass sie Kernwaffen nicht gegen Staaten einsetzen werden, die selbst keine Nuklearwaffen besitzen“, erläuterte Obama. Kernwaffen sollen auch keine Antwort auf einen massiven Cyberangriff sein. Sollte jedoch den USA ein verheerender Angriff mit biologischen Waffen drohen, soll es laut der Nuklearstrategie doch die Option geben, die Verpflichtung zum Nichtersteinsatz von Atomwaffen zu überdenken.³³²
- Die USA waren unter Obama bestrebt, ihre Investitionen zu erhöhen, um die Infrastruktur ihrer nuklearen Streitmacht auf dem neuesten Stand halten zu können. Es sollten jedoch keine neuen Nuklearwaffen entwickelt werden. Dieser Schritt war eine Abkehr

³²⁸ Ebenda.

³²⁹ Burkhard Bischof, Die neue Atom-Doktrin der Vereinigten Staaten, in: Die Presse, 7.04.2010, S. 6.

³³⁰ Obamas Fahrplan, in: Die Presse, 7.04.2010, S. 6.

³³¹ Burkhard Bischof, Die neue Atom-Doktrin der Vereinigten Staaten, in: Die Presse, 7.04.2010, S. 6.

³³² Ebenda.

von jener Nuklearstrategie von George W. Bush aus 2002. Die Bush-Regierung hatte auf die Entwicklung von „Bunkerbusters“ gesetzt – taktische Atomgeschosse, die tief in den Boden eindringen und unterirdische Anlagen zerstören können. Auch gab sie damals die Entwicklung von „Mini-Nukes“ in Auftrag, von Kernwaffen mit einer Sprengkraft von unter fünf Kilotonnen.³³³

Am 17. April 2017 präsentierte das Pentagon der Regierung von US-Präsident Donald Trump ihre Nuclear Posture Review, die erste seit dem Jahr 2010. An die 400 Milliarden US-Dollar sollen bis 2026 in den Ausbau und die Modernisierung von Nuklearwaffen bereitgestellt werden.³³⁴ Bis 2027 plant das Verteidigungsministerium, neue atomwaffen-fähige U-Boote, Bomber und Interkontinentalraketen (Intercontinental Ballistic Missiles – ICBMs) in Auftrag zu geben. Zu dem sollen auch hier die Führungsstrukturen erneuert werden. Geleitet wird dieser umfassende Prozess vom stellvertretenden Generalstabschef Paul Selva und dem stellvertretenden Verteidigungsminister Bob Work. Eingebunden sind auch Nuklearexperten wie Frank Klotz von der National Nuclear Security Administration.³³⁵ Bis zum Jahr 2046 werden die USA bis zu 1,2 Billionen US-Dollar für die Modernisierung (400 Milliarden US-Dollar) und Erhaltung des Nuklearwaffenarsenals (800 Milliarden US-Dollar) investieren müssen, so ein Bericht der Congressional Budget Office vom 31. Oktober 2017: 313 Milliarden US-Dollar sollten demnach für Nuklear-U-Boote, 149 Milliarden US-Dollar für Interkontinentalraketen, 266 Milliarden US-Dollar für Bomber und 44 Milliarden US-Dollar „für andere Systeme“ bereitgestellt werden.³³⁶ Projektschwerpunkte bilden der Ersatz für die Ohio-Klasse (Atom-U-Boote) der US Navy, der neue Bomber B-21 (für konventionelle und nukleare Einsätze), die Ground Based Strategic Deterrent als Ersatz für die Minuteman III-Interkontinentalraketen und die neue nuklear-bestückte Cruise Missile (Long Range Stand-Off Weapon).³³⁷

³³³ Ebenda.

³³⁴ Aaron Mehta, Nuclear Posture Review: What to look for, in: Defense News, April 24, 2017, S. 24.

³³⁵ Ebenda.

³³⁶ Aaron Mehta, America’s nukes will cost \$ 1.2 trillion over the next 30 years, in: Defense News, November 6, 2017, S. 22.

³³⁷ Ebenda.

Seit der letzten Nuclear Posture Review im Jahr 2010 haben sich die geopolitischen und geostrategischen Bedingungen weltweit geändert: durch die Annexion der Krim durch Russland 2014 sowie die ständige Modernisierung von Nuklearfähigkeiten, durch die aus Sicht der USA und der ost- bzw. südostasiatischen Verbündeten „wahrgenommene Aggression“ durch China in diesen Räumen sowie der verstärkten Testung von Raketen und Atom- bzw. Wasserstoffbomben durch Nordkorea.³³⁸ Die Nuklearwaffen bleiben in den Atommächten wesentliche Bestandteile ihrer militärischen Schlagkraft, so auch der Jahresbericht des SIPRI vom 3. Juli 2017: „Es gibt kein Land weltweit, das sich in einer ‚vorhersehbaren Zukunft‘ von seinen Atombomben verabschieden möchte.“³³⁹ Russland und die USA verfügen gemeinsam nach wie vor über 93 Prozent aller Atomwaffen. Anfang 2017 verfügten Russland über 7.000 Nuklearsprengsätze, von denen 1.950 direkt abschießbar waren, die USA im Vergleich über 6.800 Nuklearsprengsätze, von denen 1.800 sofort abschießbar waren.³⁴⁰ Laut SIPRI verfügten Anfang 2017 Frankreich 300, China 270, Großbritannien 215, Pakistan bis zu 140, Indien bis zu 130, Israel 80 und Nordkorea bis zu 20 (Schätzung, keine offenen Beweisquellen).³⁴¹ Die Verringerung von Atomwaffen begründen die USA und Russland auf den New START. Beide Staaten hatten vor Jahren deutlich mehr Waffen pro Jahr abgebaut, so das SIPRI. Anscheinend entfernen beide Länder aus ihren Arsenalen vor allem Atomwaffen, die ohnehin schon veraltet sind, um dem New START nachzukommen. Gleichzeitig werden in beiden Ländern „extensive und teure nukleare Modernisierungsprogramme“ durchgeführt, so das SIPRI: „Eine Welt ohne Atomwaffen wird es wohl nie geben, das ist reine Fantasie. Sie spielen ihre Rolle, und solange ein Land Atomwaffen hat, wollen andere sie auch“, so Shannon Kile vom SIPRI.³⁴²

³³⁸ Aaron Mehta, Nuclear Posture Review: What to look for, in: Defense News, April 24, 2017, S. 24.

³³⁹ André Anwar, Großmächte setzen auf die Modernisierung ihrer Atomwaffen, in: Die Presse, 3.07. 2017, S. 2.

³⁴⁰ Ebenda.

³⁴¹ Ebenda.

³⁴² Ebenda.

Die US-Streitkräfte und das Primat der Politik in Washington

Nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 kamen damals US-Präsident George H.W. Bush, US-Verteidigungsminister Dick Cheney sowie der Vorsitzende des Joint Chiefs of Staff Colin Powell den Erwartungen der Bevölkerung und des Kongresses und einer damit verknüpften „Friedensdividende“ entgegen und veranlassten ursprünglich tiefe Einschnitte im Verteidigungsbereich als Teil der „Post Cold-War Strategy“: die Streitkräfte sollten damals um mehr als eine Million militärische und zivile Bedienstete verringert werden.³⁴³ Präsident Bush beabsichtigte, eine derartige Strategie in Aspen / Colorado am 2. August 1990 anzukündigen, als der irakische Machthaber Saddam Hussein plötzlich in Kuwait einmarschierte.³⁴⁴ So wurde diese Strategie erst nach der Operation „Desert Storm“ im Jahr 1991 beschlossen. Als Begründung dafür führte Dick Cheney an, dass nun „regionale Herausforderungen“ sowie „Unsicherheit“ und „Unvorhersehbarkeit“ an der Tagesordnung stehen.³⁴⁵ Die USA sollten deshalb die „global leadership“ beibehalten und in diesem Zusammenhang die globale Zukunft mitgestalten, Fähigkeiten sollten deshalb in folgenden Bereichen aufgebaut werden: nukleare Abschreckung, Stärkung und Ausbau von Allianzen, Vorwärtspräsenz und Machtprojektion – vor allem am Persischen Golf, dem erweiterten Mittleren Osten und in Nordostasien.³⁴⁶ Schnelle „large and powerful“ einsetzbare Kräfte sollen den USA zur Verfügung stehen „should the need arise“.³⁴⁷ Gemäß der Defense Planning Guidance aus 1992 wurden zwei wesentliche Konzepte der amerikanischen Kalten Kriegs-Strategie beibehalten:

- Demnach sollen die USA in die Lage versetzt werden, eine feindliche Macht daran zu hindern, eine für die US-Interessen relevante Region zu dominieren. Als derartige Regionen gelten

³⁴³ Melvyn P. Leffler, *Defense on a Diet. How Budget Crises Have Improved U.S. Strategy*, in: *Foreign Affairs*, November / December 2013, S. 65-76, S. 74.

³⁴⁴ Ebenda.

³⁴⁵ Ebenda.

³⁴⁶ Ebenda.

³⁴⁷ Ebenda.

Europa, Ostasien, der Mittlere Osten und der Persische Golf sowie Lateinamerika.

- Zudem sollen die USA defensive Fähigkeiten zur Verfügung stellen die ausreichen, um jene internationale Ordnung herzustellen, die dem „way of life“ förderlich ist.³⁴⁸

Das strategische Konzept dieser Bush-Administration war: „preparing for uncertainty, shaping the future, thwarting regional instability.“³⁴⁹ Ende 1990 waren die USA und ihre Verbündeten für fast 75 Prozent der weltweiten Verteidigungsausgaben verantwortlich – verglichen mit China und Russland, die über sechs Prozent der Verteidigungsausgaben gemeinsam verfügten.³⁵⁰ Die Clinton-Administration hat die Kernelemente von Cheneys regionaler Verteidigungsstrategie übernommen.³⁵¹

Im Jahr 2001 hatte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld eine große interne Überprüfung der US-Militärstrategie angeordnet. Gerüchte gab es, dass Rumsfeld bezweckte, die Bodentruppen zu verringern, um mehr Geld für die Luftstreitkräfte, Satellitentechnik, andere Systeme und die Raketenabwehr zur Verfügung zu stellen.³⁵² In einem Brief an Rumsfeld warnten ihn 82 Kongressmitglieder, nicht den Umfang der Landstreitkräfte zu verringern.³⁵³ Noch vor 2001 waren die US-Reserveeinheiten im Allgemeinen wenig optimal ausgerüstet und weniger verlegebereit als ihre aktiven Kameraden, das änderte sich jedoch in Afghanistan und im Irak. In die Reserveeinheiten der Landstreitkräfte wurden umfassendere Ressourcen investiert, „outfitting it with new equipment instead of hand-me-downs from the active forces and staffing and training units for multiple deployments.“³⁵⁴ Als Ergebnis wurden die Army National Guard sowie die Army Reserve-Einheiten besser ausgerüstet und kampfbereiter als jemals zuvor seit dem Zweiten Weltkrieg: „Avoiding long wars require multiple reserve call-ups.“³⁵⁵

³⁴⁸ Ebenda.

³⁴⁹ Ebenda, S. 75.

³⁵⁰ Ebenda.

³⁵¹ Ebenda.

³⁵² Cindy Williams, *Accepting Austerity. The Right Way to Cut Defense*, in: *Foreign Affairs*, November / December 2013, S. 54-64, S. 60.

³⁵³ Ebenda.

³⁵⁴ Ebenda.

³⁵⁵ Ebenda.

Zwischen 1992 und 2002 wurden an die 30 umfassende Programme für die US-Landstreitkräfte gestrichen, somit gingen 30 Milliarden US-Dollar an Geld verloren, um Lücken in der Verteidigung aufzufüllen.³⁵⁶ Im Jahr 2011 gaben die USA erstmals seit 1998 weniger für ihr Militär aus als im Jahr zuvor.³⁵⁷

In der neuen Nationalen Verteidigungsstrategie aus 2008 werden der Bogen an Bedrohungen, die als transnational eingestuft werden, großteils als „low intensity“ und asymmetrisch (Terrorismus und Aufständischenbekämpfung), Cyber-Krieg,³⁵⁸ Massenvernichtungswaffen und „unvorhergesehene Nischenkapazitäten“, die von potentiellen Gegnern entwickelt werden.³⁵⁹ Die Bekämpfung derartiger asymmetrischen Bedrohung erfordert den „holistischen Einsatz aller Elemente der nationalen Macht“, einschließlich verbesserter ziviler Fähigkeiten sowie auch eine engere Zusammenarbeit mit den Alliierten sowie eine Verstärkung von deren Fähigkeiten.³⁶⁰ Die USA bezweckt, ihre militärische Dominanz im Bereich konventionelle Kriegsführung beizubehalten, sowohl als Abschreckung gegen „militärisches Abenteuerertum“ und als Absicherung gegen den Aufstieg künftiger Herausforderer. Als bestes Beispiel dient hier die russische Intervention in Georgien 2008, hier ist der Erhalt konventioneller Fähigkeiten äußerst relevant.³⁶¹ Die Strategie besagt, dass es mehr Vorwärtlinien der Verteidigung geben werde, deren Ursachen jene Probleme sind, die vor allem durch nichtmilitärische Mittel am besten entgegengetreten werden kann, bevor diese direkt die Sicherheit der USA bedrohen und kostspielige und herausfordernde Militäreinsätze auslösen. Zur Bekämpfung derartiger Probleme dienen die Entwicklungshilfe und die Diplomatie.³⁶² In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Regierungsführung in

³⁵⁶ Michelle Tan, Interview, John McHugh, US Army Secretary, in: Defense News, 19.10.2015, S. 22.

³⁵⁷ Oliver Grimm, Drohnen statt Panzer, Asien statt EU: Hagels Vision für Amerikas Militärmacht, in: Die Presse, 1.02.2013, S. 7.

³⁵⁸ Der russischen Invasion in Georgien 2008 ging eine koordinierte Cyberattacke voraus; Estland entsendete Cyber-Krieger nach Georgien, um diese im Kampf gegen diese Attacken zu unterstützen. Aus: Michael Wynne, Lessons from Georgia. Renew Focus on Cyberspace Protection, in: Defense News, 18.08.2008, S. 29.

³⁵⁹ Jeffrey Bialos, New National Defense Strategy: A ‚Legacy‘ Vision, in: Defense News, 18.08.2008, S. 29.

³⁶⁰ Ebenda.

³⁶¹ Ebenda.

³⁶² Ebenda.

muslimischen Staaten zu verbessern, die Al Qaida in den Augen der lokalen Bevölkerungen zu de-legitimieren und somit den Terrorismus an der Wurzel zu bekämpfen.³⁶³ Indem Staaten, die sich in Krisen befinden, proaktiv geholfen werden und somit das Scheitern von Staaten unterbunden wird, können kostspielige Stabilisierungs- und Aufbaumissionen vermieden werden.³⁶⁴ Ein zentraler Satz dieser Strategie ist es, dass Amerika nicht nur allein mit Militär verteidigt werden kann. So ist aus Sicht des Pentagons der verstärkte Einsatz ziviler Mittel, die die USA in diesem Ausmaß nicht haben, notwendig. Nur so können Militäreinsätze erfolgreich durchgeführt werden.³⁶⁵ Die USA ist gemäß der Nationalen Verteidigungsstrategie aus 2008 der „beacon of light for those in dark places“.³⁶⁶

2008 benötigten die USA rekordverdächtige 622 Milliarden US-Dollar für ihren Verteidigungssektor und die Finanzierung der Kriege in Irak und in Afghanistan. Der Budgetvoranschlag, den US-Präsident George W. Bush am 5. Februar 2007 dem Kongress überreichte, beinhaltet die höchsten Verteidigungsausgaben seit dem Koreakrieg 1952.³⁶⁷ Insgesamt sah der Haushalt 2008, der am 1. Oktober 2007 begann, Ausgaben in der Höhe von drei Billionen US-Dollar vor, die Neuverschuldung betrug knapp 200 Milliarden US-Dollar.³⁶⁸ Für die 12 Monate ab 1. Oktober 2007 wurden 141 Milliarden US-Dollar veranschlagt. Dies beinhaltet die Kosten für die zusätzliche Entsendung von 21.500 Soldaten in den Irak. Unter anderem wegen dieser Truppenaufstockung beantragte Bush weitere 93 Milliarden US-Dollar für die Einsätze in Afghanistan und Irak bis Oktober 2007. Allein der Krieg im Irak hat seit der Invasion 2003 bis Ende Januar 2007 insgesamt 344 Milliarden US-Dollar verschlungen.³⁶⁹ Aufgeteilt nach Streitkräften waren damals für die Air Force 110 Milliarden US-Dollar, für die Navy 140 und für die Army 128 Milliarden US-Dollar vorgesehen. Einschnitte sah der Haushalt 2008 bei den Krankenversicherungsprogrammen Medicare und Medicaid für arme bzw alte US-Bürger vor. Bis 2012 waren Einsparungen in erster Linie bei der Verwaltung in Höhe von

³⁶³ Ebenda.

³⁶⁴ Ebenda.

³⁶⁵ Ebenda.

³⁶⁶ Ebenda.

³⁶⁷ Norbert Rief, 622 Milliarden Dollar Rekordbudget für US-Armee, in: Die Presse, 5.02.2007, S. 5.

³⁶⁸ Ebenda.

³⁶⁹ Ebenda.

70 Milliarden US-Dollar geplant, eine Kürzung um vier Prozent gab es auch bei der Kinderkrankenversicherung auf 5,4 Milliarden US-Dollar.³⁷⁰ Das Pentagon war damals bestrebt, bis 2012 die aktiven US-Streitkräfte (2007: 1,4 Millionen) um 92.000 Soldaten vergrößern zu wollen – davon 65.000 für die Armee, 27.000 für die Marineinfanterie. Die Stärke der Teilstreitkräfte betrug im Januar 2007:

- Armee: 507.000 Soldaten;
- Luftwaffe: 334.000 Soldaten
- Marine: 340.000 Soldaten;
- Marineinfanterie: 175.000 Soldaten;
- Reserve aller Teilstreitkräfte: 386.000 Soldaten;
- Nationalgarde gesamt: 457.000 Soldaten.³⁷¹

2008 bat Präsident George W. Bush den Kongress um 515 Milliarden US-Dollar für 2009. 2009 hatten die USA für die Stabilisierungs- und Wiederaufbauoperationen in Afghanistan, im Irak u.a. 710 Milliarden US-Dollar bereitgestellt bekommen. 2002 waren die Verteidigungsausgaben weniger als die Hälfte dieses Betrages, nämlich 335 Milliarden US-Dollar.³⁷² Zudem gab die Bush-Administration bekannt, 92.500 zusätzliche Bodentruppen bereitzustellen.³⁷³ Die Ausgaben pro Soldat/-in betrug 2008/09 im Schnitt 115.000 US-Dollar, im Vergleich zu 50.000 US-Dollar in den Jahren 1997/98.³⁷⁴

Die achtseitige Defense Strategic Guidance vom 5. Januar 2012 betonte, weniger Schwergewicht auf großangelegte und langandauernde Stabilisierungs- und Aufstandsbekämpfungsoperationen (counter insurgency operations) wie in der Dekade nach dem 11. September 2001 zu legen, die US-Streitkräfte in Europa zu reduzieren, gleichzeitig mit NATO-Verbündeten einen „Smart Defense Approach“ einzuleiten, innerhalb dessen militärische Fähigkeiten, vor allem High Tech, gepoolt, geteilt und somit Spezialisierungsprozesse im Streitkräftebereich der Verbündeten gemeinsam

³⁷⁰ Ebenda.

³⁷¹ US-Militär soll wachsen, in: Die Presse, 13.01.2007, S. 8.

³⁷² Gordon Adams, The Undisciplined Pentagon Budget, in: Iraq Uncensored Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes. American Security Project, Fulcrum Publishing 2009, Golden / Colorado, S. 113-116, hier S. 113.

³⁷³ Ebenda.

³⁷⁴ Ebenda.

eingeleitet werden sollen, und größere Aufmerksamkeit der Asien-Pazifik-Region („rebalance“)³⁷⁵ zu widmen:³⁷⁶ „All trends are shifting to the Pacific. Our strategic challenges will largely emanate out of the Pacific region“, erörterte der damalige Generalstabschef Martin Dempsey.³⁷⁷ Diese „rebalance“ setzt sich aus einem umfassenden Paket von wirtschaftlichen, diplomatischen und militärischen Maßnahmen zusammen, um die Präsenz der USA in der Region Asien-Pazifik zu stärken: „Rebalancing to Asia and the Pacific through increased diplomacy, stronger alliances and partnerships, expanded trade and investment, and a diverse security posture.“³⁷⁸ Das Ziel lautet: Machtprojektion trotz und gerade aufgrund der Herausforderungen im Bereich „Anti-Access/Aerea Denial“ (A2/AD)): Demnach werden Staaten wie China und der Iran symmetrische Fähigkeiten (elektronische und Cyber-Mittel, ballistische und Cruise Missiles, Luftverteidigung, Minen) verwenden, um der US-Machtprojektion entgegenzuwirken. Die US-Streitkräfte müssen sich weiterhin auf Terrorbekämpfung und irreguläre Kriegführung einstellen.³⁷⁹ Während seiner Rede im Jahr 2012 zu diesem Thema verkündete der damalige US-Verteidigungsminister Leon Panetta, dass Washington bis zum Jahr 2020 an die 60 Prozent seiner See- und Luftstreitkräfte im Raum Asien-Pazifik³⁸⁰ stationiert haben wird

³⁷⁵ Department of Defense, Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense, 5 January 2012, S. 5f.

³⁷⁶ Cindy Williams, Accepting Austerity. The Right Way to Cut Defense, in: Foreign Affairs, November / December 2013, S. 54-64, S. 58. Und: Marcus Weisgerber, For Europe, a “Green Light” To Lead, in: Defense News, January 9, 2012, S. 1 und 6, hier S. 1.

³⁷⁷ Ed Pilkington, Barack Obama sets out plans for leaner military in historic strategy shift. President says armed forces will move away from large-scale ground warfare and focus more on China in wake of budget cuts, The Guardian, Thursday 5 January 2012 18.37 GMT, <http://www.guardian.co.uk/world/2012/jan/05/barack-obama-plans-leaner-military/print>, abgerufen am 22.02.2012.

³⁷⁸ The White House, Fact Sheet: The 2015 National Security Strategy, February 6, 2015, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2015/02/06/fact-sheet-2015-national-security-strategy>, abgerufen am 23.06.2015.

³⁷⁹ Department of Defense, Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense, 5 January 2012, S. 3.

³⁸⁰ Forward Engaged Ready: A Cooperative Strategy for the 21st Century Seapower, March 2015, S. 11.

sowie 40 Prozent jener Fähigkeiten auf dem Atlantik. Jedoch werden die meisten Schiffe in den USA stationiert bleiben.³⁸¹

Nach einem Jahrzehnt des Kampfes gegen den Terrorismus und Kriegen im erweiterten Mittleren Osten verlagern die USA ihre Machtprojektion auf die Region Asien-Pazifik („rebalance“).³⁸² RIMPAC („Rim of the Pacific“, Randzone des Pazifiks) bezeichnet jene Verteidigungsbeziehungen mit den Staaten in der Region, davon bleibt die amerikanisch-japanische Allianz die relevanteste.³⁸³ US-Präsident Donald Trump garantierte Japan den „unerschütterlichen“ Einsatz der USA für die Sicherheit des Landes, diese Zusage bezog sich vor allem auf die Bedrohung durch das nordkoreanische Atomprogramm.³⁸⁴

Anti-Terroreinsätze werden künftig sollen mehr zielgerichtet werden mit einem Mix aus Spezialeinsatzkräften, lokalen Partnern und bewaffneten Drohnen als Kernstück, zudem sollen auch die Cyberspace-Fähigkeiten ausgebaut werden.³⁸⁵ Das bedeutet einen historischen Wandel zu kleineren und schlankeren Streitkräften. Die USA sollen zudem aktiver bei der Prävention lokaler Konflikte werden, bevor diese außer Kontrolle geraten: „Whenever possible, we will develop innovative, low-cost, and small-footprint approaches to achieve our security objectives“, so das Dokument. Die USA sollen in die Lage versetzt werden, einen Krieg zu führen und zu gewinnen „while being able to impose unacceptable costs on an adversary elsewhere in the world“, also nicht zwei Kriege gleichzeitig zu führen: „The two-war paradigm has been an anchor in the way we think about the future. That paradigm is a residual of the cold war“, erörterte der damalige Generalstabschef Martin Dempsey.³⁸⁶

³⁸¹ Michael O’Hamlon und David Petraeus, America’s Awesome Military, in: Foreign Affairs, September/October 2016, S. 10-17, hier S. 14.

³⁸² Ash Carter, The Rebalance and Asia-Pacific Security. Building a Principled Security Network, in: Foreign Affairs, November/December 2016, S. 65-75 S. 66.

³⁸³ Ebenda S. 69.

³⁸⁴ Gunther Hauser, Die US-Außenpolitik: Auf dem Weg ins Chaos?, in: Militär Aktuell 1/2017, S. 50.

³⁸⁵ The Economist, America’s military strategy. Dealing with reality, Jan 5th 2012, 23:01 by M.J.S., <http://www.economist.com/blogs/democracyinamerica/2012/01/americas-military-strategy-dealing-with-reality>, abgerufen am 22.03.2012.

³⁸⁶ Ebenda; und: Ed Pilkington, Barack Obama sets out plans for leaner military in historic strategy shift. President says armed forces will move away from large-scale ground warfare and focus more on China in wake of budget cuts, The Guardian, Thursday 5 January 2012

Im Gegensatz zur Nationalen Sicherheitsstrategie aus 2010, der ersten unter US-Präsident Obama veröffentlichten Strategie, in der das Militär verantwortlich war, „maintaining the ability to prevail against two capable nation-state aggressors.“³⁸⁷ Das Militär soll jedoch nun in die Lage versetzt werden, einen Krieg zu führen und zu gewinnen, jedoch sind die Streitkräfte auch verantwortlich „denying the objectives of – or imposing unacceptable costs on – an opportunistic aggressor in a second region.“³⁸⁸ Die US-Streitkräfte haben weiterhin zum Ziel, militärischer Aggression global entsprechend entgegenzuwirken sowie in diesem Zusammenhang umfassende militärische Partnerschaften mit anderen Staaten zu erweitern und aufzubauen.³⁸⁹

Die Republikaner warfen Präsident Obama vor, die US-Fähigkeiten weltweit zu schädigen („damaging“). Obama entgegnete: „Yes our military will be leaner, but the world must know the United States is going to maintain our military superiority with armed forces that are agile, flexible and ready for the full range of contingencies and threats.“³⁹⁰ Obama betonte weiters, dass das US-Verteidigungsbudget höher sein werde als am Ende der Amtszeit von Präsident George W. Bush und auf jeden Fall größer als die Verteidigungsbudgets der nächstfolgenden zehn Länder zusammen: „Make no mistake, we will have the capability to defeat more than one force at any time“, stellte der damalige US-Verteidigungsminister Leon Panetta klar.³⁹¹ Tatsächlich stieg der US-Anteil an den weltweiten Militärausgaben von 37 Prozent im Jahr 2000 auf 42 Prozent im Jahr

18.37 GMT, <http://www.guardian.co.uk/world/2012/jan/05/barack-obama-plans-leaner-military/print>, abgerufen am 22.02.2012.

³⁸⁷ Elisabeth Bumiller / Tom Shanker, Obama Puts His Stamp on Strategy for a leaner Military, New York Times, January 5, 2012, <http://www.nytimes.com/2012/01/06/us/obama-at-pentagon-to-outline-cuts-and-strategy>, abgerufen am 22.03.2012.

³⁸⁸ Ebenda.

³⁸⁹ Cindy Williams, Accepting Austerity. The Right Way to Cut Defense, in: Foreign Affairs, November / December 2013, S. 54-64, S. 58.

³⁹⁰ Ed Pilkington, Barack Obama sets out plans for leaner military in historic strategy shift. President says armed forces will move away from large-scale ground warfare and focus more on China in wake of budget cuts, The Guardian, Thursday 5 January 2012 18.37 GMT, <http://www.guardian.co.uk/world/2012/jan/05/barack-obama-plans-leaner-military/print>, abgerufen am 22.02.2012.

³⁹¹ Ebenda.

2009.³⁹² Ein modernes Militär zu schaffen, dass auf Schnelligkeit und Stealth-Fähigkeiten als auf überwiegende Bodentruppenfähigkeiten aufbaut wurde schon lange von Militärstrategen ersehnt. Donald Rumsfeld hatte diesbezüglich zu Beginn der Amtszeit von George W. Bush Schritte unternommen, jedoch wurden diese durch die 9/11-Attacken und die Folgereaktion der USA in Afghanistan und 2003 im Irak unterbrochen.³⁹³ In zehn Jahren sollte demnach die US Army von 570.000 Soldaten auf 490.000 Soldaten verkleinert werden, so Panetta.³⁹⁴ Armee und Marinekorps sollten um 10 bzw. 15 Prozent reduziert werden innerhalb von 10 Jahren. Die Gesamtstärke der Armee war 2012 565.000 Soldaten, jene der Marines 201.000 Soldaten, das hätte eine Kürzung um 76.000 und 114.000 Soldaten bedeutet.³⁹⁵ Zudem hätten die Bodentruppen in Europa um eine Kampfbrigade (3.000 bis 4.000 Soldaten) verringert werden sollen.³⁹⁶ Zwischen 2008 und 2015 wurden die Finanzmittel für die US-Landstreitkräfte um fast 17 Prozent gekürzt, dennoch: „The Army as a fighting force continues to be the greatest land force the world has ever seen.“³⁹⁷ Die Bereitschaft der Truppen bleibt die kampfbestimmende Priorität. Der Standard der US-Landstreitkräfte für die Bereitschaft liegt quer durch die Kampfbrigadenformationen zwischen 60 und 70 Prozent, im Oktober 2015 lagen die Bereitschaftsgrade bei 32 und 33 Prozent:

³⁹² Earl H. Fry, Lament for America. Decline of the Superpower. Plan for Renewal, University of Toronto Press 2010, Vorwort, S. VIII.

³⁹³ Ed Pilkington, Barack Obama sets out plans for leaner military in historic strategy shift. President says armed forces will move away from large-scale ground warfare and focus more on China in wake of budget cuts, The Guardian, Thursday 5 January 2012 18.37 GMT, <http://www.guardian.co.uk/world/2012/jan/05/barack-obama-plans-leaner-military/print>, abgerufen am 22.02.2012.

³⁹⁴ Elisabeth Bumiller / Tom Shanker, Obama Puts His Stamp on Strategy for a leaner Military, New York Times, January 5, 2012, <http://www.nytimes.com/2012/01/06/us/obama-at-pentagon-to-outline-cuts-and-strategy>, abgerufen am 22.03.2012.

³⁹⁵ David Alexander / Phil Stewart, New pentagon strategy stresses Asia, cyber, drones, Reuters, Jan. 5 2012, <http://www.reuters.com/assets/print?aid=USTRE8031Z020120105>, abgerufen am 22.03.2012.

³⁹⁶ Ebenda.

³⁹⁷ Michelle Tan, Interview, John McHugh, US Army Secretary, in: Defense News, 19.10.2015, S. 22.

„That means we are consuming readiness, we are sending troops forward to meet ongoing missions like Afghanistan. But also to meet new missions such as a return, in some dimension to Iraq, trying to reassure, particularly, Eastern European allies because of the aggressive nature of some of the recent actions of Russia, etc. We are consuming that readiness as quickly as we produce it, with no reserve, which leads me to say that next big unforeseen thing places us in a very dangerous position.“³⁹⁸

Die nationalen Interessen der USA bleiben gleich in einem „dynamischen Umfeld“ – der Wandel passiert unvorhersehbar und in unterschiedlichen Geschwindigkeiten.³⁹⁹ Es wurde bis zur Amtsübernahme durch US-Präsident Donald Trump eingespart: „We must put our fiscal house in order here at home and renew our long-term economic strength“, sagte US-Präsident Obama, der als erster US-Präsident diesen Strategiewechsel direkt aus dem Pentagon ankündigte, dies soll die Relevanz des Strategiewechsels betonen.⁴⁰⁰ Bis 2021 hätten demnach 487 Milliarden US-Dollar eingespart werden sollen – auf der Grundlage der Defense Strategic Guidance vom 5. Januar 2012.⁴⁰¹

Die lang andauernden Kriege gegen islamistische Terrororganisationen haben die USA davon abgelenkt, jene erforderliche Aufmerksamkeit auf den „Bogen, der sich vom westlichen Pazifik und Ostasien hin zur Region des Indischen Ozeans und Südasiens“ zu richten. Mit Sicherheit wird sich der Pentagon weiterhin auf die Asien-Pazifik-

³⁹⁸ Michelle Tan, Interview, John McHugh, US Army Secretary, in: Defense News, 19.10.2015, S. 22.

³⁹⁹ The Economist, America’s military strategy. Dealing with reality, Jan 5th 2012, 23:01 by M.J.S, <http://www.economist.com/blogs/democracyinamerica/2012/01/americas-military-strategy-dealing-with-reality>, abgerufen am 22.03.2012.

⁴⁰⁰ Ebenda; und. Ed Pilkington, Barack Obama sets out plans for leaner military in historic strategy shift. President says armed forces will move away from large-scale ground warfare and focus more on China in wake of budget cuts, The Guardian, Thursday 5 January 2012 18.37 GMT, <http://www.guardian.co.uk/world/2012/jan/05/barack-obama-plans-leaner-military/print>, abgerufen am 22.02.2012.

⁴⁰¹ Ed Pilkington, Barack Obama sets out plans for leaner military in historic strategy shift. President says armed forces will move away from large-scale ground warfare and focus more on China in wake of budget cuts, The Guardian, Thursday 5 January 2012 18.37 GMT, <http://www.guardian.co.uk/world/2012/jan/05/barack-obama-plans-leaner-military/print>, abgerufen am 22.02.2012.

Region konzentrieren („rebalance“).⁴⁰² Aufgrund der schnell wachsenden militärischen Fähigkeiten Chinas und im Besonderen dessen Investition in asymmetrische „anti-access/area denial“-Fähigkeiten, die wiederum zum Ziel haben, US-Schiffe und Flugzeuge verstärkt daran zu hindern, in die Nachbarschaft Chinas einzufahren/-fliegen, setzen die USA auf die Beibehaltung jener Fähigkeiten, um militärische Machtprojektion ausüben zu können.⁴⁰³ Gemäß diesem Dokument sind die Europäer als „Produzenten“ denn als „Konsumenten“ von Verteidigung zu sehen, aus US-Sicht bestand damals deshalb kein Grund, umfangreichere Streitkräfte in Europa zu stationieren.⁴⁰⁴ Weitere Kernpunkte der Strategie: Stabilität im Mittleren Osten in Hinblick auf die Ambitionen des „Arabischen Frühlings“ und die Eindämmung der Nuklearisierungspolitik von Iran und Nordkorea.⁴⁰⁵ Die Strategie äußert sich besorgt über neue Waffen, die von Iran und China entwickelt wurden und in der Lage wären, die Machtprojektion der US Navy und Air Force zu erschweren.⁴⁰⁶

Jedoch wäre eine derartige Strategie, wie es der damalige US-Verteidigungsminister Chuck Hagel ausdrückte, nicht unter den Budgetrichtlinien des Budget Control Act umsetzbar.⁴⁰⁷ Die US-Armee (Landstreitkräfte) und das Marine Corps planten bereits 2012/2013, die meisten ihrer Truppen, die sie für die Kriege in Afghanistan und Irak zusätzlich zur Verfügung stellten, zu verringern.⁴⁰⁸ Die US-Streitkräfte befanden sich bis Anfang 2017 in einer Periode der Austerität, nach Jahren der großen Budgetsteigerungen im Verteidigungsbereich wurden diese Finanzmittel erheblich verringert.⁴⁰⁹ US-Präsident Obama sagte im Januar 2012: „We can’t afford to repeat the mistakes that have been made in the past – after

⁴⁰² The Economist, America’s military strategy. Dealing with reality, Jan 5th 2012, 23:01 by M.J.S,<http://www.economist.com/blogs/democracyinamerica/2012/01/americas-military-strategy-dealing-with-reality>, abgerufen am 22.03.2012.

⁴⁰³ Ebenda.

⁴⁰⁴ Ebenda.

⁴⁰⁵ David Alexander / Phil Stewart, New pentagon strategy stresses Asia, cyber, drones, Reuters, Jan. 5 2012, <http://www.reuters.com/assets/print?aid=USTRE8031Z020120105>, abgerufen am 22.03.2012.

⁴⁰⁶ Ebenda.

⁴⁰⁷ Cindy Williams, Accepting Austerity. The Right Way to Cut Defense, in: Foreign Affairs, November / December 2013, S. 54-64, S. 58.

⁴⁰⁸ Ebenda.

⁴⁰⁹ Melvyn P. Leffler, Defense on a Diet. How Budget Crises Have Improved U.S. Strategy, in: Foreign Affairs, November / December 2013, S. 65-76, S. 65.

World War II, after Vietnam – when our military policy was ill prepared for the future. As Commander in chief, I will not let that happen again.”⁴¹⁰ Ähnlich äußerte sich der damalige US-Verteidigungsminister Leon Panetta im Kongress im Oktober 2011: „After every major conflict – World War I, World War II, Korea, Vietnam, the fall of the Soviet Union – what happened was that we ultimately hollowed out the force. Whatever we do in confronting the challenges we face now on the fiscal side, we must not make that mistake.”⁴¹¹

Melvyn P. Leffler schrieb diesbezüglich äußerst kritisch: „Too often, officials clung to prevailing strategic concepts without fully reassessing their utility, reappraising their costs and benefits, reexamining threats and opportunities, or rethinking goals and tactics.“⁴¹² Leffler weiter: „The country’s worst military problems of the post-World War II era – China’s intervention in the Korean War, the quagmire in Vietnam, the morass in Iraq – had nothing to do with tight budgets.”⁴¹³

Gleich nach der Defence Strategic Guidance aus 2012 hatte der damalige designierte neue Verteidigungsminister Chuck Hagel bei seiner Anhörung im Streitkräfteausschuss des Senats seine Pläne dargelegt, die von Budgetkürzungen und den fatalen Kriegen in Irak und Afghanistan geprägt waren.⁴¹⁴ Zudem meinte Hagel: „Ich bin voll und ganz dem Ziel des Präsidenten verpflichtet, den Iran an der Beschaffung einer Kernwaffe zu hindern.“ In diesem Zusammenhang werde Hagel „sicherstellen, dass unser Freund und Verbündeter Israel seine militärisch herausragende Stellung behält.“ Das schließe die US-Hilfe beim Betrieb des Raketenabwehrsystems „Iron Dome“ mit ein.⁴¹⁵ Im Senat betonte Hagel, dass der Kampf gegen Terrororganisationen „an Orten wie Jemen, Somalia und Nordafrika“ weitere Investitionen in „Sondereinsatzkräften und Aufklärungstechnologie“ erforderlich mache. In Afghanistan, so Hagel, sollten US-Truppen nach 2014 nur mehr zwei Dinge tun: Terroristen bekämpfen und afghanische Sicherheitskräfte ausbilden. Keine Rede also von der unter Obamas Vorgänger Bush populären Doktrin der „Counterinsurgency“

⁴¹⁰ Ebenda.

⁴¹¹ Ebenda.

⁴¹² Ebenda, S. 75.

⁴¹³ Ebenda, S. 75f.

⁴¹⁴ Oliver Grimm, Drohnen statt Panzer, Asien statt EU: Hagels Vision für Amerikas Militärmacht, in: Die Presse, 1.02.2013, S. 7.

⁴¹⁵ Ebenda.

(„Aufstandsbekämpfung“), die mit hohem Truppeneinsatz und ebenso hohen Verlusten verbunden war.⁴¹⁶ Im Klartext erklärte Hagel damit seine volle Unterstützung für den geheimen Drohnenkrieg Obamas mit gezielten Tötungen von Terroristen aus der Luft. Und noch eine sicherheitspolitische Entscheidung des Präsidenten unterstützt Hagel: die Verlegung von Streitkräften aus Europa in den Pazifik: „Die USA werden immer eine pazifische Macht sein. Darum müssen wir uns in den kommenden Jahren noch stärker in dieser Region engagieren.“, so Hagel im Senat.⁴¹⁷

Am 1. März 2013 hatte das US-Verteidigungsministerium „übernacht“ 37 Milliarden US-Dollar aufgrund der Sequestration verloren, dieser tiefe Einschnitt markierte die erste Welle einer Serie von geplanten Einschnitten „that will shrink future budgets across the federal government by about \$ 1 trillion over nine years.“⁴¹⁸ Diese Reduktionen gehen auf das Jahr 2011 (August) zurück, als ein „Superausschuss“, der durch den von US-Präsident Obama unterzeichneten Budget Control Act eingerichtet wurde, es nicht zustande brachte, ein Übereinkommen zum Schuldenabbau zu beschließen und somit automatische Budgetsenkungen einleitete.⁴¹⁹ Diese begannen am 1. März 2013. So hatten das Weiße Haus und das Verteidigungsministerium zwei Jahre Zeit, um eine Nationale Sicherheitsstrategie zu schaffen, die auf die neuen Budgetlimits zugeschnitten ist.⁴²⁰

Am 4. März 2014 veröffentlichte das US-Verteidigungsministerium die Quadrenial Defense Review (QDR), den strategischen Bericht, der die Ziele der Streitkräfte definiert. 2014 war bereits die fünfte Version seit 1997. Das QDR macht eine generelle Bewertung der internationalen Sicherheitslage und erläutert die grundlegende Ausrichtung der strategischen Transformation der Streitkräfte. Die QDR 2014 stand ganz im Zeichen, die Kampfbereitschaft und die Fähigkeiten der Streitkräfte zu verbessern – also nach dem Ende großangelegter „Krieg gegen den Terror“-Operationen, jedoch unter schmerzlichen Einsparungen bei den Streitkräften. Zudem befanden sich im Fiskaljahr 2015 140.000 Soldaten in

⁴¹⁶ Ebenda.

⁴¹⁷ Ebenda.

⁴¹⁸ Cindy Williams, *Accepting Austerity. The Right Way to Cut Defense*, in: *Foreign Affairs*, November / December 2013, S. 54-64, S. 54.

⁴¹⁹ Ebenda.

⁴²⁰ Ebenda.

150 Ländern im Einsatz.⁴²¹ Für 2014 erforderte der Budget Control Act (BCA) ein reduziertes Verteidigungsbudget, jedoch müssen nicht alle militärischen und sicherheitspolitischen Vorhaben auf gleiche Weise reduziert werden: „... it allows policymakers to choose what to cut. It does not demand that every defense account be cut by the same percentage through sequestration. Rather, it calls for sequestering only the part of the appropriated defense budget that exceeds the BCA’s cap.”⁴²² Zuvor, im Sommer 2013, gab das Pentagon schließlich seinen „Befund“ des Strategic Choices and Management Review (SCMR) bekannt mit der Ausrichtung auf ein kleineres Verteidigungsbudget. Zwischen 1998 und 2013 stiegen die militärischen Zahlungen um mehr als 60 Prozent, die Zahlungen an die fast 800.000 zivilen Mitarbeiter stiegen fast ebenso gleich an.⁴²³ Während der gleichen Zeitspanne verdoppelten sich die Kosten (darunter auch medizinische Kosten) im Bereich Gesundheitswesen für militärische Bedienstete und Pensionisten sowie ihrer Familien.⁴²⁴

Frank Kendall⁴²⁵ meinte damals: Hauptsorge besteht in der „erodierenden Überlegenheit“ der US-Militärtechnologie, im Speziellen in der Fähigkeit der US-Machtprojektion gegen einen „higher-end potential adversary.“⁴²⁶ Kendall betonte:

„Nevertheless, I feel strongly that at current budget levels, especially research and development spending levels, the trends are still running in the wrong direction. I cannot make the point strongly enough that this is a real and present problem, not just something we may have to worry about in the future.”⁴²⁷

Das „Gespenst der Sequestrierung“ ist nach wie vor vorhanden und betrifft auch das Budget für 2018, obwohl sich das Budget für 2016 und 2017 relativ stabilisiert hat, jedoch weiterhin ein Investitionsmanko existiert –

⁴²¹ Michelle Tan, Interview, John McHugh, US Army Secretary, in: Defense News, 19.10.2015, S. 22.

⁴²² Ebenda, S. 55.

⁴²³ Ebenda.

⁴²⁴ Ebenda.

⁴²⁵ Frank Kendall, US undersecretary of defense for acquisition, logistics and technology, ‘Specter of Sequestration ... Will Haunt Us’, in: Defense News, 14.12.2015, S. 22.

⁴²⁶ Ebenda.

⁴²⁷ Ebenda.

vor allem im Bereich Forschung und Entwicklung.⁴²⁸ Auch Deborah Lee James, Secretary of the US Air Force, warnte in diesem Zusammenhang, dass die USA so sehr wie nie zuvor auf Luft- und Satellitenfähigkeiten angewiesen sind: „Our airmen are truly amazing, but the US Air Force capability advantage is shrinking – fast.“⁴²⁹ James weiter: „America doesn’t want a fair fight with our adversaries. We must modernize, or our national security is at risk. There is no other option.“⁴³⁰

Am 18. September 2015 feierte die US-Luftwaffe ihr 68jähriges Bestehen, und derzeit „we stand as the smallest force since our inception.“⁴³¹ Die US-Luftwaffe hat viele Aufgaben zu bewältigen, neben ihren Kernaufgaben vor allem zwischen 2014 und 2017 auch die Eindämmung des „Islamischen Staates“ (IS), die Aufrechterhaltung der Kampfkraft gegen ein wieder erstarkendes Russland sowie die Wahrnehmung der Beobachtung eines aufstrebenden China.⁴³² Durchschnittlich waren die Flugzeuge der US-Luftwaffe 2015 über 27 Jahre alt.⁴³³ 25 Jahre ständige Kampfoperationen verbunden mit kürzlich eingeleiteten Budgetrestriktionen und instabilen Budgets haben „ihre Opfer gefordert“.⁴³⁴ Nach den Terrorattacken in Paris vom 13. November 2015 haben sich die amerikanischen Luftschläge gegen den IS intensiviert. Bis 31. Dezember 2015 betragen die Kosten für die Luftschläge gegen den IS laut Pentagon 11,4 Millionen US-Dollar pro Tag, oder insgesamt 5,8 Milliarden US-Dollar.⁴³⁵ Die Air Force benötigt dringend Upgrades für die F-15 und F-16. Die Ausbreitung des IS und die russische Aggressionspolitik in Osteuropa hat die Air Force in die Lage versetzt, jene Pläne über die geplante Außerdienststellung der fast vierzigjährigen A-10 Warthog zu überdenken (283 befanden sich im Frühjahr 2016 noch in der Flotte), so der stellvertretende Generalstabschef (Vice Chief of Staff), General David

⁴²⁸ Ebenda.

⁴²⁹ Deborah Lee James, Increase USAF Budget or face Consequences. Growing Threats Boost Operational Needs, in: Defense News, 5.10.2015, S. 21.

⁴³⁰ Ebenda.

⁴³¹ Ebenda

⁴³² Ebenda.

⁴³³ Ebenda.

⁴³⁴ Ebenda.

⁴³⁵ Lara Seligman, What to Expect in US Air Force’s Budget Request, in: Defense News, 1.02.2016, S. 6 und 7, hier S. 6.

Goldfein.⁴³⁶ Zudem wird das U-2-Spionageflugzeug weiterhin seinen Dienst versehen, parallel dazu wird jedoch die Anzahl der ferngelenkten RQ-4-Langstreckenüberwachungsflugzeuge erhöht und modernisiert, die zu späterer Zeit die U-2 ersetzen sollen.⁴³⁷ Es steht bei der Air Force eine gewaltige Modernisierung ins Haus, zudem sollen neue Kampf-, Bomber-, Tanker-, Trainer-, Bodenüberwachungs und Elektronikangriffsflugzeuge beschafft werden. Die Top-5-Prioritäten der Air Force sind der Long Range Strike Bomber (LRS-B) bzw. der B-21 Raider (Preis pro Stück: 550 Millionen US-Dollar; Indienststellung: Mitte der 2020er Jahre), der KC-46-Tanker, der F-35 Joint Strike Fighter der fünften Generation, das C-130 Cargoflugzeug und Drohnen (RPAs – remotely piloted aircraft).⁴³⁸ Von der F-35A sollen laut Planungen der Air Force 48 im Finanzjahr 2017 beschafft werden, ab dem Fiskaljahr 2018 sollen jährlich 60 dieser F-35 angeschafft werden.⁴³⁹

Jerry Hendrix, Direktor des Defense Strategies and Assessments Program am Center for a New American Security, betonte in diesem Kontext, dass seit 1995 auch bei der US Navy enorme Herausforderungen in Hinblick auf die Beschaffung von neuen Fähigkeiten bevorstehen:

„Over the past 20 years, US naval aviation has undergone a dramatic change in focus and capabilities, and not for the better. Its historical and traditional focus on long-range capabilities and the deep-strike mission has been overtaken by a concentration on lower maintenance costs and higher aircraft sortie-generation rates.“⁴⁴⁰

Chinas Ambitionen und Förderung der A2/AD-Strategien, zu der auch die Dong Feng-21-Antischiffsrakete gehört (Reichweite: 1.000 nautische Meilen), stellen für die US Navy eine große Herausforderung dar.⁴⁴¹ Die US Navy kündigte Anfang 2013 an, ihre gesamte Flotte von 313 (dieses Limit wurde 2005 festgelegt) auf 308 zu verringern – eine moderate Verringe-

⁴³⁶ Ebenda, S. 7.

⁴³⁷ Valerie Insinna, Stayin' alive: No retirement in sight for A-10, U-2, in: Defense News, May 29, 2017, S. 8.

⁴³⁸ Ebenda.

⁴³⁹ Ebenda.

⁴⁴⁰ Jerry Hendrix, Rebuild Range or Face Irrelevance. Enemy Tech Pushing US Carriers Out of Fight, in: Defense News, 19.10.2015, S. 21.

⁴⁴¹ Ebenda.

rung, die die „modifizierten operationellen Erfordernisse“ widerspiegelt und nicht als Auswirkung der Budgetkrise zu verstehen ist.⁴⁴² Eine der relevanten Änderungen ist die Verringerung im Bereich Küstenkampfschiffe⁴⁴³ von 55 auf 52.⁴⁴⁴ Die Präsenzerfordernisse in Hinblick auf die Unterstützung des am 1. Oktober 2007 aktivierten U.S. Africa Command werden somit verringert.⁴⁴⁵ Vorhaben sind die Produktion der Columbia-Klasse Raketen-U-Boote ab Anfang der 2020er Jahre, die Anzahl der Arleigh Burke-Klasse-Zerstörer wird erhöht (2017: auf 63).⁴⁴⁶ Bis in 30 Jahren soll die US-Marineflotte von derzeit 272 auf 350 Schiffe aufgestockt werden. Das neueste Schiff wurde am 22. Juli 2017 in Dienst gestellt – die USS *Gerald R. Ford*, ein Flugzeugträger im Wert von 13 Milliarden US-Dollar.⁴⁴⁷ Seit der Inaktivierung der „Enterprise“ im Dezember 2012 beträgt die Flottenstärke der Flugzeugträger zehn Schiffe. 2016 wird der Träger „Gerald Ford“ ausgeliefert.⁴⁴⁸ Die US-Navy testet derzeit ihren neuen Flugzeugträger: 13 Milliarden Dollar kostete die *Gerald R. Ford*. Mit 333 Metern Länge, einer Verdrängung von 90.000 Tonnen, Platz für 4500 Menschen sowie mehr als 75 Flugzeugen ist das Schiff ein Gigant unter

⁴⁴² Christopher P. Cavas, U.S. Navy Cuts Fleet Goal to 306 Ships, in: Defense News, 11.02.2013, S. 23.

⁴⁴³ Littoral combat ships (LCS).

⁴⁴⁴ Christopher P. Cavas, U.S. Navy Cuts Fleet Goal to 306 Ships, in: Defense News, 11.02.2013, S. 23.

⁴⁴⁵ Ebenda.

⁴⁴⁶ Christopher P. Cavas, Unchartered waters, in: Defense News, April 3, 2017, S. 1, 40 und 41.

⁴⁴⁷ Die „Gerald R. Ford“ ist 337 Meter lang, 78 Meter breit und 76 Meter hoch sowie hat an die 100.000 Tonnen Verdrängung. Bis 2025 ist der Bau von insgesamt 3 Stück der „Ford“-Klasse geplant. Später könnten es 10 werden, die alle 10 nuklearen „Supercarrier“ der ab 1975 eingeführten Nimitz-Klasse ablösen. Die letzte der Nimitz-Klasse, die George H.W. Bush, fährt seit 2009 und noch bis zum Jahr 2058. Der erste Nuklearträger der USA und der Welt war die „Enterprise“ (1961-2012) und kostete nach heutigem Wert 3,4 Milliarden US-Dollar. Man beließ es bei 1 statt 6 Trägern dieser Klasse und setzte bis zur Nimitz-Klasse wieder auf billigere Ölantriebe. Die Nimitz-Träger kosteten (ohne Betriebskosten) je 4,5 bis 6 Milliarden US-Dollar. Der neue Atomantreiber der „Ford“ besitzt mit 600 Megawatt Leistung das Dreifache der Nimitz-Klasse, er verleiht pro Reaktorfüllung eine unbegrenzte Laufstrecke von 20 bis 25 Jahren. 90 bis 100 Luftfahrzeuge werden an Bord sein, 220 bis 270 Strats pro Tag könnten durchgeführt werden. Aus: Wolfgang Greber, Der neue Meister des Meeres, in: Die Presse, 21.07.2017, S. 8.

⁴⁴⁸ Ebenda.

den Flugzeugträgern. Der Auftrag für den Bau wurde bereits 2008 vergeben. Die Kiellegung des Trägers fand im November 2009 statt.⁴⁴⁹

Der neue Zerstörer USS *Zumwalt* wird in den Bath Iron Works gebaut, ist fast 200 Meter lang und verdrängt 15.000 Tonnen Meerwasser. Damit ist die *Zumwalt* der größte Zerstörer aller Zeiten. Im Dezember 2015 stach das Schiff, das mit modernster Stealth-Technik für Radars quasi unsichtbar sein soll, zur Jungfernfahrt in See. Die USS *Zumwalt* verfügt über 80 Abschussrampen und Platz für vier Helikopter. Aufgrund der hohen Kosten (insgesamt bis zu 22 Milliarden US-Dollar) werden nur drei dieser Schiffe gebaut.⁴⁵⁰ Im Oktober 2016 wurde der Zerstörer USS *Zumwalt* (140 Insassen) vor Baltimore (Maryland) in den Dienst gestellt.⁴⁵¹

Die Maritime Strategie der USA aus 2015 legt fest, die jene aus 2007 ersetzte, fest, die „forward presence“ der US Navy auf 120 Schiffe bis 2020 (statt 97 im Jahr 2015) auszubauen, so vor allem auf Guam, in Japan und in Spanien: „The new strategy emphasizes operating forward and engaging partners across the globe, especially in the Indo-Pacific region.“⁴⁵²

Die US Air Force konnte eine Bewilligung der Budgeterhöhung erreichen, von 171 Milliarden US-Dollar auf 183 Milliarden US-Dollar. Im Zentrum bestehen Beschaffungsvorgänge rund um die F-35.⁴⁵³ Auf Kosten des US-Außenministeriums werden nun die Wehrbeiträge erhöht. Bis zu einer Milliarde US-Dollar könnten allein beim Foreign Military Financing Programme eingespart werden, einem Programm, das den US-Verbündeten ermöglicht, Verteidigungsausrüstung zu beschaffen. 2018 werden Israel aus diesem Fonds 3,1 Milliarden US-Dollar erhalten, Ägypten ähnlich wie

⁴⁴⁹ Salzburger Nachrichten, Das teuerste Kriegsschiff der Welt, in: Salzburger Nachrichten, 12.04.2017, S. 1.

⁴⁵⁰ Kurier, Der größte Zerstörer aller Zeiten stach in See, in: Kurier, 10.12.2015, S. 7.

⁴⁵¹ Wolfgang Greber, „Superzerstörer“ wurde abgeschleppt, in: Die Presse, 24.11.2016, S. 8.

⁴⁵² Navy Chief of Information Office, Navy Releases Revised Maritime Strategy, Sory Number: NNS150313-14; Release Date: 3/13/2015 12:05:00 PM, <http://www.navy.mil/submmmit/display.asp?storyid=86029>, abgerufen am 15.02.2016. Und auch die Strategie selbst: Forward Engaged Ready: A Cooperative Strategy for the 21st Century Seapower, March 2015, S. 9f.

⁴⁵³ Valerie Insinna, Air Force budget steady, ups R&D, in: Defense News, May 29, 2017, S. 18.

2017 an die 1,3 Milliarden US-Dollar.⁴⁵⁴ Für das Fiskaljahr 2017 beträgt der Verteidigungsetat der USA 578 Milliarden US-Dollar: 516,1 Milliarden US-Dollar gelten als Basisbudget, 61,8 Milliarden US-Dollar für Überseeoperationen.⁴⁵⁵

Weltweit befanden sich 2016 permanent im Einsatz 9.800 Marineinfanteristen. In ihre Zuständigkeit fallen auch die Bewachung der US-Botschaften und auch der Betrieb der Helikopter-Flotte des US-Präsidenten. Laut Auftrag der US-Regierung müssen die Marines zeitgleich in zwei unterschiedlichen Regionen der Welt kampfstark werden. Trump will die US-Interessen auf der Welt noch energischer durchsetzen, jedoch Militärinterventionen vermeiden. Sein Konzept: Abschreckung der Gegner durch militärische Stärke. Corps-Kommandant General Joseph Dunford fordert seit längerem eine Erhöhung der Einsatzbereitschaft und mehr Truppe. Der Bedarf bei zwei simultan stattfindenden Kriegsschauplätzen liegt laut Dunford bei 36 Bataillonen, 2015 waren nur 23 Bataillone verfügbar und 2017 sollten es trotz einer Truppenstärke von 184.000 Soldaten gar nur mehr 21 mit je 900 Marineinfanteristen sein.⁴⁵⁶ Allein bei der Operation „Iraqi Freedom“ waren 66.000 Marines eingesetzt, in Vietnam waren es 44.000. Parallel zu mehr Kampftruppen fordert Dunford auch einen zügigeren Zulauf von neuen Beschaffungen. Das aktuelle Material schlage bereits negativ auf die Kampfkraft durch. 2016 würden 19 Prozent der fliegenden Flotte des Corps wegen Wartungen für längere Zeit ausfallen. Ganz oben auf der Prioritätenliste steht das Amphibious Combat Vehicle (ACV), mit dem das in die Jahre gekommene Assault Amphibious Vehicle (AAV-7A1) ersetzt werden soll. Die aktuell 264 F/A-18-A-D Hornets sollen durch 420 Joint Strike Fighter (JSF) F-35 ersetzt werden, die ersten sind bereits seit 2015 einsatzbereit. Die letzten der insgesamt bestellten 460 MV-22 Osprey wurden 2016 geliefert. Die alten CH-53H Transporthelikopter sollen ab 2019 durch 200 Stück der Version K abgelöst werden.⁴⁵⁷ Des Weiteren sollen 5500 Stück des Joint Light Tactical Vehicle (JLTV, Oshkosh) beschafft werden und schon 2018 ein Bataillon

⁴⁵⁴ Aaron Mehta, \$ 1 billion cut from State's Foreign Military Financing, in: Defense News, May 29, 2017, S. 15.

⁴⁵⁵ Joe Gould, U.S. House passes 2017 defense appropriations, in: Defense News, march 20, 2017, S. 14.

⁴⁵⁶ Dieter Muhr, Zurück zu alter Stärke, in: Militär Aktuell 4/2016, S. 20-21, hier S. 20.

⁴⁵⁷ Ebenda.

samt Trainingselement damit ausgerüstet sein. Das US Marine Corps ist mit seinen Bodenkampftruppen in vier Divisionen gegliedert:

- Daraus lassen sich Marine Air Ground Task Forces (MAGTF) bilden und als größter Verband eine Marine Expeditionary Force (MEF) organisieren.
- Eine solche MEF besteht aus einem Headquarter, einer Division als Kampfelement, einem Geschwader Fliegerkräfte und Logistiktruppen.
- Für die Luftunterstützung verfügt das Corps über 55 Staffeln Hubschrauber und Flächenflugzeuge.
- Den Schiffstransport für Marines stellt die US Navy zur Verfügung. Sie besitzt dazu u.a. acht amphibische Angriffsschiffe der Wasp-Klasse. Jedes von ihnen kann bis zu 2.000 Marineinfanteristen sowie Helikopter, senkrechtstartende Flugzeuge und Landungsschiffe oder Luftkissenfahrzeuge für Anlandungen aufnehmen. Auch US-Flugzeugträger führen 500 bis 12.000 Marineinfanteristen mit sich.⁴⁵⁸

Im Hinblick auf die geforderte Beschleunigung von Operationen gegen den „Islamischen Staat“ begrüßte der Oberbefehlshaber von CENTCOM, General Joseph Votel, die Verlagerung der „Zuständigkeiten auf die richtige Ebene“. Das bedeutet seither erhöhte Machtbefugnisse für Kommandanten vor Ort. So konnte Votel im März 2017 weitere 400 Soldaten nach Syrien verlegen, ohne zuvor die Genehmigung des Präsidenten einzuholen.⁴⁵⁹

Insgesamt entwickeln sich die militärischen Fähigkeiten der USA laut einem Bericht der Heritage Foundation vom 5. Oktober 2017 jedoch nicht weiter (2018 Index of U.S. Military Strength). Dieser Think Tank steht der US-Administration Trump von allen Think Tanks am nächsten.⁴⁶⁰ Die Heritage Foundation betonte, dass seit „Dekaden“ die Wahrnehmung der „amerikanische Stärke und Entschlossenheit“ gegenüber „schlechten abenteuerlichen Akteuren und tyrannischen Diktatoren“ abschreckend

⁴⁵⁸ Dieter Muhr, Zurück zu alter Stärke, in: Militär Aktuell 4/2016, S. 20-21, hier S. 21.

⁴⁵⁹ Michael T. Klare, Trump und der Reiz der Waffen, in: Le Monde diplomatique, Deutsche Ausgabe, Mai 2017, S. 1 und 10, hier S. 10.

⁴⁶⁰ Aaron Mehta, Study of US military warns of ‚significantly weaker America‘, in: Defense News, 9.10.2017, S. 38 und 39, hier S. 38.

gewirkt habe, „bedauerlicherweise“ erodieren jedoch diese Wahrnehmung und die damit verbundene Abschreckung: Die Folge ist eine zunehmend gefährlichere Welt, die eine beachtlich schwächere USA bedroht.⁴⁶¹ Die Heritage Foundation drängt deshalb auf eine umfassende Aufrüstung der US-Streitkräfte: die US Army sollte künftig aus 50 Brigaden, die US Navy aus 346 Schiffen und 624 Kampfflugzeugen („strike aircraft“), die US Air Force aus 1.200 Kampfflugzeugen („fighter/attack aircraft“) und das US Marine Corps aus 36 Batallionen bestehen.⁴⁶² Die Anzahl der Amphibienboote und Flugzeuge beim Marine Corps wird weiterhin verringert. Die Bereitschaftsgrade von US Marine Corps und US Army werden seitens der Heritage Foundation als „schwach“ eingestuft. Insgesamt wurden zwischen 2020 und 2016 die Verteidigungsausgaben um 14 Prozent gekürzt („in real terms“, auf BIP-Ebene betrachtet sogar um etwa 30 Prozent).⁴⁶³

Aus dem Defense Policy Bill (2017) – also dem von beiden Häusern des Kongresses genehmigten Gesetzesakt für die Verteidigungsausgaben – zeichnet sich ein Umkehrtrend von den massiven Einsparungsvorhaben der Obama-Administration ab. Die Stärke der US Army wird nun auf 476.000 Soldatinnen und Soldaten, jene der Reserve auf 199.000 und der Nationalgarde auf 343.000 festgesetzt. Die US Army wurde auf 31 Brigaden reduziert, zehn davon wären laut Heritage einsatzfähig.⁴⁶⁴ Die Schiffskapazitäten der US Navy (derzeit 276 Schiffe) werden von Heritage ebenso als „marginal“ bezeichnet, Heritage plädiert für die Erhöhung der Anzahl der Flugzeugträger von 11 auf 12, jener der großen Kampfschiffe von 88 auf 104, der Kampf-U-Boote von 48 auf 66 und der Amphibien-schiffe von 34 auf 38.⁴⁶⁵

Nach dem Schiffbauplan für die nächsten 30 Jahre soll die US Navy über 98 bis 100 große Kampfschiffe verfügen, derzeit verfügt sie auch über 34 Schiffe, die in der Lage wären, im Bereich Raketenabwehr eingesetzt zu

⁴⁶¹ Ebenda.

⁴⁶² Ebenda, hier S. 38f.

⁴⁶³ Mac Thornberry und Andrew F. Krepinevich Jr., Preserving Primacy. A Defense Strategy for the New Administration, in: Foreign Affairs, September/October 2016, S. 26-35, hier S. 28.

⁴⁶⁴ Aaron Mehta, Study of US military warns of ‚significantly weaker America‘, in: Defense News, 9.10.2017, S. 38 und 39, hier S. 39.

⁴⁶⁵ Ebenda.

werden.⁴⁶⁶ Das US-Verteidigungsbudget für 2017 betrug 618,7 US-Dollar auf der Grundlage des National Defense Authorization Act, der am 29. November 2016 finalisiert wurde.⁴⁶⁷ Im Fiskaljahr 2017 wurde wieder mehr in die Ausrüstung und Fähigkeiten der US-Streitkräfte investiert, zu den Gewinnern gehören die Bereiche „Ship systems“ und „Weapons and munitions“, die leichte Zuwächse erfuhren. In die Fähigkeiten und Ausrüstungen wurden seitens des Pentagon im Fiskaljahr 2016 189,25 Milliarden US-Dollar investiert, ein Jahr später bereits 196,57 Milliarden US-Dollar. 2018 soll sich die Investitionssumme auf 216,68 Milliarden US-Dollar belaufen, von dem auf den Bereich „Aviation“ 24,39 Prozent, der Bereich „Classified“ 21,12 Prozent, der Bereich „Ship systems“ 14,5 Prozent, der Bereich „Weapons & Munitions“ 12,9 Prozent sowie der Bereich C4ISR (Führungssysteme, nachrichtendienstliche und Überwachungssysteme) 11,2 Prozent entfallen sollen.⁴⁶⁸ Hauptinvestitionsbereiche bilden im Bereich Luftfahrt die Systeme B-21 Raider, CH-53K, MQ-4 Triton, F-22 und UH-60 Black Hawk sowie im Bereich US Navy die U-Boote der Virginia-Klasse, die Ford-Klasse-Flugzeugträger, die Columbia-Klasse SSBN sowie die Aegis-Systeme und im Bereich Landstreitkräfte die Systeme JLTV, M109 Paladin, M1 Abrams, M2/M3 Bradley und AMPV.⁴⁶⁹

Die US-Streitkräfte sollen demnach die am besten ausgebildete, ausgestattete und geführte Streitkraft der Welt bleiben, zudem sollen gemeinsam mit dem US-Kongress die „drakonischen Einschnitte“, die durch die Sequestration verursacht wurden, beendet werden – diese bedrohen die „Effektivität unseres Militärs“ und „anderer Machtinstrumente“. Denn aufgrund der derzeitigen Sicherheitslage ist abzuleiten, dass

„some of our comparative military advantage has begun to erode. We now face multiple, simultaneous security challenges from traditional state actors and transregional networks of sub-state groups – all taking advantage of rapid technological change. Future conflicts will come more rapidly, last longer, and take place on a much more

⁴⁶⁶ David Larter, US Navy's biggest cruisers to start retiring in 2020, in: Defense News, 9.10.2017, S. 6.

⁴⁶⁷ Thomas A. Kennedy, Third Offset: Still for Critical to national Security, in: Defense News, December 5, 2016, S. 23.

⁴⁶⁸ Last Word: Trump's budget plus ups, in: Defense News, 23.05.2017, S. 30.

⁴⁶⁹ Ebenda

technically challenging battlefield. They will have increasing implications to the U.S. homeland.⁴⁷⁰

⁴⁷⁰ Joint Chiefs of Staff, *The National Military Strategy of the United States of America 2015. The United States Military's Contribution to National Security*, June 2015, Chairman's Foreword, S. i.

Irak und Syrien

Der politisch stark angeschlagene irakische Präsident Nuri al-Maliki hatte 2014 auf amerikanische Rücktrittsforderungen „mit blumigen Reform- und Versöhnungsversprechen reagiert.“⁴⁷¹ Freiwillig aus dem Amt möchte Maliki nicht ausscheiden, obwohl der schiitische Regierungschef durch die politische Ausgrenzung der sunnitischen Minderheit die schwere Krise im Irak verursacht hat. Maliki meinte dennoch: „Wir müssen Iraks Teilung verhindern.“⁴⁷² Der Krieg im Irak meldete sich im Juni 2014 zurück. Die Rasanzen des Aufstandes hatte die US-Regierung überrumpelt. Als Sofortmaßnahme hatte noch US-Präsident Obama den Flugzeugträger USS *George H.W. Bush* in den Persischen Golf in Marsch gesetzt, und zum Schutz der US-Botschaft in Bagdad – als bestgesicherdste der Welt – ordnete er eine Verstärkung um 275 Mann an. Zudem entsendete die USA bis zu 300 Militärberater, die der bedrängten irakischen Streitmacht beistehen soll, auch wurde die Präsenz der US-Nachrichtendienste in Irak erhöht.⁴⁷³ „Amerikanische Truppen werden nicht zum Kampf in den Irak zurückkehren“, verdeutlichte Obama. Von einem übereilten Militärschlag riet Generalstabschef Martin Dempsey aufgrund der Mobilität der Islamisten in ihren Geländewagen vorerst ab. Sie würden nur punktuell ein Ziel bieten, hieß es im Pentagon.⁴⁷⁴ Washington favorisiert eine Regierung der nationalen Einheit in Bagdad, unter Einschluss der Sunniten und Kurden: „Am Ende müssen die Iraker das lösen“, lautete Obamas Botschaft. Die Gefahr durch den IS schätzt die US-Regierung höher ein als jene durch die Al Qaida.⁴⁷⁵

Was den Kampf gegen den „Islamischen Staat“ betrifft, ordnete Obama am 8. August 2014 Luftschläge gegen IS-Stellungen im Irak an. Auch in Syrien, in Kobani, wurden umfassende US-Luftschläge gegen den IS durchgeführt, 2.000-3.000 IS-Kämpfer wurden dabei getötet.⁴⁷⁶ Grund

⁴⁷¹ Michael Wrase, USA rücken von Premier Maliki ab, in: Salzburger Nachrichten, 20.06.2014, S. 5.

⁴⁷² Ebenda.

⁴⁷³ Thomas Vieregge, Die Wiederkehr des Irak-Kriegs, in: Die Presse, 21.06.2014, S. 6.

⁴⁷⁴ Ebenda.

⁴⁷⁵ Ebenda.

⁴⁷⁶ Fred Kaplan, Obama's Way. The President in Practice, in: Foreign Affairs, January/February 2016, S. 46-63, hier S. 55.

für die Luftschläge gegen den IS im Irak⁴⁷⁷ war „die akute Lebensgefahr von rund 10.000 Angehörigen der yezidischen Glaubensgemeinschaft, die vor IS auf den Berg Sinjar im Nordirak geflüchtet sind“: „Wir können vorsichtig und verantwortlich handeln, um einen möglichen Völkermord zu verhindern“, sagte Obama.⁴⁷⁸

Von Mitte 2014 bis Ende 2017 dauerte der Krieg zwischen dem „Islamischen Staat“ (IS) und einer bzw. mehreren internationalen Koalitionen an, dieser war jedoch durch Luftangriffe allein nicht zu gewinnen. Der IS hatte den Luftstreitkräften etwa der US-geführten internationalen Koalition, die die USA zusammen mit mehr als 60 Ländern leiteten, zunächst bemerkenswert getrotzt.⁴⁷⁹

Die kurdischen Verteidiger der umkämpften syrischen Stadt Kobane erhielten am 20. Oktober 2015 erstmals direkte Waffenlieferungen der USA und Hilfe der Türkei. US-Flugzeuge warfen 27 Pakete mit leichten Schusswaffen, Munition – vorwiegend aus Beständen der nordirakischen Kurden (diese sind mit den USA und der Türkei verbündet) – und medizinische Hilfsgüter über der belagerten Stadt an der Grenze zur Türkei ab. Offenbar unter dem Druck ihrer westlichen Verbündeten gab die türkische Regierung unterdessen ihren Widerstand gegen militärische Hilfsmaßnahmen für Kobane auf und erlaubte erstmals den Transfer kurdischer Peshmerga-Kämpfer aus dem Nordirak über türkisches Staatsgebiet nach Kobane.⁴⁸⁰ Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Türkei diese von den Kurden geforderte „Korridorlösung“ für den Transport von Verstärkungen für Kobane über türkisches Territorium abgelehnt.⁴⁸¹ Aus Sicht des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan kämpfte in Kobane eine Terrororganisation gegen eine andere: der IS gegen die syrische Kurdenpartei PYD, einen Ableger der türkisch-kurdischen PKK. Hilfe für die Kurden in Kobane war nach diesem Verständnis also Hilfe für

⁴⁷⁷ Zwei F/A-18-Kampfflugzeuge der US Navy hatten gegen 12.45 Uhr mehrere lasergesteuerte Bomben auf ein Artilleriegeschütz des IS abgeworfen. Das waren die ersten militärischen Angriffe auf irakischem Boden nach zweieinhalb Jahren. Aus: Oliver Grimm, Obamas Rückkehr in den Irak-Krieg, in: Die Presse, 9.08.2014, S. 1.

⁴⁷⁸ Oliver Grimm, Obamas Rückkehr in den Irak-Krieg, in: Die Presse, 9.08.2014, S. 1.

⁴⁷⁹ The White House, National Security Strategy, February 2015, S. I (Vorwort des Präsidenten).

⁴⁸⁰ Susanne Güsten, USA werfen Waffen für Kurden ab, in: Die Presse, 21.10.2015, S. 2 und 3, hier S. 2.

⁴⁸¹ Ebenda.

die PKK. Noch kurz vor der US-Waffenlieferung in Kobane hatte Erdoğan eine solche Unterstützung für die Kurden durch die USA als „sehr, sehr falsch“ bezeichnet. Der damalige US-Außenminister Kerry sagte, es wäre verantwortungslos und „moralisch schwierig“, den Kurden in Kobane US-Hilfe zu verweigern.⁴⁸² Ziel Washingtons sei die Vernichtung des IS. Obama hatte Erdoğan in einem Telefonat informiert, dass er sich mit dem Abwurf der Waffen über die türkischen Bedenken hinwegsetzen würde.⁴⁸³ Die Türkei hatte sich bisher aus der aktiven Bekämpfung des IS herausgehalten. Als Gegenleistung für eine aktive Teilnahme seines Landes forderte Erdoğan, dass die Alliierten auch gegen die Armee des syrischen Präsidenten, Bashar al-Assad, vorgehen. Das lehnten die USA ab.⁴⁸⁴ Unstimmigkeiten zwischen der Türkei und den USA existieren genug: Erdoğan wirft den USA vor, in Syrien „kurdische Terristen“ unterstützt zu haben, wie die Kurdenmiliz YPG im Kampf gegen den „Islamischen Staat“. Ankara sieht in der YPG die Vertreter der PKK. Erdoğan, so klagte er, habe die USA nicht von der Kooperation mit der YPG abbringen können, und warnte die USA: notfalls „werden wir das Nötige tun, und zwar, ohne uns vorher mit irgendjemandem abzusprechen.“⁴⁸⁵ Türkische Luftangriffe im Nordosten Syriens waren US-Truppen im Mai und Juni 2017 gefährlich nahegekommen. Die Türkei unterstützt offen die Moslembrüder in Syrien, der ägyptische Staatschef Abdel Fatah al-Sisi, ein enger Partner der Saudis, forderte, die Boykottmaßnahmen der Golf-Araber gegen Katar auf die Türkei auszuweiten.⁴⁸⁶ Die Beziehungen zwischen der Türkei und den USA bleiben „schwer angeschlagen“: Seit Oktober 2017 schwelt eine Visumkrise, beide Länder haben die Ausstellung der Reise und Aufenthaltsbewilligungen eingefroren. Zuvor ließ Ankara zwei Türken verhaften, die im Dienst der US-Mission standen.⁴⁸⁷ Laut Ankara soll einer von ihnen Verbindungen zum Kleriker Fethullah Gülen pflegen, der für den blutigen Putschversuch Mitte Juli 2016 verantwortlich sein soll. Zudem sitzt mit Andrew Brunson – ein evangelischer Missionar – ein amerikanischer Staatsbürger in türkischer Haft, er wird verdächtigt, der Gülen-

⁴⁸² Ebenda.

⁴⁸³ Ebenda.

⁴⁸⁴ Ebenda.

⁴⁸⁵ Susanne Güsten, Erdoğan geht mit USA auf Konfrontationskurs, in: Die Presse, 17.06.2017, S. 7.

⁴⁸⁶ Ebenda.

⁴⁸⁷ Duygu Özkan, Die Methode Erdoğan, in: Die Presse, 13.10.2017, S. 8.

Bewegung anzugehören.⁴⁸⁸ Der damalige US-Verteidigungsminister Ash Carter hob die Bedeutung hervor, dass sich unter US-Führung fast 40 Verbündete und Partner weltweit im Kampf gegen den IS befanden.⁴⁸⁹

Anfang August 2017 gab US-Präsident Donald Trump bekannt, dass die CIA syrische Rebellenverbände, die gegen Präsident Bashar al-Assad kämpfen, weder ausbilden noch ausrüsten werde: „Dies war eine sehr harte Entscheidung“, betonte US-General Tony Thomas, der die Einsätze auf syrischem Boden leitete.⁴⁹⁰ Der Rückzug der USA aus dem militärischen Kampf gegen Assad ist ein massiver Einschnitt, der sich aus drei Motiven speist:

- Die massive russische und iranische Militärpräsenz garantiert das Überleben der Regierung Assad und macht somit jede militärische Konfrontation durch die verbliebenen Rebellen aussichtslos.
- Die Existenz eines syrischen Rumpfstaates ist auch im Sinne der USA, da sonst die Warlords unterschiedlicher Jihdistengruppen das Land unter sich aufteilen könnten.⁴⁹¹

Unter Trump bilden sich die ersten Konturen einer neuen amerikanischen Syrien-Strategie: die USA finden sich mit Assad ab und beugen sich in der Folge weitgehend russischen Vorstellungen für ein Nachkriegs-Syrien. Anfang August 2017 ließ Wladimir Putin sich die russische Luftwaffenbasis Hmeimim in Syrien für die nächsten 50 Jahre überschreiben. Im gegensatz koordinieren sich Russland und die USA enger im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ als zuvor.⁴⁹² US-Verteidigungsminister James Mattis: „Wir wollen auf keinen Fall tiefer in den sogenannten Bürgerkrieg hineingezogen werden. Wir wollen versuchen, ihn mit diplomatischen Mitteln zu beenden.“⁴⁹³

⁴⁸⁸ Ebenda.

⁴⁸⁹ Ash Carter, US, Allies Will Deliver ‚A Lasting Defeat‘ to ISIL, in: Defense News, 14.12.2015, S. 12.

⁴⁹⁰ Martin Gehlen, Wie Trump seine Politik in Syrien modifiziert, in: Die Presse, 3.08.2017, S. 6.

⁴⁹¹ Ebenda.

⁴⁹² Ebenda.

⁴⁹³ Ebenda

Iran

Mohammed Javad Zarif, Irans damaliger Außenminister, meinte, der Iran habe kein Interesse, Nuklearwaffen zu besitzen, nukleare Abschreckung zu betreiben und ist überzeugt, dass derartige Waffen seine Sicherheit nicht erhöhen.⁴⁹⁴ Warum der Iran dann Uran in großem Maßstab auf einen Uran-235-Isotopengehalt von 20 Prozent angereichert hat, obwohl für Atomkraftwerke 3,5 Prozent reichen, wurde von iranischer Seite damals nicht weiter ausgeführt.⁴⁹⁵ Das Atomabkommen mit dem Iran kam schließlich nach langen und zähen Verhandlungen unter der Präsidentschaft von Barack Obama im Jahr 2015 zustande

Am 11. September 2015 verhinderte die qualifizierte Sperrminderheit von 42 Demokraten gegen alle 54 Republikaner sowie vier Demokraten, dass der US-Kongress das Wiener Abkommen über die Eindämmung des iranischen Nuklearprogramms aufhält. Somit hatten die Demokraten ihren Präsidenten vor der unangenehmen Lage bewahrt, ein Gesetz, das die Teilnahme der USA an dem internationalen Atomabkommen verhindert hätte, per Federstrich abwehren zu müssen.⁴⁹⁶ Die Übereinkunft zwischen dem Iran sowie den USA, Großbritannien, China, Deutschland, Frankreich und Russland trat am 19. Oktober 2015 in Kraft, 90 Tage nach der Zustimmung durch den UN-Sicherheitsrat.⁴⁹⁷ Der Iran musste folglich nachweisbare Schritte unternehmen, um seine Vorräte an angereichertem Uran um 98 Prozent von rund 12 Tonnen auf 300 Kilogramm zu verringern. Das Uran musste nach Russland exportiert werden. Der Iran darf außerdem nur 5.060 seiner 13.000 Zentrifugen behalten, mit denen das Uran angereichert wird. Die unterirdische Anlage Fordo, wo dies vonstattengeht, muss zu einer reinen Forschungseinrichtung abgerüstet werden. Der Iran musste vor allem den Schwerewasserreaktor in Arak stilllegen – zur Verhinderung der Herstellung von atomwaffenfähigem Plutonium. Im Gegenzug war geplant, dass die USA und die EU am 19. Oktober 2015 ihre an das iranische Atomwaffenprogramm

⁴⁹⁴ Mohammed Javad Zarif, What Iran Really Wants, in: Foreign Affairs, May/June 2014, S. 49-59, S. 58.

⁴⁹⁵ Christian Ultsch, „Das wunderschöne Österreich ist das iranische Tor zur EU“, in: Die Presse, 13.07.2011, S. 5.

⁴⁹⁶ Oliver Grimm, Eigentorlawine der Republikaner, in: Die Presse, 12.09.2015, S. 6.

⁴⁹⁷ Ebenda.

geknüpften Sanktionen aufheben. Der vom Atomabkommen unabhängige Iran Sanctions Act aus 1996, eine Reaktion auf iranische Terrorakte weltweit, bleibt hingegen seitens der USA in Kraft. Somit wird es US-Firmen weiterhin verboten sein, mehr als 20 Millionen US-Dollar in iranische Energieprojekte zu investieren.⁴⁹⁸

Nach jahrelanger Isolation durch den Westen kehrte nun der Iran in das internationale Finanz- und Wirtschaftssystem zurück. US-Außenminister John Kerry erklärte, dass „wir einen entscheidenden und ehrgeizigen Meilenstein erreicht haben.“⁴⁹⁹ Der Meilenstein war die förmliche Erklärung von IAEA-Generaldirektor Yukiya Amano, dass der Iran alle vorbereitenden Schritte vollständig umgesetzt habe. So konnte das Wiener Abkommen – der „Gemeinsame Umfassende Aktionsplan“, in Kraft treten. Zuvor hatten sich die Inspektoren der IAEA davon überzeugt, dass die in diesem detaillierten Abkommen vorgeschriebenen Vereinbarungen tatsächlich erfüllt sind. Die Erklärung wurde dann an den UN-Sicherheitsrat geschickt, womit folglich die Sanktionen gegen den Iran aufgrund dessen Atomprogramm gefallen sind.⁵⁰⁰ Die USA unter Barack Obama und die EU gaben am 16. Januar 2016 bekannt, dass sie einen Großteil der wegen des Atomstreits gegen Teheran verhängten Sanktionen aufheben werden. Der Iran kann wieder Öl exportieren und das internationale Bankensystem nutzen. In den USA und der EU bleiben jedoch weiterhin Strafen wegen Menschenrechtsverletzungen und der Unterstützung von Terrororganisationen in Kraft. Die USA verhängten am 17. Januar 2016 wegen umstrittener Tests ballistischer Raketen jedoch neue Sanktionen gegen elf Personen und Firmen im Iran.⁵⁰¹ Iranische Raketentests hatten Spannungen zwischen den USA und Iran ausgelöst. Grund waren das Raketenprogramm und der erfolgreiche Test von Mittelstreckenrakete im Oktober und November 2015. Der iranische Verteidigungsminister Hussein Dehghan bekräftigte am 1. Januar 2016, das Raketenprogramm stehe nicht zur Debatte. Es sei Teil der Verteidigung der inneren Sicherheit, besonders mit Blick auf die regionale Gefahr seitens des „Islamischen

⁴⁹⁸ Ebenda.

⁴⁹⁹ Stephan Löwenstein, Iran darf wieder mitspielen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.01.2016, S. 2.

⁵⁰⁰ Ebenda.

⁵⁰¹ Paul-Anton Krüger, Iran zurück in der Weltwirtschaft, in: Süddeutsche Zeitung, 18.01.2016, S. 1.

Staates“ („IS“) und stelle somit keine Gefahr für andere Länder dar.⁵⁰² Dieses Programm sei zudem nie Thema bei den Atomverhandlungen gewesen: „Falls diese feindselige und intervenierende Politik der USA wiederholt werden sollte, sind die Streitkräfte verpflichtet, das Raketenprogramm auszuweiten und zu beschleunigen“, erörterte Präsident Hassan Rohani.⁵⁰³ Das US-Zentralkommando hatte der iranischen Marine vorgeworfen, am 26. Dezember 2015 nahe einem Verband um den Flugzeugträger USS *Harry S. Truman* in der Straße von Hormus Raketen abgefeuert zu haben. Eine weitere Benachrichtigung über den Abschuss sei nur 23 Minuten zuvor erfolgt. Das Vorgehen sei demnach „äußerst provokativ“ gewesen.⁵⁰⁴ Die damals neu verhängten US-Sanktionen gegen Teheran verbieten Geschäfte mit drei iranischen Unternehmen und acht Einzelpersonen.⁵⁰⁵ Etwaige Vermögenswerte der gelisteten Firmen und Personen in den USA wurden eingefroren.⁵⁰⁶ Ein Sprecher des iranischen Außenministeriums erklärte, die neuen Sanktionen hätten „weder rechtliche noch moralische Legitimität. Das Raketenprogramm des Iran sei „niemals darauf ausgerichtet gewesen, in der Lage zu sein, mit Atomwaffen bestückt zu werden.“⁵⁰⁷ Das im Juli 2015 vereinbarte Atomabkommen sieht vor, dass die UNO das gegen den Iran verhängte Verbot der Entwicklung ballistischer Raketen erst in acht Jahren aufheben.⁵⁰⁸

Obama wurde von republikanischen Präsidentschaftsanwärtern kritisiert, dass er im Tausch gegen insgesamt vier ohne Rechtsgrundlage inhaftierte Männer sieben in Amerika rechtskräftig Verurteilte oder angeklagte Iraner begnadigt hatte. Von einer „Schande“ sprach Donald Trump, Ted Cruz sah sich in dem Austausch eine „Einladung“ an Amerikas Feinde, Amerikaner festzunehmen. Mehrere Republikaner stellten Vergleiche zu dem Pakt mit den Taliban an, die 2014 den US-Soldaten Bowe Bergdahl freigelassen hatte, nachdem Obama fünf mutmaßliche Terroristen aus dem Gefängnis in Guantánamo an Katar überstellt hatte.

⁵⁰² Salzburger Nachrichten, USA drohen dem Iran mit neuen Sanktionen, in: Salzburger Nachrichten, 2.01.2016, S. 4.

⁵⁰³ Ebenda.

⁵⁰⁴ Ebenda.

⁵⁰⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Neue Sanktionen gegen Teheran. Amerika nimmt Irans Raketenprogramm in den Blick, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.01.2016, S. 5.

⁵⁰⁶ Ebenda.

⁵⁰⁷ Ebenda.

⁵⁰⁸ Ebenda.

Obama hob hervor, dass keiner der begnadigten Iraner wegen Terrorismus oder Gewaltdelikten eingessen habe. Alle hatten Sanktionen verletzt, die Mitte Januar 2016 aufgehoben wurden.⁵⁰⁹ Parallel zu den Atomverhandlungen hatte es seit mehr als einem Jahr heimliche Gespräche mit den Iran über die Gefangenen gegeben.⁵¹⁰ Ebenso am Wochenende 16./17. Januar 2016 hatten die USA und der Iran einen Rechtsstreit beigelegt, der seit 1981 anhängig war. Vor der Khomeini-Revolution hatte Iran den USA 400 Millionen US-Dollar für Militärgerät überwiesen, das die USA dem neuen Regime jedoch nie lieferten. Die USA zahlten den Betrag sowie 1,3 Milliarden US-Dollar Zinsen zurück.⁵¹¹

Irans Präsident Hassan Rohani sprach in Hinblick auf den Beschluss des Atomabkommens von einem „historischen Tag“, an dem „eine goldene Seite“ aufgeschlagen wurde. Er hatte im August 2013 die Wahl mit dem Versprechen gewonnen, ein Ende der Sanktionen zu erreichen. Er dankte dem Obersten Führer Ali Chamenei, Irans mächtigstem Mann, von dem lange nicht klar war, ob er das Abkommen mittragen werde.⁵¹² Der Iran hat im Gegenzug weitreichende Beschränkungen für sein Atomprogramm umgesetzt. Techniker motteten 12.000 der einst mehr als 18.000 betriebsfähigen Zentrifugen zur Urananreicherung ein. Bis auf 300 Kilogramm wurden alle Vorräte an angereichertem Uran, das sich als Ausgangsstoff für die Produktion von Atomwaffen eignet, nach Russland ausgeführt. In den Kern des damals in Bau befindlichen Schwerwasserreaktors in Arak, der für Waffen geeignetes Plutonium produziert hätte, goss man Beton.⁵¹³

Betreffend Atomabkommen mit dem Iran sprach US-Präsident Obama von einer „historischen Übereinkunft“, die nach 20 Monaten intensiver Verhandlungen und einem achttägigen Schlussspurt in Lausanne erreicht wurden. Im Januar 2016 bestätigte die Internationale Atomenergiebehörde IAEA, dass der Iran 8,5 Tonnen angereichertes Uranium Russland überstellt hatte, sodass der Iran dieses Material für Bomben nicht

⁵⁰⁹ Neue Sanktionen gegen Teheran. Amerika nimmt Irans Raketenprogramm in den Blick, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.01.2016, S. 5.

⁵¹⁰ Ebenda.

⁵¹¹ Ebenda.

⁵¹² Paul-Anton Krüger, Iran zurück in der Weltwirtschaft, in: Süddeutsche Zeitung, 18.01.2016, S. 1.

⁵¹³ Ebenda.

verwenden könne.⁵¹⁴ Zudem deaktivierte der Iran mehr als 12.000 Zentrifugen und spritzte Beton in den reaktor Arak, der ursprünglich für die Plutoniumproduktion vorgesehen war.⁵¹⁵ Dabei, do Obama, sei ein „guter Deal“ herausgekommen, dieser deal verbaue dem Iran jeden Weg zur Atombombe.⁵¹⁶ Dieser Vertrag umfasse das robusteste und strikteste Überwachungsregime, „das jemals in der Geschichte bei einem Nuklearprogramm verhandelt wurde.“⁵¹⁷ Außenminister John Kerry pries Mitte Januar 2016 in Wien die „Macht der Diplomatie“, der demokratische Senator Dick Durbin sagte, Obama habe „die Welt sicherer gemacht.“⁵¹⁸ Die Republikaner sehen das Atomabkommen mit dem Iran nach wie vor „als Kapitulation Obamas vor den Mullahs.“⁵¹⁹ Israels Premier Netanjahu kritisierte, Iran stünden jetzt „mehr Ressourcen für den Terrorismus und seine Aggression in der Region zur Verfügung“, eine Sorge, die auch die sunnitischen Golfstaaten unter Führung Saudi-Arabiens teilen.⁵²⁰ Israels damaliger Verteidigungsminister Moshe Ya’alon unterstrich:

„To clarify, the nuclear agreement signed with Iran will not reduce the threat of this regime on the entire free world. On the contrary. The merciless Iranian regime, which typifies Israel as the ‚Little Satan‘ and threatens to obliterate it from the map, holds equal discontent toward the United States, termed the ‚Great Satan‘“ und meinte: „Iran is the chief instigator of terror and instability in The Middle East, ...“⁵²¹

US-Präsident Donald Trump ist bestrebt, die europäischen Verbündeten für einen härteren Kurs gegenüber dem Iran zu gewinnen, verzichtet aber

⁵¹⁴ International New York Times, Diplomacy with Iran Pays off, in: International New York Times, 19.01.2016, S. 8.

⁵¹⁵ Ebenda.

⁵¹⁶ Thomas J. Spang, Obama nennt Vertrag mit dem Iran historisch, in: Salzburger Nachrichten, 4.04.2015, S. 5.

⁵¹⁷ Ebenda.

⁵¹⁸ Nicolas Richter, „Geldspritze für den Terror“, in: Süddeutsche Zeitung, 18.01.2016, S. 7.

⁵¹⁹ Ebenda.

⁵²⁰ Paul-Anton Krüger, Iran zurück in der Weltwirtschaft, in: Süddeutsche Zeitung, 18.01.2016, S. 1.

⁵²¹ Moshe Ya’alon, Don’t Be Fooled by Iran’s ‚Charm Offensive‘, in: Defense News, 14.12.2015, S. 16.

auf einen sofortigen Ausstieg aus dem Nuklear-Vereinbarung mit dem Iran, das er wiederholt als „miserable Vereinbarung“ bezeichnete, „die Teheran viele Vorteile bringe und den Iran zur Einmischung in Konflikte wie in Syrien und im Jemen ermuntere.“⁵²² Er warf am 13. Oktober 2017 dem Iran vor, den Nahen Osten zu destabilisieren und Verstöße gegen den Geist des Abkommens von 2015 vorzunehmen.⁵²³ Trump drohte mit einem Rückzug der USA, falls seine Forderungen nicht erfüllt werden. Die EU wies die Drohung zurück, Israel begrüßte die Entscheidung. Minister Israel Katz verglich den Iran mit Nordkorea und sprach von einem möglichen Krieg gegen Teheran.⁵²⁴ Auch Saudi-Arabien zeigte sich „äußerst zufrieden“ über die Initiative Trumps, Irans Präsident Hassan Rohani versicherte dagegen, sich weiter an das Abkommen zu halten.⁵²⁵ Trump porträtierte den Iran als Unrechtsregime, „das die eigene Bevölkerung unterdrücke und die USA sowie Israel als Todfeinde betrachte“.⁵²⁶ Barack Obama hielt er vor, dem Iran trotz der Atomvereinbarung die Möglichkeit eines späteren Durchbruchs beim Atomwaffenbau eröffnet zu haben. Trump hatte mehrmals mit einer Aufkündigung der internationalen Vereinbarung gedroht, die eine Entwicklung der iranischen Atombombe verhindern soll. Er hatte bereits als Präsidentschaftskandidat das Atomabkommen als „kostspielig“ und „wertlos“ bezeichnet – „dem neuen besten Freund Russlands“, „ein Abkommen, das für mehr Harmonie und Weltfrieden sorgen soll.“⁵²⁷

So hatte US-Präsident Donald Trump verkündet, er wird nicht bescheinigen, dass der Iran den von den USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Russland, China und Iran unterzeichneten „Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan“ (Joint Comprehensive Plan of Action bzw. JCPA) vom Juli 2015 einhält. Er wird auch nicht bescheinigen, dass die seitens der USA im Rahmen des Abkommens erfolgte Aussetzung von Sanktionen gerechtfertigt und im vitalen nationalen Interesse der USA

⁵²² Thomas Seibert, Trump fordert neue Sanktionen gegen Iran, in: Die Presse, 14.10.2017, S. 11.

⁵²³ Ebenda.

⁵²⁴ Ebenda.

⁵²⁵ Ebenda.

⁵²⁶ Donald J. Trump, Great again! Wie ich Amerika retten werde, Plassen Verlag, Kulmbach 2016, S. 9.

⁵²⁷ Ebenda.

ist.⁵²⁸ Derartige Bescheinigungen sind, so Richard N. Haass, Präsident des Council on Foreign Relations, nicht durch das Atomabkommen vorge-schrieben. Diese müssen vielmehr aufgrund eines Gesetzes, das der US-Kongress kurz nach Unterstützung des Abkommens verabschiedet hat, alle 90 Tage ausgestellt werden. Trump ist (noch) nicht aus dem Vertrag ausgestiegen. Trump wählte „vielmehr einen Kompromiss: Trump wollte die Geringschätzung für das Abkommen deutlich machen, ohne daraus auszusteigen oder wieder Sanktionen einzuführen, die in diesem Rahmen ausgesetzt worden waren (ein Schritt, der einem Ausstieg der USA aus dem Abkommen gleichkommen würde). Der Kongress hatte 60 Tage Zeit, einige oder alle der ausgesetzten Sanktionen wiedereinzuführen, wird dies jedoch nicht tun.⁵²⁹ Der Kongress könnte jedoch neue Sanktionen einführen, die an das Verhalten Irans in Syrien oder anderswo in der Region angeknüpft sind. Im Einklang hiermit hat Trump seine Absicht bekundet, zusätzliche Sanktionen in Bezug auf Irans Islamische Revolutionsgarden, die er als „Terrorgruppe“ ächten will,⁵³⁰ zu verhängen, denen Trump die Unterstützung von Terrorgruppen vorwarf. Richard N. Haass meinte:

„Sollten die USA irgendwann zu irgendeinem Zweck neue Sanktionen verhängen, stünden sie damit vermutlich allein. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die Europäer, China und Russland sich dem anschließen würde, nicht nur aus finanziellem Eigeninteresse, sondern auch, weil der Iran den Atomvertrag bisher eingehalten hat.“⁵³¹

Dies haben nicht nur die unter der Federführung der UNO agierenden internationalen Inspektoren erklärt, sondern auch leitende US-Regierungsvertreter wie Verteidigungsminister Jim Mattis.⁵³² Zu argumentieren, „wie das einige in den USA tun, dass der Iran den Geist des Abkommens nicht

⁵²⁸ Richard N. Haass, Trumps Alleingang gegen Iran kontrproduktiv, in: Die Presse, 27.10.2017, S. 22.

⁵²⁹ Ebenda.

⁵³⁰ Martin Gehlen, Revolutionsgarden im Visier der USA, in: Die Presse, 11.10.2017, S. 4.

⁵³¹ Richard N. Haass, Trumps Alleingang gegen Iran kontrproduktiv, in: Die Presse, 27.10.2017, S. 22.

⁵³² Ebenda.

einhalte, ist unsinnig: ‚Geist‘ ist ein Begriff ohne rechtliche Relevanz.“⁵³³ Haass weiter: „Und obwohl man mit Fug und Recht argumentieren kann, dass das iranische Vorgehen in der region in vieler Hinsicht Anlass zur Sorge gibt, begründet das keinesfalls die Wiedereinführung von Sanktionen im Rahmen des Abkommens.“⁵³⁴ Trumps Schritt

„schwächt die USA zudem außerordentlich. Damit eine Großmacht groß bleibt, bedarf es der Erwartbarkeit von Kontinuität. Unberechenbarkeit kann sich als taktischer Vorteil erweisen, aber auch als strategische Belastung. Und hier besteht eine offensichtliche Verbindung mit Nordkorea. Möglicherweise werden die USA irgendwann feststellen, dass die Diplomatie bei der Bewältigung der nordkoreanischen Nuklear- und Raketenherausforderungen eine Rolle zu spielen hat. Doch wird Amerikas Fähigkeit, einen glaubwürdigen diplomatischen Pfad anzubieten, ernstlich untergeben, wenn andere zu dem Schluss kommen, dass man sich auf die Vertragstreue des Landes nicht verlassen kann.“⁵³⁵

Noch eine Problematik: „Falls die USA eine Dynamik in Gang setzen, die zu einem Scheitern des Atomvertrages führt, und der Iran dann seine Nuklearaktivitäten wiederaufnimmt, während die USA bereits mit Nordkorea alle Hände voll zu tun haben, wird eine Krise ausbrechen.“⁵³⁶ Zudem „werden [wir] uns mit einem Iran auseinandersetzen müssen, der als imperiale Macht danach strebt, weite Teile des Mittleren Ostens nach seinem Bilde umzugestalten.“⁵³⁷ Haass betonte aus amerikanischer Sicht: „Erforderlich ist eine die gesamte Region umfassende Eindämmungspolitik gegenüber dem Iran, die auch die Unterstützung der Kurden im Nordirak und in Syrien sowie anderer Gruppen und Länder, die dem Iran Widerstand entgegensetzen, einschließt.“⁵³⁸ Das Atomabkommen mit dem Iran

„hat das Nuklearproblem nur ‚geparkt‘, aber nicht gelöst. Wichtige Bestimmungen des Abkommens laufen in acht bzw. 13 Jahren aus.

⁵³³ Ebenda

⁵³⁴ Ebenda.

⁵³⁵ Ebenda.

⁵³⁶ Ebenda.

⁵³⁷ Ebenda.

⁵³⁸ Ebenda.

Danach wird der Iran dann nicht mehr durch Inspektionen daran gehindert, viele Voraussetzungen für ein Atomwaffenprogramm zu schaffen, das sich ohne größere Vorwarnung umsetzen lässt.“⁵³⁹

US-Präsident Donald Trump machte stets den Iran als eine der Hauptursachen für Terror und Chaos in der Region aus. Dieses Faktum hat Saudi-Arabien zu dem Versuch ermutigt, Katar betreffend Iran-Verbindungen mit Sanktionen zu drohen. Doha betreibt eine unabhängige Außenpolitik, die mit Schwerpunkt Gegner Saudi-Arabiens unterstützt: die Moslembruderschaft, deren Idee eines „basisdemokratischen politischen Islams“ das saudische Königshaus und befreundete Regime bedroht. Und den Iran, den Saudi-Arabien als Erzrivale betrachtet.⁵⁴⁰ So brachen am 5. Juni 2017 Saudi-Arabien und andere arabische Länder deshalb alle diplomatischen Beziehungen zu Katar ab und schlossen die Grenzen. Sie fordern von Doha, alle Beziehungen zu Teheran zu kappen. Trump stellte sich in einem Tweet Anfang Juni 2017 hinter Riad mit dem Hinweis, Katar finanziere „radikale Ideologien“. Auch hier steuerte US-Außenminister Tillerson dagegen und versuchte, im Katar-Konflikt zu vermitteln – bisher erfolglos.⁵⁴¹ Doha ließ das Ultimatum aus Riad unbeantwortet verstreichen. Es intensivierte zudem die militärische Zusammenarbeit mit der Türkei, die ebenso Moslembrüder unterstützt, aus Sicht Riads ein sunnitische Rivale um Riads regionalen Führungsanspruch. Am 24. August 2017 nahm Katar volle diplomatische Beziehungen zum Iran auf: „Trumps Schuss gegen den Iran ging wie in Syrien auch im Fall Katar nach hinten los.“⁵⁴²

⁵³⁹ Ebenda

⁵⁴⁰ Gil Yaron, Trump verwirrt Freund und Feind, in: Salzburger Nachrichten, 26.08.2017, S. 6.

⁵⁴¹ Ebenda.

⁵⁴² Ebenda.

Die Politik gegenüber Israel

Der damalige US-Außenminister John Kerry initiierte im Juli 2013 Nahost- und Friedensverhandlungen, die auf neun Monate angelegt waren und Ende April 2014 abgelaufen waren. Im Sommer 2000 verhandelten unter Vermittlung von US-Präsident Bill Clinton über die Endstatuslösung. Die USA und Israel machten damals Jassir Arafat für das Scheitern des Gipfel verantwortlich. Israel habe „keinen Partner für einen Frieden“, so das Mantra in Jerusalem.⁵⁴³ Die USA gaben unter der Obama-Administration dagegen Israel in ungewohnter Deutlichkeit die Schuld am Scheitern der Friedensgespräche mit den Palästinensern. „Es gibt viele Gründe für den Fehlschlag der Friedensbemühungen, aber das israelische Volk sollte die bittere Wahrheit nicht ignorieren, dass die Hauptsabotage von den Siedlungen ausging“, so US-Diplomaten in der Zeitung „Yediot Ahronot“.⁵⁴⁴ Die Diplomaten waren an den neun Monate langen Gesprächen beteiligt. Während Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas zahlreiche Konzessionen gemacht habe, er habe einem demilitarisierten Staat sowie den von den USA vorgeschlagenen Grenzen zugestimmt, habe sich Netanyahu demnach nur einen „Inch“ (einen Zoll breit) bewegt – und zudem die Pläne für 14.000 neue Siedlerwohnungen vorangetrieben.⁵⁴⁵

Der damalige US-Außenminister John Kerry beharrte auf die Bildung eines Palästinenserstaates, diese Zwei-Staatenlösung sei demnach der einzige Weg zum Frieden. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu sprach von einer „gegen Israel gerichteten Rede“. Kerry sei demnach kaum auf die Wurzel des Konfliktes – den palästinensischen Widerstand gegen Israel – eingegangen, Kerry habe sich „obsessiv“ mit der israelischen Siedlungspolitik beschäftigt.

Am 29. November 2012 stand auf der Agenda der UN-Generalversammlung ein Antrag aus Ramallah, die Palästinensergebiete zum Beobachterstaat aufzuwerten. Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas drängte die UNO zu einer „Geburtsurkunde“ für einen Palästinenserstaat. Der UN-Vertreter Israels warf den Palästinensern Terrorismus vor. Der Antrag wurde mit deutlicher Mehrheit angenommen. Die Anerkennung als Staat ist entscheidend beim Diskurs um das Westjordanland und den

⁵⁴³ Susanne Knaul, Ein Punktsieg für die Palästinenser, 10.04.2014, S. 7.

⁵⁴⁴ „Israel schuld am Scheitern“, in: Die Presse am Sonntag, 4.05.2014, S. 8.

⁵⁴⁵ Ebenda.

Gazastreifen, bei diesem Gebiet handelt es sich somit um besetztes Land „in den Grenzen von 1967“. Israels offizielle Version nennt „Judäa und Samaria“ „umstrittenes Land“. Mit der UN-Aufwertung könnte die PLO die Aufnahme bei anderen UN-Organisationen beantragen, darunter internationale Gerichtshöfe. Mehr als die Hälfte der EU-Staaten unterstützten diesen Antrag.⁵⁴⁶ 138 der 193 UN-Mitglieder stimmten für den Palästinenser-Antrag, 41 Staaten enthielten sich der Stimme, neun votierten dagegen. Dabei hat es die EU wieder einmal nicht geschafft, in einer wichtigen internationalen Frage zu einer gemeinsamen Haltung zu finden. Während sich Großbritannien, Deutschland und die Niederlande enthielten, unterstützten Belgien, Frankreich, Italien, Österreich, Schweden und Spanien die Palästinenser. Gegen eine Aufwertung der Palästinenser waren die USA, stets Israels zuverlässigster Verbündeter in der UNO. Die Tschechische Republik stimmte als einziger EU-Staat dagegen.⁵⁴⁷

Machtverhältnisse im Nahen Osten lassen sich weiterhin nicht militärisch verändern. US-Außenministerin Hillary Clinton forderte einen israelischen Baustopp in Ost-Jerusalem, Netanjahu spricht dagegen immer noch vom „Recht, in Jerusalem zu bauen“. Es gibt weit über 100 israelische Siedlungen mit 500.000 Siedlern in Westjordanland und in Ost-Jerusalem.⁵⁴⁸ Die USA akzeptierten stets stillschweigend die Nuklearisierung Israels und unterzeichneten 2004 gleichzeitig einen formellen Deal mit Indien mit dem Ziel, das Recht zur zivilen Nutzung zu unterstreichen, obwohl es gegen den Nonproliferationsvertrag verstoßend Nuklearwaffen angeeignet hat.⁵⁴⁹

Am 9. November 2015 einigten sich ungeachtet ihrer persönlichen gegenseitigen Abneigung US-Präsident Barack Obama und der Israelische Präsident Benjamin Netanjahu in Washington darauf, die strategische militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und Israel zu verstärken: um ein Drittel höhere Rüstungsbeihilfen, neue F-35-Kampfbomber und die Fortsetzung der Verteidigungsallianz in ihr siebentes Jahrzehnt, so die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf US-Regierungsstellen und Mitarbeiter des US-Kongresses. Israel werde künftig pro Jahr vier bis fünf

⁵⁴⁶ Susanne Knaul, Der Staat, der nur auf dem Papier existiert, in: Die Presse, 30.11.2012, S. 1.

⁵⁴⁷ Europäer finden keine gemeinsame Nahost-Linie, in: Die Presse, 30.11.2012, S. 1.

⁵⁴⁸ Karim el-Gawhary, Nahost: Scherbenhaufen oder doch ein Neuanfang, in: Die Presse, 24.03.2010, S. 6.

⁵⁴⁹ Henry Farrell / Martha Finnemore, The End of Hypocrisy, in: Foreign Affairs, November / December 2013, S. 22-26, S. 24.

Milliarden US-Dollar an militärischen Budgethilfen erhalten, das wäre zumindest ein Anstieg um ein Drittel.⁵⁵⁰ Bis 2018 bekam Israel im Rahmen eines unter Obamas Vorgänger George W. Bush geschlossenen Abkommens jährlich 3,1 Milliarden US-Dollar (Foreign Military Financing – FMF),⁵⁵¹ mit weiteren drei Milliarden US-Dollar wurde seit 2006 das Raketenschutzschild Iron Dome ausgebaut, das Israel größtenteils gegen Geschosse von Hamas und Hezbollah schützt. Die USA finanzieren ein Fünftel von Israels Militärbudget, Israel gibt 75 Prozent dieser Finanzhilfen für US-Rüstungsgüter aus.⁵⁵² Im September 2016 gab Obama noch grünes Licht für die bisher höchste US-Militärhilfe für Israel im Wert von 38 Milliarden US-Dollar bis 2028.⁵⁵³ Obama und Netanjahu einigten sich auch auf eine Fortsetzung des Memorandum of Understanding, der strategischen Grundsatzvereinbarung zwischen USA und Israel. Israel dürfte demnach seine Bestellung von 50 F-35 vorantrieben auch weitere dieser Flugzeuge beschaffen. So wäre Israels Luftwaffe die erste im Nahen Osten, die dieses neue US-Gerät kauft.⁵⁵⁴ Umgeben von bewaffneten arabischen Gruppen und Terrororganisationen wie die Hamas, der Palästinensische Islamische Dschihad oder bewaffneten Formationen wie Hezbollah und „Islamischer Staat“ sowie Al Qaida wurde im Jahr 2015 aus Israel ein „Frontstaat“.⁵⁵⁵ Aus Sicht Israels bedeutet der Kampf gegen den radikalen islamistischen Terror unter US-Führung die größte Herausforderung der heutigen Zeit für die kommenden Jahre dar.⁵⁵⁶

Trump rief Israel zum „Durchhalten“ auf: „Wir dürfen Israel nicht länger mit solch totaler Verachtung und Respektlosigkeit behandeln“, so Trump. Er werde eine andere Haltung einnehmen.⁵⁵⁷ 2016 hatte US-Präsident Trump auf dem Kongress der amerikanischen Pro-Israel-Lobby

⁵⁵⁰ Oliver Grimm, Obama und Netanjahu stärken Militärpakt, in: Die Presse, 10.11.2015, S. 7.

⁵⁵¹ Barbara Opall-Rome, For Netanyahu, Pressure Builds To End Battle With Obama, in: Defense News, 7.09.2015, S. 32.

⁵⁵² Oliver Grimm, Obama und Netanjahu stärken Militärpakt, in: Die Presse, 10.11.2015, S. 7.

⁵⁵³ Christian Ultsch Obamas letzte Rede an die Welt, in: Die Presse, 21.09.2016, S. 8.

⁵⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵⁵ Moshe Ya'alon, Don't Be Fooled by Iran's 'Charm Offensive', in: Defense News, 14.12.2015, S. 16.

⁵⁵⁶ So Israels Verteidigungsminister Moshe Ya'alon, Don't Be Fooled by Iran's 'Charm Offensive', in: Defense News, 14.12.2015, S. 16.

⁵⁵⁷ Kerrys letzter Appell an Israels Regierung, in: Die Presse, 29.12.2016, S. 3.

AIPAC versprochen: „Wir werden die US-Botschaft von Tel Aviv in die ewige Hauptstadt des jüdischen Volkes – Jerusalem – verlegen.“⁵⁵⁸ Aber das war vor den US-Wahlen und bevor Trump Staatschef aus der arabischen Welt begegnet war, die ihm klarmachten, dass ein derartiger Schritt verheerende Konsequenzen für die Stabilität in Nahost haben könnte. Auch Palästinenser sehen in Jerusalem ihre Hauptstadt. So beschloss Trump zunächst, die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem, die der US-Kongress 1995 per Gesetz angeordnet hatte, mit einer für sechs Monate gültigen Exekutivorder aufzuschieben – genau wie seine Vorgänger Clinton, Bush und Obama. Am 5. Dezember 2017 informierte Trump telefonisch den palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas über die baldige Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem, dieser warnte Trump wiederum vor den gefährlichen Auswirkungen einer derartigen Entscheidung.⁵⁵⁹ Diese Entscheidung wurde mit 6. Dezember 2017 wirksam.

Im Jahr 2014 hatte Netanyahu erneut gefordert, in einem Gesetz festzuschreiben, dass Israel ein jüdischer Staat sei. Israels damalige Justizministerin Tzipi Livni kündigte Widerstand gegen dieses Vorhaben an. Sie werde „keine Schwächung der demokratischen Werte zulassen und nicht, dass diese Werte unter jüdische Werte untergeordnet werden“, so Livni. Ein Fünftel der israelischen Bevölkerung sind Araber (ohne Palästinensergebiete).⁵⁶⁰ Im Streit um die UN-Sicherheitsratsresolution 2334 gegen die israelische Siedlungspolitik, bei der sich die US-Regierung Obama enthalten hatte, hatte Trump die UNO als politisch unwirksam kritisiert: „Die Vereinten Nationen haben solch großes Potenzial, aber momentan sind sie nur ein Club, wo sich Leute treffen, unterhalten und vergnügen können.“⁵⁶¹ An Israel gerichtet betonte US-Präsident Donald Trump entgegen seiner Erklärung im Wahlkampf, dass der Bau und die

⁵⁵⁸ Gil Yaron, Israel ist „enttäuscht“ über Trumps Nahost-Entscheidung, in: Salzburger Nachrichten, 3.06.2017, S. 8.

⁵⁵⁹ Reuters, Trump tells Abbas intends to move embassy to Jerusalem: Abbas spokesman, December 5, 2017, 4:06 pm, <https://www.reuters.com/article/us-usa-trump-israel-palestinians/trump-tells-abbas-intends-to-move-embassy-to-jerusalem>, abgerufen am 6.12.2017.

⁵⁶⁰ Die Presse, Netanyahu will festschreiben, dass Israel jüdischer Staat ist, in: Die Presse, 3.05.2014, S. 6.

⁵⁶¹ Salzburger Nachrichten, Trump: UNO ist nur ein Club zur Unterhaltung, in: Salzburger Nachrichten, 28.12.2016, S. 5.

Ausweitung bestehender Siedlungen „nicht hilfreich“ für einen Friedensprozess seien. Diametral zum Oslo-Abkommen aus dem Jahr 1993 und zu vorigen US-Regierungen schließt Trump eine Einstaatenlösung nicht mehr aus.⁵⁶²

⁵⁶² Gunther Hauser, Die US-Außenpolitik: Auf dem Weg ins Chaos?, in: Militär Aktuell 1/2017, S. 50.

Libyen – keine weiteren Interventionen

Zwei Länder des Golfkooperationsrates, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), hatten an der NATO-Operation Unified Protector gegen das Gaddafi-Regime in Libyen teilgenommen.⁵⁶³ Während einer Konferenz der relevantesten arabischen und westlichen Verbündeten in Doha/Katar hatte der Generalstabschef der katarischen Armee, Hamad Bin Ali al Atiyah, zugegeben, dass sich hunderte katarische Soldaten auf der Seite der libyschen Rebellen an den Kämpfen gegen Gaddafis Truppen beteiligt hätten. Die Soldaten Katars waren demnach das Bindeglied zwischen den Aufständischen und der NATO gewesen. Die Katarer hatten zudem die Ausbildung der Rebellen übernommen und auch Kommunikationszentren geleitet. Katar hatte der NATO gemeinsam mit den VAE auch Kampfflugzeuge zur Verfügung gestellt. Libyens Vorsitzender des Übergangsrates, Mustafa Dschalil, hatte dem Emirat Katar und den katarischen Soldaten gedankt, dass sie nicht nur mit Geld und Lebensmitteln geholfen hätten, sondern auch ein „wichtiger Partner in allen Gefechten“ gewesen waren sowie auch die Eroberung von libyschen Städten geplant hätten.⁵⁶⁴ Aus militärischer Sicht hatte die Unified Protector erneut – wie auch bei der NATO-Militäraktion gegen die Bundesrepublik Jugoslawien 1999 im Zuge der *ethnischen Säuberungen* im Kosovo – die mangelnde Fähigkeit der europäischen Verbündeten aufgezeigt, Kampfoperationen zu führen. Dass Europäer Kampfoperationen führen, wurde von den USA vehement eingefordert. Die Europäer hatten sich auch bei der Unified Protector großteils auf Kapazitäten für Überwachung, Aufklärung, Zielzuweisung, Präzisionsmunition und Luftbetankung, die von den USA bereitgestellt wurden, verlassen: „The Europeans, in the meantime, struggled to get enough combat jets into the air.“⁵⁶⁵ Von den 28 NATO-Staaten hatten sich lediglich 14 verpflichtet, die Unified Protector militärisch zu unterstützen,⁵⁶⁶ jedoch lediglich folgende acht NATO-Staaten waren in der Lage, Angriffe auf Bodenziele aus der Luft durchzuführen:

⁵⁶³ Defense News, UAE Creates NATO Embassy, in: Defense News, May 23, 2011, S. 3.

⁵⁶⁴ Ebenda.

⁵⁶⁵ Ebenda.

⁵⁶⁶ Gunther Hauser, Der Libyen-Einsatz der NATO und die militärischen Defizite der Allianz, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 2/12, Springer VS, Wiesbaden 2012, S. 229-241, S. 235f.

Frankreich, Großbritannien, die USA sowie Belgien, Dänemark, Italien, Kanada und Norwegen. Kampfhelikopter wurden ausschließlich von Frankreich und Großbritannien eingesetzt.⁵⁶⁷ Die Nicht-NATO-Länder Schweden⁵⁶⁸ und Jordanien hatten Luftüberwachungseinsätze zwecks Durchsetzung des Flugverbots für libysche Jets geflogen, die „Istanbuler Kooperationsländer“ der NATO Katar und Vereinigte Arabische Emirate hatten Luftschläge gegen Stellungen der Gaddafi-treuen Truppen durchgeführt. Auf die für das nordatlantische Bündnis gefährliche Entwicklung, dass nur mehr wenige Staaten bereit sind, umfassende Verpflichtungen, die allenfalls auch zu Verlusten führen könnten, zu übernehmen, hatte Robert Gates bei seiner letzten Amtsrede als US-Verteidigungsminister in Brüssel am 10. Juni 2011 bereits hingewiesen.⁵⁶⁹ Auf den Punkt gebracht: die europäischen Verteidigungsausgaben sind seit Jahrzehnten gering, ineffizient und unkoordiniert.⁵⁷⁰ Seitens der NATO wird festgehalten, dass die europäischen Verbündeten mehr in „gewisse militärische Fähigkeiten“ wie Flugzeuge und Ausrüstung für die Bereiche Überwachung und Aufklärung investieren müssen: „[O]ne can't assume the U.S. will always lead operations.“⁵⁷¹ Die US Air Force stellte z.B. drei Viertel der Lufttankkapazitäten und den Großteil der Cruise Missiles für die Durchführung der Unified Protector zur Verfügung.⁵⁷²

US-Präsident Obama befürwortete 2011 gemeinsam mit der damaligen Außenministerin Hillary Clinton sowie Susan Rice, die amerikainsche UN-Botschafterin, die Militäraktion gegen Muammar al-Gaddafi „zum Schutze der libyschen Bevölkerung“. Das US-Verteidigungsministerium sprach sich jedoch dagegen aus mit der Begründung, die USA verfolge keine vitalen Interessen in Libyen, bei einer derartigen Invasion würden die USA demnach „im Schlamm versinken“.⁵⁷³

⁵⁶⁷ Aus: NATO after Libya: A troubling victory, in: The Economist, September 3, 2011, S. 51-52, S. 51.

⁵⁶⁸ So Schweden mit dem „Gripen“.

⁵⁶⁹ Aus: SDA Report „Reflections on the status and the future of the transatlantic alliance“, Robert Gate's final policy speech SDA keynote address 10 June 2011.

⁵⁷⁰ Andrea Gilli, EU's Military Decline, in: Defense News, June 20, 2011, S. 52.

⁵⁷¹ Aus: Julian Hale, U.N. Takes Lead in Libya, in: Defense News, September 5, 2011, S. 4.

⁵⁷² Aus: NATO after Libya: A troubling victory, in: The Economist, September 3, 2011, S. 51-52, S. 52.

⁵⁷³ Fred Kaplan, Obama's Way. The President in Practice, in: Foreign Affairs, January/February 2016, S. 46-63, hier S. 48.

Zwei Optionen waren am Tisch: entweder diese Operation umfassend leiten oder keine Operation. Obama ging einen dritten Weg: keine direkte Militäraktion („no US boots on the ground“) und eine geeignete Arbeitsteilung mit den NATO-Alliierten. Demnach stellten die USA ihre militärischen Fähigkeiten zur Verfügung (wie Präzisionswaffen und nachrichtendienstliche Kooperation), jedoch waren die Alliierten verantwortlich (wie Frankreich, Großbritannien, Katar), den Schutz der Zivilisten zu garantieren und die Ordnung nach den Kampfhandlungen wiederherzustellen. In der Zeitschrift „The New Yorker“ betitelte ein Berater von US-Präsident Obama, der namentlich nicht genannt werden wollte, diese Aktion als „leading from behind.“⁵⁷⁴ Aus militärischer Sicht war der erste Teil der Operation „Unified Protector“ ein Erfolg: die Kombination aus US-Luftschlägen und nachrichtendienstliche Unterstützung, Luftunterstützung seitens der NATO und die Ausbildung von Rebellen am Boden vor allem durch Katar besiegte die libyschen Streitkräfte. Die zweite Phase stellte sich jedoch als gewaltiger Fehlschlag heraus: eine neue libysche Regierung wurde nie komplett erstellt, die Rebellen bewaffneten sich gegen sich selbst und das Land stürzte in einen Bürgerkrieg. Sowohl das Land selbst als auch dessen soziale Ordnung kollabierte, Libyen konnte sich bis heute davon nicht erholen. Jene NATO-Verbündeten, die versprochen, sich um die Konfliktnachsorge in Richtung Stabilisierung zu sorgen, waren außer Stande, dieses zu tun, diese Phase stellte sich als gewaltvoller heraus als zuvor von der NATO zunächst angenommen. Die soziale Ordnung wiederherzustellen hätte nochmals eine umfassende bewaffnete Operation benötigt und darunter mit Sicherheit wären Truppen für den Bodenkampf benötigt worden, „a mission for which European states had little capacity and less appetite.“⁵⁷⁵ Obama meinte diesbezüglich während seiner Rede vor der UN-Generalversammlung im Jahr 2015: „Even as we helped the Libyan people bring an end to the reign of a tyrant, our coalition could have and should have done more to fill a vacuum left behind.“⁵⁷⁶ Die Operation in Libyen zeigte ganz klar die militärischen Defizite der Europäer auf. Diese Unified Protector im Namen der NATO war ursprünglich ein britisch-französisches „Projekt“,

⁵⁷⁴ Ebenda, S. 48f.

⁵⁷⁵ Fred Kaplan, Obama's Way. The President in Practice, in: Foreign Affairs, January/February 2016, S. 46-63, hier S. 49.

⁵⁷⁶ Ebenda.

Deutschland und die Türkei sprachen sich dagegen aus.⁵⁷⁷ Während der Kosovo-Operation der NATO 1999 flog die NATO an die 800 Missionen pro Tag, 1.200 Flugzeuge standen zur Verfügung. In Libyen „tat sich die NATO schwer“, so der damalige US-Verteidigungsminister Robert Gates, 150 Missionen pro Tag mit einem Gesamtumfang von 250 Flugzeugen durchzuführen.⁵⁷⁸

Diese Einsicht war für die USA auch ausschlaggebend, nicht direkt in die kriegerischen Konflikthandlungen in Syrien einzugreifen.⁵⁷⁹ Präsident Obama rief den syrischen Staatschef Bashar al-Assad im Jahr 2011 lediglich dazu auf, nicht gegen seine Bevölkerung zu schießen, zudem solle Assad Menschenrechtsbeobachtern gestatten, in Syrien die Lage vor Ort zu beurteilen. Im August 2011 forderte Obama gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Sarkozy und der deutschen Bundeskanzlerin Merkel Assad auf, zurückzutreten.

Im Sommer 2012 wurde seitens des CIA-Direktor David Petraeus ein Plan vorgestellt, „moderate“ syrische Rebellen zu bewaffnen, ein Plan, der gemeinsam mit dem saudischen Prinzen Bandar bin Sultan und einigen anderen arabischen Sicherheitsverantwortlichen erstellt wurde. Kleinwaffen, hauptsächlich Gewehre, sollen einer kleinen, auserwählten Gruppe syrischer Oppositioneller bereitgestellt werden.⁵⁸⁰ Ziel war es, den Druck auf Assad zu erhöhen, Petraeus betonte, dass diese kleineren Oppositionsgruppen nicht in der Lage wären, Assad zu stürzen.⁵⁸¹ Obama äußerte sich gegen diesen Plan. Als jedoch sich der „Islamische Staat“ in Syrien und im Irak ausbreitete, bewilligte Obama einen ähnlichen Plan. Während die US-unterstützten Rebellen ihre Anstrengungen gegen Assad erweiterten, bewahrheiteten sich seine Befürchtungen: der Iran steigerte seine Unterstützungsleistungen für Assad und verlegte Quds-Streitkräfte, um die Rebellen zu bekämpfen. Russland entsandete Panzer, Flugzeuge und Raketen zur Unterstützung der syrischen Streitkräfte, wie in der Ukraine danach fürchtete Moskau um den Verlust seines syrischen Hafens Tartus und seines politischen Einflusses in Syrien. Zwischen August 2012 und

⁵⁷⁷ Anne Applebaum, Obama and Europe. Missed Signals, Renewed Commitments, in: Foreign Affairs, September/October 2015, S. 37-44, hier S. 41.

⁵⁷⁸ Ebenda.

⁵⁷⁹ Fred Kaplan, Obama's Way. The President in Practice, in: Foreign Affairs, January/February 2016, S. 46-63, hier S. 49.

⁵⁸⁰ Ebenda, hier S. 50.

⁵⁸¹ Ebenda.

April 2013 warnte Obama Assad öffentlich insgesamt fünfmal, keine „rote Linie“ zu überschreiten – d.h. keine chemischen Waffen gegen Rebellen einzusetzen. Das würde, so Obama, einen „game changer“ darstellen. Am 21. August 2013 schlugen Granaten mit Saringas in von Rebellen kontrollierte Gebiete in Damaskus ein, 1.500 Personen wurden dabei getötet. Die „rote Linie“ war nun überschritten. Obama dachte zwar an eine Vergeltung – gemeinsam mit arabischen Nationen und NATO-Verbündeten. Einzige Unterstützung kam jedoch von Frankreich und Großbritannien, jedoch konsultierte im Jahr 2013 der damalige britische Premier David Cameron das Unterhaus, das jedoch die Beteiligung an einem Militäreinsatz gegen Bashar al-Assad ablehnte, der sich den Warnungen, chemische Waffen in Syrien einzusetzen, widersetzt hatte.⁵⁸² Unter russischem Druck ließ Assad fast alle seine Chemiewaffen zerstören.⁵⁸³ Überraschend jedoch hatten US-Präsident Trump und Russlands Präsident Wladimir Putin bei ihrem ersten Treffen anlässlich des G-20-Gipfels in Hamburg am 7. Juli 2017 sich auf einen Waffenstillstand für den Südwesten Syriens geeinigt, der auch zwei Tage später umgesetzt wurde. Mit der Einigung waren die USA erstmals wieder seit langem Teil eines offiziellen Abkommens, um die Gewalt in Syrien zu verringern: „Es ist unser erster Erfolg“, erklärte US-Außenminister Rex Tillerson. Hinsichtlich von Syriens Präsident Assad habe sich die US-Haltung jedoch nicht geändert: „Wir sehen keinen Platz für die Familie Assad in der politischen Zukunft Syriens“, so Tillerson. Es sei jedoch noch nicht entschieden, wie eine Machtübergabe und ein Abdanken Assads gestaltet werden könnte.⁵⁸⁴ Noch Ende März 2017 meinte US-Außenminister Rex Tillerson, die syrische Bevölkerung solle selbst über das Schicksal von Baschar al-Assad entscheiden. Demnach müsse der „langfristige Status“ des Staatsoberhauptes durch das syrische Volk festgelegt werden, so Tillerson: „Unsere Priorität ist es nicht mehr, uns darauf zu konzentrieren, Assad zu stürzen, so die US-Botschafterin bei der UNO, Nikki Haley.⁵⁸⁵

⁵⁸² Richard N. Haass, Die Lehren aus dem Desaster des Irak-Kriegs, in: Die Presse, 21.07.2016, S. 26.

⁵⁸³ Fred Kaplan, Obama's Way. The President in Practice, in: Foreign Affairs, January/February 2016, S. 46-63, hier S. 52.

⁵⁸⁴ Salzburger Nachrichten, Einig über Waffenruhe, in: Salzburger Nachrichten, 8.07.2017, S. 6.

⁵⁸⁵ Salzburger Nachrichten, Assad kann im Amt bleiben, in: Salzburger Nachrichten, 1.04.2017, S. 5.

Transatlantische Differenzen mit Europa

NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hatte bereits auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2011 im Zuge der Sanierung von Staatsfinanzen davor gewarnt, dass eine Spaltung Europas bevorstehe, wenn nur noch wenige die Hauptlast der Sicherheitsausgaben trügen und andere stets weiter zurückfielen. Rasmussen hatte sich somit über ein „geteiltes Europa“ besorgt gezeigt, in dem nur einige wenige Staaten ihren Verpflichtungen nachkämen, folglich über ein „schwächeres Europa“, das ohne „hard power“ kaum in der Lage sein wird, Krisen zu verhindern, sowie über ein Europa, das sich weiter von den USA innerhalb der transatlantischen Allianz verteidigungspolitisch entferne. Um ein weiteres Auseinanderdriften der NATO-Länder zu verhindern, wäre es notwendig, nach dem Prinzip der „Smart Defence“ zu handeln. Demnach bestünde ein erster Schritt, Kapazitäten multinational zu entwickeln und zusammenzufassen, zweitens müssten richtige Prioritäten gesetzt werden und drittens Anstrengungen besser koordiniert werden. Dies zielt vor allem auf eine bessere Abstimmung der einzelnen Alliierten mit dem NATO-Verteidigungsplanungsprozess. Die NATO soll im Rahmen von „Smart Defence“ die Mitgliedstaaten unterstützen, „effektiver und effizienter zu kooperieren“.⁵⁸⁶

In den Jahren 2009 und 2010 waren die Ausgaben für Verteidigung der europäischen NATO-Mitglieder allein um ca. 45 Milliarden US-Dollar gesunken, dieser Betrag entsprach damals etwa dem jährlichen deutschen Wehrbudget. Mit Anfang 2011 haben die USA nahezu 75 Prozent der NATO-Gesamtausgaben übernommen, 2001 waren es ungefähr 50 Prozent.⁵⁸⁷ Während die europäischen NATO-Länder im Jahr 2009 insgesamt 188 Milliarden Euro für Verteidigung ausgegeben hatten, hatten die USA für diesen Bereich damals umgerechnet 503 Milliarden Euro aufgewendet. Daraus folgt, dass die europäischen NATO-Staaten 2009 ca. 37 Prozent von jenem Betrag ausgegeben hatten, den die USA für

⁵⁸⁶ Aus: Tobias Bunde, Zu Guttenberg und Rasmussen fordern verstärkte sicherheitspolitische Kooperation – Zeit für nationale Egoismen vorbei, Münchner Sicherheitskonferenz, 4.2.2011, Konferenzbeiträge, 5.2.2011.

⁵⁸⁷ Aus: “Building security in an age of austerity“. Speech by NATO Secretary General Anders Fogh Rasmussen at the 2011 Munich Security Conference, 4 February 2011, und Gunther Hauser, Die Münchner Sicherheitskonferenz, in: Der Soldat, 23.02.2011, S. 4.

Verteidigung zu dieser Zeit bereitgestellt hatten. Von den 188 Milliarden Euro hatten 2009 Frankreich und Großbritannien gemeinsam 80,6 Milliarden Euro aufgewendet (43 Prozent der Gesamtausgaben), während Frankreich, Großbritannien und Deutschland zusammen 114,2 Milliarden Euro (61 Prozent) für Verteidigung ausgegeben hatten. Diese drei NATO-Staaten (die „Großen Drei“) waren im Jahr 2009 dazu für 88 Prozent aller Ausgaben für Verteidigungsforschung und –entwicklung in NATO-Europa aufgekommen.⁵⁸⁸ In den Jahren 2011 und 2012 waren auch die USA aufgefordert, drastisch einzusparen. Seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 und unter dem Eindruck einer immanenten Terrorgefahr hatte sich der US-Verteidigungsetat damals verdoppelt. Mit ca. 550 Milliarden US-Dollar nahm er 2011 ein Viertel des jährlichen US-Gesamtbudgets ein. Die Kosten für die beiden Kriege in Afghanistan und in Irak waren darin nicht inkludiert, die beiden Kriege wurden vor allem mit Sonderbudgets finanziert. Der Afghanistan-Krieg hatte sich zwischen 2001 und 2011 auf 120 Milliarden US-Dollar summiert. Das Pentagon sollte aufgrund der damaligen Wirtschaftskrise nun innerhalb von zehn Jahren 450 Milliarden US-Dollar einsparen.⁵⁸⁹

Die Mängel an Fähigkeiten in den Streitkräften der europäischen NATO-Verbündeten wurden zunehmend von den USA kritisiert. Es ging um fehlende „intelligente Waffensysteme“ der Kampfbomber, unzureichende Transportkapazitäten sowie um fehlende Satellitenaufklärung. Die EU und die NATO hatten deshalb neue Mechanismen betreffend militärische Kapazitäten geschaffen, wie „Pooling & Sharing“⁵⁹⁰ und „Smart Defence“ (intelligente Verteidigung), die die gleiche Idee

⁵⁸⁸ Aus: Vortrag von Professor Julian Lindley-French zum Thema „The Future of European Security and Defence Policy: Implications for Member States“, Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) in Kooperation mit dem Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, Wien, 27. Juni 2011.

⁵⁸⁹ Thomas Vieregge, Unter dem Kommando des Sparstifts: Pentagon setzt Alliierte unter Zugzwang, in: Die Presse, 21.05.2012, S. 2.

⁵⁹⁰ Neben Ansätzen der „Lastenaufteilung“ („Burden Sharing“) zwischen Europäern und Amerikanern in den 1990er Jahren ist Pooling & Sharing im Kern ebenso ein bereits älteres Konzept: es ist in der Europäischen Sicherheitsstrategie aus 2003 festgeschrieben, die Europäische Verteidigungsagentur (EVA) hat die Aufgabe, innerhalb der EU gemeinsame Projekte vorzuschlagen, zu initiieren und umzusetzen.

projizieren, nämlich engere Zusammenarbeit voranzutreiben,⁵⁹¹ am 9. Dezember 2010 hatte die EU dazu den Genter Rahmen (Ghent Framework for Pooling & Sharing) für militärische Kapazitäten ins Leben gerufen⁵⁹², der damalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen kündigte in der Folge bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2011 die Zauberformel „Mehr Sicherheit für weniger Geld = Smart Defence“ an: „The genesis of the two processes is closely linked. ... Smart Defence was very much a NATO reaction to the dynamic thus initially generated in the CSDP.“⁵⁹³ Hauptaugenmerke liegen vor allem in der gemeinsamen Nutzung von Fähigkeiten sowie folglich in der Bildung eines gemeinsamen Pools von Fähigkeiten und Ausrüstungspools in Zeiten großer Budgetkürzungen⁵⁹⁴ aufgrund der Schuldenkrise.⁵⁹⁵ „Smart Defence“ bedeutet: Mehr Kooperation, weniger nationale Eigenständigkeit.⁵⁹⁶ Rasmussen beschrieb „Smart Defence“ wie folgt:

⁵⁹¹ Bence Németh, How to bridge the 'three islands': The future of European military cooperation, Strategic Snapshots No. 4, herausgegeben von der Group on Grand Strategy, 25.01.2012; S. 3.

⁵⁹² Der Genter Rahmen fußt auf einem deutsch-schwedischen Initiativpapier vom November 2010 zum Thema „European Imperative – Intensifying Military Cooperation in Europe“, aus: Sven Biscop und Jo Coelmont, Europe, Strategy and Armed Forces. The Making of a Distinctive Power, Cass Military Studies, Routledge Publishing, London und New York 2012, S. 81.

⁵⁹³ CSDP: Common Security and Defence Policy of the European Union (Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union); aus: Sven Biscop, As the EU Said at the NATO Summit, Security Policy Brief No. 33, February 2012, Egmont Royal Institute for International Relations, S. 1.

⁵⁹⁴ 2012 ist das Verteidigungsbudget im Vergleich zu 2008 in Griechenland um 47,3 Prozent, in Spanien um 40,9 Prozent, in Irland um 31,4 Prozent, in Italien um 21,4 Prozent, im Vereinigten Königreich um 19,4 Prozent, in den Niederlanden um 18,4 Prozent, in Polen um 9 Prozent, in Frankreich um 6,8 Prozent sowie in Deutschland um 3,7 Prozent gefallen. Aus: Budgets Stagnate, Fall, Across Region, in: Defense News, June 4, 2012, S. 11. Litauen kürzte die Verteidigungsausgaben um fast 50 Prozent zwischen 2008 und 2010. Aus: Tomas Valasek, Surviving Austerity. The case for a new approach to EU military collaboration, Centre for European Reform, London, April 2011, S. 3f.

⁵⁹⁵ Smart Defence: „... an effort to better pool and coordinate defense spending and capabilities amid shrinking budgets“, aus: Kate Brannen, Afghanistan, Smart Defense Lead NATO Summit Agenda, in: Defense News, March 26, 2012, S. 5.

⁵⁹⁶ Paul-Anton Krüger, Magische Formel, in: loyal, Magazin für Sicherheitspolitik, Nr. 09/12, S. 6-13, S. 7.

„I know that in an age of austerity, we cannot spend more. But neither should we spend less. So the answer is to spend better. And to get better value for money. To help nations to preserve capabilities and to deliver new ones. This means we must prioritise, we must specialise, and we must seek multinational solutions. Taken together, this is what I call Smart Defence.“⁵⁹⁷

Der damalige US-Verteidigungsminister Robert Gates warnte bei seiner Abschiedsrede im Juni 2011, die NATO würde einer „trüben und düsteren Zukunft“ entgegenstehen, wenn die europäischen Verbündeten nicht mehr unternehmen würden in Bezug auf ernstzunehmende Bereitstellung militärischer Mittel. Durch die „Demilitarisierung“ Europas würden immer mehr Länder nicht mehr imstande sein, so Gates, militärisch relevante Fähigkeiten der NATO (oder EU) zur Verfügung zu stellen.⁵⁹⁸ Die USA, so Gates im Juni 2011 in Brüssel, werde künftig nicht mehr „als Europas Kavallerie“ bereitstehen. Weder der US-Kongress noch die breitere politische Klasse verspüre die „Lust“, weiterhin wertvolles Geld für Nationen aufzuwenden, „die offenbar nicht willens sind, die notwendigen eigenen Verteidigungsmittel aufzubringen.“⁵⁹⁹ Gates warnte, dass aufgrund der erheblichen Verteidigungslücken in Europa und des mangelnden Willens, dagegen Maßnahmen zu ergreifen, eine neue „post-cold war generation of leaders in America“ die NATO nicht nur in Frage stellen können, sondern auch eine Auflösung der NATO befürworten können.⁶⁰⁰

Bei der NATO-Operation Unified Protector (Libyen, März bis Oktober 2011) wurde wie bei den NATO-Operationen zuvor (Allied Force

⁵⁹⁷ So der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen am 30. September 2011, zitiert in: Ralph D. Thiele, Smart Defense in the 21st Century, The Korean Journal of Security Affairs, Volume 17, Number 1, June 2012, Research Institute for National Security Affairs, Korean National Defense University, S. 83-99, S. 83.

⁵⁹⁸ Camille Grand, Smart Defense, in: Lisa Aronsson / Molly O'Donnell, Smart Defense and the Future of NATO: Can the Alliance Meet the Challenges of the Twenty-First Century?, March 28-30, 2012, Chicago, Illinois, Conference Report and Expert Papers, Presented by The Chicago Council on Global Affairs, S. 2.

⁵⁹⁹ Jochen Bittner, „Die militärischen Fähigkeiten sind nicht da“. Ohne die USA können die Europäer keine Kriege führen, behauptet der amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates. Hat er recht?, in: Die Zeit, 22.06.2011, S. 6.

⁶⁰⁰ Ian Tryanor, US defence chief blasts Europe over Nato, The Guardian, 10 June 2011 12.46 BST, [http://www.guardian.co.uk/world/2011/jun/10/nato-dismal-future-pentagon-cheif/print](http://www.guardian.co.uk/world/2011/jun/10/nato-dismal-future-pentagon-chief/print), abgerufen am 27.06.2011.

im ehemaligen Jugoslawien 1999 sowie ISAF in Afghanistan 2003-2014) die Abhängigkeit der europäischen NATO-Verbündeter von den USA in den unterschiedlichen Bereichen der modernen Kriegführung und Logistik wieder mehr als deutlich sichtbar: „Furthermore, the crisis in Libya underlined the unforeseeable nature of conflicts, and also showed the need for modern systems and facilities and for less reliance on the United States for costly advanced capabilities.“⁶⁰¹

Im Mai 2012 wurde auf dem NATO-Gipfel von Chicago „Smart Defence“ zur offiziellen Politik des transatlantischen Bündnisses erhoben. Folglich wurde damals von den NATO-Staats- und Regierungschefs ein Paket von mehr als 20 multinationalen Gemeinschaftsprojekten beschlossen, das sich in etwa 120 Einzelprojekte unterteilt. Das Ziel des Pakets liegt darin, „to provide the capabilities we need at a price we can afford“, so der damalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen.⁶⁰²

Als seit 2012 keine deutliche verteidigungspolitische Koordination seitens der europäischen NATO-Verbündeten sichtbar wurde, bezeichnete US-Präsident Donald Trump die NATO als obsolet, falls die europäischen Verbündeten ihre in Chicago vereinbarten Verpflichtungen nicht ernst nehmen: eine gemeinsame Verteidigung, so Trump, erfordere „angemessene Investitionen in den militärischen Fähigkeiten“, alle NATO-Staaten müssen auch gemäß den NATO-Gipfelerklärungen von Newport/Wales 2014 bis zum Jahr 2024 Verteidigungsausgaben in der Höhe von zwei Prozent des BIP erreichen.⁶⁰³ US-Verteidigungsminister James Mattis hielt beim Treffen mit seinen Amtskollegen in Brüssel Anfang 2017 jedoch fest: „Die USA stehen felsenfest zu Artikel 5 und zu unserem gegenseitigen Beistand“.⁶⁰⁴ Der Grund für die Aufrüstung vor allem bei den europäischen NATO-Verbündeten heißt auf jeden Fall Donald Trump. So sei die NATO folglich nicht mehr obsolet, vor allem, weil mittlerweile in Polen und im Baltikum die Verteidigungsausgaben die zwei Prozent des BIP erreicht haben. Anlässlich seines Besuches in Warschau am 6. Juli 2017

⁶⁰¹ Smart Defence, <http://www.nato.int/docu/review/Topics/EN/Smart-Defence.htm>, abgerufen am 01.10.2012.

⁶⁰² Ebenda.

⁶⁰³ Gunther Hauser, Die US-Außenpolitik: Auf dem Weg ins Chaos?, in: Militär Aktuell 1/2017, S. 50.

⁶⁰⁴ Der Offizier, Atlantic Resolve, in: Der Offizier, Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Ausgabe 1/2017, S. 15-16, hier S. 16.

betonte Trump, dass er sich zur Beistandsverpflichtung im NATO-Vertrag nach Artikel 5 bekenne:

„To those who would criticize our tough stance, I would point out that the United States has demonstrated not merely with words but with its actions that we stand firmly behind Article 5, the mutual defense commitment. Americans know that a strong alliance of free, sovereign and independent nations is the best defense for our freedoms and for our interests. That is why my administration has demanded that all members of NATO finally meet their full and fair financial obligation. As a result of this insistence, billions of dollars more have begun to pour into NATO.“⁶⁰⁵

Bereits 1997 meinte der ehemalige US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, dass die Ukraine aufgrund der damals bevorstehenden EU- und NATO-Erweiterungen nach Osten „eventuell in der Position sein könnte“, vor die Wahl gestellt zu werden, Mitglied einer dieser Organisationen oder auch beider Organisationen zu werden.⁶⁰⁶ Im Zuge der Annexion der Krim durch Russland 2014 erklärten sich die USA bereit, Kommandoeinheiten, Kampfflugzeuge und Überwachungskapazitäten der neuen Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) der NATO zur Verfügung stellen. Diese VJTF soll aus Sicht der NATO einer potenziellen russischen Aggression in Osteuropa Einhalt gebieten: „We will take necessary steps in US and NATO capabilities, posture and plans, to deter Russia’s malign and destabilising influence, coercion and aggression“, betonte der damalige US-Verteidigungsminister Ashton Carter während seines Besuches in Berlin im Juni 2015.⁶⁰⁷ Im Sommer 2014 begann somit das US European Command zur Stärkung der NATO-Ostflanke die Operation Atlantic Resolve (Atlantische Entschlossenheit), ein großes amerikanisches Aktionsprogramm zur Unterstützung der European Reassurance Initiative (ERI). Die Atlantic Resolve wird von den USA bilateral durchgeführt im Rahmen der

⁶⁰⁵ Jaroslaw Adamowski, Trump effect? Eastern Europe defense spending to climb, in: Defense News, 10.07.2017, S. 10.

⁶⁰⁶ Zbigniew Brzezinski, The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostrategic Imperatives, Basic Books, New York 1997, S. 119.

⁶⁰⁷ Geoff Dyer, US to boost new rapid Nato force,, in: Financial Times online, June 22, 2015 7:51 p.m., <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/58fb7a58-190b-11e5-8201-cbdb03d71480.html>, abgerufen am 23.06.2015.

ERI, es handelt sich dabei um keine NATO-Operation. Eine komplette US-Kampfbrigade, das 3rd Armored Brigade Combat Team (ABCT) der 4. US-Infanteriedivision, wurde aus Fort Carson über Beaumont (Texas) auf dem Seeweg nach Bremerhaven und in der Folge im Eisenbahn- und Straßenmarsch nach Polen verlegt.⁶⁰⁸ Es handelte sich dabei um 3.500 Soldaten und 446 Kettenfahrzeuge, die ab Februar 2017 von Polen aus ins Baltikum, nach Bulgarien, Rumänien sowie zum US-Stützpunkt Grafenwöhr in der Oberpfalz verlegt wurden.⁶⁰⁹ Zur Operation Atlantic Resolve bildete die NATO parallel vier Bataillone mit insgesamt 4.000 Soldaten, darunter befinden sich mehrere Hundert US-Amerikaner, die in Polen und im Baltikum stationiert sind.⁶¹⁰ Seit April 2014 führen die US-Streitkräfte verstärkt multinationale Trainings- und Sicherheitskooperationen mit Verbündeten und Partnern durch. Die Kooperationen findet in Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Bulgarien und Ungarn statt: „Diese Ausbildungsveranstaltungen verbessern die Interoperabilität, stärken die Beziehungen und das Vertrauen zwischen den alliierten Armeen, tragen zur regionalen Stabilität bei und sollen das US-Engagement gegenüber der NATO zeigen.“⁶¹¹

Auf Rotationsbasis sind US-Soldaten in Polen sowie im Baltikum stationiert, im Mittelmeer- und Schwarzmeerraum ist seit 2010 das US Marine Corps ebenso auf Rotationsbasis stationiert. Die US Navy erhöhte ihre Präsenz im Raum Bosphorus.⁶¹² Der damalige US-Verteidigungsminister Ashton Carter kündigte in diesem Zusammenhang am 2. Februar 2016 an, die US-Militärpräsenz in Europa „signifikant“ zu erhöhen. Das Budget dazu wurde 2017 auf 3,4 Milliarden US-Dollar vervierfacht – das Geld soll vermehrt für Ausbildung und Übung, Vorpositionierung, Kampfausrüstung und Infrastruktur bereitgestellt werden. Das bedeutet somit auch ein langfristiges Engagement der USA im Bereich der europäischen Sicherheit.⁶¹³ Aufgrund der russischen Annexion der Krim

⁶⁰⁸ Der Offizier, Atlantic Resolve, in: Der Offizier, Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Ausgabe 1/2017, S. 15-16, hier S. 15.

⁶⁰⁹ Ebenda.

⁶¹⁰ Ebenda, hier S. 15f.

⁶¹¹ Ebenda, hier S. 16.

⁶¹² Philip M. Breedlove, NATO's Next Act. How to handle Russia and Other Threats, in: Foreign Affairs, July/August 2016, S. 96-105, S. 101.

⁶¹³ NATO Secretary General welcomes US announcement to strengthen military presence in Europe, PR (2016) 014, 2 February 2016.

2014 erhöhen die drei baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen sowie Polen ihre Verteidigungsanstrengungen, die Beschaffung eines gemeinsamen Luftverteidigungssystems ist sogar in Diskussion. Die baltischen Länder befürchten, dass sie aufgrund ihrer topografisch exponierten Lage im Osten des NATO-Bündnisgebietes nächstes Ziel einer „russischen Aggression“ werden.⁶¹⁴

Dennoch versuchte US-Präsident Donald Trump, sich bei anderen sicherheitspolitischen Themen wie die Bekämpfung des „Islamischen Staates“ (IS) und beim Syrien-Konflikt insgesamt sich Russland anzunähern. Mit Russland vereinbarte Trump verstärkte Kooperationen bei der Bekämpfung des IS, beide kündigten Anfang 2017 eine „partnerschaftliche Zusammenarbeit“ in den Bereichen „strategische Stabilität“, Nahost-Konflikt, iranisches Atomprogramm und Konfliktbewältigung sowohl auf der koreanischen Halbinsel als auch in der Ukraine an. Im UN-Sicherheitsrat verurteilte jedoch wenig später die amerikanische UN-Botschafterin Nikki Haley das „aggressive Verhalten“ Russlands in der Ukraine und koppelte die Aufhebung von US-Sanktionen an die Rückgabe der Krim durch Russland an die Ukraine.⁶¹⁵ US-Außenminister Rex Tillerson bezeichnete die Annexion der Krim durch Russland im Frühjahr 2014 weiterhin als „unrechtmäßig“, demnach stelle Russland „heute eine Gefahr dar“.⁶¹⁶ Im Vergleich zu den USA konnte Russland in den vergangenen Jahren seinen Einfluss im südlichen Mittelmeerraum, insbesondere in Syrien, Ägypten und in Libyen, jedoch massiv ausbauen.⁶¹⁷

Am 29. Dezember 2016 verhängte US-Präsident Barack Obama aufgrund der Cyber-Attacken gegen die USA Sanktionen gegen Russland und verwies 35 russische Diplomaten des Landes. „The United States and friends and allies around the world must work together to oppose Russia’s efforts to undermine established international norms of behavior“, so Obama.⁶¹⁸ Ende August 2017 erließ Washington die Order, bis Anfang September 2017 drei russische Vertretungen in den USA zu schließen.

⁶¹⁴ Jaroslaw Adamowski, Fear factor: As Russia looms large, Baltics up military capacity, in: Defense News, 28.08.2017, S. 1 und 24.

⁶¹⁵ Gunther Hauser, Die US-Außenpolitik: Auf dem Weg ins Chaos?, in: Militär Aktuell 1/2017, S. 50.

⁶¹⁶ Ebenda.

⁶¹⁷ Ebenda.

⁶¹⁸ Neil MacFarquhar, Russia goes from U.S. foe to friend with Trump, in: The New York Times International Edition, 2.01.2017, S. 1 und 5, hier S. 1.

Russlands Außenministerium warf den USA eine „eklatante Verletzung des Völkerrechts“ vor und ortete einen „offen feindseligen Akt“: betroffen von den erzwungenen Schließungen waren das Konsulat in San Francisco, die Handelsvertretung in Washington sowie eine Vertretung in New York. Die aus den geschlossenen russischen Vertretungen beschäftigten Diplomaten sind nun zum Teil in der russischen Botschaft in Washington eingesetzt.⁶¹⁹ Auslöser des Schlagabtausches sind Vorwürfe, dass Moskau sich gezielt zugunsten von Präsident Donald Trump in den US-Wahlkampf eingemischt habe, einerseits über direkte Kontakte zu Trumps Team, andererseits stehen Hackerangriffe auf die Demokraten im Raum.⁶²⁰

⁶¹⁹ Russische Vertretungen geschlossen, in: Die Presse, 4.09.2017, S. 3.

⁶²⁰ Ebenda.

Die Arktis im Verhältnis USA-Russland

Im Jahr 2008 unterzeichneten Kanada, Dänemark, Norwegen, Russland und die USA die Erklärung von Ilulissat mit dem Ziel, überlappende Ansprüche in der Arktis auf friedliche Art zu klären.⁶²¹ Um rivalisierende Souveränitätsansprüche zu eliminieren, Seefahrtsrouten juristisch zu erfassen, die gemeinsame Ausbeutung von Rohstoffen zu erreichen sowie Fischerei in der Arktis zu regeln schlagen Experten auch den Abschluss eines Arktis-Vertrages vor.

Der Arktisrat selbst umfasst diese fünf arktischen Nationen sowie Finnland, Schweden und Island und auch Organisationen indigener Völker.⁶²² Dieser Rat könnte ausgebaut werden mit einem Streitschlichtungsmechanismus, der wiederum dabei helfen könnte, Richtlinien zu kodifizieren betreffend Öl- und Gasförderung, den Kontinentalschelf zu kartografieren, ein Beobachtungsnetzwerk einzuführen und Navigationssysteme zu modernisieren sowie Verkehrsmanagement und Umweltschutz zu betreiben.⁶²³ Mit dem Ziel, die „Governance der Meere“ zu stärken, einschließlich der Arktis, könnten die USA – wie von den letzten Präsidenten George H.W. Bush, Bill Clinton, George W. Bush und Barack Obama vorgeschlagen – der UN-Seerechtskonvention beitreten, diese sieht einen Streitschlichtungsmechanismus vor.⁶²⁴ Alle Staaten, die an den Arktischen Ozean angrenzen (mit Ausnahme der USA) sind Vertragsparteien der UN-Seerechtskonvention.⁶²⁵ Am 10. Mai 2013 veröffentlichte das Weiße Haus die Nationale Strategie für die Arktische Region,⁶²⁶ die jene präsidentielle Nationale Sicherheitsdirektive aus der Bush-Ära von 2009 aktualisierte.

Die Arktis könnte in naher Zukunft eisfrei werden, dies würde nicht nur die Passage für sämtliche Schiffsüberquerungen öffnen, sondern auch die Ausbeutung von fossilen Brennstoffen am Meeresgrund ermöglichen. Sowohl die Nordostpassage (von Russland kommend) als

⁶²¹ Stewart Patrick, *The Unruled World. The Case for Good Enough Global Governance*, in: *Foreign Affairs*, January/February 2014, S. 58-73, S. 68.

⁶²² Ebenda.

⁶²³ Ebenda.

⁶²⁴ Ebenda.

⁶²⁵ The National Institute for Defense Studies Japan, *East Asian Strategic Review 2011*, The Japan Times, Tokyo, May 2011, S. 59.

⁶²⁶ The White House, *National Strategy for the Arctic Region*, Washington, May 2013.

auch die Nordwestpassage (die an der nördlichen Küstenlinie Kanadas verläuft) könnte für die Transportrouten zwischen Ostasien und Nordamerika sowie Europa sehr relevant werden. Der Arktische Ozean umfasst ca. 9,5 Millionen Quadratkilometer.⁶²⁷ Im Sommer 2012 durchführten 46 Schiffe die nördliche Seeroute. 2010 waren es nur vier, im Jahr darauf 34. Durch den Klimawandel ist das arktische Meer länger befahrbar, zudem wird die Arktis zunehmend interessant durch die steigende Nachfrage nach Rohstoffen.⁶²⁸ So werden im Kontinentalschelf Alaskas laut US-„Bureau of Ocean Energy Management“ (BOEM) unentdeckte, technisch abbaubare Ölreserven in der Größenordnung von 26 Milliarden Barrel und Gasreserven von 3,7 Billionen Kubikmeter vermutet.⁶²⁹ In der Arktis sollen 13 Prozent des noch unentdeckten Erdöls liegen sowie 30 Prozent der noch zu erschließenden Erdgasreserven. Fünf Anrainer machen Souveränitätsansprüche auf einen erweiterten Festlandssockel sowie die Ausdehnung ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone über die im Seerechtsübereinkommen von 1982 festgelegten 200 Seemeilen hinaus geltend.⁶³⁰

Beim neunten Treffen des Arktischen Rates am 24. und 25. April 2015 in Iqaluit / Kanada übernahm der damalige US-Außenminister John Kerry den Vorsitz aus der Hand der kanadischen Umweltministerin – der Vorsitz der USA dauerte bis 2017 an. Seit der Ukraine-Krise und den Sanktionen der USA gegen Russland sieht Moskau jedoch weniger Anlass, mit anderen Anrainerstaaten der rohstoffreichen Nordpolregion zusammenzuarbeiten. Seewege wie die Nordwest- und Nordostpassage gewinnen bei weniger Vereisung große strategische Bedeutung. So rammte im Jahr 2007 die Besatzung eines russischen U-Bootes am Nordpol eine Nationalflagge in den Meeresboden unter dem Eis. Russland betont seither, sein Festlandssockel erstreckte sich soweit, dass Russland letztlich die ganze Region für sich beanspruchen könnte. Es folgten jedoch Jahre der relativ

⁶²⁷ Stewart Patrick, *The Unruly World. The Case for Good Enough Global Governance*, in: *Foreign Affairs*, January/February 2014, S. 58-73, S. 60f.

⁶²⁸ Gerd Braune, *Rohstoffboom treibt Arktis-Schifffahrt*, in: *Die Presse*, 7.01.2013, S. 11.

⁶²⁹ Gerd Braune, *Protest gegen Ölsuche in der Arktis*, in: *Die Presse*, 8.05.2012, S. 21.

⁶³⁰ *Diese Nato hat ausgedient. Das Bündnis muss europäischer werden. Ein Standpunkt von Theo Sommer*, hrsgg. von Roger de Weck, Edition Körber-Stiftung, Berlin 2012, S. 67.

friedlichen Kooperationen zwischen den im Arktischen Rat vertretenen Arktisanrainern.⁶³¹

Laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI rüstet Russland nun kräftig auf. Anfang April 2015 wurde bekannt, dass Russland Bauteile für eine Marineanlage auf der Inselgruppe Franz-Josef-Land im Nordpolarmeer ausgeliefert hat. Die russische Armee habe Abwehrraketensysteme vom Typ Panzir stationiert, so der russische Generalmajor Kirill Makarow. Im März 2015 fand ein Großmanöver mit 40.000 Soldaten in der Arktischen See statt. Geplant sei auch die Stationierung von MiG-31, so Makarow. Es gehe um den Schutz der „Nordflanke“ Russlands. Zudem ist Moskau bestrebt, auf der Insel Nowaja Semlja im Nordpolarmeer ein Frühwarnsystem errichten: „Seit 2014 sind die Beziehungen zwischen den arktischen Anrainernationen in steigendem Maße durch den Ukraine-Konflikt belastet“, warnt Ekaterina Klimenko, SIPRI-Forscherin mit dem Schwerpunkt Arktisregion.⁶³² Aufgrund der westlichen Sanktionen hat Moskau weniger Möglichkeiten, Fördermittel für Arktisprojekte zu bekommen. Die USA stünden nun vor einer strategischen Wahl. Einerseits könnten sie die arktische Zusammenarbeit so wie Kanada nutzen, um konstruktive Kanäle zu Russland offen zu halten. Oder sie könnten Unnachgiebigkeit demonstrieren und Russland ausgrenzen, so Klimenko. In diesem Fall stünden die vielen bereits erreichten friedlichen Formen der Zusammenarbeit der Anrainerstaaten auf dem Spiel. Auch die aufgeschobene Frage, welcher Nation welcher Teil des 26 Millionen Quadratkilometer großen Gebietes um den Nordpol gehört, könnte im ungünstigsten Fall nur durch militärische Präsenz entschieden werden. Derzeit wetteifern die Nationen noch mit rein wissenschaftlichen Messungen.⁶³³

Russland stellt aus Sicht der USA aufgrund seiner „aggressiven Taten“ – von Hybridkriegsführung bis zu „nuklearem Säbelrasseln“ – eine besondere Herausforderung dar, jedoch soll die Tür für Russland offengelassen werden „to get on the right side and work with the US and Europe on common challenges.“⁶³⁴

⁶³¹ André Anwar, In der Arktis wird es politisch eisig, in: Salzburger Nachrichten, 25.04.2015, S. 5.

⁶³² Ebenda.

⁶³³ Ebenda.

⁶³⁴ Ash Carter, US, Allies Will Deliver ‚A Lasting Defeat‘ to ISIL, in: Defense News, 14.12.2015, S. 12.

Am 2. August 2017 setzte US-Präsident Trump neue Sanktionen (CAATS – Countering America’s Adversaries Through Sanctions Act) gegen Russland in Kraft, die zuvor vom US-Kongress mit großer Mehrheit verabschiedet worden waren. Das Repräsentantenhaus und der Senat hatten Ende Juli 2017 Strafmaßnahmen wegen mutmaßlicher russischer Hackerangriffe im US-Wahlkampf und der russischen Krim-Annexion beschlossen. Hätte Trump dieses Paket nicht unterschrieben, hätten seine politischen Gegner einen weiteren Beleg für seine angebliche Moskau-Nähe in der Hand gehabt. Donald Trump befand sich damals innenpolitisch aufgrund Moskaus mutmaßlicher Wahlkampfbeeinflussung und die Beschaffung von „schwarzer PR“ durch Donald Trump Jr. in einer geschwächten Position. Dem Gesetz hängte er ein sogenanntes „Signing Statement“ an, das seine Bedenken über die Maßnahmen ausdrückt. Zuvor hatten die Abgeordneten sichergestellt, dass Trump die Sanktionen gegen Russland nicht ohne Zustimmung des Kongresses aufheben kann – für das Weiße Haus eine unangenehme Machtbeschränkung. Die US-Maßnahmen umfassen vor allem den Energiebereich, wobei Firmen aus Drittländern ebenso betroffen wären, vor allem Länder mit wirtschaftlichen Verflechtungen mit Russland wie Deutschland und Österreich.⁶³⁵

Am 2. November 2017 hatte das US-Außenministerium die neue Sanktionsliste gegen Russland vorgelegt. Sechs russische Nachrichtendienste und 33 Unternehmen finden sich darauf, die meisten aus dem Rüstungssektor, die nun Einschränkungen bei der Kreditvergabe erfahren. Das State Department erfüllt somit die gesetzliche Vorgabe, die am 2. August 2017 unter dem Namen CAATS von Präsident Trump unterzeichnet worden war. Am 29. Januar 2018 trat diese in Kraft. Eine neue Ära der Sanktionen begann. US-Bürgern waren zuvor nur Kooperationen und Investitionen in russische Offshore-Ölprojekte untersagt, seither auch in ausländische Projekte, sofern sanktionierte russische Betriebe an ihnen mehr als 33 Prozent halten. Betroffen davon sind Projekte in Norwegen oder in Mexiko und damit auch solche der Österreichischen Mineralölverwaltung (OMV), die in Norwegen Assets an Gazprom verkaufen möchten.⁶³⁶ Die neuen US-Sanktionen sehen vor, dass nicht nur die sanktionierten russischen Konzerne mit Strafmaßnahmen bedroht werden, sondern auch ihre internationalen Handelspartner, so sie substanzielle Geschäfte

⁶³⁵ US-Präsident unterzeichnet Sanktionen gegen Moskau, in: Die Presse, 3.08.2017, S. 7.

⁶³⁶ Eduard Steiner, Neue US-Geschütze gegen Moskau, in: Die Presse, 3.11.2017, S. 12.

mit Russland betreiben und gleichzeitig welche in den USA haben. Im CAATS-Plan sind ebenso der Eisenbahn-, Transport-, Metallurgie- und Bergbausektor genannt.⁶³⁷

⁶³⁷ Ebenda.

Asien-Pazifik – der Kampf um die Vormachtstellung

In den Nationalen Sicherheitsstrategien aus den 1990er Jahren formulierten die US-Regierungen, dass ein stabiles, offenes, wohlhabendes China „that assumes its responsibilities for building a more peaceful world is clearly and profoundly in our interest.“⁶³⁸ In der Nationalen Verteidigungsstrategie der USA aus 2008 wird jedoch auch betont, dass China das Potenzial besitzen wird, die USA zunehmend militärisch herauszufordern.⁶³⁹ Der ehemalige amerikanische Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski stellte klar, dass China aus US-Sicht zwei Ziele zu erfüllen hätte: „First, to oppose hegemonism and power politics and safeguard worldpeace, second, to build up a new international political and economic order.“⁶⁴⁰ Zugleich sollten die USA auch ihr „Übergewicht“ im asiatisch-pazifischen Raum reduzieren mit dem Ziel, eine militärische Auseinandersetzung mit China zu vermeiden. Eine derartige Auseinandersetzung würde dem wirtschaftlichen Aufbau Chinas enorm schaden.⁶⁴¹

Aus chinesischer Sicht bedarf es zwischen USA und China eines „gegenseitigen Respekts“ wohl wissend, dass jedes dieser Länder „seine eigene Meinung hat“. Deshalb bedarf es aus Sicht Pekings eines ständigen Kommunikationsflusses zwecks Ausräumung von Meinungsverschiedenheiten. China ist bestrebt, eine neue Art der Großmachtbeziehungen (major-country relationship) mit den USA einzugehen, „to ensure non-conflict, non-confrontation, mutual respect, and mutually beneficial cooperation between the two sides.“⁶⁴² 2014 wurden die militärischen Beziehungen beider Länder weiterentwickelt, 2015 besuchte der Vize-Vorsitzende der Zentralen Militärkommission Chinas (Central Military Commission), Fan Changlong, die USA. Beide Seiten schufen einen gegenseitigen Meldemechanismus für größere Militäreinsätze sowie einen

⁶³⁸ So auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie aus 1998, The White House, A National Security Strategy for a New Century, October 1998, S. 43.

⁶³⁹ The Department of Defense, 2008 National Defense Strategy, Washington 2008, S. 3.

⁶⁴⁰ Zbigniew Brzezinski, The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostrategic Imperatives, Basic Books, New York 1997, S. 170.

⁶⁴¹ Ebenda.

⁶⁴² Zheng Zeguang, Enhancing Mutual Trust Between China and the US Through Strategic Communication, in: Qiushi, CPC Central Committee Quarterly Vol 7 No 4, Issue No 25, Oct-Dec 2015, Beijing, S. 132-134, S. 134.

sicheren Verhaltenskodex in Bezug auf militärische Begegnungen auf See und in der Luft. China und die USA arbeiten zudem eng zusammen in Hinblick auf die Einhaltung des Nuklearabkommens durch den Iran, die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel und Stabilisierungsprozesse in Afghanistan. China und die USA vertieften ihre Kooperationen in den Bereichen Terrorbekämpfung, Klimawandel (noch unter der Präsidentschaft von Barack Obama) und die Eindämmung von Ebola.⁶⁴³ Jedoch pocht vor allem die US-Regierung unter Donald Trump verstärkt auf eine größere Einflussnahme Chinas auf Nordkorea, um sein Raketen- und Atomwaffenprogramm einzustellen: Falls China es nicht gelingt, den nötigen Druck auf Nordkorea zu projizieren, sehen sich die USA genötigt, eigene Maßnahmen gegen Nordkorea vorzunehmen: „Well, if China is not going to solve North Korea, we will“, betonte Trump. Welche Maßnahmen er einleiten werde, ließ Trump jedoch offen: „I’m not going to tell you. You know, I am not the United States of the past where we tell you where we are going to hit in the Middle East.“⁶⁴⁴

Dennis Blair, der damalige Chefkoordinator der 16 US-Nachrichtendienste, hatte in der Mitte September 2009 veröffentlichten „Nationalen Geheimdienststrategie“ China neben Russland, den Iran und Nordkorea als einen Staat hervorgehoben, der im globalen Umfeld die USA und ihre Interessen bedrohen könnte.⁶⁴⁵ Peking reagierte wie folgt: „Das ist Rhetorik des Kalten Krieges“, so eine Sprecherin des chinesischen Außenministeriums.⁶⁴⁶ Dabei ist in diesem US-Strategiepapier nur vage von einer „verstärkten auf Rohstoffe fokussierten chinesischen Diplomatie“ und einer „militärischen Modernisierung“ die Rede, die China „zusammen mit anderen Faktoren zu einer komplexen globalen Herausforderung“ für die USA machen würden. Blair wies zudem darauf hin, dass China vor allem „in der Cyberwelt äußerst aggressiv“ unterwegs sei.⁶⁴⁷ „Völlig aus der Luft gegriffen und unverantwortlich“, nannte der Sprecher des

⁶⁴³ Ebenda, S. 133.

⁶⁴⁴ Matthew Weaver / Benjamin Haas, Trump tells China: confront North Korea or US will do it, in: The Guardian Weekly, 7.04.2017, S. 13.

⁶⁴⁵ Burkhard Bischof, China schimpft über „unverantwortliche“ US-Strategie, in: Die Presse, 25.09.2009, S. 4.

⁶⁴⁶ Ebenda.

⁶⁴⁷ Ebenda.

Verteidigungsministeriums, Hu Changming, diese Aussagen. Und: „Die USA sollten ihre falschen Kommentare korrigieren.“⁶⁴⁸

Die ehemalige Außenministerin Hillary Clinton beschrieb die US-Interessen in dieser Region wie folgt:

„This vast region, from the Indian Ocean to the tiny island nations of the Pacific, is home to more than half of world’s population, several of our most trusted allies and valuable trading partners, and many of the world’s most dynamic trade and energy routes. U.S. exports to the region helped spur our economic recovery in the wake of the recession, and our future growth depends on reaching further into Asia’s expanding middle-class consumer base. Asia is also the source of real threats to our own security, most notably from North Korea’s unpredictable dictatorship.“⁶⁴⁹

Der damalige US-Verteidigungsminister Ashton Carter fasste das Engagement der US-Streitkräfte im asiatisch-pazifischen Raum wie folgt zusammen:

„The American military power has kept the region free from major state war for decades – despite the fact that there’s no NATO and that the wounds of World War II were never healed – and we continue to play that role. In the case of the South China Sea, for example, we continue to fly, sail, and operate anywhere that’s compatible with international law. We’ve called for a permanent halt to land reclamation and the further militarization of the South China Sea. But China’s behavior is encouraging and strengthening our alliances and partnerships.“⁶⁵⁰

Zwischen China und den USA wachsen die Spannungen: Chinas Hackerattacken auf US-Firmen und Behörden im großen Stil mit dem Ziel Industriespionage (so der Vorwurf der USA) verärgern die USA ebenso wie der Bau künstlicher Inseln im Südchinesischen Meer.⁶⁵¹ Peking wies die

⁶⁴⁸ Ebenda.

⁶⁴⁹ Hillary Rodham Clinton, *Hard Choices*, a memoir, Simon & Schuster, London, New York, Sydney, Toronto, New Delhi 2014, S. 42.

⁶⁵⁰ *Foreign Affairs*, *The Scholar as Secretary. A Conversation With Ashton Carter*, in: *Foreign Affairs*, September/October 2015, S. 72-78, hier S. 74.

⁶⁵¹ Kai Strittmatter, *Der chinesische Traum*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 23.09.2015, S. 9.

Vorwürfe von sich. Außenpolitisch schlug Xi Jinping seit 2013/14 einen neuen Ton an: Er träumt seither den „chinesischen Traum“ von der „Wiederbelebung der großen chinesischen Nation“. Xi hat dabei die Zurückhaltung seiner Vorgänger aufgegeben, er scheut in den umstrittenen Territorien des Ost- und des Südchinesischen Meeres konfrontative Schritte nicht. Xi handelt zudem proaktiv auf eigene Faust, wo frühere chinesische Staatschefs lediglich reagierten, und fühlt sich von den USA eingeschränkt: „Amerikas Strategie der Eindämmung Chinas wird nie funktionieren“, lautete der Titel eines Webportals des Parteisprachrohrs „Volkszeitung“ im September 2015.⁶⁵² China ist drittgrößter Exportmarkt für die US-Unternehmen.⁶⁵³ Xi setzt stark auf Nationalismus, der KP-Apparat unter Xi erklärte den Westen und die USA ausdrücklich zum ideologischen Feind. China und die USA wissen, dass sie aufeinander angewiesen sind, das Handelsvolumen zwischen China und den USA betrug 2014 fast 600 Milliarden US-Dollar.⁶⁵⁴ Xi fordert ein „neues Modell von Großmachtbeziehungen“ ein, ein Verhältnis auf Augenhöhe, „in dem die USA China vor der eigenen Haustüre freie Hand gewähren.“⁶⁵⁵

Auftakt für die Einleitung des „pazifischen Zeitalters“ der USA⁶⁵⁶ (Hillary Clinton)⁶⁵⁷ war im November 2011 eine neuntägige Pazifikreise von US-Präsident Obama nach Hawaii, Australien und Bali.⁶⁵⁸ China müsse sich an die Spielregeln halten, mahnte der damalige US-Präsident Obama in Hinblick auf den Währungskonflikt und den künstlich niedrig gehaltenen Kurs der chinesischen Währung. In Manila erklärte die damalige US-

⁶⁵² Ebenda.

⁶⁵³ Ebenda.

⁶⁵⁴ Ebenda.

⁶⁵⁵ Ebenda.

⁶⁵⁶ Hillary Clinton veröffentlichte im Herbst 2011 im Foreign Affairs-Journal einen Aufsatz mit dem Titel „America’s Pacific Century“, jedoch erhielt das Wort „pivot“ in diesem Zusammenhang große Bedeutung. Aus: Hillary Rodham Clinton, *Hard Choices, a memoir*, Simon & Schuster, London, New York, Sydney, Toronto, New Delhi 2014, S. 45f.

⁶⁵⁷ Bereits der Außenminister der US-Regierung von Bill Clinton, Warren Christopher, meinte Anfang der 1990er Jahre: „Das 21. Jahrhundert gehört den pazifischen Nationen.“ In: *Diese Nato hat ausgedient. Das Bündnis muss europäischer werden. Ein Standpunkt von Theo Sommer*, hrsgg. von Roger de Weck, Edition Körber-Stiftung, Berlin 2012, S. 84.

⁶⁵⁸ Thomas Vieregge, China in der pazifischen US-Flügelzange, in: *Die Presse*, 21.11.2011, S. 5.

Außenministerin Clinton, das Südchinesische Meer sei genauso ein philippinisches Meer. Der Territorialkonflikt um die Seerechte entzweit China und seine Nachbarn. Die USA streben eine Rolle als Patronanzmacht im Pazifik an.⁶⁵⁹

Auf der Spratly-Insel Yongxiang war China in den Jahren 2013 bis 2015 dabei, eine ganze Stadt zu errichten, inklusive Werften und einer Landebahn für Verkehrsflugzeuge. Sie trägt den Namen Sansha und soll chinesischen Staatsmedien zufolge bereits mehr als 3.000 Einwohner zählen.⁶⁶⁰ Auf dem Yonshu Reef (Fiery Cross Reef) entstand 2016 ein neuer Flughafen mit einer 3.000 Meter-Piste und ein Radar.⁶⁶¹

Am 23. November 2013 erklärte China über dem Ostchinesischen Meer eine große Luftverteidigungsidentifikationszone (air defense identification zone – ADIZ – Motiv: Erfordernis der Verteidigung 370 bis 500 Kilometer östlich der Territorialgewässer der Volksrepublik China, Nord-Süd-Ausdehnung: ca. 900 Kilometer)⁶⁶², Washington entsendete daraufhin zwei B-52-Bomber durch den „blinden Teil“ der Zone, ohne Peking zu informieren.⁶⁶³ In Washington hieß es, der Überflug sei Teil eines „lange geplanten“ Routinemanövers gewesen.⁶⁶⁴ Anfang Dezember 2013 kündigte Südkorea an, seine ADIZ als Reaktion auf China zu erweitern, zudem betonte der damalige US-Vizepräsident Joe Biden, dass die USA die unilateral verkündete ADIZ von China nicht anerkennen werde.⁶⁶⁵ Auch die japanische Regierung gab zu verstehen, dass die ADIZ die territoriale

⁶⁵⁹ Ebenda.

⁶⁶⁰ Aus: Felix Lee, China baut Große Mauer im Meer, in: Die Presse, 2.04.2015, S. 1.

⁶⁶¹ Sun Jianguo (Admiral), A Great Banner for World's Peaceful Development and a Steadfast Stride towards Centre of International Arena, in: International Strategic Studies 1/2016, Volume 119, China Institute for International Strategic Studies, S. 1-8, hier S. 6.

⁶⁶² Jiagu Richter, Der Inselstreit und die ADIZ (Luftverteidigungs-Identifikationszone) der VR China im Ostchinesischen Meer, in: Gerd Kaminski, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße?, Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 209-228, hier S. 209.

⁶⁶³ Masanori Nishi, Japan's former vice minister of defense, Japan, Allies Must Remain Vigilant in South China Sea, in: Defense News, 14.12.2015, S. 17. Und: Inselstreit: USA ignorieren Flugverbot, in: Die Presse, 27.11.2013, S. 7.

⁶⁶⁴ Inselstreit: USA ignorieren Flugverbot, in: Die Presse, 27.11.2013, S. 7.

⁶⁶⁵ Jung Sung-Ki, S. Korea to Expand Air Defense Zone, in: Defense News, December 9, 2013, S. 1 und 8, hier S. 8.

Integrität Japans verletze.⁶⁶⁶ Die Einrichtung einer ADIZ widerspricht weder dem Völkerrecht noch der internationalen Praxis, jedoch sind für die Bewahrung der regionalen Stabilität vor allem vertrauensbildende Maßnahmen notwendig. China zielt damit auf die Nicht-Duldung von unkontrollierter Militärpräsenz bzw. von fremden Flotten in diesen Gewässern.

Am 13. Juli 2015 hatte ein Tribunal in Den Haag die erste Woche von Hearings abgeschlossen betreffend die Streitigkeiten über die Seegrenzen zwischen den Philippinen und China. China bestand darauf, dass diese Streitigkeiten nicht von „fremden Richtern“ gelöst werden können und war somit bei diesen Hearings nicht präsent.⁶⁶⁷ Die Philippinen hatten diesbezüglich im Jahr 2013 das Ständige Streitschlichtungstribunal (Permanent Court of Arbitration) in Den Haag angerufen, es argumentierte, dass die „nine-dashed line“ (die Neun-Strich-Linie),⁶⁶⁸ die von China zur Definition seiner Ansprüche genutzt wird, illegal sei.

China – es besitzt die weltgrößte Fischfangflotte (fast 2.600 Hochseeschiffe), der Anteil der chinesischen Bevölkerung am weltweiten Fischkonsum beträgt mehr als ein Drittel⁶⁶⁹ – beruft sich auf eine Befischung dieser Gewässer seit 2.000 Jahren. Dadurch, dass die Gewässer um China mittlerweile leergefischt sind, setzt China seine Fischereiflotten weit über seine Grenzen aus global ein (so auch in Westafrika und im Südchinesischen Meer). Manche chinesische Fischereischiffe sind derart groß, sodass sie in einer Woche so viel Fisch aufnehmen können wie zum

⁶⁶⁶ Dr. Jiagu Richter, Universität Wien, anlässlich des internationalen Symposiums „Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße“, Kleiner Festsaal des Bundesministeriums für Justiz im Palais Trautson, Wien, 19.-20. Oktober 2015, 19. Oktober 2015.

⁶⁶⁷ The Economist, The South China Sea: See U in court, in: The Economist, July 18th, 2015, S. 43.

⁶⁶⁸ Diese Linie umschließt ca. 80 Prozent des Südchinesischen Meeres und geht zurück auf eine Karte, die die chinesische Nationalregierung 1948 vorgelegt hatte. Chinas Volkskongress erließ 1992 ein Gesetz über die Territorialgewässer (Territorial Sea Law) und 1998 ein weiteres Gesetz über Chinas Exklusive Wirtschaftszonen sowie seinen Kontinentalsockel. Aus: Gerhard Will, Tough Crossing: Europa und die Konflikte in der Südchinesischen See, SWP-Studie S10, Stiftung für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, im Juni 2014, S. 18.

⁶⁶⁹ Andrew Jacobs, China's Trawl's, and Nets Empty, in: The New York Times International Weekly / Süddeutsche Zeitung, May 12, 2017, S. 1 und 4.

Beispiel ein durchschnittliches senegalesisches Boot in einem Jahr.⁶⁷⁰ Chinesische Fangflotten bzw. Fischereischiffe sind zunehmend in maritime Dispute mit örtlichen Schiffen ausgesetzt, so zum Beispiel aus Indonesien, Südkorea, den Philippinen oder im März 2016 aus Argentinien, als ein chinesisches Schiff von Argentinern versenkt wurde. Mit Hilfe der chinesischen Marine wurden philippinische Fischerboote bei den Spratlys vertrieben.⁶⁷¹

Die Neun-Strich-Linie markiert die 1947 nach der japanischen Besetzung von China übernommenen Gebiete.⁶⁷² Als Grundlagendokument wurde vom Ständigen Streitschlichtungstribunal ein im Dezember 2014 veröffentlichtes „Positionspapier“ des chinesischen Außenministeriums verwendet, in dem China seine „unumstrittene Souveränität“ über die Inseln des Südchinesischen Meeres und die „umliegenden Gewässer“ betont.⁶⁷³ Trotz der Abwesenheit ist China Partei in diesem Fall. China hat jedoch dieses Papier nicht offiziell vorgelegt, um den Eindruck der Akzeptanz dieses Verfahrens zu verhindern.⁶⁷⁴ Riffe, die nur bei Ebbe aus dem Wasser ragen, kann aus Sicht des Seerechts keine Beanspruchung begründen, während bei einem Fels über Wasser die 12-Meilen-Zone (22 Kilometer) als Territorialbeanspruchung und somit als ausschließliche Wirtschaftszone von 200 nautischen Meilen gilt.⁶⁷⁵ Zudem dürfen gemäß der UN-Seerechtskonvention von Montego Bay aus 1982 (UNCLOS) – sie garantiert vor allem aus amerikanischer Sicht die Freiheit der Hohen See („freedom of the high seas“) und die Durchführung „friedlicher militärischer Operationen“ („Freedom of Navigation Operations“ – FONOPS) zu Wasser und in der Luft in den ausschließlichen Wirtschaftszonen der Anrainerstaaten⁶⁷⁶ – nur Inseln, auf denen kontinuierliche „menschliche Besiedlung“ und „wirtschaftliches Eigenleben“ in der Vergangenheit bewiesen werden können, beansprucht

⁶⁷⁰ Ebenda.

⁶⁷¹ Ebenda.

⁶⁷² Marlies Kastenhofer, Kampf der Giganten im Hinterhof Chinas, in: Die Presse, 22.07.2014, S. 4.

⁶⁷³ The South China Sea: See U in court, in: The Economist, July 18th, 2015, S. 43.

⁶⁷⁴ Ebenda.

⁶⁷⁵ Ebenda.

⁶⁷⁶ Aus: Antoine Bondaz, La Politique américaine en mer de Chine méridionale: maintenir une influence, rassurer des allies, garantir le droit, in: Diplomatie. Affaires Stratégiques et relations internationales, No 84, Janvier-Février 2017, S. 45-49, hier S. 48.

werden. Für Peking, China hatte die UNCLOS 1996 ratifiziert, gilt laut UNCLOS, dass die Durchführung derartiger „friedlicher militärischer Operationen“ inakzeptabel und somit in den chinesischen Gewässern sowie auch in Chinas ausschließlicher Wirtschaftszone verboten seien.⁶⁷⁷ Jener Kollisionsfall aus 2001, an dem ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug EP-3 mit einem chinesischen Jagdflugzeug des Typs J-8 kollidiert sei, verdeutlichte diese Problematik.⁶⁷⁸

Mit dem Urteil des Ständigen Streitschlichtungstribunals in Den Haag auf der Grundlage der Klage der Philippinen aus 2013 (15 Punkte, eingebracht von Präsident Benigno Aquino, China verhängte daraufhin Wirtschaftssanktionen gegen die Philippinen) vom 12. Juli 2016 steht somit fest (jedoch nicht für China – es bezeichnete das Urteil als „illegal und lächerlich“ und somit als „null und nichtig“), dass historische Gründe für die chinesischen Forderungen als juristische Argumentation nicht herangezogen werden können, das betrifft auch das 220 Kilometer von den Philippinen entfernte Scarborough-Riff, das Mischief Reef sowie das Second Thomas Shoal. Zudem kann aus den geologischen Formationen des Archipels der Spratlys keine Insel im juristischen Sinne abgeleitet werden, und somit auch keine ausschließliche Wirtschaftszone.⁶⁷⁹ Eine 12-Seemeilenzone könne zwar um topographische Objekte wie Sandbänke, Riffe, Atolle und Felsen, die bei der Flut noch aus dem Wasser ragen, gelegt werden, jedoch keine 200-Meilen-Zone zur exklusiven Wirtschaftszone. Letzteres ist nur bei Inseln zulässig, also Orten, die für menschliches Leben und die Bewirtschaftung tragfähig sind und somit nicht von externer Versorgung abhängen.⁶⁸⁰ Somit werden die Hoheitsrechte der Volksrepublik China in der Seeregion verneint, China verletzt demnach die UN-Seerechtskonvention aus 1982 in folgenden Punkten:

- China habe die philippinische Fischerei und Ölförderung behindert;
- China habe Souveränitätsrechte der Philippinen in deren exklusiver Wirtschaftszone verletzt;

⁶⁷⁷ Ebenda.

⁶⁷⁸ Ebenda.

⁶⁷⁹ Barthélémy Courmont / Éric Mottet, La mer de Chine méridionale: une mer chinoise?, in: *Diplomatie. Affaires Stratégiques et relations internationales*, No 84, Janvier-Février 2017, S. 40-44, hier S. 42.

⁶⁸⁰ Felix Lee / Wolfgang Greber, China's verlorene „Seeschlacht“, in: *Die Presse*, 13.07.2016, S. 5.

- Bauten im Meer hätten das Ökosystem geschädigt;
- Der Grundsatz wurde verletzt, dass bei anhängigen Streitbeilegungsverfahren keine Partei den Konflikt schüren darf.⁶⁸¹

Rodrigo Duterte, der gegenwärtige Präsident der Philippinen, setzt nun vor allem im Gegensatz zu seinem Vorgänger auf Deeskalation mit China, dies kam während seines Besuches am 20. Oktober 2016 in Peking zu Tage. China hat sich bereit erklärt, in die philippinische Infrastruktur und Entwicklung zu investieren, ein Angebot, dass Duterte nicht ausschlagen konnte.⁶⁸²

Darwin an der Nordspitze Australiens wurde inzwischen zum Wachposten der USA ausgebaut, 2.500 US-Marines sind dort stationiert. Die USA werden nach den beiden Kriegen in Irak und Afghanistan das Augenmerk auf den Pazifik richten und, wie Obama Mitte November 2011 in Canberra betonte, die US-Militärpräsenz in Südostasien stärken.⁶⁸³ Obama löste damit auch sein Versprechen beim Amtsantritt ein, als ein Sohn Hawaiis ein „pazifischer Präsident“ zu werden.⁶⁸⁴ Die militärische Präsenz sollte aus Sicht Obamas die wirtschaftlichen US-Interessen in Asien absichern. Eine transpazifische Freihandelszone – unter Einbindung Japans, Mexikos und Kanadas und der Ägide der USA – wurde unter Obama als klare Konkurrenz zu den chinesischen Bestrebungen konzipiert.⁶⁸⁵

Zudem bleibt es Ziel der USA, Indien in den Asiatisch-Pazifischen Orbit bzw. in die „political scene“ zu bringen.⁶⁸⁶ Indien wäre eine „Antithese“ zu China, ein bevölkerungsmäßig ebenso großes Land, im Gegensatz zum autokratischen China jedoch eine pluralistische Demokratie, die größte der Welt, eine große Regionalmacht wie China in

⁶⁸¹ Ebenda.

⁶⁸² Barthélémy Courmont / Éric Mottet, *La mer de Chine méridionale: une mer chinoise?*, in: *Diplomatie. Affaires Stratégiques et relations internationales*, No 84, Janvier-Février 2017, S. 40-44, hier S. 42.

⁶⁸³ Australien: Neue US-Basis verärgert China, in: *Die Presse*, 17.11.2011, S. 9.

⁶⁸⁴ Thomas Vieregge, China in der pazifischen US-Flügelzange, in: *Die Presse*, 21.11.2011, S. 5.

⁶⁸⁵ Ebenda.

⁶⁸⁶ Hillary Rodham Clinton, *Hard Choices*, a memoir, Simon & Schuster, London, New York, Sydney, Toronto, New Delhi 2014, S. 58.

dieser Region. In diesem Zusammenhang könnte Indien andere Länder dazu bewegen, verstärkt für politische und wirtschaftliche Öffnung zu stehen, „rather than follow China’s example of autocratic state capitalism.“⁶⁸⁷ Im Juni 2016 anerkannte das Weiße Haus Indien als „major defense partner“, somit kommt Indien seitens der USA jener Stellenwert – auch verteidigungspolitisch – zuteil, den die USA „für ihre engsten Freunde und Partner“ definiert. Im Zuge dieses „strategischen Handschlages“ sollen die Politik der „rebalance“ der USA sowie die „Act East Policy“ Indiens abgestimmt werden.⁶⁸⁸ Im Jahr 2012 schufen die USA und Indien die Defense Technology and Trade Initiative, um die beidseitigen Vorteile aus den industriellen und technologischen Fähigkeiten beider Länder zu nutzen. Dieses Programm soll auch die „Make in India“-Initiative ausbauen, die der indische Premierminister Narendra Modi verkündet hatte.⁶⁸⁹

Die USA unterzeichneten im Dezember 2015 mit Singapur das Übereinkommen über erweiterte Verteidigungskooperationen (Enhanced Defense Cooperation Agreement), zusätzlich entsandete die US Navy ein P-A-Poseidon-Seepatrouillen-Flugzeug und vier Küstenkampfschiffe auf rotierender Basis nach Singapur. Die militärischen Beziehungen mit Indonesien und Malaysia werden seitens der USA ebenso ausgebaut in Richtung Stärkung der regionalen Sicherheit.

Vom 23. bis 25. Mai 2016 fand jener historische Besuch vom damaligen US-Präsidenten Barack Obama in Hanoi statt, an dem das Waffenembargo gegenüber Vietnam für obsolet erklärt wurde. Vietnam soll von den USA jene militärische Ausrüstung bekommen, „die es benötigt“.⁶⁹⁰ Barack Obama erklärte jedoch, dass dieser Schritt „nichts mit China oder anderen Betrachtungen“ zu tun hätte.⁶⁹¹

Im September 2015 hatte der damalige US-Außenminister John Kerry alle regionalen Konkurrenten Chinas im Ringen um die Kontrolle des Südchinesischen Meeres dazu bewegen können, ihrerseits feindselige Aktionen rund um die umstrittenen rund 200 Spratly-Inseln – die meisten

⁶⁸⁷ Ebenda.

⁶⁸⁸ Ash Carter, The Rebalance and Asia-Pacific Security. Building a Principled Security Network, in: Foreign Affairs, November/December 2016, S. 65-75 S. 70.

⁶⁸⁹ Ebenda.

⁶⁹⁰ Ebenda S. 71.

⁶⁹¹ America and Vietnam: Pull the other one, in: The Economist, 28.05.2016, S. 44 und 45, hier S. 44.

bestehen aus Korallenriffen und Sandbänken – einzustellen, falls China dies ebenso tut. Derzeit sind nur 7 Spratly-Inseln in chinesischem Besitz, 27 Riffe kontrolliert Vietnam, 9 die Philippinen, 5 Malaysia und 1 Taiwan.⁶⁹² Malaysia, die Philippinen, Taiwan und Vietnam haben sich zur Selbstbeschränkung verpflichtet. China baut seit Jahren unbewohnte Inseln zu Marinesstützpunkten aus: „Wir müssen unsere Meinungsunterschiede offen ansprechen“, betonte US-Präsident Obama.⁶⁹³

Die Allianz zwischen den USA und Japan gilt somit als „the cornerstone of regional security and prosperity in the 21st century“, betonte der damalige US-Verteidigungsminister Leon Panetta.⁶⁹⁴ Die USA und Japan errichteten ein gemeinsames Raketenabwehrsystem in Ostasien, zudem arbeiten beide Länder in den Bereichen Sicherheit auf See und Nachrichtenwesen sowie Aufklärung und Überwachung zusammen.⁶⁹⁵

Der Territorialstreit im Südchinesischen Meer gewann Mitte Februar 2016 an Schärfe: Chinas Streitkräfte haben seither ein modernes Raketenabwehrsystem auf Woody Island stationiert. Die Insel befindet sich seit mehr als 40 Jahren unter chinesischer Kontrolle, wird jedoch auch von Taiwan und Vietnam beansprucht.⁶⁹⁶ Der US-Sender Fox News meldete unter Berufung auf Satellitenaufnahmen der zivilen Firma Image Sat International, das China auch eine Radaranlage auf Woody Island errichtet habe. Die Bilder zeigten einem US-Experten zufolge das HQ-9-Luftabwehrsystem. Mit einer Reichweite von 200 Kilometern könne das eine Bedrohung für zivile und militärische Flugzeuge darstellen.⁶⁹⁷ Der Kommandant der US-Streitkräfte im Pazifik, Admiral Harry Harris, sagte, die Stationierung von Raketen wäre keine Überraschung, stehe aber im Gegensatz zum chinesischen Versprechen, keine weiteren Truppen oder weitere militärische Infrastruktur in die Region zu verlegen. Admiral Harris kündigte weitere US-Patrouillenfahrten in dem Gebiet an, durch das relevante Handelsrouten verlaufen. Chinas Außenministerium verteidigte eine Stationierung von Abwehrsystemen auf bewohnten Inseln: „Das steht

⁶⁹² Aus: Felix Lee, China baut Große Mauer im Meer, in: Die Presse, 2.04.2015, S. 1.

⁶⁹³ Oliver Grimm, Inselstreit: Mehr US-Druck auf China, in: Die Presse, 26.09.2015, S. 9.

⁶⁹⁴ Marcus Weisgerber, Panetta Singles Out Japan as ‘Cornerstone’ of Strategy, in: Defense News, June 4, 2012, S. 4.

⁶⁹⁵ Ebenda.

⁶⁹⁶ China baut Militärfestung im Meer aus, in: Die Presse, 18.02.2016, S. 4.

⁶⁹⁷ Ebenda.

in Einklang mit dem internationalen Recht auf Selbstverteidigung“, sagte Außenminister Wang Yi.⁶⁹⁸

US-Außenamtssprecher Jeff Rathke sagte, mit dieser „Landgewinnung“ schüre China in der Region noch „größere Angst“. ⁶⁹⁹ China wies diese Vorwürfe zurück, nach denen es im Streit um Gebiete im Südchinesischen Meer zur Einschüchterung seiner Nachbarn „die Muskeln spielen lasse“. ⁷⁰⁰ Vielmehr strebe man Frieden und Stabilität an, so die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, Hua Chunying, am 10. April 2015. China befürworte Gespräche, um Spannungen zwischen jenen Staaten abzubauen, die Ansprüche auf Gebiete und Inselgruppen im Südchinesischen Meer geltend machen wollen. ⁷⁰¹ Länder ohne Ansprüche in der Region sollten sich im Hintergrund halten. ⁷⁰²

Der Oberbefehlshaber des US-Pazifikkommandos, Admiral Harry Harris, sprach in Hinblick auf den Ausbau von künstlichen Inseln zu Militärposten durch China von einer „Großen Mauer aus Sand“. ⁷⁰³ Trotz chinesischer Proteste wollen die USA in Zukunft wieder mit Kriegsschiffen in den umstrittenen Gewässern im Südchinesischen Meer kreuzen. Derartige Einsätze seien weltweit „Routine“, sagte Harris, am 3. November 2015 in einer Rede in Peking: „Keine Nation sollte sie als Bedrohung verstehen.“⁷⁰⁴

Die Freiheit der Meere bzw. der internationalen Gewässer war stets ein Grundprinzip der US-Politik, so Henry Kissinger. ⁷⁰⁵ Über die Hälfte des weltweiten Tankverkehrs verläuft durch das Südchinesische Meer,

⁶⁹⁸ Ebenda.

⁶⁹⁹ Südchinesisches Meer: China verbittet sich Einmischung der USA, Die Welt Online, 10. April 2015, 14:28, <http://www.welt.de/139370258>, abgerufen am 10.04.2015, S. 3f.

⁷⁰⁰ Ebenda.

⁷⁰¹ Ebenda.

⁷⁰² Ebenda.

⁷⁰³ Felix Lee, USA setzen China im Streit um Spratly-Inseln unter Druck, in: Die Presse, 28.10.2015, S. 6.

⁷⁰⁴ Südchinesisches Meer: USA wollen weiter Kriegsschiffe schicken, 3. November 2015, 11:30 Uhr, Der Standard Online, <http://derstandard.at/2000024999213/USA-wollen-weiter-Kriegsschiffe-ins-Südchinesische-Meer-schicken>, abgerufen am 12.11.2015.

⁷⁰⁵ Henry Kissinger, Fareed Zakaria, Niall Ferguson, David Daokui Li: Wird China das 21. Jahrhundert beherrschen? Eine Debatte, Pantheon Verlag, München, im Februar 2012, S. 63.

dieser Raum gilt somit als strategisch äußerst relevant.⁷⁰⁶ Als asiatisch-pazifische Macht hätten die USA ein Interesse daran, die Spannungen in dieser so vitalen Region zu verringern. Es sei deshalb notwendig, so der damalige US-Vizepräsident Joe Biden, dass sich die Hauptkontrahenten auf „einen Mechanismus zum Krisenmanagement verständigen und die Kommunikation untereinander verbessern.“⁷⁰⁷ Chinas Staatschef Xi Jinping stellte klar: Die „beiden größten Volkswirtschaften (...) der Welt tragen wichtige Verantwortung für Weltfrieden, Stabilität, Entwicklung und Fortschritt“.⁷⁰⁸ Die einzig richtige Wahl für sie, so Xi, sei, „Dialog und Kooperation untereinander zu stärken“. China sei bereit, mit den USA ein „neuartiges Modell der Beziehungen zwischen Großmächten“ einzugehen. Dazu gehöre es aber, die Kerninteressen und Hauptsorgen des anderen zu respektieren.⁷⁰⁹ Die USA flechten als Antwort in dieser Region ein Sicherheitsnetzwerk, das die Ambitionen Chinas einschränken und die Dominanz der USA in dieser Region garantieren soll, und sehen sich in dieser Region „sowohl als globale Schutzmacht als auch als neutraler Vermittler“.⁷¹⁰ Dabei stellen sie „keinerlei Gebietsansprüche und beanspruchen keine Hoheitsrechte.“⁷¹¹ So vertieft Washington derzeit die politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Beziehungen zu Japan, Australien sowie auch zu Indien, den Philippinen und zu Vietnam. Der derzeitige US-Verteidigungsminister James Mattis betonte, dass der Inselstreit sowie die künstliche Inselkonstruktion und die Militarisierung der Einrichtungen die regionale Stabilität der internationalen Gewässer des Südchinesischen Meeres unterminieren, dabei betonte er weiterhin das Recht der US-Streitkräfte „to continue to fly, sail and operate wherever

⁷⁰⁶ Felix Lee, USA setzen China im Streit um Spratly-Inseln unter Druck, in: Die Presse, 28.10.2015, S. 6.

⁷⁰⁷ Johnny Erling, China reagiert unterkühlt auf US-Vermittler Biden. US-Vizepräsident will den Konflikt im Ost- und Südchinesischen Meer deeskalieren – China warnt vor falschen Schritten, Der Standard Online, 4. Dezember 2013, 17:23 Uhr, <http://derstandard.at/1385169774621/China-warnt-Japan-und-USA-wegen-Militaerzone>, abgerufen am 12.11.2015.

⁷⁰⁸ Ebenda.

⁷⁰⁹ Ebenda.

⁷¹⁰ Angela Köhler, Gefährliche Muskelspiele im Pazifik, in: Die Presse, 11.06.2016, S. 7.

⁷¹¹ Ebenda.

international law allows and demonstrate resolve through operational presence in the South China Sea and beyond.⁷¹²

Ziel der USA bleibt weiterhin die Verlegung von US-Streitkräftepersonal in die Region so auch in den Stützpunkt Camp Humphreys und in die Osan-Luftwaffenbasis in Südkorea sowie in die Yokosuka-Marinebasis und in die Yokota-Luftwaffenbasis in Japan. Mit den betreffenden Staaten sowie den Anrainerstaaten ist weiterhin geplant, regionale Militärbeziehungen zu vertiefen.⁷¹³ Die Prinzipien seitens der USA lauten: die friedliche Streitbeilegung, das Recht der Staaten, frei über ihre Wirtschaft und ihre Sicherheit zu entscheiden – ohne Zwang von außen und jene Freiheit wahrzunehmen, die das internationale Recht in den Bereichen Überflüge / Flugrechte und freie Seefahrt gewährt.⁷¹⁴

⁷¹² Mike Yeo, Mattis addresses ‘clear and present danger’ of North Korea threat, in: Defense News, June 12, 2017, S. 12.

⁷¹³ Ash Carter, ‘The Rebalance and Asia-Pacific Security. Building a Principled Security Network’, in: Foreign Affairs, November/December 2016, S. 65-75 S. 65.

⁷¹⁴ Ebenda, S. 66.

Das Verhältnis der USA zu Japan

Mehr als die Hälfte der in Japan stationierten 50.000 US-Soldaten sind auf Okinawa stationiert.⁷¹⁵ Am 27. April 2015 wurden die „Guidelines for the Japan-US Defense Cooperation“ seit 1997 signifikant erneuert. Die „Guidelines“ wurden erstmals 1978 beschlossen mit dem Ziel, gemeinsame amerikanisch-japanische Operationspläne – erstmals nach dem Abschluss des bilateralen Sicherheitsvertrages aus 1952 – zu entwerfen.⁷¹⁶ 1997 wurden diese zwecks Anpassung an die neue Sicherheitslage nach dem Kalten Krieg und im Zuge der größer werdenden Bedrohung betreffend ein nukleares Nordkorea erneuert.⁷¹⁷ Es geht in erster Linie seither darum, die Fähigkeiten der amerikanischen-japanischen Sicherheitsallianz dahingehend zu erhöhen, „to respond to an armed attack against Japan, as a core aspect of U.S.-Japan defense cooperation.“⁷¹⁸ In diesem Zusammenhang steht auch der Ausbau der Sicherheitspartnerschaften mit anderen Ländern der Region.⁷¹⁹ 1997 wurden seitens Japans und den USA folgende Sicherheitsbedrohungen festgehalten:

- die Nuklear- und Raketenprogramme Nordkoreas;
- destabilisierendes und zwanghaftes Verhalten (ohne Namen zu nennen, wer diese Verhaltensweisen ausübt) im „maritimen Bereich“;
- Störende Aktivitäten im Weltraum und im Cyber-Raum.
- Proliferation von Massenvernichtungswaffen.⁷²⁰

Diese Guidelines aus 2015 enthalten erstmals einen ständig institutionalisierten bilateralen Konsultationsmechanismus (Alliance Coordination Mechanism – ACM)⁷²¹ auch in Hinblick auf neue Herausforderungen in

⁷¹⁵ Christoph Neidhart, Aufstand auf der Insel, in: Süddeutsche Zeitung, 5.01.2016, S. 7.

⁷¹⁶ Masanori Nishi, Japan's former vice minister of defense, Japan, Allies Must Remain Vigilant in South China Sea, in: Defense News, 14.12.2015, S. 17.

⁷¹⁷ Ebenda.

⁷¹⁸ Ministry of Defense (Japan), Japan-U.S. Security Consultative Committee („2+2“) Meeting, in: Japan Defense Focus No. 46, November 2013, S. 2-4, hier S. 2.

⁷¹⁹ Ebenda.

⁷²⁰ Ebenda.

⁷²¹ Zuvor gab es eine ähnliche Einrichtung wie den ACM, diese wurden jedoch ad hoc oder auf Fall-zu-Fall-Situationen einberufen: „This brings our bilateral alliance up to NATO's level, where all necessary coordination is maintained on a 24/7 basis.“ Aus: Yoji

den Bereichen C4ISR (Command and Control, Communications, Computers, Intelligence, Surveillance, Reconnaissance) und Cyber.⁷²² sowie erstmals auch Kooperationen im Bereich gemeinsame Forschung, Entwicklung, Produktion sowie von Testen und Evaluierung von (auch gemeinsam entwickelter) Ausrüstung.⁷²³ Seit April 2014 entwickelt Japan gemeinsam mit anderen Alliierten Waffensysteme, wie z.B. moderne konventionelle U-Boote mit Australien.⁷²⁴ Die „Legislation for Peace and Security“ kann Japan in die Lage versetzen, das Konzept der „kollektiven Selbstverteidigung“ ausgehend von der bisherigen „individuellen Selbstverteidigung“⁷²⁵ moderat zu erweitern mit dem Ziel, die Rolle Japans und Optionen in der Region mittels der Allianz mit den USA zu auszubauen.⁷²⁶ Aus japanischer Sicht wird dadurch die Stabilität und Sicherheit im Fernen Osten verbessern.⁷²⁷ Zudem gibt es durch die Guidelines für Japan keine regionalen Beschränkungen mehr: „Es ist kristallklar, dass, in Theorie, jedes Militär in die Lage versetzt werden soll, auf jedem Gebiet auf diesem Planeten zu operieren, um sein eigenes Land oder die nationalen Interessen zu schützen.“⁷²⁸

Die Verteidigung Japans erhielt angesichts folgender Bedrohungen durch die „New National Defense Program Guidelines“ – diese sollen 2018 erneuert werden – ein neues Konzept:

Koda, Significance of the Guidelines for Japan-US Defense Cooperation and Japan's Defense Legislation in 2015, AJISS-Commentary, The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, No. 218, 09 September 2015, S. 2.

⁷²² Yoji Koda, Significance of the Guidelines for Japan-US Defense Cooperation and Japan's Defense Legislation in 2015, AJISS-Commentary, The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, No. 218, 09 September 2015, S. 1.

⁷²³ Masanori Nishi, Japan's former vice minister of defense, Japan, Allies Must Remain Vigilant in South China Sea, in: Defense News, 14.12.2015, S. 17.

⁷²⁴ Ebenda.

⁷²⁵ Yoji Koda, Significance of the Guidelines for Japan-US Defense Cooperation and Japan's Defense Legislation in 2015, AJISS-Commentary, The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, No. 218, 09 September 2015, S. 3.

⁷²⁶ Masanori Nishi, Japan's former vice minister of defense, Japan, Allies Must Remain Vigilant in South China Sea, in: Defense News, 14.12.2015, S. 17.

⁷²⁷ Ebenda.

⁷²⁸ Yoji Koda, Significance of the Guidelines for Japan-US Defense Cooperation and Japan's Defense Legislation in 2015, AJISS-Commentary, The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, No. 218, 09 September 2015, S. 2.

- Als große Sicherheitsbedrohung ist aus japanischer Sicht Nordkorea einzustufen im Zusammenhang mit dessen Entwicklung von Nuklear- und Raketenfähigkeiten;
- Die Landreklamationsaktivitäten Chinas im Südchinesischen Meer.⁷²⁹
- Chinas Bestrebungen, die Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer zu reklamieren, stellt für Japan ebenso ein sicherheitspolitisches Risiko dar.⁷³⁰
- Ein größeres Sicherheitsrisiko für Japan würde die Verringerung der weltweiten Wirtschaftskraft – einschließlich jener Chinas – bedeuten.⁷³¹

Der Zweite Weltkrieg belastet nach wie vor die amerikanisch-japanischen Beziehungen. Am 11. April 2016 legte John Kerry als erster US-Außenminister am Mahnmal für die Opfer des US-Atombombenabwurfs auf Hiroshima (6. August 1945) einen Kranz nieder. Während sich die meisten seiner Kollegen aus der G7 aus Respekt vor den Toten verneigten oder den Kopf senkten, deutete Kerry ein kurzes Nicken an, blieb dann aber aufrecht stehen: „Gedenken ja, Entschuldigung nein“, lautete die Botschaft.⁷³² Gemeinsam verabschiedete Kerry mit den Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans und Kanadas (G7) eine „Hiroshima-Erklärung“, in der sie aufriefen, eine „Welt ohne Atomwaffen“ anzustreben.⁷³³ Bisher hatte jedoch kein amtierender US-Präsident die Gedenkstätten in Hiroshima oder Nagasaki besucht (Jimmy Carter kam nach seiner Amtszeit, Richard Nixon vor seiner Wahl zum Präsidenten). Selbst die US-Botschafter in Japan blieben bis 2010 den Feiern zum Gedenken an die Atombombenabwürfe von 1945 mit mehr als 200.000 Toten fern, was sich erst unter US-Präsident Obama änderte.⁷³⁴

⁷²⁹ Masanori Nishi, Japan's former vice minister of defense, Japan, Allies Must Remain Vigilant in South China Sea, in: Defense News, 14.12.2015, S. 17.

⁷³⁰ Ebenda.

⁷³¹ Ebenda.

⁷³² Ein historischer Besuch in Hiroshima, aber ohne Verneigung, in: Die Presse, 12.04.2016, S. 2.

⁷³³ Ebenda.

⁷³⁴ Ebenda.

Taiwan

Der designierte US-Präsident Donald Trump hatte im amerikanisch-chinesischen Verhältnis ein Tabu gebrochen: Er hatte unverhohlen und ganz offiziell Anfang Dezember 2016 mit der taiwanesischen Präsidentin, Tsai Ing-wen, telefoniert. Das zehnmütige Gespräch an sich verlief unspektakulär. Trump ließ sich von Tsai zu seinem Wahlsieg gratulieren. Sie hätten sich vage über die künftige wirtschaftliche Entwicklung und Fragen der Sicherheit Taiwans ausgetauscht.⁷³⁵ Es handelte sich dabei jedoch um das erste offizielle Gespräch eines gewählten US-Präsidenten mit einem Staatsoberhaupt Taiwans seit 1979. Damals hatten die USA die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan gekappt, um formell Beziehungen zu China aufzunehmen. Das war damals eine der Kernbedingungen der chinesischen Staatsführung in Peking. Trump schien jedoch die Brisanz seines Telefons mit Tsai Ing-wen zu erkennen: Er legte auf Twitter nach: „Hat China uns gefragt, ob es okay ist, seine Währung abzuwerten, unsere Produkte stark zu besteuern, oder einen massiven Militärkomplex im Südchinesischen Meer zu bauen?“⁷³⁶ Chinas Außenminister war sichtlich bemüht, den diplomatischen Vorfall herunterzuspielen. Er glaube nicht, dass die USA ihre China-Politik verändern würden. Er führte das Telefonat indirekt auf die Unerfahrenheit Trumps zurück. Das Telefonat sei demnach „ein kleiner Trick Taiwans“ gewesen.⁷³⁷ Das chinesische Außenministerium kommentierte: „Wir kommentieren nie die Persönlichkeit eines Politikers, sondern schauen uns seine Politik an, besonders die Politik gegenüber China.“ Es gebe nur ein China, Taiwan sei ein untrennbarer Teil davon. Der richtige Umgang in der Sache sei „die schwierigste und wichtigste politische Voraussetzung“ für stabile Beziehungen zwischen Washington und Peking.⁷³⁸ Wenige Tage später hatte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums den designierten US-Präsidenten Trump gewarnt, von der Ein-China-Politik abzuweichen: „Die Taiwan-Frage gehört zu Chinas Kerninteressen und betrifft die chinesische Souveränität.“⁷³⁹ China sei

⁷³⁵ Felix Lee, Trumps antichinesische Twitter-Provokation, in: Die Presse, 6.12.2016, S. 10.

⁷³⁶ Ebenda.

⁷³⁷ Ebenda.

⁷³⁸ Ebenda.

⁷³⁹ Christoph Giesen, Donald Trump verstört China, in: Süddeutsche Zeitung, 13.12.2016, S. 1 und 4, hier S. 1.

demnach „tief besorgt.“⁷⁴⁰ Die Einhaltung der Ein-China-Politik sei Grundlage der Beziehungen. Wenn dieses Fundament zerstört würde, könne es keine gesunde und stabile Entwicklung der Beziehungen mehr geben. In einem Interview mit dem US-Fernsehsender Fox News hatte Trump gesagt, er verstehe nicht, „warum wir an eine Ein-China-Politik gebunden sein müssen, solange wir nicht einen Deal mit China über andere Dinge haben, darunter den Handel.“ Trump bemühte sich jedoch um ein besseres Verhältnis zu China und sagte dem chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping die Fortsetzung der Ein-China-Politik zu.⁷⁴¹

⁷⁴⁰ Ebenda.

⁷⁴¹ Gunther Hauser, Die US-Außenpolitik: Auf dem Weg ins Chaos?, in: Militär Aktuell 1/2017, S. 50.

Nordkorea

Nordkoreanische Funktionäre hatten schon 2002 zugegeben, an einem Programm für die Urananreicherung zu arbeiten. China, Russland, Südkorea, Japan und Russland hatten stets versucht, Nordkorea in die „Sechs-Parteien-Gespäche“ in Peking miteinzubinden und zu überreden, sein Atomwaffenprogramm zu stoppen. Nordkorea hatte sich ursprünglich bereit erklärt, den Reaktor in Yongbyong unbrauchbar zu machen sowie Unterlagen über das Atomprogramm vorzulegen. Als Gegenleistung versprochen die anderen Teilnehmer der „Sechs-Parteien-Gespräche“ Lebensmittel, Öl, Dünger sowie andere großzügige Hilfen. Nordkorea trat im Januar 2003 aus dem Atomwaffensperrvertrag aus. Wie die USA und China habe, so die Interpretation aus Pjöngjang, Nordkorea das Recht auf atomare Bewaffnung, nur so wäre Nordkorea vor Angriffen von außen sicher. So existiert zur Lösung dieser Krise keine militärische Lösung:

- Nordkorea würde beim ersten Anzeichen eines US-geführten Militärschlages Seoul in Schutt und Asche legen.
- In einem derartigen Fall würden wie im Korea-Krieg 1950-53 China und die USA direkt aneinandergeraten.
- Hochriskant wäre es auch, Nordkoreas Staatschef Kim Jong-un „mit einer gezielten Kugel“ zu töten: Keiner kann wissen, ob die politischen Verhältnisse noch unberechenbarer werden.⁷⁴²

Bereits seit Kim Jong-il bildet Provokation das bezugte außenpolitische Instrument Nordkoreas. Auch unter Kim Jong-il wiederholte sich dieses Muster „seit Jahren: Immer wenn der Diktator Zugeständnisse will, also Geld, Reaktoren oder den Beginn neuer Verhandlungen, immer wenn er sich schlecht behandelt fühlt, inszeniert er eine Krise. Mal testet er eine Langstreckenrakete, mal eine Atombombe, mal lässt er ein Kriegsschiff versenken, mal Granaten abfeuern.“⁷⁴³ Die USA und andere Großmächte versuchen bereits seit 30 Jahren, Nordkorea die Atombombe abzuverhandeln. Alle möglichen Gespräche, Anreize und Abkommen wurden eingeleitet, geführt und beschlossen. Stets brach Nordkorea die

⁷⁴² Christian Ultsch, Warum Kim Jong-il der Welt sein Spiel aufzwingen kann, in: Die Presse, 24.11.2010, S. 2.

⁷⁴³ Ebenda.

Vereinbarungen, „worauf nach Abkühl- und Sanktionsphasen stets neue Verhandlungen begannen.“⁷⁴⁴ Bereits 2010 stand fest:

„Mittlerweile müsste klar sein, dass Kim Jong-il sein Atom- und Raketenprogramm nie aufgeben wird. Denn es ist das einzige Pfand, mit dem er wuchern kann. Wer säße mit ihm am Verhandlungstisch, wenn er seine Nachbarn nicht glaubhaft in Angst und Schrecken versetzen könnte? Nordkorea ist eines der hochgerüstesten Länder der Welt. Deutlich mehr als die Hälfte des staatlichen Budgets steckt der Diktator ins Militär. Denn darin sieht er seine wichtigste Stütze. Und der Erhalt der Macht für sich und seine Familie ist sein oberstes Prinzip.“⁷⁴⁵

Scheinbar nimmt die Kim-Führung dafür auch Hungersnöte in Kauf. Wirtschaftsreformen nach dem Vorbild Chinas scheut Kim, „denn sie könnten sein Regime destabilisieren, ebenso wie eine Entmilitarisierung und eine dauerhafte Aussöhnung mit Südkorea. Dieses Verhalten ist natürlich zutiefst unmoralisch, doch es funktioniert.“⁷⁴⁶

Fast 30 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion existiert die „Demokratische Volksrepublik Korea“ noch immer. Am Leben erhalten wird sie von ihrem wichtigsten Verbündeten: China. China ist nach wie vor Haupthandelspartner, aus China kommt zudem großzügige humanitäre Hilfe. Die politische Führung in Peking hat nach wie vor ein großes Interesse an einem Pufferstaat zwischen China und dem US-Alliierten Südkorea. Ebenso wie Südkorea fürchtet China den massiven Flüchtlingsstrom nach einem unkontrollierten Zerfall des Kim-Regimes in Nordkorea.⁷⁴⁷ China hat sich zudem stets geweigert, Nordkorea die Schuld an der Versenkung auf die südkoreanische Korvette *Cheonan* im März 2010 mit 46 südkoreanischen Toten zu geben. Südkorea macht seit 2008 den Geldfluss in den Norden von Fortschritten im Atomdialog abhängig und verringerte so Hilfen maßgeblich. China

- unterstützte im Koreakrieg die kommunistischen Einheiten in Korea;

⁷⁴⁴ Ebenda.

⁷⁴⁵ Ebenda.

⁷⁴⁶ Ebenda.

⁷⁴⁷ Ebenda.

- war am Wiederaufbau des neugegründeten kommunistischen Staates in der nördlichen Hälfte Koreas nach 1953 beteiligt;
- Zudem sieht Peking Nordkorea als äußerst relevanten Pufferstaat gegen einen zu großen regionalen Einfluss der USA.⁷⁴⁸

In der Mitte September 2009 veröffentlichten „Nationalen Geheimdienststrategie“ der USA wird Nordkorea als große Herausforderung für die US-Sicherheit definiert: Es bedrohe durch seine „Fähigkeiten im nuklearen Bereich und in der Raketentechnik, die Pjöngjang auch an andere Länder weiterverkauft, durch sein unberechenbares Verhalten und durch seine starken konventionellen Streitkräfte“ weiterhin den Frieden und die Sicherheit in Ostasien.⁷⁴⁹ Der damalige US-Außenminister John Kerry bezeichnete im Januar 2016 das nordkoreanische Atomprogramm „als eine große Herausforderung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten und der Welt.“⁷⁵⁰ Er forderte neue Maßnahmen und Schritte.

Die permanente Destabilisierung der Region durch den Ausbau des Nuklearprogramms durch Nordkorea hat die USA in die Lage versetzt, ihre Allianzen und Partnerschaften in der Region auszubauen. US-Verteidigungsminister James Mattis bezeichnete das nordkoreanische Nuklearprogramm weiterhin „eine Bedrohung für alle“. Ziel der USA bleibt laut Mattis, den diplomatischen und wirtschaftlichen Druck auf Nordkorea zu erhöhen, solange, bis die Regierung in Pyöngjang ihre nuklearen und ballistischen Raketenprogramme einstellt.⁷⁵¹ Ähnlich dem Konflikt mit dem Iran gibt es auch im Fall Nordkorea drei Szenarien:

- Beilegung durch Verhandlungen;
- Eine „militärische Lösung“, die jedoch aufgrund der massiven Opferzahl in Nord-, Südkorea und durch die enorme Eskalationsspirale mit Sicherheit in China und Japan ausgeschlossen werden sollte;

⁷⁴⁸ Kein Überleben ohne China, in: Die Presse, 24.11.2010, S. 2.

⁷⁴⁹ Burkhard Bischof, China schimpft über „unverantwortliche“ US-Strategie, in: Die Presse, 25.09.2009, S. 4.

⁷⁵⁰ China gegen schärfere Nordkorea-Sanktionen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.01.2016, S. 5.

⁷⁵¹ Mike Yeo, Mattis addresses ‘clear and present danger’ of North Korea threat, in: Defense News, June 12, 2017, S. 12.

- Die Akzeptanz des Überschreitens der Nuklearschwelle.⁷⁵²

Folgende Sanktionen wurden zwischen 2006 und 2017 gegen Nordkorea eingeleitet:

- 2006: Als Reaktion auf Raketentests und den ersten Nukleartest wurde der Handel von Waffen- und Raketentechnologie sowie Kriegsmaterial und Luxusgütern verboten. Schiffe mit Gütern nach und aus Nordkorea dürfen seitdem inspiziert werden.
- 2009: Nach dem zweiten Nukleartest wurden Finanzflüsse, die im Zusammenhang mit Raketen- und Atomprogrammen stehen, gestoppt und das Waffenembargo ausgeweitet.
- 2013: Als Bestrafung für den Abschuss eines Satelliten sowie den dritten Atomtest wurden Einreiseverbote für Nordkoreaner verhängt und bestehende Resolutionen verschärft. Diplomaten können seither schneller ausgewiesen werden.
- 2016: Raketen- sowie zwei Atomtests haben ein Importverbot für Kohle, Eisen, Gold, Titanium und seltene Erden zur Folge, es gilt ein Lande- und Überflugverbot für nordkoreanische Flugzeuge. Flugzeugtreibstoff darf nicht nach Nordkorea verkauft werden. Nordkoreas Diplomaten, die Sanktionen umgehen, sollen ausgewiesen werden. Schließung von Firmenniederlassungen, Aussetzung technischer Zusammenarbeit.
- 2017: Mehrere Raketenabschüsse und ein Atomtest haben ein Ausfuhrverbot von Kohle, Eisen, Eisenerz, Blei, Bleierz sowie Fisch und Meeresfrüchte zur Folge. Hinzu kommt das Verbot von Landungserlaubnissen für nordkoreanische Schiffe, nordkoreanische Arbeiter dürfen nicht angeworben werden. Am 11. September 2017 beschränkte der UN-Sicherheitsrat Öl- und Gaslieferungen nach Nordkorea und verhängte ein Exportverbot für Nordkoreas Textilindustrie.⁷⁵³

⁷⁵² Reinhard Meier-Walser, Bernhard Seliger, Wiener Iran-Deal als Modell für Nordkorea-Gespräche, in: Die Presse, 31.08.2017, S. 26-27, hier S. 27.

⁷⁵³ Susanna Bastaroli, Wie Kim die UN-Sanktionen umgeht, in: Die Presse, 13.09.2017, S. 5.

Konkret hatte 2017 der UN-Sicherheitsrat am 5. August 2017 die Resolution 2371 (2017) einstimmig⁷⁵⁴ erlassen – als Antwort auf die am 3. und 28. Juli 2017 durch Nordkorea durchgeführten Interkontinental-raketentests, die in der Folge „in the strongest terms“ verurteilt wurden.⁷⁵⁵ Diese stellten eine Verletzung zahlreicher UN-Sicherheitsratsresolutionen dar und in der Folge eine Bedrohung für den Frieden und die internationale Sicherheit – vor allem in Hinblick auf das Regelwerk des Non-Proliferationsvertrages von Nuklearwaffen sowie in diesem Zusammenhang auf die Kontrolle und Stärkung des weltweiten Nonproliferationsregimes.⁷⁵⁶ Derartige Tests dienen Kim Jong-un dazu, sein Nuklearprogramm weiterzuentwickeln, die Spannungen in der Region werden dadurch erhöht und die Privilegien sowie Immunitäten unter der Wiener Konvention über diplomatische und konsularische Beziehungen missbraucht.⁷⁵⁷ In der Resolution wird auch betont, dass Maßnahmen der Vereinten Nationen gegen Nordkorea keine Auswirkungen auf das Leben der nordkoreanischen Zivilbevölkerung haben werden.⁷⁵⁸

Die Sanktionen auf der Grundlage dieser UN-Sicherheitsratsresolution stellen die stärksten Sanktionen dar, die jemals als Antwort auf Raketentests erlassen wurden, und betreffen Exportprodukte Nordkoreas: Ausfuhrverbot von Kohle, Eisen, Eisenerz, Blei, Bleierz und Meeresfrüchte.⁷⁵⁹ Zudem betreffen diese Sanktionen Personen und Einrichtungen aus Nordkorea, die direkt die Raketen- und Nuklearprogramme Kim Jong-uns unterstützen, inklusive die staatliche Foreign Trade Bank (FTB), die als primäre Wechselbank des Landes agiert, sowie die Korean National Insurance Company, die Koryo Credit Development Bank und der Mansudae Overseas Project Group of Companies.⁷⁶⁰ Was jene Personen betrifft, die unter das Reiseverbot fallen, soll verstärkt mit der Interpol

⁷⁵⁴ United States Mission to the United Nations, Fact Sheet: Resolution 2371 (2017) Strengthening Sanctions on North Korea, August 5, 2017.

⁷⁵⁵ United Nations Security Council, Resolution 2371 (2017). Adopted by the Security Council at its 8019th meeting, on 5 August 2017, S/RES/2371 (2017), 11. Absatz.

⁷⁵⁶ UN-Resolutionen des Sicherheitsrates 1718 (2006), 1874 (2009), 2087 (2013), 2094 (2013), 2270 (2016), 2321 (2016) und 2356 (2017).

⁷⁵⁷ United Nations Security Council, Resolution 2371 (2017). Adopted by the Security Council at its 8019th meeting, on 5 August 2017, S/RES/2371 (2017), Präambel, 6. und 7. Absatz.

⁷⁵⁸ Ebenda, Präambel, 5. Absatz.

⁷⁵⁹ Ebenda, Präambel, Punkte 8, 9 und 10.

⁷⁶⁰ Ebenda, Annex II; Asset Freeze (Entities).

zusammengearbeitet werden.⁷⁶¹ Durch die Sanktionen sollen keine neuen Joint Ventures ermöglicht werden, zudem sollen in bestehende Joint Ventures keine Investitionen erfolgen. Zudem sollen Länder sanktioniert werden, die es nordkoreanischen Firmen erlauben, Einnahmen für die verbotenen Programme zu beziehen. Jenen nordkoreanischen Schiffen, die für derartige Programme zur Verfügung stehen, dürfen ausländische Häfen nicht anlaufen.⁷⁶² Diese Sanktionen werden Nordkorea daran hindern, mehr als eine Milliarde US-Dollar pro Jahr an harten Währungen zu verdienen, die wiederum in das Raketen- und Atomprogramm geflossen wären.⁷⁶³ Die Einnahmen aus den Exporten Nordkoreas betragen bis 2017 pro Jahr an die drei Milliarden US-Dollar.⁷⁶⁴ Die Wiedereinführung der „Sechs-Parteien-Gespräche“ wird urged.⁷⁶⁵ Nordkorea wird deshalb aufgerufen, das gesamte Raketen- und Nuklearprogramm einzustellen.⁷⁶⁶ China plädiert zudem für die Aissetzung von ausländischen Militärübungen im Raum um die koreanische Halbinsel.

Nach einer Reihe von nordkoreanischen Raketentests hatte China nach mühseligen Verhandlungen im UN-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Nordkorea zugestimmt, trotz der Tatsache, dass 90 Prozent des nordkoreanischen Außenhandels über und nach China abgewickelt werden.⁷⁶⁷ China ist zwar ein Gegner der Verbreitung von Nuklearwaffen, „aber noch wichtiger ist es der Volksrepublik, die koreanische Halbinsel geteilt zu halten und zu gewährleisten, dass Nordkorea weiterhin ein stabiler Puffer an der chinesischen Staatsgrenze dient.“⁷⁶⁸ Damit ist der wirtschaftliche Druck, den China bereit ist, in der Nuklearfrage auf Nordkorea auszuüben, begrenzt.⁷⁶⁹

⁷⁶¹ Ebenda, Punkt 23.

⁷⁶² Ebenda, Punkt 6.

⁷⁶³ United States Mission to the United Nations, Fact Sheet: Resolution 2371 (2017) Strengthening Sanctions on North Korea, August 5, 2017.

⁷⁶⁴ Ebenda, 12. Absatz.

⁷⁶⁵ Ebenda.

⁷⁶⁶ United Nations Security Council, Resolution 2371 (2017). Adopted by the Security Council at its 8019th meeting, on 5 August 2017, S/RES/2371 (2017), Präambel, 12. Absatz.

⁷⁶⁷ Brics-Gipfel, Atomkrise nur Fußnote, in: Die Presse, 5.09.2017, S. 4.

⁷⁶⁸ Richard N. Haass, Zehn Lehren aus Kims Griff nach Atomwaffen, in: Die Presse, 2.08.2017, S. 22.

⁷⁶⁹ Ebenda.

Unabhängig davon umgeht Kim Jong-un die Sanktionen der Vereinten Nationen: „Ein Finanzfluss wird blockiert und schon hat Pjöngjang neue Wege gefunden, an Geld zu kommen“, erklärte ein Diplomat, warum Nordkorea trotz strenger Sanktionen genug Geld besitzt, um sein Nuklearprogramm auszubauen.⁷⁷⁰ Es scheint, als ob manche UN-Mitglieder die Sanktionen nicht effizient genug umsetzen. Nordkorea soll in der ersten Jahreshälfte des Jahres 2017 an die 270 Millionen US-Dollar durch illegale Exporte von Kohle, Eisen, Eisenerz, Zink u.a. eingenommen haben. Die relevantesten Kunden waren China, Indien, Malaysia und Sri Lanka, zudem gebe es Abnehmer für Eisen auch in Europa. Ebenso beliebtes Exportgut ist Silber. Derartige Handel werden über „Scheinfirmen“ abgewickelt, die großteils in China agieren. Die Einnahmen befinden sich auf Geldkonten – weltweit, die auf „Namen nordkoreanischer Kader, ihrer Familienmitglieder oder von Pseudofirmen laufen. Die Aufgabe vieler nordkoreanischer Diplomaten ist es, diese Konten zu verwalten.“⁷⁷¹ Als im Februar 2017 China die Kohleimporte aus Nordkorea offiziell drosselte, fand Pjöngjang neue Kunden wie Malaysia oder Vietnam.⁷⁷² Laut einem UN-Bericht – er sollte nicht in die Öffentlichkeit geraten, das damalige UN-Sicherheitsratsmitglied Ukraine hatte irrtümlich diesen Bericht in das Internet gestellt – soll Nordkorea Waffenhandel mit Syrien betreiben. Es besteht der Verdacht, dass Nordkorea Syrien nicht nur Raketentechnologie, sondern auch Materialien für die Entwicklung von Chemiewaffen verkaufe. Absatzmärkte für Waffen sind zudem Namibia, Eritrea, Mozambik und Tanzania, in einigen dieser Länder bauen Experten aus Pjöngjang Luftabwehrsysteme auf. Nordkorea vermittelt zudem weltweit Billigarbeiter, deren Gehälter sollen direkt nach Pyöngjang überwiesen werden.⁷⁷³

US-Präsident Donald Trump twitterte am 17. März 2017: „North Korea is behaving very badly. They have been ‚playing‘ the United States for years. China has done little to help.“⁷⁷⁴ US-Außenminister Rex Tillerson meinte am selben Tag in Seoul: „The policy of strategic patience has ended. We are exploring a new range of diplomatic, security and economic

⁷⁷⁰ Susanna Bastaroli, Wie Kim die UN-Sanktionen umgeht, in: Die Presse, 13.09.2017, S. 5.

⁷⁷¹ Ebenda.

⁷⁷² Ebenda.

⁷⁷³ Ebenda.

⁷⁷⁴ Victor Cha, China needs to get serious, in: Time Magazine, April 3, 2017, S. 32.

measures. All options are on the table.⁷⁷⁵ Washington hat klargemacht, „dass die Auflösung der Bedrohung aus Nordkorea eines der obersten außenpolitischen Ziele der Trump-Administration ist.“⁷⁷⁶ Chinas Präsident Xi Jinping fordert die „Strategie der beidseitigen Reduzierung krisenschürender Aktivitäten durch Nordkorea und den USA.“⁷⁷⁷ Washington will Peking zwingen, seine beträchtlichen Öllieferungen an Nordkorea einzustellen. Russlands Präsident Wladimir Putin hatte davor gewarnt, dass die Nordkorea-Krise eine „planetarische Katastrophe“⁷⁷⁸ auslösen könne, aus diesem Grund sind weitere Sanktionen gegen Nordkorea, so Putin am Rande des BRICS-Gipfels am 5. September 2017 in Xiamen, „sinnlos“.⁷⁷⁹ Diese Krise kann, so Putin, nur durch „friedlichen Dialog“ gelöst werden.⁷⁸⁰

Interventionen fremder Armeen in Irak 2003 und in Libyen 2011, die beide im Sturz und mit dem Tod des jeweiligen Machthabers endeten, haben Kim Jong-un von der Notwendigkeit überzeugt, Nuklearwaffen zu besitzen, um das Überleben des Regimes zu garantieren: „Sie werden Gras essen und ihr Programm nicht stoppen, solange sie sich nicht sicher fühlen“, betonte Putin.⁷⁸¹

US-Präsident Trump hatte im April 2017 damit gedroht, das Atomprogramm Nordkoreas notfalls im Alleingang zu beenden. Anfang April 2017 hatte sich Trump mit Chinas Staatspräsident Xi Jinping in Florida getroffen und um Chinas Unterstützung für Trumps Nordkorea-Kurs geworben.⁷⁸² Am 11. September 2017 kam es zur weiteren Verschärfung der Sanktionen gegen Nordkorea aufgrund des 6. Atomwaffentests Nordkoreas am 2. September 2017, die UNO betreibt nun die „strikteste gezielte Sanktionspolitik“, die gegen ein Land verhängt

⁷⁷⁵ Ebenda.

⁷⁷⁶ Reinhard Meier-Walser, Bernhard Seliger, Wiener Iran-Deal als Modell für Nordkorea-Gespräche, in: Die Presse, 31.08.2017, S. 26-27, hier S. 27.

⁷⁷⁷ Ebenda.

⁷⁷⁸ Justin McCurry und Tom Phillips, Putin calls for dialogue to avert ‘a catastrophe’, in: The Guardian Weekly, 08.09.2017, S. 4.

⁷⁷⁹ Chinas Zensur; Brics statt Wasserstoffbombe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.09.2017, S. 16.

⁷⁸⁰ Justin McCurry und Tom Phillips, Putin calls for dialogue to avert ‘a catastrophe’, in: The Guardian Weekly, 08.09.2017, S. 4.

⁷⁸¹ Ebenda.

⁷⁸² Felix Lee, Stechschritt und Hasstiraden in Pjöngjang, in: Die Presse am Sonntag, 16.04.2017, S. 3.

wurde.⁷⁸³ Diese UN-Sicherheitsratsresolution 2375 (2017)⁷⁸⁴ ruft Nordkorea wiederum dazu auf,

„that the DPRK shall not conduct any further launches that use ballistic missile technology, nuclear tests, or any other provocation; shall immediately suspend all activities related to its ballistic missile program and in this context re-establish its pre-existing commitments to a moratorium on all missile launches; shall immediately abandon all nuclear weapons and existing nuclear programs in a complete, verifiable and irreversible manner, and immediately cease all related activities; and shall abandon any other existing weapons of mass destruction and ballistic missile programs in a complete, verifiable and irreversible manner.“⁷⁸⁵

Die UN-Resolution 2375 (2017) wurde einstimmig von den Sicherheitsratsresolutionen angenommen und beinhaltet die am stärksten bisher veranlassten Sanktionen gegen Nordkorea wie folgt:⁷⁸⁶

- Textilexportverbot (im Wert von ca. 800 Millionen US-Dollar pro Jahr)
- Sanktionen gegen die Beschäftigung der nordkoreanischer Arbeiter (Anfang September 2017 befanden sich ca. 100.000 im Ausland), deren Löhne und Gehälter zur Finanzierung des nordkoreanischen Regimes beitragen (im Wert von über 500 Millionen US-Dollar pro Jahr)
- Verringerung der an Nordkorea durchgeführten Ölexporte um ein Drittel (d.h. Verringerung von über 55 Prozent des Exports an raffinierten Ölprodukten wie Benzin, Diesel und Schweröl – auf 2 Millionen Fass/Jahr mit 1. Januar 2018; zunächst durften während einer Übergangsperiode bis zu 500.000 Fass innerhalb von drei Monaten zwischen 1. Oktober und 31. Dezember 2017 ausgeliefert

⁷⁸³ Felix Lee, Wie Nordkorea die Bombe entwickelte, in: Die Presse, 12.09.2017, S. 4.

⁷⁸⁴ United Nations Security Council, Resolution 2375 (2017), Adopted by the Security Council at its 8042nd meeting, on 11 September 2017, S/RES/2375 (2017).

⁷⁸⁵ Ebenda, Punkt 2.

⁷⁸⁶ United States Mission to the United Nations, Fact Sheet: Resolution 2375 (2017) Strengthening Sanctions on North Korea, September 11, 2017, S. 1. United Nations Security Council, Resolution 2375 (2017), Adopted by the Security Council at its 8042nd meeting, on 11 September 2017, S/RES/2375 (2017), Punkt 4.

werden). Vor 11. September 2017 erhielt Nordkorea insgesamt 8,5 Millionen Fass Öl und raffinierte Ölprodukte pro Jahr: 4,5 Millionen in raffinierter Form und 4 Millionen in Form von Rohöl. China stattet Nordkorea über die Dandong-Sinuiju-Pipeline mit dem meisten Rohöl aus.

- Sanktionen gegen alle mit nordkoreanischen Unternehmen durchgeführten Joint Ventures, um ausländische Investitionen, Technologietransfers und „andere Wirtschaftskooperation“ mit Nordkorea einzudämmen.⁷⁸⁷

Die nordkoreanische Führung hat bereits enorme Ölreserven angelegt, die selbst bei einem kompletten Stopp für mindestens ein Jahr ausreichen würden.⁷⁸⁸ Gemeinsam mit den Sanktionen aus dieser UN-Sicherheitsratsresolution sind nun 90 Prozent aller öffentlich berichteten Exporte aus dem Jahr 2016 (Gesamtsumme: 2,7 Milliarden US-Dollar) sanktioniert (Kohle, Textilien, Eisen, Meeresfrüchte).

Nach den ursprünglichen Plänen der USA sollten alle ausländischen Guthaben von Kim Jong-un eingefroren und Geldtransfers nordkoreanischer Bürger in ihre Heimat unterbunden werden. Vorgesehen waren auch ein sofortiges Ölembargo, Zwangsdurchsuchungen nordkoreanischer Schiffe auf Hoher See sowie ein Verbot von Textilimporten aus Nordkorea. Dieses Paket wurde von China und Russland abgelehnt, jedoch verblieben in der Resolution das Verbot nordkoreanischer Textilimporte aus Nordkorea. Kims Auslandsvermögen soll nun nicht mehr eingefroren werden, das Ölembargo soll schrittweise und je nach Entwicklung der Lage in Kraft treten. Statt eines umfassenden Ölembargos sind nur noch Beschränkungen im Handel mit Rohöl und Raffinerieprodukten vorgesehen. Auch das Reiseverbot für Kim Jong-un wurde gestrichen. Die Maßnahmen gegen den Schmuggel verbotener Güter wurden ebenso „abgemildert“. Zugeständnisse machte WEashington auch beim Status von Nordkoreanern, die im Ausland arbeiten. Der ursprüngliche Plan sah ein völliges Beschäftigungsverbot vor, nordkoreanische Gastarbeiter hätten damit in ihr Heimatland zurückkehren müssen. Vor allem Russland, das 35.000 der weltweit mehr als 50.000 Gastarbeiter im Jahr 2017 beschäftigte,

⁷⁸⁷ United States Mission to the United Nations, Fact Sheet: Resolution 2375 (2017) Strengthening Sanctions on North Korea, September 11, 2017, S. 1.

⁷⁸⁸ Trump verschärft die Sanktionen, in: Die Presse, 22.09.2017, S. 3.

hatte sich gegen diese Idee gewehrt. China als Nordkoreas größter Öllieferant wiederum verwehrte sich gegen ein umfassendes Ölembargo.⁷⁸⁹ Laut US-Angaben bezieht Nordkorea rund 8,5 Millionen Fass Öl aus dem Ausland, vor allem aus China und Russland.⁷⁹⁰

Am 21. September 2017 verkündete US-Präsident Donald Trump die Unterzeichnung eines Erlasses zur weiteren Verschärfung der Sanktionen gegen Nordkorea, demnach Strafmaßnahmen gegen die Textil-, IT- und die Fischerbranche Nordkoreas ermöglicht. Das US-Finanzministerium kann auch in der Folge gegen ausländische Banken vorgehen, die Geschäfte mit Nordkorea führen. Die US-Sanktionen gleichen jenen gegen Unternehmen, die in Geschäftsbeziehungen mit dem Iran standen.⁷⁹¹

Trump hatte vor der UN-Vollversammlung am 19. September 2017 dem Regime von Kim Jong-un mit „völliger Zerstörung“ gedroht,⁷⁹² der „Raketenmann“ befindet sich somit „auf einer Selbstmordmission“. Für Nordkorea gebe es somit nur eine Zukunft: Denuklearisierung. Für den Fall, das Nordkorea seine Nuklearwaffen einsetze, drohte Trump mit der „völligen Vernichtung“. UN-Generalsekretär António Guterres hatte zuvor gewarnt, nach dem Test einer Wasserstoffbombe und einer Mittelstreckenrakete durch das Kim-Regime „in einen Nordkorea-Krieg zu taumeln.“⁷⁹³ Kim Jong-un griff verbal am 22. September 2017 Trump wie folgt an: „Ich werde den geisteskranken, senilen Greis sicher und endgültig mit Feuer bändigen.“⁷⁹⁴

Der UN-Botschafter von Nordkorea, Han Tae Song, sagte am 5. September 2017 in Genf mit Blick auf den Wasserstoffbombentest, Nordkorea habe ein „Geschenkpaket“ für Washington geschnürt. Die jüngsten Maßnahmen zur „Selbstverteidigung“ richten sich in diesem Kontext gegen niemand anderen als die USA.⁷⁹⁵ Folglich würden die USA

⁷⁸⁹ Washington „verwässert“ Sanktionen gegen Pjöngjang, in: Die Presse, 12.09.2017, S. 4.

⁷⁹⁰ Angela Köhler, Kim droht USA mit Wasserstoffbombe, in: Die Presse, 23.09.2017, S. 5.

⁷⁹¹ Ebenda.

⁷⁹² Trump verschärft die Sanktionen, in: Die Presse, 22.09.2017, S. 3.

⁷⁹³ Christian Ultsch, Die Brandrede des Donald Trump, in: Die Presse, 20.09.2017, S. 1.

⁷⁹⁴ Angela Köhler, Kim droht USA mit Wasserstoffbombe, in: Die Presse, 23.09.2017, S. 5.

⁷⁹⁵ Nordkorea droht Amerika mit „Geschenkpaket“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.09.2017, S. 1.

„weitere Geschenksendungen aus meinem Land erhalten, solange sie auf unverantwortliche Provokationen und nutzlose Versuche setzen, Druck auf die Volksrepublik Korea auszuüben“, so Han.⁷⁹⁶

Zum Zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit feuerte Nordkorea nach Beschluss der UN-Sicherheitsratsresolution 2375 eine weitere Rakete über Japan ab, die fünfte Rakete über Japan seit 2009 (die vierte flog am 29. August 2017 über Japan – ebenfalls ohne Vorwarnung), die Hwasong-12-Rakete (Reichweite: mehr als 5.000 Kilometer)⁷⁹⁷ flog zudem „so weit wie nie zuvor“, erreichte eine Höhe von 770 Kilometern und stürzte nach 3.700 Kilometern in den Pazifischen Ozean. So liegt der US-Stützpunkt Guam nun in Reichweite nordkoreanischer Raketen. Nordkorea verfügt nun über folgende Raketentypen:

Raketentyp	Reichweite
Toksa	120 Kilometer
Scud	300/500/1.000 Kilometer
Nodong	1.300/1.500 Kilometer
Musudan	2.500-4.000 Kilometer
Hwasong-12	über 5.000 Kilometer
Hwasong-14	über 5.500 Kilometer
KN-08/KN-14	über 5.500 Kilometer
Taepondong-2	über 10.000 Kilometer
SLBM KN-11	über 1.000 Kilometer
Pukgukson-2 (modifiziert aus SLBM)	über 1.000 Kilometer ⁷⁹⁸

General John Hyten, Oberbefehlshaber des U.S. Strategic Command, bestätigte zudem, eine Analyse der unterirdischen Explosion am 2. September 2017 lasse kaum einen anderen Schluss zu, als dass Nordkorea in der Tat im Besitz einer Wasserstoffbombe sei: „Falls es Nordkorea gelinge, eine solche Bombe auf eine Mittel- bzw. Langstreckenrakete zu

⁷⁹⁶ Ebenda.

⁷⁹⁷ Angela Köhler, Was Kim mit seinen Raketentests bezweckt, in: Die Presse, 16.09.2017, S. 9.

⁷⁹⁸ Ministry of Defense (Japan), Launch of Ballistic Missile by North Korea [August 29, 2017], September 2017, S. 2f.

montieren, könnte das Regime eine ganze Stadt auslöschen.“⁷⁹⁹ Sicher ist, dass das Kim-Regime mit weiteren Atomtests bzw. mit Raketentests einen amerikanischen Präventivschlag riskiert. Würde Nordkorea eine Detonation einer Atombombe / Wasserstoffbombe über dem Pazifik gelingen, wären die Folgen ähnlich verheerend. Da das Kim-Regime Raketentests nie ankündigt, könnte eine derartige Rakete ebenso Verkehrsflugzeuge und Schiffe treffen.⁸⁰⁰

China wies im September 2017 ein stärkeres Vorgehen gegen Nordkorea zurück: „Kern des Problems sei der Konflikt zwischen Nordkorea und den USA – nicht China sei das Land, das für eine Verschärfung der Spannungen Sorge“, betonte eine Sprecherin des chinesischen Außenministeriums.⁸⁰¹

Die Wirkung der Sanktionen war bisher äußerst begrenzt, Nordkorea hatte 2017 bereits den sechsten Atomtest hinter sich, zusätzlich unzähliger Raketentests. Der sechste Nuklearversuch Nordkoreas hatte Erschütterungen mit einer Magnitude von 6,3 verursacht.⁸⁰² China hat zwar Interesse an einem Fortbestehen des Kim-Regimes, jedoch verurteilt China vehement die Nukleartests und Raketenstarts Nordkoreas, da es in seinem Umfeld noch eine massivere Aufrüstung der USA sowie der mit ihr Verbündeten Länder Japan und Südkorea befürchtet.⁸⁰³ Die Führung in Pjöngjang drohte noch dazu Japan am 14. September 2017 mit Vernichtung: „Japan muss nicht länger in unserer Nähe existieren“, hieß es, Japan solle „durch die Atombombe in der See versinken.“⁸⁰⁴ In Richtung USA verkündete das Regime: „Lasst uns das Kernland der USA auf Asche und Dunkelheit reduzieren“, hieß es in einem Statement des sogenannten Friedenskomitees. Pjöngjang fordert zudem eine Auflösung des UN-Sicherheitsrates – „ein Werkzeug des Teufels“ – in dem „mit Geld

⁷⁹⁹ Tomas Spang, Nordkorea hat Guam in Reichweite, in: Salzburger Nachrichten, 16.09.2017, S. 6.

⁸⁰⁰ Die Angst vor dem großen Knall, in: Süddeutsche Zeitung, 25.09.2017, S. 9.

⁸⁰¹ Thomas Spang, Nordkorea hat Guam in Reichweite, in: Salzburger Nachrichten, 16.09.2017, S. 6.

⁸⁰² Horst Rademacher, Der lange Weg zur Atommacht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.09.2017, S. 5.

⁸⁰³ Christian Ultsch, Warum Kim Jong-il der Welt sein Spiel aufzwingen kann, in: Die Presse, 24.11.2010, S. 2.

⁸⁰⁴ Angela Köhler, Was Kim mit seinen Raketentests bezweckt, in: Die Presse, 16.09.2017, S. 9.

bestochene“ Staaten vertreten seien, die auf Anweisung der USA handelten.⁸⁰⁵

Der wachsenden Raketenbedrohung aus Nordkorea wird nun mit Thaad (Terminal High Altitude Area Defense) begegnet – dieses System soll anfliegende Raketen mittels eines Abfanggeschosses durch die kinetische Energie des Zusammenpralls in einer Flughöhe zwischen 40 und 150 Kilometern zerstören. Die USA hatten in Südkorea 2016 an die 29.000 Soldaten stationiert. Auch aus diesem Grund drängten höhere US-Militärs auf die Stationierung des Systems.⁸⁰⁶ Eine Thaad-Batterie besteht aus sechs mobilen Abschussrampen für 48 Abfangraketen sowie einem Radar- und Feuerleitsystem. Eben dieses Radarsystem (18.000 Kilometer Reichweite) dürfte den Widerstand Chinas und Russlands gegen Thaad befeuern, da mit Thaad die USA in die Lage versetzt werden, weit in den Raum Chinas und Russlands hineinzublicken.⁸⁰⁷ Südkorea und Japan haben bereits Patriot-Raketenabwehrsysteme in ihren Arsenalen. Tokio denkt nun über die Anschaffung des Thaad-Systems nach. Verteidigungsminister Gen Nakatani unternahm bereits im Herbst 2015 einen entsprechenden Vorstoß.⁸⁰⁸

US-Präsident Donald Trump hatte mehrmals betont, sich auch militärische Optionen offenzuhalten, und China aufgefordert, den Druck auf Nordkorea zu erhöhen. Mit allen Mitteln soll aus chinesischer Sicht eine Implosion des Regimes in Pjöngjang mit all seinen Folgen vermieden werden. China

- befürchtet bei einem Sturz von Kim Jong-un sowie einem Kollaps des Regimes enorme Flüchtlingsströme entlang der 1.400 Kilometer langen gemeinsamen Grenze;
- würde zudem die Pufferzone zu von den USA unterstütztem Südkorea abhandeln;
- Kernmaterial könnte auch in unsichere Hände geraten;

⁸⁰⁵ Ebenda.

⁸⁰⁶ Burkhard Bischof, Abwehrraketen als Exportschlager?, in: Die Presse, 9.02.2016, S. 4.

⁸⁰⁷ So Xi Jinping während des APEC-Gipfel in Lima im November 2016, in: Wang Yi, Advancing China's Major-Country Diplomacy in a Changing World, in: Qiushi, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, S. 120-124, S. 122.

⁸⁰⁸ Ebenda.

- Ebenso ist für China eine stabile Peripherie für seine wirtschaftliche und politische Entwicklung essentiell.⁸⁰⁹

Aus diesem Grund hat aus amerikanischer Sicht China auch die Finanzzugänge Nordkoreas bestehen lassen (über chinesische Banken), trotz US-Bedenken, diese ermöglichen erst der nordkoreanischen Führung die Entwicklung des Nuklearprogramms in dieser Geschwindigkeit.⁸¹⁰ Die US-Strategie besteht darin, die pazifische Flotte zu verstärken seine Stützpunkte bei den Bündnispartnern auszubauen, wie das Thaad-System in Südkorea, um auf mögliche Raketenangriffe (mit Nuklearwaffen) reagieren zu können. US-Präsident Donald Trump warnte Nordkorea im August 2017 vor „Feuer und Wut“ („fire & fury“)⁸¹¹, Nordkorea drohte mit einem Raketenangriff auf Guam, dieser US-Stützpunkt liegt 3.500 von Nordkorea entfernt. 2013 gab das Pentagon aufgrund der Bedrohung aus Nordkorea die Stationierung eines Raketenabwehrsystems Thaad auf Guam bekannt.⁸¹² Am 4. September 2017 beschuldigte die US-Botschafterin zur UNO, Nikki Haley, Nordkorea, „um Krieg zu betteln“ („begging for war“) und stellte klar: „Enough is enough. War is never something the United States wants. We don't want it now. But our country's patience is not limited.“⁸¹³

Nur 50 Kilometer südlich der schwer bewaffneten Grenze zwischen beiden Koreas leben rund 25 Millionen Menschen im Großraum Seoul, in Grenznähe befinden sich bis zu 25.000 nordkoreanische Artilleriegeschütze und Raketenstellungen, mindestens 700 Kanonen und Raketenwerfer sind auf Seoul gerichtet.⁸¹⁴ Seoul verfügt jedoch über kein strategisches Hinterland und ist praktisch nicht zu evakuieren. Südkorea plant laut „The Korean Herald“ vom 5. September 2017 die Gründung einer Spezialeinheit, deren einzige Aufgabe es ist, „Nordkoreas Kriegskommando- und Kontrollsystem zu neutralisieren und die Führung des

⁸⁰⁹ Peter Buchas / Jean Christopher Mittelstaedt, Chinas Nordkorea-Problem, in: Militär Aktuell 2/2016, S. 10-12, hier S. 11.

⁸¹⁰ Victor Cha, China needs to get serious, in: Time Magazine, April 3, 2017, S. 32.

⁸¹¹ Bomb Shelter, in: Newsweek International, 25.08.-01.09.2017, S. 5.

⁸¹² Salzburger Nachrichten, Der US-Stützpunkt Guam. Ein Urlaubsparadies inmitten des Konfliktes, in: Salzburger Nachrichten, 10.08.2017, S. 4.

⁸¹³ Justin McCurry und Tom Phillips, Putin calls for dialogue to avert 'a catastrophe', in: The Guardian Weekly, 08.09.2017, S. 4.

⁸¹⁴ Felix Lee, Die Welt muss sich mit Kims Bombe abfinden, in: Die Presse, 5.09.2017, S. 4.

Regimes, einschließlich Kim Jong-un, zu eliminieren.⁸¹⁵ Diese Sondereinheit soll eng mit amerikanischen Spezialkräften wie den Seals der US Navy zusammenarbeiten: „Wir sind jetzt in der Phase der Konzipierung“, bestätigte Verteidigungsminister Song Young-moo den Bericht: „Ich glaube, wir können eine solche Enthauptungseinheit bilden und bis zum 1. Dezember operationsfähig machen.“⁸¹⁶ Teil der Strategie ist es laut „The Korean Herald“, Nordkorea „im Falle eines nordkoreanischen Nuklearangriffes mit ballistischen Raketen und Marschflugkörpern gefechtsunfähig zu machen.“ Zudem sollen konventionelle Waffensysteme, Raketenabschussrampen, Nuklearanlagen und unterirdische Kommandostände zerstört werden.⁸¹⁷ Präsident Moon Jae-in wird zitiert: „Es ist jetzt entscheidend, machtvolle und praktische Maßnahmen zu ergreifen, damit Nordkorea die Folgen seines Handelns realisiert.“⁸¹⁸ Dazu gehört die zwischen Trump und Moon beschlossene Aufhebung der Nutzlast-Begrenzung für südkoreanische Raketen. Seit 2001 galt diesbezüglich eine Obergrenze von 500 Kilogramm.⁸¹⁹ Zudem wird die Reichweite der Geschosse von bisher 800 Kilometern deutlich erhöht, damit jedes Ziel in Nordkorea getroffen werden könnte, so das Präsidialamt.⁸²⁰ Laut SIPRI wurden im Jahr 2016 US-Rüstungsgüter im Wert von fast fünf Milliarden US-Dollar an Südkorea verkauft, somit war Südkorea der viertgrößte Käufer von US-Rüstungsgütern.⁸²¹ Unmittelbar nach dem Wasserstoffbomtest im September 2017 hatte Südkorea Raketenmanöver befohlen: „Dazu gehören simulierte Angriffe auf die Atomanlagen des Kim-Regimes.“⁸²² Trump per Twitter: „Südkorea findet jetzt heraus, dass das Appeasement-Gerede mit Nordkorea nicht funktionieren wird. Die

⁸¹⁵ Angela Köhler, Wie Südkorea Kim Jong-un ausschalten will, in: Die Presse, 6.09.2017, S. 7.

⁸¹⁶ Ebenda.

⁸¹⁷ Ebenda.

⁸¹⁸ Ebenda.

⁸¹⁹ Justin McCurry und Tom Phillips, Putin calls for dialogue to avert ‘a catastrophe’, in: The Guardian Weekly, 08.09.2017, S. 4.

⁸²⁰ Angela Köhler, Wie Südkorea Kim Jong-un ausschalten will, in: Die Presse, 6.09.2017, S. 7.

⁸²¹ Justin McCurry und Tom Phillips, Putin calls for dialogue to avert ‘a catastrophe’, in: The Guardian Weekly, 08.09.2017, S. 4.

⁸²² Angela Köhler, Wie Südkorea Kim Jong-un ausschalten will, in: Die Presse, 6.09.2017, S. 7.

verstehen nur eine Sache.”⁸²³ Moon, dessen Dialogofferten bisher von Kim Jong-un brüsk angelehnt wurden, hat lange gezaudert, bis er der verstärkten Stationierung von US-Abfangraketen in Südkorea zustimmte.⁸²⁴ Am 4. September 2017 fiel die Entscheidung, weitere vier dieser Thaad-Batterien aufzustellen. Insgesamt sind nun sechs Batterien aufgestellt. Jede Batterie besteht aus sechs „Launchern”, die auf einem Lastkraftwagen befestigt sind (jede bestückt mit 8 Raketen), 49 Interzeptoren, eine Feuerleit- und eine Zielerfassungseinheit (communications unit) sowie aus einem AN/TPY-2-Radar. Genau an diesem Radar sträubt sich China mit dem Vorwurf, es könnte Ziele in China ausspionieren.⁸²⁵ Zur Stärkung der Verteidigungskraft ist Südkorea auch bereit, den USA zu gestatten, wieder strategische Waffen auf der koreanischen Halbinsel zu stationieren, die 1991 als Geste des guten Willens gegenüber Nordkorea abgezogen worden waren.⁸²⁶

Als Teil der nordkoreanischen Juche-Ideologie hat Pjöngjang „das Ziel der koreanischen Wiedervereinigung bekräftigt, den Ausbau seiner nuklearen Kapazitäten beschlossen und seine Bereitschaft zum ‚präemptiven nuklearen Erstschlag‘ klargelegt.“⁸²⁷ Nordkorea könnte in absehbarer Zeit „über lückenlose Erst- und Zweitschlagfähigkeiten verfügen“.⁸²⁸ Im Kriegsfall wären die menschlichen Verluste durch konventionellen Artilleriebeschuss von Städten in der Region immens.⁸²⁹

Am 29 August 2017 wurden Millionen Japaner um 5.58 Uhr mittels Frühwarnsignal J-Alert-System geweckt mit der Warnung „Rakete fliegt vorbei“, ein derartiges Objekt hatte den Norden Japans passiert Um 6.06 Uhr überflog das nordkoreanische Geschoss den Luftraum über Cape Erimo im Südosten der nördlichen Hauptinsel Hokkaido und ging sechs Minuten und 1180 Kilometer weiter nordöstlich im Pazifischen Ozean nieder. Das nordkoreanische Militär bestätigte kurz darauf, dass man von

⁸²³ Ebenda.

⁸²⁴ Aaron Mehta, Home and abroad, politics drive South Korea THAAD deployment, in: Defense News, 7.08.2017, S. 11.

⁸²⁵ Ebenda.

⁸²⁶ Angela Köhler, Wie Südkorea Kim Jong-un ausschalten will, in: Die Presse, 6.09.2017, S. 7.

⁸²⁷ Peter Buchas / Jean Christopher Mittelstaedt, Chinas Nordkorea-Problem, in: Militär Aktuell 2/2016, S. 10-12, hier S. 11.

⁸²⁸ Reinhard Meier-Walser, Bernhard Seliger, Wiener Iran-Deal als Modell für Nordkorea-Gespräche, in: Die Presse, 31.08.2017, S. 26-27, hier S. 27.

⁸²⁹ Peter Buchas / Jean Christopher Mittelstaedt, Chinas Nordkorea-Problem, in: Militär Aktuell 2/2016, S. 10-12, hier S. 11.

einer Abschussrampe nahe Pjöngjang eine Rakete in Richtung Japanisches Meer abgefeuert habe. Sie sei mit einer Maximalhöhe von 550 Kilometern und 2700 Kilometer weit geflogen.⁸³⁰ Trump warnte Nordkorea damals vor einer militärischen Antwort: „Alle Optionen sind auf dem Tisch“.⁸³¹ Das vierte Mal seit 2009 hatte Nordkorea eine Rakete über Japan hinweggeschickt, jedoch erstmals ohne jegliche Vorwarnung. Auf Hokkaido wurden sofort alle Züge gestoppt, an der größten Metrostation von Sapporo erschien die Laufschrift: „Grund: Ballistischer Raketenstart“.⁸³² Dem Regime von Kim Jong-un ist es seit 2006 gelungen, sechs Atombomben zu testen, zudem mehrere Dutzende Raketen, allein 14 zwischen Januar und Mitte September 2017. In zwei Fällen handelte es sich dabei um die Abschüsse von Interkontinentalraketen, die das amerikanische Festland treffen könnten.⁸³³

Nach dem bisher ambitioniertesten Raketentest Nordkoreas (Test einer „Hwasong-15“, der Scheitelpunkt lag in 4.500 Kilometern Höhe – so hoch wie bei keiner nordkoreanischen Rakete zuvor) am 28. November 2017 hatten die USA in einer Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates alle Mitgliedstaaten der UNO aufgerufen, ihre diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Kim-Regime zu beenden. US-Präsident Trump hatte in einem Telefonat mit Chinas Präsidenten Xi nochmals gefordert, alle Öllieferungen an Nordkorea einzustellen. Die amerikanische UN-Botschafterin Nikki Haley stellte klar: „im Fall eines Krieges“ werde die Führung Nordkoreas „vollkommen zerstört“. Kim Jong-un bringe „uns näher an einen Krieg“.⁸³⁴ Admiral Harry Harris, Oberbefehlshaber des U.S. Pacific Command, meinte gegenüber Nordkorea: „diplomacy is our main battery, but I must imagine the unimaginable.“⁸³⁵

⁸³⁰ Angela Köhler, Kim schockt Japan: Panik nach Raketentest, in: Die Presse, 30.08.2017, S. 2 und 3, hier S. 2.

⁸³¹ Ebenda

⁸³² Ebenda.

⁸³³ Felix Lee, Wie Nordkorea die Bombe entwickelte, in: Die Presse, 12.09.2017, S. 4.

⁸³⁴ Handelsblatt, USA drohen Nordkorea mit völliger Zerstörung, 30.11.2017 07:23 Uhr, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/raketentest-usa-drohen-nordkorea-mit-voelliger-zerstoerung/20650594.html>, abgerufen am 30.11.2017.

⁸³⁵ Dan Leaf, Credibility matters in military options for North Korea, in: Defense News, November 6, 2017, S. 29.

Kuba

Im Jahr 1959 stürzen die Revolutionäre um Fidel Castro Fulgencio Batista und etablierten einen sozialistischen Staat. 1961 brechen die USA die diplomatischen Beziehungen ab. Die Invasion in die Schweinebucht durch Exilkubaner scheiterte. 1962 verhängen die USA ein komplettes Wirtschaftsembargo nach einem Streit „that began precicely because Fidel Castro expropriated American oil companies that had refused to process Soviet crude.“⁸³⁶ 2014 kündigten die Präsidenten Barack Obama und Raúl Castro nach zwei Jahren geheimen Verhandlungen eine schrittweise Normalisierung der amerikanisch-kubanischen Beziehungen an und läuteten so nach über 50 Jahren eine diplomatische Annäherung ein.⁸³⁷ 2015 eröffneten die USA nach 54 Jahren ihre Botschaft in Havanna. Am 16. Februar 2016 vereinbarten beide Staaten die Wiederaufnahme des kommerziellen Flugverkehrs.⁸³⁸ US-Bürger dürfen nun in das für sie jahrzehntelang verbotene Land zumindest eingeschränkt einreisen. Der Tourismus ist für viele Kubaner die einzige ernsthafte Einnahmequelle, 2014 kamen drei Millionen Besucher nach Kuba. Der in kubanischen Pesos ausbezahlte Durchschnittslohn lag 2014 bei umgerechnet 18 Euro pro Monat. Fernseher und Handys, manche Hygieneartikel und Lebensmittel wie Butter oder Käse erhält man ausschließlich für die Devisenwährung Pesos Convertibles. Diese Devisenwährung ist auch mit touristischen Taxifahrten, den Verkauf von Souvenirs und die Vermietung von Privatzimmern verknüpft. Die Getränkemarkte „Coca-Cola“ ist bereits über den Umweg über Mexiko auf Kuba erhältlich – trotz des Embargos. Aus kubanischer Sicht erweist sich Guantánamo nach wie vor als ein illegaler Marinestützpunkt der USA. Die völlige Abschaffung der „Blockade“, wie die inzwischen aufgeweichten Sanktionen auf Kuba genannt werden, scheidet weiterhin an den Republikanern im US-Kongress.⁸³⁹ Als erster US-Präsident seit der kommunistischen Machtergreifung reiste Obama am 21. und 22. März 2016 nach Kuba. Obamas stellvertretender Sicherheitsberater

⁸³⁶ Frances Robles, Next step in U.S.-Cuba ties, in: International New York Times, 15.12.2015, S. 2.

⁸³⁷ Obama plant Kuba-Reise, in: Neue Zürcher Zeitung, 20.02.2016, S. 6.

⁸³⁸ Ebenda.

⁸³⁹ Bernadette Bayrhammer, Die Amerikaner kommen, in: Die Presse am Sonntag, 15.11.2015, S. 39.

Ben Rhodes wies darauf hin, dass mit dem kubanischen Regime weiterhin ernste Differenzen bestehen, so vor allem bei den Menschenrechten und politischen Freiheiten.⁸⁴⁰ Nach Angaben des US-Außenministeriums (US Department of State) hatte als letzter US-Präsident im Amt Calvin Coolidge im Januar 1928 Kuba besucht. Präsident Harry Truman reiste 1948 in die von den USA kontrollierte Bucht von Guantánamo, der frühere US-Präsident Jimmy Carter war mehrmals auf Kuba, jedoch erst nach dem Ende seiner Präsidentschaft.⁸⁴¹ US-Präsident Donald Trump hatte den historischen Deal von Obama mit Kuba jedoch wieder rückgängig gemacht, diese „einseitige Vereinbarung werde sofort aufgehoben“, so Trump am 16. Juni 2017.⁸⁴² Trump rückte somit von einer entspannteren Kuba-Politik seines Vorgängers Obama wieder ab, strengere Handels- und Reisebestimmungen nach Kuba wurden seitens Trumps mit der Verschlechterung der Menschenrechtssituation im Land selbst begründet. Individualreisen nach Kuba sind für Amerikaner nicht mehr gestattet, so sollen die Geldflüsse an jene kubanischen Firmen eingeschränkt werden, die den kubanischen Sicherheitskräften gehören, hier vor allem der Grupo de Administración Empresarial (GAESA). Diese Einrichtung gehört der kubanischen Armee.⁸⁴³ Die diplomatischen Beziehungen mit Havanna bleiben weiterhin aufrecht, ebenso die kommerziellen Flug- und Schiffsverbindungen zwischen den USA und Kuba. US-Amerikaner können weiterhin unter bestimmten Bedingungen nach Kuba reisen, etwa wenn sie Familienmitglieder besuchen oder an einem kulturellen, religiösen oder akademischen Austauschprogramm teilnehmen. Trumps Regierung schaffte nur die Möglichkeit ab, dass Amerikaner sich selbst einen Bildungsaufenthalt auf Kuba organisieren können, ohne jedoch über einen Reiseanbieter zu gehen. Derartige unter dem Schlagwort „People to People“ bekannt gewordene Reisen hatte die Obama-Regierung 2016 erlaubt.⁸⁴⁴

⁸⁴⁰ Obama plant Kuba-Reise, in: Neue Zürcher Zeitung, 20.02.2016, S. 6.

⁸⁴¹ Ebenda.

⁸⁴² Trump erneuert Restriktionen für Kuba-Reisen, in: Die Presse, 17.06.2017, S. 6.

⁸⁴³ Trump tightens the rules on Cuba links, in: The Guardian Weekly, 23.06.2017, S. 11.

⁸⁴⁴ Trump erneuert Restriktionen für Kuba-Reisen, in: Die Presse, 17.06.2017, S. 6.

Die Nationale Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2015 – Herausforderungen der letzten Jahre für die Regierung Obama

Erstmals seit 2010 hat das Weiße Haus im Februar 2015 eine Sicherheitsstrategie veröffentlicht in Zeiten erhöhter terroristischer Bedrohungen und Großmachtpolitik. Es könnte bei der Durchsicht dieses Strategiepapiers der Eindruck entstehen, dass die USA kein klares Bild verfügen, ihre Macht auszuüben, ihre dafür benötigten Fähigkeiten sind offensichtlich eingeschränkt.⁸⁴⁵ Der „Arabische Frühling“, die Annexion der Krim und der „Schattenkrieg“ in der Ostukraine durch Russland, das Attentat auf das US-Konsulat in Benghasi 2011, die Bildung des Terrornetzwerkes „Islamischer Staat“ und der Machtwechsel in Nordkorea 2011 auf Kim Jong-un veränderten die strategische Lage für die USA und auf der Welt komplett seit dem Jahr 2010, so Julianne Smith vom Center for a New American Security (CNAS): „Great power politics is back“.⁸⁴⁶ Aus diesem Grund ist es für die USA äußerst wichtig, mehr denn je Partnerschaften und Bündnisse auszubauen.⁸⁴⁷ In der Nationalen Sicherheitsstrategie aus 2015 betonte Obama, es stellt sich aufgrund der heutigen Herausforderungen nicht mehr die Frage, ob die USA führen, sondern wie sie in die Zukunft führen werden.⁸⁴⁸

Die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) aus 2010 wurde in Hinblick auf den Abzug der US-Truppen aus dem Irak und dem temporären Hochfahren der Truppenstärke in Afghanistan verabschiedet. Zu Beginn der Amtszeit von Obama befanden sich an die 180.000 US-Soldatinnen und -Soldaten in Afghanistan und im Irak, Anfang 2015 betrug deren Gesamtstärke in allen beiden Ländern weniger als 15.000.⁸⁴⁹ Anfang 2015 wurden 3.100 US-Truppen im Irak stationiert mit dem Ziel, ausschließlich lokale Sicherheitskräfte auszubilden und auszurüsten. Obama

⁸⁴⁵ Toshihiro Nakayama, Obama's Smart Retrenchment: Realism or Withdrawal, AJISS-Commentary. The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies No. 214, 24 June 2015, S. 2.

⁸⁴⁶ Paul McLeary, US Security Strategy Reflects Changed World, in: Defense News, 9.02.2015, S. 7.

⁸⁴⁷ Ebenda.

⁸⁴⁸ The White House, National Security Strategy, February 2015, S. 2.

⁸⁴⁹ Ebenda, S. I (Vorwort des Präsidenten).

schrieb in der Nationalen Sicherheitsstrategie aus 2015, dass die USA von den großen Bodenkriegen in Irak und Afghanistan abgekommen sind, diese hatten die US-Außenpolitik der letzten Dekade geprägt.⁸⁵⁰ Ein wesentlicher Unterschied zur NSS aus 2010 stellt sich bei jener aus 2015 der Tonfall heraus, den die US-Regierung in ihren Erläuterungen über Russland einschlägt. 2010 versuchte die USA noch, Partnerschaften mit Russland aufzubauen, 2015 jedoch betonte die US-Führung: „Russia’s violation of Ukraine’s sovereignty and territorial integrity – as well as its belligerent stance toward other neighboring countries – endangers international norms that have largely been taken for granted since the end of the Cold War.“⁸⁵¹

Stärker als die NSS aus 2010 betont jene aus 2015 die Bildung von Allianzen und die Rolle der USA in diesem Zusammenhang, Koalitionen im Kampf gegen Terroristen sowie nichtstaatliche Aggressoren, in der Auseinandersetzung um den Einfluss großer Mächte und bei der Durchsetzung humanitärer Beiträgen weltweit zu bilden.⁸⁵²

Präsident Barack Obama und Außenministerin Hillary Clinton sahen ihre außenpolitischen Prioritäten darin, brüchige Allianzen zu reparieren, zwei Kriege in Afghanistan und Irak abzuwickeln (davon den Irak-Einsatz zu beenden) und eine globale Finanzkrise zu bewältigen. Ebenso hatten Priorität, einen aufstrebenden Herausforderer wie China, wachsenden Bedrohungen aus dem Iran und Nordkorea sowie Revolutionen und Konflikten im Mittleren Osten entgegenzutreten.⁸⁵³ Schwerpunkte für die US-Streitkräfte bildeten Counterinsurgency-Operationen im Mittleren Osten und in Zentralasien (Afghanistan, Irak).⁸⁵⁴

In Europa wurden aufgrund der Annexion der Krim durch Russland 2014 wieder „reassurance and engagement“ äußerst relevant.⁸⁵⁵ Während des Treffens von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg mit Präsident Obama im Weißen Haus am 25. Mai 2015 dankte Stoltenberg für

⁸⁵⁰ Paul McLeary, US Security Strategy Reflects Changed World, in: Defense News, 9.02.2015, S. 7.

⁸⁵¹ Ebenda.

⁸⁵² Ebenda.

⁸⁵³ Hillary Rodham Clinton, *Hard Choices*, a memoir, Simon & Schuster, London, New York, Sydney, Toronto, New Delhi 2014, S. 42.

⁸⁵⁴ Lara Seligman, What to Expect in US Air Force’s Budget Request, in: Defense News, 1.02.2016, S. 6 und 7, hier S. 7.

⁸⁵⁵ Melyn P. Leffler, Defense on a Diet. How Budget Crises Have Improved U.S. Strategy, in: *Foreign Affairs*, November / December 2013, S. 65-76, S. 76.

die „starke Führung in unsicheren Zeiten: „you have provided leadership at a critical moment, and continue to provide significant resources“ an die NATO.⁸⁵⁶ Stoltenberg hob die European Reassurance Initiative als einen „wesentlichen Beitrag zur transatlantischen Sicherheit hervor.⁸⁵⁷

Die USA bleiben auch nach 30 Jahren DIE globale Macht, sie gibt für Verteidigung mehr aus als alle ihre geopolitischen Herausforderer zusammen – dies trotz massiver Einsparungen in diesem Bereich in den Jahren der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 bis 2016: „The truth is that the sort of austerity the Pentagon now faces is not all that severe.“⁸⁵⁸ Die ultimative Quelle der nationalen Sicherheit der USA bildet jedoch nicht ihre militärische Stärke, sondern die Wirtschaftskraft der Supermacht innerhalb einer in allen Bereichen völlig vernetzten Welt. So besitzt die Cybersicherheit für die USA einen immer wichtigeren Stellenwert, einerseits sollen die eigenen Netzwerke selbständig, andererseits in Partnerschaft mit den engsten Verbündeten wie Großbritannien, Israel und Südkorea verteidigt werden.⁸⁵⁹

Die USA blieben auch während der Amtszeit von Präsident Obama größter Waffenexporteur: einem Bericht der International Trade Administration vom Juni 2016 zufolge kamen die USA im Jahr 2015 für 36 Prozent der weltweiten Militärausgaben im Gesamtwert von 1,68 Billionen US-Dollar auf. Größter Abnehmer von US-Rüstungsgütern war 2015 Saudi-Arabien (11,4 Prozent) gefolgt von Taiwan (9,8 Prozent), Australien (8,8 Prozent), Großbritannien (6,7 Prozent), die Vereinigten Arabischen Emirate (6,3 Prozent), Japan (6,2 Prozent), Südkorea (5,7 Prozent), Mexiko (5,4 Prozent), Israel (4,5 Prozent), Italien (3 Prozent), Indien (2,9 Prozent), Deutschland (2,3 Prozent), die Türkei (2 Prozent), Kanada und Singapur (je 1,7 Prozent).⁸⁶⁰ Auf die Zeitspanne 2012 bis 2016 verteilt kamen die USA laut SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) für 33 Prozent aller größeren Waffenexporte auf, gefolgt von Russland (23 Prozent), China (6,2 Prozent), Frankreich (6 Prozent) und Deutschland (5,6

⁸⁵⁶ North Atlantic Treaty Organization Press Office, NATO Secretary General thanks President Obama for strong US leadership, Brüssel, Dienstag, 26.05.2015.

⁸⁵⁷ Ebenda.

⁸⁵⁸ Melvyn P. Leffler, Defense on a Diet. How Budget Crises Have Improved U.S. Strategy, in: Foreign Affairs, November / December 2013, S. 65-76, S. 76.

⁸⁵⁹ Ash Carter, US, Allies Will Deliver ‚A Lasting Defeat‘ to ISIL, in: Defense News, 14.12.2015, S. 12.

⁸⁶⁰ Last Word: buy, sell: Global Defense Market, in: Defense News, 29.08.2016, S. 22.

Prozent).⁸⁶¹ 2015 kamen die USA für die höchsten Verteidigungsausgaben auf (596 Milliarden US-Dollar, -3,9 Prozent im Vergleich zu 2006), gefolgt von China (215 Milliarden US-Dollar, Schätzung des SIPRI), Saudi-Arabien (87,2 Milliarden US-Dollar), Russland (66,4 Milliarden US-Dollar), Großbritannien (55,5 Milliarden US-Dollar), Indien (51,5 Milliarden US-Dollar), Frankreich (50,9 Milliarden US-Dollar), Japan (40,9 Milliarden US-Dollar), Deutschland (39,4 Milliarden US-Dollar), Südkorea (36,4 Milliarden US-Dollar), Brasilien (24,6 Milliarden US-Dollar), Italien (23,8 Milliarden US-Dollar), Australien (23,6 Milliarden US-Dollar), die Vereinigten Arabischen Emirate (22,8 Milliarden US-Dollar, Schätzung des SIPRI) und Isarel (16,1 Milliarden US-Dollar).⁸⁶²

Wenig bis keine Anerkennung bekam Obama für die Tatsache, dass er trotz Wirtschafts- und Finanzkrise die Arbeitslosenquote auf fünf Prozent halbierte und damit fast Vollbeschäftigung geschaffen hat.⁸⁶³ Was die Republikaner „auf die Barrikaden bringt“, sind jene Veränderungen während der Amtszeit von Präsident Obama wie die Jahrhundertreform des Gesundheitswesens, der Abzug der Kampftruppen aus dem Irak und Afghanistan und der Klimadeal in Paris⁸⁶⁴ 2015 sowie der Neustart der Beziehungen mit Kuba und das Durchsetzen des Atomabkommens mit dem Iran gegen massiven innenpolitischen Widerstand.⁸⁶⁵ Die Demokraten bemängelten, was der Reformer Obama bisher nicht geschafft hat: Guantánamo zu schließen, strengere Waffengesetze durchzusetzen und härter gegen die Wallstreet vorzugehen.⁸⁶⁶ Die Rückeroberung der strategisch wichtigen irakischen Stadt Ramadi aus den Händen des „IS“ – ein

⁸⁶¹ Last Word: Global arms surge, in: Defense News, 13.03.2017, S. 30.

⁸⁶² Ebenda.

⁸⁶³ Thomas Spang, Die Kritiker wird er nicht mehr überzeugen, in: Salzburger Nachrichten, 5.01.2016, S. 5.

⁸⁶⁴ Die Regierung Trump verkündete am 1. Juni 2017, dass die USA im Jahr 2020 aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen werden, das 2015 von 195 Staaten unterzeichnet wurde und am 4. November 2016 in Kraft trat. Viele amerikanische Bundesstaaten wie Kalifornien, New York, Oklahoma und Texas planen jedoch, ihren Anteil an Alternativenergien massiv zu erhöhen (Förderung emissionsloser Fahrzeuge, Windkraft) und den Anteil von fossilen Brennstoffen zu verringern. Aus: Michael R. Bloomberg und Jerry Brown, Fixing the climate without Trump, in: The New York Times International Edition, November 17, 2017, S. 9.

⁸⁶⁵ Thomas Spang, Die Kritiker wird er nicht mehr überzeugen, in: Salzburger Nachrichten, 5.01.2016, S. 5.

⁸⁶⁶ Ebenda.

Erfolg, der ein starkes Rückgrat beweist, während ihm seine Kritiker Schwäche vorhalten, weil er nicht bei jeder Gelegenheit zuschlägt.⁸⁶⁷

Obama versuchte, mehr Freihandelsabkommen zum Durchbruch zu verhelfen, so vor allem als wesentlicher Teil der „rebalance“-Strategie der USA für den Raum Asien-Pazifik das TPP (Trans-Pacific Partnership), an dessen Erfolg oder Nichterfolg die Aussichten für die transatlantische Schwester TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) verknüpft wurden. Zu TPP – ein Freihandelsvertrag aus 12 Nationen inklusive Australien – meinte der damalige Außenminister John Kerry: „It’s critical for business and for the future of the region. It would underpin the [administration’s] rebalance [to Asia], and it’s also critical to important relationships, like with Vietnam, where there are huge transitions in the labor market as a result of what we’ve done.“⁸⁶⁸ 2013 hatten die USA und Vietnam eine „umfassende Partnerschaft“ geschlossen. Vietnam war eine der treibenden Kräfte hinter dem inzwischen von Amerika unter US-Präsident Donald Trump verlassenen Freihandelsverbund TPP. Anfang Juni 2017 war als erster Regierungschef Südostasiens Vietnams Ministerpräsident Nguyen Xuan Phuc zu einem Besuch bei Trump eingetroffen. Die sechstgrößte Volkswirtschaft Südostasiens weist einen beträchtlichen Handelsüberschuss von 32 Milliarden US-Dollar gegenüber den USA auf – der sechstgrößte Amerikas. Vietnam befindet sich damit auf der Liste der 16 Länder, die Trump als „Betrüger“ bezeichnet hatte. Nachdem Trumps Amtsvorgänger Obama das Waffenembargo teilweise aufhob und Vietnam sechs amerikanische Patrouillenboote erhielt, hofft der vietnamesische Ministerpräsident auf Panzer, weitere Schiffe und Raketen aus den USA. Diese würden den US-Handelsüberschuss mindern und Arbeitsplätze in den USA sichern. Vietnam teilt Washingtons Bedenken mit Blick auf Chinas Vordringen genauso wie die Sorge vor einer nuklearen Aufrüstung Nordkoreas.⁸⁶⁹

Inzwischen versucht die Volksrepublik China als das „größte Entwicklungsland“ und somit als „aufstrebende politische und wirtschaftliche Macht“ jene mögliche Investitionslücke zu nutzen, die sich durch

⁸⁶⁷ Ebenda.

⁸⁶⁸ Jonathan Tepperman, *The Envoy. A Conversation With John Kerry*, in: *Foreign Affairs*, November/December 2016, S. 56-64, S. 59.

⁸⁶⁹ Vietnam dringt zu Donald Trump vor, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 2.07.2017, S. 20.

den Rückzug der USA aus dem TPP und dem TTIP anbieten könnte.⁸⁷⁰ China zielt auf den Ausbau „friedlicher Kooperationen mit Nachbarstaaten“, auf regionaler und auf globaler Ebene zu stärken. 2013 verkündete Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping die „Ein Gürtel, eine Straße“-Politik der „Neuen Seidenstraße“ („One Belt, One Road“), es stellt das größte und ambitionierteste geopolitische Projekt Chinas dar.⁸⁷¹ Chinas „nachbarschaftliche Außenpolitik“ beinhaltet die vier Kreise Ostasiens, Zentralasiens, Südasiens und Nordasiens sowie zwei große regionale Rahmen des Pazifiks und Asiens.⁸⁷² Präsident Xi hatte im Juli 2015 anlässlich des Treffens des Rates der Staatschefs der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) in Russland betont, gemeinsam zu entscheiden, den Wirtschaftsgürtel der Seidenstraße („The Silk Road Economic Belt“) mit den Entwicklungsstrategien eines jeden SCO-Mitgliedstaates und mit jenen der Eurasischen Wirtschaftsunion zu verbinden.⁸⁷³ Die Schlagworte „Entwicklung“ und „Sicherheit“ gelten ebenso für eine verstärkte Wirtschaftsintegration der Regionen Ost- und Südasiens, so Chinas Premierminister Li Keqiang anlässlich des Treffens der Regierungschefs Ostasiens in Malaysia.⁸⁷⁴ Präsident Xi besuchte den Gipfel der Asia-Pacific Economic Cooperation in Manila, plädierte für den Aufbau einer „Asia-Pacific Community of Common Destiny“ und die Implementierung einer Freihandelszone des Asiatisch-Pazifischen Raumes („Free Trade Area of the Asia-Pacific“).⁸⁷⁵

⁸⁷⁰ Su Hao, professor and director of the Center for Strategic and Peace Studies at China Foreign Affairs University (Beijing), China's Political, Military Clout Stabilizes Asia-Pacific, in: Defense News, 14.12.2015, S. 17.

⁸⁷¹ Ebenda.

⁸⁷² Ebenda.

⁸⁷³ Ebenda.

⁸⁷⁴ Ebenda.

⁸⁷⁵ Ebenda.

Die USA – ein „Empire“ auf dem Rückzug? Lehren aus den Interventionen

Das „amerikanische Empire“ – auch und vor allem nach den Vorstellungen mancher Neokonservativer um Präsident George W. Bush – war nichts als ein Mythos: „We´re not an imperial power. We´re a liberating power“, betonte Präsident George W. Bush.⁸⁷⁶ Eine amerikanisches „Empire“ wäre auch aus Sicht Samuel P. Huntingtons „nothing more than a myth“, „it does not exist“, kritisiert jedoch damals: „We now have neoconservative enthusiasm for the idea of an American empire“.⁸⁷⁷

Vor der UN-Generalversammlung hatte George W. Bush am 12. September 2002 gedroht, die USA würden einige der drohenden sicherheitspolitischen Probleme im Alleingang lösen, falls sich die UNO als unfähig erweise.⁸⁷⁸ Die Welt nach dem Kalten Krieg stellte sich als „unimultipolare“ heraus, in der die USA – als einzige Supermacht – mit Regionalmächten sich arrangieren müsse. Demokratieexport stellt sich dabei als eine „gefährliche“ Sache heraus.⁸⁷⁹ Der neokonservative Traum, die Welt derart zu reformieren, um in die Lage versetzt werden zu können, Demokratie und Menschenrechte durchzusetzen und die Welt nach amerikanischen Vorstellungen zu gestalten, stellte sich – wie alle Träume – als illusionär heraus. Den Irak-Krieg, der 2003 begonnen wurde, bezeichnete Barack Obama während seiner Kampagne für die Präsidentschaftswahl 2008 als „dummen Krieg“: Amerika könne demnach nicht überall auf der Welt eingreifen, wo Schlimmes passiert, so Obama in einer Wahlkampfrede im Juli 2007 in New Hampshire: „Sonst hätten wir jetzt 300.000 Soldaten im Kongo, wo Millionen von Menschen als Folge

⁸⁷⁶ So Präsident George W. Bush in der New York Times, 13. April 2004, Text of President Bush´s Speech, zitiert in: Niall Ferguson, *Colossus. The Rise and Fall of The American Empire*, Penguin Books, London 2005, Vorwort, S. IX.

⁸⁷⁷ Samuel P. Huntington, *U.S. Empire, or Unimultipolar World?*, in: Patrick Luciani / Rudyard Griffiths, *American Power. Potential and Limits in the 21st Century*, Key Porter Books, Toronto 2007, S. 71-87, S. 73.

⁸⁷⁸ Herfried Münkler, *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Rohwolt Taschenbuch Verlag, 2. Auflage, Reinbek bei Hamburg, März 2008, S. 8.

⁸⁷⁹ Samuel P. Huntington, *U.S. Empire, or unimultipolar world?*, in: Patrick Luciani / Rudyard Griffiths, *American Power. Potential and Limits in the 21st Century*, Key Porter Books, Toronto 2007, S. 71-87, S. 71-87, hier S. 73.

völkischer Unruhen geschlachtet worden sind.“⁸⁸⁰ Zudem bildete Saddam Hussein aus Sicht Obamas keine unmittelbare Bedrohung für die USA: er warnte, dass eine Invasion in den Irak den Extremismus im Nahen und Mittleren Osten aufflammen und die USA vom eigentlichen Ziel, die Verantwortlichen für die Terrorangriffe vom 11. September 2001 zu bekämpfen, abbringen könne. Aus diesem Grund plädierte Obama für eine Beendigung des Krieges in Irak und auf eine Verlagerung der Bekämpfung des Terrorismus auf Afghanistan.⁸⁸¹ Aus Sicht Obamas ermöglichte die Bush-Cheney-Regierung mit dem Irakkrieg den Terroristen jenen Kampf, den sie sich gegen die USA ersehnten: „a misguided invasion of Iraq, a nation that had nothing to do with the attacks of September 11.“⁸⁸² In der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA vom Oktober 1998 (sie wurde unter der Amtszeit von Präsident Bill Clinton veröffentlicht) ist jedoch sehr wohl festgeschrieben, dass sowohl der Iran als auch der Irak das Potenzial hätten, ihre Nachbarn und den „free flow of oil from the region“ zu bedrohen.⁸⁸³

So wurden Überlegungen in US-Regierungskreisen gestärkt, dass ein Regimewechsel im Irak zu einer günstigen Veränderung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens für die USA führen würde. Der damalige irakische Staatschef Saddam Hussein wurde aufgrund der von der Regierung George W. Bush hergestellten Verbindung zwischen Terrorismus, Massenvernichtungswaffen und Schurkenstaaten zum perfekten Ziel, die damals von den Neokonservativen konstruierten Vorwürfe passten für einen Einmarsch der US-Streitkräfte in den Irak perfekt zusammen. Die Bush-Administration schien zu glauben, dass ein möglicher Erfolg der USA die Bevölkerungen in den Nachbarländern Syrien und Iran ermutigen würde, ihre Regierungen zu stürzen und Demokratisierungsprozesse einzuleiten. In der Washington Post vertrat der neokonservative Journalist Charles Krauthammer die These, dass eine „Befreiung des Irak zu einem Regimewechsel im Iran“ führe.⁸⁸⁴ In Afghanistan würde dieser Prozess, so

⁸⁸⁰ Oliver Grimm, Obamas Rückkehr in den Irak-Krieg, in: Die Presse, 9.08.2014, S. 1.

⁸⁸¹ Change we can believe in, Barack Obama's Plan to Renew America's Promise, With a Foreword by Barack Obama, Three Rivers Press, New York 2008, S. 105.

⁸⁸² Ebenda, S. 107f.

⁸⁸³ The White House, A National Security Strategy for a New Century, October 1998, S. 6.

⁸⁸⁴ Steven Livingston, Reaping an Uncertain Result: American Media and the Iraq War, in: Iraq Uncensored Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes. American Security Project, Fulcrum Publishing 2009, Golden / Colorado, S. 37-45, hier S. 42.

Krauthammer, beginnen, sich daraufhin im Irak fortsetzen und im Iran seine nächste demokratische Auswirkung haben. Aber: „It hasn't worked out that way.“⁸⁸⁵

Diese Denkweise erinnert stark an jene des sogenannten „Domino-Effekts“, der in den 1950er Jahren von der RAND geprägt wurde. Demnach sollte durch einen „Anstoß von außen“ (beeinflusst von einer dominierenden Macht) ein weiterer Staat oder weitere Staaten in der Nachbarschaft und Region „zu Fall gebracht werden“. Die betroffenen Staaten sehen sich durch die Auswirkung von außen in Sogwirkung. Der Kontext zwischen 9/11 und dem „Schurkenregime“ in Bagdad sollte vor allem bei der US-Bevölkerung eine amerikanische Intervention gegen Saddam Hussein begründen.⁸⁸⁶ Der Journalist Charles Krauthammer bezeichnete diese Politik als „neuen Unilateralismus“ und schrieb in der Washington Post: „Nach einer Dekade, in der Prometheus sich als Pygmäe ausgegeben hat, ist eine Regierung endlich willens und bereit, die amerikanische Handlungsfreiheit und das Primat der amerikanischen Interessen durchzusetzen.“⁸⁸⁷

Die Konfliktnachsorge im Irak wurden für die USA schließlich zum Disaster: für diese Phase IV der Operation Iraqi Freedom, die das Ziel hatte, die irakische Gesellschaft zu stabilisieren und die Wirtschaft vor Ort aufzubauen, fehlten ausreichend Bodentruppen, um diese Phase zum Erfolg zu führen. Unzählige Insurgentengruppen hatten sich – auch durch die von den USA durchgeführte Auflösung der irakischen Streitkräfte – gebildet, mit verhängnisvollen Folgen für die USA und vor allem für die irakische Bevölkerung. Präsident Bush und Verteidigungsminister Rumsfeld hatten sich dagegen gesträubt, bis zum Jahr 2007 Bodentruppen für den Staatsaufbauprozess aufzustocken. Das war einer der signifikantesten Fehler – und „lessons learned“ – in Hinblick auf die

⁸⁸⁵ Ebenda.

⁸⁸⁶ John Bryson Chane, Real Faith in the Public Square, in: Iraq Uncensored Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes. American Security Project, Fulcrum Publishing 2009, Golden / Colorado, S. 13-23, hier S. 14.

⁸⁸⁷ Metin Aksoy, Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik von George W. Bush?, in: Güvenlik Stratejileri Dergisi / The Journal of Security Strategies, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / Strategic Research Institute, Ekim / October 2014, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43, S. 13.

gesamte US-Irakstrategie.⁸⁸⁸ Diese „monumentale strategische Fehler“ von Rumsfeld bestand also darin, nicht genug Streitkräfte in den Irak verlegt zu haben, um die Grenzen zu kontrollieren, um das Sicherheitsvakuum zu füllen, das der Sturz von Hussein, die Auflösung der irakischen Baath-Partei und der Streitkräfte – es handelte sich um 300.000 Soldaten sowie an die 30.000 Verwaltungsbeamte – brachte. Dieses Vakuum wurde von Rebellen und Aufständischen gefüllt.⁸⁸⁹ Viele ehemalige irakische Sicherheitskräfte schlossen sich zu unterschiedlichen Milizen zusammen und wurden in der Folge zu Verbündeten religiöser und politischer Parteien. Der Demokratiebildungsprozess im Irak erscheint auch heute noch in weiter Ferne. Es fehlt somit vor allem eine politische Strategie für den Irak. Nicht nur mehr Truppen hätten seitens der USA mehr Sicherheit gebracht – sondern auch viel Zeit, die ein derartiger Staatsaufbau benötigt.

Die Generäle George C. Marshall und Dwight D. Eisenhower erkannten während des Zweiten Weltkrieges, dass es nicht nur massiver Streitkräfte bedarf, um einen Krieg zu gewinnen, sondern auch an effizienten politischen und diplomatischen Mitteln –

„building and holding together a strong international coalition and working closely with in-country groups after the war to establish a solid and durable peace. These profound understandings were crucial to success in the greatest war in U.S. history. Planning for the Iraq war ignored these powerful historic lessons.“⁸⁹⁰

Noch im Jahr 2000 meinte der Präsidentschaftskandidat George W. Bush, dass sich die US-Streitkräfte nicht im Staatsaufbau („nation building“) engagieren sollen, diese sollen nur kämpfen und die Kriege gewinnen. Bush

⁸⁸⁸ Daniel Christman, Generalleutnant, *Too Little, Too Late: Societal Transformation on a Shoestring Is No Strategy*, in: *Iraq Uncensored Perspectives*. Edited by Dr. James M. Ludes. American Security Project, Fulcrum Publishing 2009, Golden / Colorado, S. 27-30, hier S. 28.

⁸⁸⁹ Thomas L. Friedman, *The brutal truth of Iraq*, in: *International Herald Tribune*, 8.04.2006, S. 7; und: Renad Mansour, *Sectarianism in Iraq: A Struggle between Identity and Issue Politics*, European Parliament. Directorate-General for External Policies. Policy Department, Workshop: *Sectarianism in the Middle East*, EP/EXPO/B/AFET/2016/01, July 2017 – PE 603.843, European Union, Brussels, 2017, S. 15-20, S. 16.

⁸⁹⁰ Robert D. Hormats, *Iraq War Planners Ignored Powerful Historic Lessons*, in: *Iraq Uncensored Perspectives*. Edited by Dr. James M. Ludes. American Security Project, Fulcrum Publishing 2009, Golden / Colorado, S. 33-34, hier S. 34.

befehligte jedoch zwei der größten Wiederaufbau- und Stabilisierungsmissionen der USA seit dem Zweiten Weltkrieg – Afghanistan und Irak.⁸⁹¹ Die Konflikte des 21. Jahrhunderts, in denen Insurgenten Tür an Tür mit der Zivilbevölkerung leben, sind umfassender als ein Krieg, somit benötigt es Mittel, die auch weitreichender sind als jene, die von den US-Streitkräften zur Verfügung gestellt werden: „Conflict today is asymmetric, encompassing terrorism, insurgency, and guerilla activities as the most effective reaction to an army that is overpowering on the battlefield.“⁸⁹²

Das Wilsonische Denken der universellen amerikanischen zivilisierenden Mission gestützt auf Interventionsstreitkräfte ging somit mit Barack Obama zu Ende. So prägte er 2014 den „knackigsten Leitfaden“ zu seiner Außenpolitik: „Don't do stupid shit“. Dieser Seitenhieb war gegen die eigenen Leute gerichtet, die „Interventionisten“ der Regierung, die im Jahr 2011 einen Angriff gegen Syrien forderten – allen voran Sicherheitsberaterin Susan Rice und die damalige Außenministerin Hillary Clinton.⁸⁹³ Die ehemalige Außenministerin Condoleezza Rice gab im Mai 2017 diesbezüglich zu verstehen: „We didn't go to Iraq to bring democracy to Iraq, we went to Iraq to overthrow Saddam Hussein.“⁸⁹⁴

Hillary Clinton schäumte damals über Obamas Maxime: „Große Staaten brauchen Prinzipien. ‚Don't do stupid shit‘ is kein Prinzip“, reagierte sie.⁸⁹⁵ Die Kriege in Afghanistan und Irak kosteten zwischen 4 Billionen und 6 Billionen US-Dollar, an die 7.000 US-Soldaten wurden getötet, mehr als 50.000 verwundet.⁸⁹⁶ Donald Trump fragte sich betreffend

⁸⁹¹ Stephen A. Cheney, *It Takes a Country To Fought a War*, in: *Iraq Uncensored Perspectives*. Edited by Dr. James M. Ludes. American Security Project, Fulcrum Publishing 2009, Golden / Colorado, S. 79-81, hier S. 79.

⁸⁹² Arthur S. Obermayer, *The New Faith of War*, in: *Iraq Uncensored Perspectives*. Edited by Dr. James M. Ludes. American Security Project, Fulcrum Publishing 2009, Golden / Colorado, S. 73-77, hier S. 75.

⁸⁹³ Susanna Bastaroli, *Die Abrechnung des Barack Obama*, in: *Die Presse*, 12.03.2016, S. 9.

⁸⁹⁴ Tom O'Connor, *U.S. Wars in the Middle East Were Not Supposed to Bring Democracy*, *Newsweek*, 12 May 2017 (abgerufen am 23.05.2017), in: Renad Mansour, *Sectarianism in Iraq: A Struggle between Identity and Issue Politics*, European Parliament. Directorate-General for External Policies. Policy Department, Workshop: *Sectarianism in the Middle East*, EP/EXPO /B/AFET/2016/01, July 2017 – PE 603.843, European Union, Brussels, 2017, S. 15-20, S. 15.

⁸⁹⁵ Susanna Bastaroli, *Die Abrechnung des Barack Obama*, in: *Die Presse*, 12.03.2016, S. 9.

⁸⁹⁶ John J. Mearsheimer und Stephan M. Walt, *The Case for Offshore Balancing*, in: *Foreign Affairs*, July/August 2016, S. 70-83, S. 77.

die Invasion im Irak: „Mir ist noch immer nicht klar, warum wir es getan haben, ...“ Zudem sitzt der Irak „auf einem Meer aus Öl.“⁸⁹⁷ Der Irak, so Trump, „war keine Bedrohung für uns. Das amerikanische Volk hatte keine Ahnung, warum die Regierung Bush beschloss, dieses Land anzugreifen.“⁸⁹⁸ Trump weiter:

„Unsere brillianten Strategen mussten Geheimdienstberichte frisieren und sich Gründe für eine Invasion aus den Fingern saugen. Als Rechtfertigung wurden die Massenvernichtungswaffen angeführt, die Saddam Hussein angeblich besaß. Es gab keinen (oder nur einen fehlerhaften) Plan, wie wir gewinnen können und wie wir anschließend das Land wieder verlassen. Vor Kriegsbeginn habe ich mich sehr vehement dagegen ausgesprochen. Für mich ergab das ganze Vorhaben keinen Sinn. Ich sagte damals, es werde in eine Katastrophe münden und den Nahen Osten destabilisieren. Ich sagte, ohne den Irak als Gegengewicht werde der Iran versuchen, sich den Mittleren Osten einzuverleiben. Und genau so ist es gekommen.“⁸⁹⁹

Folgende Fehler räumte Obama ein:

- Die EU-Staaten bezeichnete er in Hinblick auf die Libyen-Intervention 2011 als „Trittbrettfahrer der internationalen Politik in Krisenzeiten“, die „davor zurückscheuen, ihre Militärressourcen zur Verfügung zu stellen. Stattdessen ziehen sie uns in Konflikte hinein.“ In diesem Zusammenhang nannte er den damaligen britischen Premier David Cameron: „Ich habe ihm klargemacht, dass Großbritannien nicht auf eine Sonderbeziehung mit uns hoffen kann, wenn es nicht zumindest zwei Prozent des BIPs für Verteidigung ausgibt.“⁹⁰⁰ Deshalb habe Obama 2011 darauf bestanden, dass Großbritannien und Frankreich den Einsatz gegen Muammar al-Gaddafi in Libyen führten – laut Obama ein Fehler: „Sarkozy (Frankreichs damaliger Präsident) stellte seine Luftwaffe

⁸⁹⁷ Donald J. Trump, Great again! Wie ich Amerika retten werde, Plassen Verlag, Kulmbach 2016, S. 50.

⁸⁹⁸ Ebenda, S. 52.

⁸⁹⁹ Ebenda, S. 52f.

⁹⁰⁰ Susanna Bastaroli, Die Abrechnung des Barack Obama, in: Die Presse, 12.03.2016, S. 9.

zur Schau“, obwohl die USA die damalige libysche Luftabwehr zerstört hatten. „Cameron war offensichtlich abgelenkt, er hatte damals wohl andere Probleme.“ Enttäuscht zeigte sich Obama über das fehlende Engagement Europas in der Zeit nach dem Tod Gaddafis, um das Machtvakuum zu füllen: „Ich hatte mir mehr erwartet.“⁹⁰¹

- Über Saudi-Arabien meinte Obama: „Ein Staat kann nicht funktionieren, wenn er die Hälfte seiner Bevölkerung unterdrückt“. Kein Verständnis zeigte Obama für die Wut aus Riad über den Atomdeal mit Teheran: „Iraner und Saudis müssen einen kalten Frieden schließen und lernen, als Nachbarn zu koexistieren. Es ist aber nicht unsere Aufgabe, ihre Streitereien zu schlichten.“⁹⁰²
- Betreffend den „Islamischen Staat“ (IS) gab Obama zu, aufgrund mangelhafter nachrichtendienstlicher Informationen die Gefahr des IS zu Beginn unterschätzt zu haben. Obama verglich den IS mit dem Bösen aus Batman, dem Joker in Gotham City: „Genauso wie in ‚The Dark Knight‘ hatte es der IS geschafft, sich in einer Gegend einzuschleichen, die von korrupten Kriminellen kontrolliert war. Dort hat er dann einen Brand gezündet.“⁹⁰³
- Zu Syrien: Obama verteidigt die Entscheidung, nicht bereits 2012/13 Syrien angegriffen zu haben: „Hätten wir bombardiert, hätten wir Assad zum Märtyrer gemacht. Bomben abzuwerfen, nur um zu zeigen, dass wir Bomben abwerfen können, ist der schlechteste Grund, militärische Gewalt anzuwenden.“⁹⁰⁴
- Über die Ukraine: „Die Ukraine, die kein NATO-Mitglied ist, wird immer von Russland bedroht werden. Egal was wir tun“. „Wir müssen uns darüber klar sein, wo unsere nationalen Interessen liegen, wofür wir bereit sind, in den Krieg zu ziehen.“
- Über Wladimir Putin: Er sei „höflich, offen und direkt im Gespräch. Er ist nicht dumm, er weiß, dass trotz aller Machtdemonstration Russlands Gewicht in der Weltpolitik gering ist. Deshalb will er überall mitmachen.“⁹⁰⁵

⁹⁰¹ Ebenda.

⁹⁰² Ebenda.

⁹⁰³ Ebenda.

⁹⁰⁴ Ebenda.

⁹⁰⁵ Susanna Bastaroli, Die Abrechnung des Barack Obama, in: Die Presse, 12.03.2016, S. 9.

Aus amerikanischer Sicht kam man zur Einsicht, dass mit Interventionen in Afghanistan, Irak und in Libyen in einigen Ländern es nicht möglich erscheint, „amerikanischen Werten, Demokratie und Menschenrechten“ zum Durchbruch zu verhelfen: „Advancing American economic and security interest must come first.“⁹⁰⁶ So sind die USA mehr denn je auf Zusammenarbeit mit Verbündeten und Partnern angewiesen, um globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen umfassend und wirksam entgegenzutreten zu können. Unilaterale Aktionen können mehr Bedrohungen und Sicherheitsrisiken auslösen. Diese Nüchternheit der Erkenntnis setzte sich mit Obama durch.

⁹⁰⁶ Stephen D. Krasner & Amy Bitegart, Pragmatic Engagement, in: *The American Interest*, Vol. XI No 6, July/August 2016, S. 23-32, S. 27.

Die Skepsis in den USA gegenüber internationalen Abkommen

Kompromisse mit unfreien Staaten oder innerhalb internationaler Rüstungskontrollabkommen zu schließen stießen in den USA meist auf Ablehnung. Der deutsche Politikwissenschaftler Ernst-Otto Czempiel stellte fest, dass besonders unter der Amtszeit von George W. Bush die Rüstungskontrolle „als kooperativ gehandhabte Teilweltordnung im US-Kongress schon seit längerem auf zunehmende Skepsis gestoßen war. Trotzdem hätten die Präsidenten daran festgehalten.“⁹⁰⁷ George W. Bush war der erste amerikanische Präsident, „der kooperative Vereinbarungen in der Rüstungskontrolle gegen eine unilaterale Sicherheitsgewährleistung ersetzen wollte.“⁹⁰⁸ Politisch operativ unterstrich Bush diese Haltung und stieg aus einer Reihe geplanter bzw. bereits bestehender Abkommen aus: wie der Vertrag zur Kontrolle des weltweiten Kleinwaffenhandels, der Vertrag zur Ächtung von Landminen sowie die Konventionen über biologische und chemische Waffen. Zudem folgte 2002 der Ausstieg aus dem ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missile Treaty aus 1972), einem Abkommen zur Reduktion der Raketenabwehrsysteme zwischen den USA und Russland (zuvor der damaligen Sowjetunion).⁹⁰⁹

Noch Ende der 1960er Jahre waren sich Washington und Moskau aus russischer Sicht einig, dass zwei wesentliche Bedingungen notwendig seien, um die nukleare Konfrontation zu verringern: die Begrenzung des strategischen Atomwaffenarsenals und der Raketenabwehrsysteme: „Ausgleichende Sicherheit, so die Überlegung, kann es nur bei Verkürzung der Speere und gleichzeitiger Verkleinerung der Schilder geben. Wer eine der beiden Arsenale einseitig für sich behalten oder ausbauen würde, gewänne die strategische Überlegenheit.“⁹¹⁰ Bereits unter US-Präsident

⁹⁰⁷ Metin Aksoy, Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik von George W. Bush?, in: Güvenlik Stratejileri Dergisi / The Journal of Security Strategies, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / Strategic Research Institute, Ekim / October 2014, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43 , S. 13.

⁹⁰⁸ Ebenda.

⁹⁰⁹ Ebenda.

⁹¹⁰ Reinhard Löser, Raketenabwehr: Der Start des Systems verärgert Russland. Das Gleichgewicht einseitig aufgehoben, in: Russland Heute. Eine Beilage des Rossijskaja Gaseta Verlags, Moskau, 6.06.2012, S. 2.

Ronald Reagan hinterfragten die USA diesen Zusammenhang und hatten 1983 „den Verteidigungsaspekt von der Reduzierung der Angriffsraketen“ abgekoppelt und folglich die Idee der Strategic Defense Initiative (SDI) entwickelt: „Das ging gegen alle Abmachungen, seither schwelt der Streit.“⁹¹¹ Das SDI-Projekt wurde mit dem Zerfall der Sowjetunion auf Eis gelegt, doch mit dem 11. September 2001 griffen die USA unter Präsident George W. Bush dieses Thema wieder auf. Bush kündigte im Dezember 2001 einseitig den ABM-Abrüstungsvertrag und drängte auf die Entwicklung des Raketenschuttschildes als „Nachfolger der SDI“: „Formell war dies kein Vertragsbruch.“⁹¹² Aus russischer Sicht bedeutet dieser Schritt eine „Verwirklichung des militärischen Hegemonieanspruchs. Russland und China, vielleicht auch Indien und Pakistan wird damit signalisiert, wo ihre Grenzen sind.“⁹¹³ Obwohl die USA stets beteuern, das System richtet sich nicht gegen Russland, können sie aus russischer Sicht diesen Vorwurf nicht entkräften: Iran und Terroristen wären demnach nicht in der Lage, Atomraketen abzuschießen.⁹¹⁴ Ursprünglich sollte die US-Raketenabwehr durch Radarstationen in Polen und Tschechien ausgebaut werden. Als Kompromiss brachte Russland 2007 Aserbaidschan als akzeptablen Alternativstandort ins Spiel – ein Nachbarland des Iran. Dagegen liefen Polen und die Tschechische Republik Sturm, und als Obama 2009 die Raketenabwehr der NATO überantwortete, war Aserbaidschan vom Tisch. Heute soll der Schirm nicht nur die militärische Unverletzlichkeit der territorialen Integrität der USA garantieren, sondern ganz (West-)Europa und die NATO abdecken und in vier Phasen flexibel aufgebaut werden. Dazu sind Systeme von Satelliten, Radarstationen und mobile Abfangraketen zu Lande und zu Wasser geplant. 2020 soll das System einsatzfähig sein.⁹¹⁵ Das Thema Raketenabwehr gewinnt insgesamt aufgrund des enormen Fortschritts beim Aufbau des Raketenprogramms in Verbindung mit immer leistungsfähigeren Nuklearwaffen in den USA an vitaler Bedeutung. Im Februar 2017 warnte in der Folge US-Verteidigungsminister James Mattis nach dem ersten Test einer Mittelstreckenrakete in der Amtszeit von Präsident Trump Nordkorea umgehend: Ein Atomwaffenangriff des

⁹¹¹ Ebenda.

⁹¹² Ebenda.

⁹¹³ Ebenda.

⁹¹⁴ Ebenda.

⁹¹⁵ Ebenda.

Landes würde eine „wirksame und überwältigende“ Reaktion nach sich ziehen, jeder Angriff auf die USA oder einen Verbündeten werde niedergeschlagen.⁹¹⁶ Trump ist somit bestrebt, das Atomwaffenarsenal der USA auszubauen, in diesem Zusammenhang bezeichnete Trump auch den mit Russland ausverhandelten New START-Vertrag als „einseitig“ und „als weiteren schlechten Vertrag, den unser Land gemacht hat.“⁹¹⁷

Nach dem No zum Kyoto-Protokoll⁹¹⁸ und zur Kleinwaffenbeschränkung hatten die USA am 25. Juli 2001 einen weiteren internationale Initiative eine Absage erteilt: Vor der UN-Abrüstungskonferenz in Genf lehnten die USA den in über sechsjährigen Verhandlungen erarbeiteten Kontrollmechanismus für das Verbot biologischer Waffen ab. Der Entwurf gefährde „die Sicherheit der USA“ sowie die „berechtigten kommerziellen Interessen“ amerikanischer Biotechnologie-Unternehmen, so Washingtons Chefunterhändler Donald Mahley.⁹¹⁹ Alle anderen 55 Mitglieder der UN-Abrüstungskonferenz hatten damals dem Entwurf für die Kontrolle von B-Waffen zugestimmt. Russland, China, Iran und Pakistan hatten damals sogar ihre Bedenken aufgegeben. Washingtons Haupteinwände richteten sich gegen die jährliche Berichtspflicht jedes Landes über – potenziell militärisch nutzbare – biologische Forschungsprogramme sowie gegen Kontrollen von Labors und Fabriken durch ausländische Inspektoren. Die USA unterhielten, so Mahley, Forschungsprogramme zur Entwicklung von Impfstoffen gegen B-Waffen, deren strengste Geheimhaltung nicht gefährdet werden sollte. Zudem befürchtet Washington Industriespionage bei zivilen Biotech-Unternehmen. Die 1972 in der UN-Abrüstungskonferenz vereinbarte B-Waffenkonvention trat 1975 in Kraft. Sie verbietet die „Entwicklung, Produktion und Lagerung von biologischen Waffen“. Der Einsatz derartiger Waffen wurde bereits im Genfer Giftgasprotokoll von 1925 verboten. Verhandlungen über Verifikationsmechanismen begannen 1995, nachdem Beweise auf dem Tisch lagen, dass der Irak – ein

⁹¹⁶ Gunther Hauser, Die US-Außenpolitik: Auf dem Weg ins Chaos?, in: Militär Aktuell 1/2017, S. 50.

⁹¹⁷ Ebenda.

⁹¹⁸ US-Präsident Bill Clinton hielt noch am Kyoto-Protokoll fest. The White House, A National Security Strategy for a global age, December 2000, S. II.

⁹¹⁹ Andreas Zumach, US-Veto gegen Kontrolle des Verbots für B-Waffen, in: Die Presse, 26.07.2001, S. 4.

Unterzeichnerstaat des Protokolls – in den 1980er Jahren B-Waffen entwickelt hatte.⁹²⁰

US-Präsident Donald Trump hat sich von der Idee der Förderung des weltweiten Freihandels verabschiedet, der Abschluss weltweiter Freihandelsabkommen wie die Trans-Pazifische Partnerschaft (TPP) sowie TTIP sind von Trump nicht vorgesehen. Dazu kommt, so der ehemalige Außenminister John Kerry, dass die USA wirtschaftlich eine „wachsende Lücke“ zwischen „Soll und Haben“ aufweisen: Viele Menschen in den USA sind der Auffassung, dass sie nicht an den positiven Auswirkungen der Globalisierung beteiligt sind: „So people are angry. Their lives are not what they were before. Their purchasing power has gone down. In many cases, their income has gone down even if they have a job. Some people have lost jobs at an age in life when it’s really hard to get another one.“⁹²¹ Das landesweite Misstrauen gegenüber der politischen Elite in den USA stieg in den letzten Jahren exorbitant an. Dieses Misstrauen richtete sich jedoch auch gegen geplante Freihandelsabkommen, obwohl TPP beabsichtigte, gemeinsame Arbeitstandards, Umweltstandards und die Rechte der Arbeitnehmer in den betroffenen Ländern dadurch zu stärken.⁹²²

⁹²⁰ Ebenda.

⁹²¹ Jonathan Tepperman, *The Envoy. A Conversation With John Kerry*, in: *Foreign Affairs*, November/December 2016, S. 56-64, S. 60.

⁹²² Ebenda, S. 61.

Die Nationale Sicherheitsstrategie vom Dezember 2017 – „America First“

Am 18. Dezember 2017 hatte US-Präsident Donald J. Trump seine erste Nationale Sicherheitsstrategie der Öffentlichkeit präsentiert. Diese beruft und stützt sich auf frühere Aussagen und Reden des amerikanischen Präsidenten und zielt insbesondere auf die Wiederbelebung der Wirtschaft mit dem Fokus, die eigenen Produktionskapazitäten sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich zu stärken und somit ökonomisch autarker zu werden: „Economic security is national security.“⁹²³ Erstmals sind die USA auch auf dem Weg zur „energiebeherrschenden Nation“ („energy-dominant nation“) – im Sinne einer energie-autarken Wirtschaftsmacht.⁹²⁴ „Wirtschaftliche Aggression“ sowie „unfaire Handelspraktiken“ werden von den USA nicht geduldet, die amerikanische Wirtschaft soll erneuert werden („Rejuvenate Domestic Economy“). Schwerpunkte der Strategie bilden in der Folge: „revitalize the American economy, rebuild our military, defend our borders, protect our sovereignty, and advance our values.“⁹²⁵ Die USA sieht Donald Trump weiterhin als globale Führungsmacht in einer „außergewöhnlich gefährlichen Welt“: „America is leading again on the world stage. We are not hiding from the challenges we face.“⁹²⁶ Führung auf amerikanisch heißt nun auch, Verbündete und Partner in Hinblick auf die Bewältigung gemeinsamer sicherheits- und verteidigungspolitischer Herausforderungen in die Pflicht zu nehmen: „Unfair burden sharing with our allies and inadequate investment in our defense had invited danger from those who wish us harm.“⁹²⁷ Die Hauptausforderungen für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik für die USA bilden der Aufbau von Raketen- und Nuklearkapazitäten vor allem in Nordkorea sowie aus Sicht von Trump ebenso in Iran. Der Nukleardeal mit dem Iran wird deshalb als „mangelhaft“ („flawed“) bezeichnet.⁹²⁸ Zudem destabilisieren demnach Nordkorea und Iran ihre

⁹²³ The White House, National Security Strategy of the United States of America, December 2017, S. 17.

⁹²⁴ Ebenda, S. 22.

⁹²⁵ Ebenda, S. I.

⁹²⁶ Ebenda.

⁹²⁷ Ebenda.

⁹²⁸ Ebenda.

unmittelbare Nachbarschaft und bedrohen in der Folge amerikanische Verbündete.⁹²⁹ Nordkorea hatte in der Folge „hunderte Millionen US-Dollar“ für nukleare, chemische und biologische Waffen ausgegeben, die die Sicherheit der USA bedrohen können. Aus diesem Grund gilt es seitens der USA, die militärische Überlegenheit und in diesem Kontext vor allem das Raketenabwehrsystem umfassend auszubauen.⁹³⁰ Weitere Bedrohungen bilden der „Islamische Staat“, der militärisch im Irak und in Syrien zwar geschlagen scheint, dessen Netzwerk jedoch immer noch besteht. China und Russland fordern Amerikas Machtprojektion heraus „attempting to erode American power. They are determined to make economies less free and less fair, to grow their militaries, and to control information and data to repress their societies and expand their influence.“⁹³¹ Trump ist bestrebt, ein globales „Machtgleichgewicht“ anzustreben, in dem die USA, die Verbündeten und die Partner profitieren. „America first“ heißt aus Sicht von Trump: Nur ein Amerika, das sicher, wohlhabend und frei sei und das somit Stärke und Zuversicht ausstrahlt wäre in der Lage, auch „auswärts“ zu führen: A strong America is in the vital interests of not only the American people, but also those around the world who want to partner with the United States in pursuit of shared interests, values and aspirations.⁹³² Zudem gilt laut Trump: „An America that successfully competes is the best way to prevent conflict.“⁹³³ Schließlich noch eine Kampfansage an Diktaturen: „America’s commitment to liberty, democracy, and the rule of law serves as an aspiration for those living under tyranny.“⁹³⁴

⁹²⁹ Ebenda, S. 2f.

⁹³⁰ Ebenda, S. 3.

⁹³¹ Ebenda, S. I.

⁹³² Ebenda, S. 2.

⁹³³ Ebenda, S. I.

⁹³⁴ Ebenda, S. 4.

Schlussfolgerungen und Ausblick nach einem Jahr Regierung Trump

Seit den 1930er und 1940er Jahren verfolgten die USA eine Politik, die das Ziel hatte, die einzigartige Machtstellung der USA zu sichern. Michael Mastanduno hat für diese Kontinuität in der US-Außenpolitik den sogenannten Begriff der „grand strategy of primacy“ eingeführt. Peter Rudolf beschreibt dieses Verhalten: „Kennzeichnend für diese Grundorientierung ist das Bestreben, Amerikas Rolle als dem eigenen Selbstverständnis nach ‚wohlwollendem Hegemon‘ zu erhalten. Präsident George W. Bush sah die ökonomische verbunden mit der militärischen Überlegenheit der USA „als Bedingung für die Garantie einer friedlichen Weltordnung“, Bush zielte auf „hegemoniale Stabilität.“ In der Bush-Administration wurde die militärische Überlegenheit der USA postuliert als Garant für die internationale Stabilität und als Voraussetzung für Veränderungen im internationalen System.⁹³⁵ Aus der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA aus dem Jahr 2010 ist in diesem Zusammenhang eine Aussage als besonders charakteristisch für die amerikanische Grundhaltung zu zitieren: „Americans are by nature a confident and optimistic people.“⁹³⁶

Die USA prägten über die Jahrzehnte die Welt dauerhaft – „jenseits ihrer politischen, militärischen, wirtschaftlichen Macht.“⁹³⁷ Jene Instrumente, mit denen die USA den Kalten Krieg gewonnen hat, sind „Freiheit, eine freie Gesellschaft, wirtschaftliche Möglichkeiten für die Mitglieder der freien Gesellschaft, Demokratie.“⁹³⁸ Diese Werte galt es auch aus der Sicht der Regierung George W. Bush nach den Terroranschlägen gegen die USA am 11. September 2001 (9/11) zu verteidigen. Dazu kam, dass nach den Ereignissen von 9/11 kein US-Präsident „zum normalen politischen

⁹³⁵ Metin Aksoy, Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik von George W. Bush?, in: Güvenlik Stratejileri Dergisi / The Journal of Security Strategies, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / Strategic Research Institute, Ekim / October 2014, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43, S. 28 und 29.

⁹³⁶ The White House, The National Security Strategy, Washington 2010, S. 52.

⁹³⁷ Anton Pelinka, Wir sind alle Amerikaner. Der abgesagte Niedergang der USA, Verlag Braumüller, Wien 2013, S. 12.

⁹³⁸ So Stephen Kotkin, Professor an der Princeton-Universität, in: Burkhard Bischof, „USA können China nicht niederhalten“, Interview mit dem Princeton-Professor Stephen Kotkin, in: Die Presse, 14.04.2017, S. 2 und 3, hier S. 3.

Tagesgeschäft übergehen“ konnte.⁹³⁹ Ziel der Bush-Regierung war es weiters, die USA „zu einer unverletzlichen, wirtschaftlich und militärisch dominanten Macht zu machen.“⁹⁴⁰ Der Nahe Osten sollte im Sinne amerikanischer Werte und Interessen umstrukturiert werden, diese Regierung wollte „Stabilisierung und Ausweitung der Zone des liberalen Friedens notfalls durch politisch und militärische Alleingänge der USA verwirklicht sehen.“⁹⁴¹

Vor dem 9/11 – in „Zeiten des Friedens“ – waren in den USA massive Erhöhungen der Verteidigungsausgaben bei gleichzeitiger Kürzung der Sozialausgaben äußerst schwierig durchzusetzen. So lehnte im Juni 2001 der Kongress den von der Bush-Regierung geplanten Verteidigungsetat für das am 1. Oktober 2001 beginnende Haushaltsjahr ab. Dieser sah eine Steigerung um sieben Prozent auf 329 Milliarden US-Dollar vor, 8,3 Milliarden US-Dollar der Ausgaben waren dabei für die Erforschung und Entwicklung des Raketenabwehrsystems vorgesehen. Der Kongress begründete seine Ablehnung, da ein derartiger Verteidigungsetat entweder zu einem Haushaltsdefizit oder zu massiven Kürzungen der Sozialausgaben geführt hätte.⁹⁴² Den USA als einzige verbliebene Supermacht dem Zusammenbruch der Sowjetunion fehlte der notwendige Feind, der diese Politik von Bush gerechtfertigt hätte, Zbigniew Brzezinski meinte dazu: „The defeat and collapse of the Soviet Union was the final step in the rapid ascendance of a Western Hemisphere power, the United States, as the sole and, indeed, the first truly global power.“⁹⁴³ Nun konnte die US-Politik jeden Bedrohungszusammenhang herstellen, der bereits im Kalten Krieg von US-Präsidenten benutzt wurde, „um ihren Führungsanspruch in der Formulierung der amerikanischen Weltpolitik zu begründen.“⁹⁴⁴

⁹³⁹ Metin Aksoy, Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik von George W. Bush?, in: Güvenlik Stratejileri Dergisi / The Journal of Security Strategies, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / Strategic Research Institute, Ekim / October 2014, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43 , S. 14.

⁹⁴⁰ Ebenda, S. 15.

⁹⁴¹ Ebenda.

⁹⁴² Ebenda , S. 16.

⁹⁴³ Zbigniew Brzezinski, The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostrategic Imperatives, Basic Books, New York 1997, S. XIII.

⁹⁴⁴ Metin Aksoy, Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik von George W. Bush?, in: Güvenlik Stratejileri Dergisi / The Journal of Security Strategies, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / Strategic Research Institute, Ekim /

Unter der Amtszeit von Präsident Barack Obama hatten sich die USA schrittweise vom Interventionismus im Nahen und Mittleren Osten, wie dieser unter der George W. Bush-Administration praktiziert wurde, zurückgezogen – mit Ausnahme der US-geführten Koalition gegen den „Islamischen Staat“. Der Rückzug aus dieser Region stellt sich in Zeiten knapper Verteidigungsbudgets auch in den USA mehr als eine Wahl denn als Notwendigkeit dar ist insbesondere auf die mittlerweile für die USA nachteiligen Entwicklungen in diesem Raum (vor allem im Irak, in Syrien, in Libyen sowie auch in Afghanistan) zurückzuführen.⁹⁴⁵ Konsens zwischen den USA und Russland wurde im Falle der UN-Sicherheitsratsresolution 2118 (28. September 2013) betreffend die Zerstörung von Chemiewaffen in Syrien erzielt. China, Russland, Dänemark und Norwegen stellten sogar Kriegsschiffe zur Verfügung bei der Eskortierung der Verschiffung der Chemiewaffen, die USA boten spezialisierte Einrichtungen zur Vernichtung der Chemiewaffen an.⁹⁴⁶ In Syrien hatte Donald Trump erklärt, keinen Regimewechsel anzustreben. Stattdessen kooperiert Trump mit Russland im Kampf gegen den „Islamischen Staat“. Trump stellte auch die Militärhilfe für syrische Rebellengruppen ein. Damaskus stellt Russland zwei geostrategisch wichtige Stützpunkte für Jahrzehnte zur Verfügung: den Hafen Tartus und den Luftwaffenstützpunkt Khmeimim. So nimmt nun Russlands Einfluss im östlichen Mittelmeer enorm zu. Ohne USA besprachen somit am 13. November 2017 der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan und Russlands Präsident Wladimir Putin in Sotschi die Nachkriegsordnung Syriens sowie auch die Frage, wer zum in Moskau geplanten „Kongress der Völker Syriens“ eine Einladung erhalten wird.⁹⁴⁷ Im Nahen und Mittleren Osten wird seit 2011 nun der russische Einfluss massiv ausgebaut. Zudem investiert Russland wieder umfassend in den Ausbau der Streitkräfte. Während die sowjetischen / russischen

October 2014, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43 , S. 16.

⁹⁴⁵ Steven Simon and Jonathan Stevenson, The end of Pax Americana. Why Washington's Middle East Pullback Makes Sense, in: Foreign Affairs, November/December 2015, S. 2-10, S. 2.

⁹⁴⁶ Xiang Guangkai, Advance Positive Trilateral Interactions While Establishing a New Model of Bilateral Major-Country Relationship, in: International Strategic Studies 2/2014, Serial No 112, China Institute for International Strategic Studies, Beijing 2014, S. 1-6, S. 5.

⁹⁴⁷ Wieland Schneider und Jutta Sommerbauer, Wie Putin und Erdoğan Syrien neu ordnen wollen, in: Die Presse, 14.11.2017, S. 2 und 3.

Verteidigungsausgaben zwischen 1988 und 1994 von 246 Milliarden US-Dollar auf 14 Milliarden US-Dollar sanken, ist Russlands Präsident Wladimir Putin bestrebt, zwischen 2015 und 2020 bis zu 700 Milliarden US-Dollar in die Modernisierung der Streitkräfte zu investieren. Auch hier gilt es, die Streitkräfte mobiler und auch leichter für lokale und regionale Konflikte vorzubereiten.⁹⁴⁸

Die USA warnen seit der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 wieder vermehrt vor der Bedrohung durch Russland.⁹⁴⁹ Folglich erhöhten die USA die Militärpräsenz in Europa. Der damalige US-Generalstabschef Joseph Dunford meinte dazu: „Russland stellt die größte Gefahr für unsere nationale Sicherheit dar“, so Dunford Anfang Juli 2015 bei einer Anhörung im Streitkräfteausschuss des US-Senats. Das russische Auftreten sei „alarmierend.“⁹⁵⁰ Russland sei eine Nuklearmacht und habe in der Ukraine-Krise die Souveränität eines anderen Landes verletzt. Dennoch sei es wichtig, dass das Pentagon einen Gesprächsdraht zum russischen Militär behalte, um Missverständnisse zu vermeiden. Der Konflikt in der Ukraine hat zu den schwersten Verwerfungen im Verhältnis zwischen den USA und Russland seit Ende des kalten Krieges geführt. Dunford sprach sich deshalb dafür aus, panzerbrechende Waffen an die Ukraine zu liefern. Obama sah Waffenlieferungen an Kiew jedoch skeptisch.

Die USA werden nach wie vor ihre Militärmacht unilateral einsetzen, um nationale Interessen zu verteidigen: „If it’s possible to have allies and partners, obviously that’s our preference.“⁹⁵¹ Trump meinte dazu: „Wir dürfen keine Angst haben, unser Militär einzusetzen, aber unsere Söhne und Töchter ins Feld ziehen zu lassen, sollte immer der allerletzte Ausweg sein.“⁹⁵² Trump weiter:

„Damit wir in einen Konflikt eingreifen, müssen unsere nationalen Interessen direkt bedroht sein. Die Bedrohung sollte so offensichtlich sein, dass die meisten Amerikaner wissen, wo auf dem

⁹⁴⁸ Dmitri Trenin, *The Renewal of the Russian Military. How Moscow Reloaded*, in: *Foreign Affairs*, May/June 2016, S. 23-29, S. 23.

⁹⁴⁹ US-Militärs warnen vor Russland, in: *Die Presse*, 11.07.2015, S. 4.

⁹⁵⁰ Ebenda.

⁹⁵¹ *Foreign Affairs*, *The Scholar as Secretary. A Conversation With Ashton Carter*, in: *Foreign Affairs*, September/October 2015, S. 72-78, hier S. 75.

⁹⁵² Donald J. Trump, *Great again! Wie ich Amerika retten werde*, Plassen Verlag, Kulmbach 2016, S. 52.

Globus unsere Präsenz erforderlich sein wird, und doch rasch begreifen, warum wir uns engagieren. Außerdem sollten wir besser einen bombensicheren Plan haben, wie wir die Auseinandersetzung gewinnen, und danach wieder verschwinden.“⁹⁵³

Aus Sicht der USA werden Stabilisierungsoperationen seitens der Streitkräfte verstärkt – vor allem auf Rotationsbasis und mittels bi- und multilateraler Ausbildungsübungen. Diese Aktivitäten stärken die Abschreckung und unterstützen dabei, jene Fähigkeiten aufzubauen, die die USA, ihre Verbündeten und Partner benötigen, um sich sowohl intern als auch extern verteidigen zu können. Somit bleibt es Ziel auch der Regierung Trump, den amerikanischen Einfluss weltweit aufrecht zu erhalten. Die Durchführung großangelegter, umfassender und langanhaltender Operationen bleibt seit der Amtszeit von Barack Obama ausgeschlossen: „However, U.S. forces will no longer be sized to conduct large-scale, prolonged stability operations.“⁹⁵⁴ Die USA setzen seit Obama somit nicht mehr auf Staatsaufbau und die weltweite Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten, wie dies George W. Bush noch mittels seiner beiden Nationalen Sicherheitstrategien 2002 und 2006 ausformulierte, sondern ausschließlich auf die Bekämpfung bzw. Ausschaltung unmittelbarer Bedrohungen: Der Kampf gegen den Terrorismus sei nun wichtiger als Demokratisierungen von Ländern oder Regionen.

Internationalen Wirtschaftsabkommen steht Trump äußerst skeptisch gegenüber, sie schränken aus seiner Sicht die wirtschaftspolitische Handlungsfreiheit der USA ein. Die USA verhandeln mit Kanada und Mexiko ihr Freihandelsabkommen neu aus, in der Folge sollen US-Handelsdefizite gesenkt werden. Die NAFTA-Verträge mit Kanada und Mexiko hätten, so Trump, amerikanische Jobs vernichtet und für Defizite in der Handelsbilanz gesorgt. Trump war ursprünglich bestrebt, NAFTA loszuwerden, jedoch konnte er von Kanada und Mexiko überredet werden, das Abkommen neu zu verhandeln. Der seit 1994 bestehende Vertrag ist

⁹⁵³ Ebenda, S. 52.

⁹⁵⁴ Department of Defense, Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense, 5 January 2012, S. 5f.

nicht mehr zeitgemäß und bedarf einer adaptierten Überarbeitung – alle beteiligten Länder waren sich darüber einig.⁹⁵⁵

Innerhalb der UNO sind die USA mit Abstand der weltweit größte Beitragszahler. Die USA kamen 2017 bereits etwa für ein Viertel der UN-Gesamtkosten und weit mehr für die bestehenden 15 UN-Friedenseinsätze auf. Im März 2017 erhielt das US-Außenministerium von Donald Trump den Auftrag, den Beitrag der USA zur UNO um 10,1 Milliarden US-Dollar und somit um 28 Prozent zu drosseln.⁹⁵⁶

Der amerikanische Journalist Karl Vick schrieb Ende August 2017, dass Trump sämtlichen theoretischen außenpolitischen Grundsätzen zuwiderhandelt und untermauerte seine Ansicht wie folgt:

„There´s no one way to produce a U.S. foreign policy. „Realists“ hew to a pragmatic view of the world. Moralists are more guided by convictions. Academics identify a Hamiltonian⁹⁵⁷ school of thought, also a Wilsonian,⁹⁵⁸ Jeffersonian⁹⁵⁹ and Jacksonian⁹⁶⁰ one. But Donald Trump may be the first President who seems to just make it up on the fly.“⁹⁶¹

In Krisen pflegt Trump den rauhen Ton, so im Fall des verbalen Schlagabtausches mit dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong-un, der aus Trumps Sicht im Fall der weiteren Entwicklung seiner Nuklear- und Raketenprogramme „will be met with fire and fury like the world has never

⁹⁵⁵ Karl Gaulhofer, Neustart für den „schlechtesten Deal“, in: Die Presse, 17.08.2017, S. 15.

⁹⁵⁶ The Economist, America and the world: US vs UN, in: The Economist, 25.03.2017, S. 54 und 55, hier S. 54.

⁹⁵⁷ Benannt nach einem der Gründerväter der USA, Alexander Hamilton. Motto: Weltoffenheit, Freihandel.

⁹⁵⁸ Benannt nach Präsident Woodrow Wilson. Motto: Weltweite Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten, auch mit Hilfe des US-Militärs.

⁹⁵⁹ Benannt nach dem 3. Präsident der USA Thomas Jefferson. Motto: die USA mit Vorrang besser machen.

⁹⁶⁰ Benannt nach Präsident Andrew Jackson. Motto: Vorrang für den Schutz und den Wohlstand der amerikanischen Bevölkerung. Förderer des Populismus und Gegner des „Establishments“. Seine populistische Revolution zerstörte das elitäre System der Gründerväter und schuf das heutige politische System der USA

⁹⁶¹ Karl Vick, Trump´s penchant for chaos brings less world order, in: TIME Magazine, August 28, 2017, S. 7 und 8, hier S. 7.

seen.⁹⁶² US-Generalstabschef Joseph F. Dunford Jr. Teilte jedoch kurz darauf dem südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-in mit, weiterhin diplomatische und wirtschaftliche Mittel zur Entschärfung der Nordkoreakrise einzusetzen – und flog mit diesem Ansinnen nach Peking und Tokio weiter.⁹⁶³ Gegenüber Venezuela, das unter Präsident Nicolás Maduro schwere politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Krisen durchlebt und sich im August 2017 an der Schwelle zu einem Bürgerkrieg befand, erklärte Donald Trump: „We have many options for Venezuela. And by the way, I am not going to rule out a military option.“⁹⁶⁴ Aufgrund derartiger Aussagen seitens des US-Präsidenten wurde in Australien gerade von ehemaligen Premierministern, ehemaligen Außenministern und Opinion Leadern vorgeschlagen, dass sich Australien künftig unabhängiger von den USA definiert und seine Beziehungen zu China verstärkt.⁹⁶⁵

Trumps Politik bleibt weiterhin äußerst widersprüchlich: als am 25. August 2017 Trumps Schwiegersohn Jared Kushner beim ägyptischen Staatschef Abdel Fatah al-Sisi in Kairo eintraf, um ihn um Hilfe bei der Wiederbelebung der Friedensgespräche zwischen Israelis und Palästinensern zu ersuchen, forderte das US-Außenministerium genau an diesem Tag an die 300 Millionen US-Dollar an Wirtschafts- und Militärhilfe für Ägypten ein.⁹⁶⁶ Grund war jedoch nicht der mangelnde Demokratisierungsprozess in Ägypten, sondern die – wie die US-Regierung betonte – von ägyptischen Strohfirmen ausgehende Hilfe an Nordkorea. Demnach helfen Strohfirmen im Hafen von Port Said nordkoreanischen Firmen, Waffen zu exportieren. Kairo unterstütze in der Folge das nordkoreanische Raketenprogramm.⁹⁶⁷ Der amerikanische Einfluss in Ägypten nimmt zudem stetig ab: ein Drittel des Weizens kommt inzwischen aus Russland, zusätzlich viele Waffen. Russische Energiekonzerne investieren enorme Summen am Nil. 2016 investierte China Beträge im Wert von mehr als 10 Milliarden US-Dollar in Ägypten und stellte weitere Investitionen in der Höhe von 40 Milliarden

⁹⁶² Ebenda.

⁹⁶³ Ebenda.

⁹⁶⁴ Ebenda, hier S. 8.

⁹⁶⁵ Michael Fullilove, Down and Out Down Under. Australia's Uneasy American Alliance, in: Foreign Affairs, September/October 2017, S. 29-34, hier S. 31.

⁹⁶⁶ Gil Yaron, Trump verwirrt Freund und Feind, in: Salzburger Nachrichten, 26.08.2017, S. 6.

⁹⁶⁷ Ebenda.

US-Dollar in Aussicht. Kein Staat außer Israel erhält mehr an US-Auslandshilfe als Ägypten.⁹⁶⁸

Israels Premier Benjamin Netanjahu warnte, dass aufgrund des zunehmenden Einflusses des Iran dieser den Rückzug des „Islamischen Staates“ nutze, um in Syrien direkt an der Grenze zu Israel Fuß zu fassen – er droht notfalls mit Präventivschlägen.⁹⁶⁹ Der US-Verbündete Saudi-Arabien zeigte großes Interesse, in Syrien die Stadt Raqqa wiederaufzubauen – die „ehemalige Hauptstadt des Islamischen Staates“. Demnach soll auch mit Hilfe Frankreichs und der USA ein Stützpunkt aufgebaut werden, der mögliche iranische Bestrebungen, vom Iran aus über den Irak ein Pipelinesystem nach Syrien und somit ans Mittelmeer zu erreichen, torpediert. Die Errichtung eines Landkorridors von Iran bis an das Mittelmeer soll unter der Führung Saudi-Arabiens verhindert werden, die Realisierung eines derartigen Infrastrukturprojektes würde den Iran zum regionalen Hegemon machen. Durch den enormen Einfluss im Irak kommt der Iran diesem Ziel jedoch immer näher: „Von Teheran gesteuerte Parlamenarier in Bagdad legalisierten bewaffnete schiitische Milizen, die zwar mit irakischen Steuergeldern finanziert, aber von den iranischen Revolutionsgarden gesteuert werden.“⁹⁷⁰ Die irakische Wirtschaft befindet sich mittlerweile in iranischer Hand: „Vom Joghurt im Supermarkt über den Zement der Bauindustrie bis zum Fernsehprogramm“.⁹⁷¹ Der Iran beschäftigt irakische Bauarbeiter damit, die Straßen in Richtung Syrien auszubauen, um die Landverbindung zum Mittelmeer zu vollenden: „Auf denen sollen später schiitische Freiwillige aus dem Südirak fahren, die heute im Iran ausgebildet werden, um in Syrien aufseiten des Regimes von Baschar al-Assad zu kämpfen – und einies Tages möglicherweise auch gegen Israel.“⁹⁷² Saudi-Arabien soll von den USA – wie von Donald Trump am 20. Mai 2017 in Aussicht gestellt – amerikanische Waffen im Wert von 110 Milliarden US-Dollar geliefert bekommen, darunter sieben Thaad-Raketenabwehrbatterien, 100.000 Luft-Boden-Munition und Flugzeuge im Wert von mehreren Milliarden US-Dollar.⁹⁷³

⁹⁶⁸ Ebenda.

⁹⁶⁹ Ebenda.

⁹⁷⁰ Ebenda.

⁹⁷¹ Ebenda.

⁹⁷² Ebenda.

⁹⁷³ Aaron Mehta, Revealed: Trump’s \$ 110 billion weapons list for the Saudis, in: Defense News, 12.06.2017, S. 4.

US-Präsident Trump hat auch nach einem Jahr Amtszeit keine kohärente Strategie ausformuliert. Vieles, was Trump im Wahlkampf angekündigt hat, hat er verworfen: „Er hat nicht so fest gebissen, wie er gebellt hat“, so der amerikanische Politikwissenschaftler Joseph Nye: „Aber es gibt so etwas wie ein Leitmotiv, das er bei der Inauguration angesprochen hat: America First.“⁹⁷⁴ Dieses „America First“ unterscheidet sich vehement vom „America über alles“ der Regierung von George W. Bush oder den Vorstellungen der US-Außenministerinnen Condoleezza Rice und Hillary Clinton.⁹⁷⁵ Trump entwickelte perfekt während seiner Amtszeit die Technik „der Überraschung und der Unberechenbarkeit“, dadurch, so Nye, „will er das Gesetz des Handelns bestimmen.“⁹⁷⁶

In einer Welt, in der Chinas Einfluss wächst und andere aufstrebende Mächte wie Indien oder Brasilien um Ressourcen, innere und äußere Sicherheit und um wirtschaftlichen Vorteil wetteifern, steigt jedoch das Potenzial für Fehleinschätzung und Konflikt. Aus diesem Grund müssen laut Zbigniew Brzezinski die USA ihre geopolitischen Bedingungen nutzen, in einer „globalen Arena“ mit einer „globalen Bevölkerung entsprechende konstruktive Kooperationen“ zur Bewältigung gegenwärtiger und künftiger Herausforderungen anzubieten.⁹⁷⁷ Die globale Machtverteilung verschiebt sich von West nach Ost, Amerikas globaler Reiz schwindet, zudem sinkt der Stellenwert der USA als globale Supermacht. Jedoch wird die Rolle der USA weltweit weiterhin wesentlich sein.⁹⁷⁸ Aus diesem Grund forderte Zbigniew Brzezinski, sich komplett zu erneuern auf der Grundlage einer langfristigen geopolitischen Vision: „Only a dynamic and strategically minded America, together with a unifying Europe, can jointly promote a larger and more vital West, one capable of acting as a responsible partner to the rising and increasingly assertive East.“⁹⁷⁹

⁹⁷⁴ Thomas Vieregge, „Trumps Aufstieg ist gefährlicher als der Aufstieg Chinas“, Interview mit Joseph Nye, in: Die Presse, 17.06.2017, S. 6 und 7, hier S. 6.

⁹⁷⁵ Andrew J. Bacevich, Saving „America First“. What Responsible Nationalism Looks Like, in: Foreign Affairs, September/October 2017, S. 57-67, hier S. 61.

⁹⁷⁶ Thomas Vieregge, „Trumps Aufstieg ist gefährlicher als der Aufstieg Chinas“, Interview mit Joseph Nye, in: Die Presse, 17.06.2017, S. 6 und 7, hier S. 6.

⁹⁷⁷ Zbigniew Brzezinski, Strategic Vision America and the Crisis of Global Power, Basic Books, New York 2013, S. 1.

⁹⁷⁸ Ebenda, hier S. 1f.

⁹⁷⁹ Ebenda, hier S. 4f.

Die Welt ist seit 9/11 interdependent und weitaus unsicherer geworden, erstmals auch in einer Form, in der erstmals die humanitäre Überlebensfrage (Klimaerwärmung und dessen Auswirkungen, insbesondere dadurch ausgelöste Massenmigrationen) jene der Bewältigung „traditioneller“ internationaler Konflikte überschattet hat.⁹⁸⁰ Zudem bedeutet Multipolarität: „Mehr Konflikte, mehr Kriege“:⁹⁸¹ Weiters: „Multilateral alliances and security groups, standing consultative mechanisms, self-selecting clubs, ad hoc coalitions, issue-specific arrangements, transnational professional networks, technical standard-setting bodies, global action networks, and more.“⁹⁸² Zudem fordern nichtstaatliche Akteure Verhaltensregeln und Normen staatliche Akteure heraus – mit asymmetrischen Fähigkeiten, die in die Lage versetzt werden, staatlichen Einfluss und staatliche Autorität zu zerschlagen.

Die US-Streitkräfte befinden sich gerade in diesem Zusammenhang in folgendem Dilemma: zahlenmäßige Verringerung, gleichzeitig sollen die Streitkräfte in die Lage versetzt werden, ansteigenden Bedrohungen weltweit entgegenzutreten.⁹⁸³ Zudem braucht Modernisierung Geld, und speziell einige der umfassenderen Entwicklungsprogramme wurden suspendiert und auch zum Teil in die nächste Dekade verlegt. Stattdessen wurden Upgrades in der Ausrüstung vorgenommen, vor allem in der Kampffahrzeugflotte, das sind jedoch Programme, die die Streitkräfte auf die Kämpfe der Zukunft vorbereiten.⁹⁸⁴

Amerika zeichnet weiterhin einige Vorteile einer Supermacht aus: Demographische Entwicklung und Naturressourcen, „militärischer Muskel“, Hochtechnologie und Ausbildung, kulturelle Soft power, Cyber-Power, zudem haben die USA mehr Verbündete als irgendeine andere Macht, die geopolitische Stärke, Machtprojektion (durch Streitkräfte),

⁹⁸⁰ Ebenda, hier S. 1.

⁹⁸¹ Nikolas Busse, Wenn Amerika nicht mehr führt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.01.2016, S. 1.

⁹⁸² Stewart Patrick, The Unruly World. The Case for Good Enough Global Governance, in: Foreign Affairs, January/February 2014, S. 58-73, S. 59.

⁹⁸³ Michelle Tan, Interview, John McHugh, US Army Secretary, in: Defense News, 19.10.2015, S. 22.

⁹⁸⁴ Ebenda.

nachrichtendienstliche Fähigkeiten, Forschung und Technologieentwicklung:⁹⁸⁵

„For almost seven decades, the US has provided security for the global commons and, in so doing, has bolstered world order. Supremacy at sea – and more recently, in outer space and online – has also conferred strategic advantages on the US, allowing it to project power globally.“⁹⁸⁶

Der österreichische Politikwissenschaftler Anton Pelinka argumentierte, dass die USA im Wandel seien, jedoch nicht im Abstieg: „Der Rest der Welt verringert den wirtschaftlichen und militärischen und militärisch gemessenen Abstand zur ‚westlichen Hegemonialmacht‘ tatsächlich immer mehr. Dies gelingt ihr jedoch nur aus einem Grund: weil sie den USA immer ähnlicher wird.“⁹⁸⁷

Die „Kriegsmüdigkeit der US-Bevölkerung nach den Militärinterventionen im Irak und in Afghanistan forderten ihren Tribut. Der anmaßenden Überdehnung der Bush-Jahre folgt der Rückzug, vor allem auch mental. Wie schon öfter in der Geschichte der USA erstarken isolationistische Strömungen. Die amerikanische Bevölkerung „will sich aus dem Weltgeschehen ausklinken.“⁹⁸⁸ Die Idee einer „amerikanischen Imperiums“ wird weder durch die US-Außenpolitik noch durch die Volksmeinung gedeckt. Eine Gefahr für die Welt sei vielmehr, wenn sich die USA zurückzögen und ein Führungsvakuum schaffen würde, das kein anderer Staat zu füllen imstande wäre.“⁹⁸⁹

Das Zeitalter der Imperien ist „vorbei, doch bis heute ist nicht wirklich etwas Neues an seine Stelle getreten. Die Zahl der unabhängigen

⁹⁸⁵ Josef Joffe, *The Myth of America's Decline. Politics, Economics, and a Half Century of False Prophecies*, Liveright Publishing, New York and London 2014, S. 261.

⁹⁸⁶ Stewart Patrick, *The Unruly World. The Case for Good Enough Global Governance*, in: *Foreign Affairs*, January/February 2014, S. 58-73, S. 67.

⁹⁸⁷ Anton Pelinka, *Wir sind alle Amerikaner. Der abgesagte Niedergang der USA*, Verlag Braumüller, Wien 2013, Buchrücken.

⁹⁸⁸ Christian Ultsch, *Obama-Doktrin: Weltpolizist auf dem Rückzug*, in: *Die Presse*, 26.09.2013, S. 9.

⁹⁸⁹ Ebenda.

Staaten hat sich seit 1913 vervierfacht.⁹⁹⁰ Imperien verstehen sich „als Schöpfer und Garanten einer Ordnung, die letztlich von ihnen abhängt und die sie gegen den Einbruch des Chaos, der für sie eine stete Bedrohung darstellt, verteidigen müssen.“⁹⁹¹ Das Imperium „sieht sich in der selbst gewählten Rolle eines Verteidigers der Ordnung gegen die Unordnung, des Guten gegen das Böse, in der sich das Imperium sieht und durch die es sich legitimiert, ist die imperiale Mission ...“⁹⁹² Imperien mischen sich „in Verhältnisse anderer Staaten ein, um ihrer Mission gerecht zu werden.“⁹⁹³ So können Imperien auch sehr viel stärkere Veränderungsprozesse in Gang setzen.⁹⁹⁴

Die USA können auch in diesem Zusammenhang weltpolitisch nicht allein handeln: sie brauchen, so Joseph Nye, Professor an der Kennedy School of Government in Harvard, Partner und Verbündete: „Die USA als allein agierender Weltpolitizist wären maßlos überfordert: wirtschaftlich, militärisch.“⁹⁹⁵ So hatte US-Außenministerrin Hillary Clinton gefordert: „Amerika kann die drängendsten Probleme nicht alleine lösen und die Welt kann sie nicht ohne Amerika lösen. Wir müssen das einsetzen, was wir intelligente Macht nennen, das ganze Arsenal der uns zur Verfügung stehenden Instrumente.“⁹⁹⁶ Im Jahr 2007 hatte Verteidigungsminister Robert Gates an die US-Regierung appelliert, mehr Geld und Energie für Instrumente intelligenter Machtausübung aufzuwenden, wie etwa für Diplomatie, Wirtschaftshilfe, Kommunikations- und Verkehrsmittel, denn mit militärischen Mitteln allein könne Amerika seine Interessen in aller Welt nicht verteidigen.⁹⁹⁷ Intelligente Macht wäre somit, so Joseph Nye, eine Kombination aus „harter“ („mit Zuckerbrot und

⁹⁹⁰ Eric Hobsbawn, Globalisierung, Demokratie und Terrorismus, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2009, S. 79.

⁹⁹¹ Herfried Münkler, Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Rohwolt Taschenbuch Verlag, 2. Auflage, Reinbek bei Hamburg, März 2008, S. 8.

⁹⁹² Ebenda.

⁹⁹³ Ebenda.

⁹⁹⁴ Ebenda.

⁹⁹⁵ Anton Pelinka, Wir sind alle Amerikaner. Der abgesagte Niedergang der USA, Verlag Braumüller, Wien 2013, S. 13.

⁹⁹⁶ Joseph Nye, Macht im 21. Jahrhundert. Politische Strategien für ein neues Zeitalter, Siedler Verlag, München 2011, S. 9.

⁹⁹⁷ Ebenda.

Peitsche operierender“) Macht (hard power) und „sanfter“, auf Überzeugungsarbeit und Attraktionen setzender Macht (soft power).⁹⁹⁸

Jedoch erweist sich gerade in höchst unsicheren Zeiten in einer konfliktträchtigen und äußerst komplexen Welt als völlig ausgeschlossen, die ideale Strategie für eine gewisse Zeit im Voraus festzulegen. Die Folgen für außen- und sicherheitspolitisches Handeln werden zunehmend unvorhersehbarer.⁹⁹⁹ Dies steht klar im Widerspruch zum Beispiel zu jenem Satz, den das Weiße Haus im Zuge der Nationalen Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2015 veröffentlichte: „Today, the United States is stronger and better positioned to seize the opportunities of a still new century and safeguard our interests against the risks of an insecure world.“¹⁰⁰⁰ Hier zeigen sich Anspruch und Wirklichkeit – die Diskrepanz zwischen politischer Selbsteinschätzung und Realpolitik.

⁹⁹⁸ Ebenda, S. 15.

⁹⁹⁹ David M. Edelstein und Ronald R. Krebs, *Delusions of Grand Strategy*, in: *Foreign Affairs*, November/December 2015, S. 109-116, hier S. 110.

¹⁰⁰⁰ The White House, Fact Sheet: The 2015 National Security Strategy, February 6, 2015, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2015/02/06/fact-sheet-2015-national-security-strategy>, abgerufen am 23.06.2015.

Literaturverzeichnis

- ADAMOWSKI*, Jaroslaw: Fear factor: As Russia looms large, Baltics up military capacity, in: Defense News, 28.08.2017, S. 1 und 24.
- ADAMOWSKI*, Jaroslaw: Trump effect? Eastern Europe defense spending to climb, in: Defense News, 10.07.2017, S. 10.
- ADAMS*, Gordon: The Undisciplined Pentagon Budget, in: Iraq Uncensored Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes. American Security Project, Fulcrum Publishing 2009, Golden / Colorado, S. 113-116.
- AKSOY*, Metin: Wie veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik von George W. Bush?, in: Güvenlik Stratejileri Dergisi / The Journal of Security Strategies, Atatürk Stratejik Araştırmalar Enstitüsü / Strategic Research Institute, Ekim / October 2014, Printed by Turkish War Colleges Publishing House, Istanbul 2014, S. 1-43.
- ALEXANDER*, David, Stewart, Phil: New pentagon strategy stresses Asia, cyber, drones, Reuters, Jan. 5 2012, <http://www.reuters.com/assets/print?aid=USTRE8031Z020120105>, abgerufen am 22.03.2012.
- ANDROSCH*, Hannes: Europa-Entwurf und Konstruktion zwischen Marshallplan und Globalisierung, in: Europäische Rundschau 2007/4, S. 13-38.
- ANWAR*, André: Großmächte setzen auf die Modernisierung ihrer Atomwaffen, in: Die Presse, 3.07. 2017, S. 2.
- ANWAR*, André: In der Arktis wird es politisch eisig, in: Salzburger Nachrichten, 25.04.2015, S. 5.
- APPLEBAUM*, Anne: Obama and Europe. Missed Signals, Renewed Commitments, in: Foreign Affairs, September/October 2015, S. 37-44.
- ARENDT*, Hannah: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, 2. Auflage, Serie Piper, München, im Dezember 1991.
- ART*, Robert J.: The US National Security Strategy (NSS): Implications for Transatlantic Security Policy, NATO Defense College, Rome, November 2005, S. 15-25.
- BACEVICH*, Andrew J.: Saving „America First“. What Responsible Nationalism Looks Like, in: Foreign Affairs, September/October 2017, S. 57-67.

BACEVICH, Andrew J.: Ending Endless War. A Pragmatic Military Strategy, in: Foreign Affairs, September/October 2016, S. 36-44.

BASTAROLI, Susanna: Wie Kim die UN-Sanktionen umgeht, in: Die Presse, 13.09.2017, S. 5.

BASTAROLI, Susanna: Die Abrechnung des Barack Obama, in: Die Presse, 12.03.2016, S. 9.

BAYRHAMMER, Bernadette: Die Amerikaner kommen, in: Die Presse am Sonntag, 15.11.2015, S. 39.

BAYLIS, John, *WIRTZ*, James, *COHEN*, Eliot, *GRAY*, Colin: Strategy in the Contemporary World, Oxford University Press, Oxford, New York 2003.

BERNAUER, Thomas, *JAHN*, Detlef, *KUHN*, Patrick, *WALTER*, Stephanie: Einführung in die Politikwissenschaft, Studienkurs Politikwissenschaft, hrsgg. von Winand Gellner, Nomos Verlag, Baden-Baden 2009.

BLALOS, Jeffrey: New National Defense Strategy: A ‚Legacy‘ Vision, in: Defense News, 18.08.2008, S. 29.

BISCHOF, Burkhard: Abwehrraketen als Exportschlager?, in: Die Presse, 9.02.2016, S. 4.

BISCHOF, Burkhard: Die neue Atom-Doktrin der Vereinigten Staaten, in: Die Presse, 7.04.2010, S. 6.

BISCHOF, Burkhard: China schimpft über „unverantwortliche“ US-Strategie, in: Die Presse, 25.09.2009, S. 4.

BISCOP, Sven: As the EU Said at the NATO Summit, Security Policy Brief No. 33, February 2012, Egmont Royal Institute for International Relations, Brüssel 2012.

BISCOP, Sven, *COELMONT*, Jo: Europe, Strategy and Armed Forces. The Making of a Distinctive Power, Cass Military Studies, Routledge Publishing, London und New York 2012.

BITTNER, Jochen: „Die militärischen Fähigkeiten sind nicht da“. Ohne die USA können die Europäer keine Kriege führen, behauptet der amerikanische Verteidigungsminister Robert Gates. Hat er recht?, in: Die Zeit, 22.06.2011, S. 6.

BLAIR, Tony: A Journey, Hutchinson Publishing, London 2010.

BLECHMAN, Barry, *RUMBAUGH*, Russel: Bombs Away. The Case for Phasing Out U.S. Tactical Nukes in Europe, in: Foreign Affairs, July/August 2014, S. 163-174.

BLITZ, James, *GREEN*, Matthew: US army chief accuses Pakistan, in: Financial Times, September 23, 2011, S. 6.

BLOOMBERG, Michael R., *BROWN*, Jerry: Fixing the climate without Trump, in: The New York Times International Edition, November 17, 2017, S. 9

BOLTON, John R: Under Secretary for Arms Control and International Security, Remarks to the Chicago Council on Foreign Relations, The Bush Administration's Forward Strategy For Nonproliferation, U.S. Department of State, October 19, 2004.

BONDAZ, Antoine: La Politique américaine en mer de Chine méridionale: maintenir une influence, rassurer des allies, garantir le droit, in: Diplomatie. Affaires Stratégiques et relations internationales, No 84, Janvier-Février 2017, S. 45-49.

BRANNEN, Kate: Afghanistan, Smart Defense Lead NATO Summit Agenda, in: Defense News, March 26, 2012, S. 5.

BRAUNE, Gerd: Rohstoffboom treibt Arktis-Schifffahrt, in: Die Presse, 7.01.2013, S. 11.

BRAUNE, Gerd: Protest gegen Ölsuche in der Arktis, in: Die Presse, 8.05.2012, S. 21.

BREEDLOVE, Philip M.: NATO's Next Act. How to handle Russia and Other Threats, in: Foreign Affairs, July/August 2016, S. 96-105.

BRENNAN, Rick: Withdrawal Symptoms. The Bungling of the Iraq Exit, in: Foreign Affairs, November/December 2014, S. 25-36.

BRZEZINSKI, Zbigniew: Strategic Vision America and the Crisis of Global Power, Basic Books, New York 2013.

BRZEZINSKI, Zbigniew: The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostrategic Imperatives, Basic Books, New York 1997.

BUCHAS, Peter: Bedrohungswahrnehmungen und sicherheitspolitische Konzepte Chinas, IN S+F (Sicherheit und Frieden) 3/2016, Verlag Nomos, Baden-Baden 2016, S. 177-184.

BUCHAS, Peter, *MITTELSTAEDT*, Jean Christopher: Chinas Nordkorea-Problem, in: Militär Aktuell 2/2016, S. 10-12.

BUMILLER, Elisabeth, *SHANKER*, Tom: Obama Puts His Stamp on Strategy for a leaner Military, New York Times, January 5, 2012, <http://www.nytimes.com/2012/01/06/us/obama-at-pentagon-to-outline-cuts-and-strategy> , abgerufen am 22.03.2012.

BUNDE, Tobias: Zu Guttenberg und Rasmussen fordern verstärkte sicherheitspolitische Kooperation – Zeit für nationale Egoisten vorbei, Münchner Sicherheitskonferenz, 4.02.2011, Konferenzbeiträge, 5.02.2011.

BUSH, George W.: Decision Points, Crown Publishers, New York 2010.

BUSSE, Nikolas: Wenn Amerika nicht mehr führt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.01.2016, S. 1.

CARTER, Ash: The Rebalance and Asia-Pacific Security. Building a Principled Security Network, in: Foreign Affairs, November/December 2016, S. 65-75.

CARTER, Ash: US, Allies Will Deliver ‚A Lasting Defeat‘ to ISIL, in: Defense News, 14.12.2015, S. 12.

CARTER, Ashton B., *PERRY*, William J.: Preventive Defense. A New Security Strategy for America, Brookings Institutions Press, Washington D.C. 1999.

CAVAS, Christopher P.: U.S. Navy Cuts Fleet Goal to 306 Ships, in: Defense News, 11.02.2013, S. 23.

CHA, Victor: China needs to get serious, in: Time Magazine, April 3, 2017, S. 32.

CHANE, John Bryson: Real Faith in the Public Square, in: Iraq Uncensored Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes. American Security Project, Fulcrum Publishing 2009, Golden / Colorado, S. 13-23.

CHENEY, Stephen A.: It Takes a Country To Fight a War, in: Iraq Uncensored Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes. American Security Project, Fulcrum Publishing 2009, Golden / Colorado, S. 79-81.

CHRISTMAN, Daniel (Generalleutnant): Too Little, Too Late: Societal Transformation on a Shoestring Is No Strategy, in: Iraq Uncensored Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes. American Security Project, Fulcrum Publishing 2009, Golden / Colorado, S. 27-30.

CLINTON, Hillary Rodham: Hard Choices, a memoir, Simon & Schuster, London, New York, Sydney, Toronto, New Delhi 2014.

COPP, Tara: Mattis: Nuclear triad is the ‚right way to go‘, in: Defense News, 18.09.2017, S. 26 und 27.

COURMONT, Barthélémy, *MOTTET*, Éric: La mer de Chine méridionale: une mer chinoise?, in: Diplomatie. Affaires Stratégiques et relations internationales, No 84, Janvier-Février 2017, S. 40-44.

DEFENSE NEWS: UAE Creates NATO Embassy, in: Defense News, May 23, 2011, S. 3.

DEPARTMENT OF DEFENSE: Forward Engaged Ready: A Cooperative Strategy for the 21st Century Seapower, Washington, March 2015.

DEPARTMENT OF DEFENSE: Quadrennial Defense Review 2014, Washington 2014.

DEPARTMENT OF DEFENSE: Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense, Washington, 5 January 2012.

DEPARTMENT OF DEFENSE: 2008 National Defense Strategy, Washington 2008.

DER OFFIZIER: Atlantic Resolve, in: *Der Offizier*, Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Ausgabe 1/2017, S. 15-16.

DIE PRESSE: Schuh an Schuh: Armee und Politik in Afghanistan, in: *Die Presse*, 24.10.2017, S. 1.

DIE PRESSE: US-Militär setzt größte nicht-nukleare Bombe ein, in: *Die Presse*, 14.04.2017, S. 3.

DIE PRESSE: Ein historischer Besuch in Hiroshima, aber ohne Verneigung, in: *Die Presse*, 12.04.2016, S. 2.

DIE PRESSE: Trump schürt Handelsstreit, in: *Die Presse*, 3.04.2017, S. 6.

DIE PRESSE: „Israel schuld am Scheitern“, in: *Die Presse am Sonntag*, 4.05.2014, S. 8.

DIE PRESSE: Netanjahu will festschreiben, dass Israel jüdischer Staat ist, in: *Die Presse*, 3.05.2014, S. 6.

DIE PRESSE: Europäer finden keine gemeinsame Nahost-Linie, in: *Die Presse*, 30.11.2012, S. 1.

DIE PRESSE: Obamas Fahrplan, in: *Die Presse*, 7.04.2010, S. 6.

DIE PRESSE: US-Militär soll wachsen, in: *Die Presse*, 13.01.2007, S. 8.

DYER, Geoff: US to boost new rapid Nato force,, in: *Financial Times online*, June 22, 2015 7:51 p.m., <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/58fb7a58-190b-11e5-8201-cbdb03d71480.html>, abgerufen am 23.06.2015.

EDELSTEIN, David M., *KREBS*, Ronald R.: Delusions of Grand Strategy, in: *Foreign Affairs*, November/December 2015, S. 109-116.

ERLING, Johnny: China reagiert unterkühlt auf US-Vermittler Biden. US-Vizepräsident will den Konflikt im Ost- und Südchinesischen Meer deeskalieren – China warnt vor falschen Schritten, *Der Standard Online*, 4. Dezember 2013, 17:23 Uhr, <http://derstandard.at/1385169774621/China-warnt-Japan-und-USA-wegen-Militaerzone>, abgerufen am 12.11.2015.

FRIEDMAN, Thomas L.: The brutal truth of Iraq, in: International Herald Tribune, 8.04.2006, S. 7.

EL-GAWHARY, Karim: Nahost: Scherbenhaufen oder doch ein Neuanfang, in: Die Presse, 24.03.2010, S. 6.

ERICKSON, Andrew S.: New U.S. Maritime Strategy: Initial Chinese Responses, in: China Security, Vol. 3 No. 4, Autumn 2007, World Security Institute, S. 40-61.

FARRELL, Henry, *FINNEMORE*, Martha: The End of Hypocrisy, in: Foreign Affairs, November / December 2013, S. 22-26.

FERGUSON, Niall: Colossus. The Rise and Fall of The American Empire, Penguin Books, London 2005.

FOREIGN AFFAIRS: The Scholar as Secretary. A Conversation With Ashton Carter, in: Foreign Affairs, September/October 2015, S. 72-78.

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG: Neue Sanktionen gegen Teheran. Amerika nimmt Irans Raketenprogramm in den Blick, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.01.2016, S. 5.

FRY, Earl H.: Lament for America. Decline of the Superpower. Plan for Renewal, University of Toronto Press 2010.

FULLILOVE, Michael: Down and Out Down Under. Australia's Uneasy American Alliance, in: Foreign Affairs, September/October 2017, S. 29-34.

GAULHOFER, Karl. Neustart für den „schlechtesten Deal“, in: Die Presse, 17.08.2017, S. 15.

GEHLEN, Martin: Revolutionsgarden im Visier der USA, in: Die Presse, 11.10.2017, S. 4.

GEHLEN, Martin: Wie Trump seine Politik in Syrien modifiziert, in: Die Presse, 3.08.2017, S. 6.

GEHLEN, Martin: Das Ende der irkaischen Nation, in: Die Presse, 4.05.2016, S. 6.

GEHLEN, Martin: „Wir regieren nun das Land“, in: Die Presse, 2.05.2016, S. 4.

GIESEN, Christoph Giesen: Donald Trump verstört China, in: Süddeutsche Zeitung, 13.12.2016, S. 1 und 4.

GILLI, Andrea: EU's Military Decline, in: Defense News, June 20, 2011, S. 52.

GOULD, Joe: DoD nominees on hold until McCain gets war plans, in: Defense News, 9.10.2017, S. 8.

GOULD, Joe: U.S. House passes 2017 defense appropriations, in: Defense News, March 20, 2017, S. 14.

GRAND, Camille: Smart Defense, in: Lisa Aronsson / Molly O'Donnell, Smart Defense and the Future of NATO: Can the Alliance Meet the Challenges of the Twenty-First Century?, March 28-30, 2012, Chicago, Illinois, Conference Report and Expert Papers, Presented by The Chicago Council on Global Affairs.

GREBER, Wolfgang: Der neue Meister des Meeres, in: Die Presse, 21.07.2017, S. 8.

GREBER, Wolfgang: „Superzerstörer“ wurde abgeschleppt, in: Die Presse, 24.11.2016, S. 8.

GREBER, Wolfgang: Spionagesatellit wird abgeschossen, in: Die Presse, 16.02.2008, S. 9.

GRIMM, Oliver: Obama und Netanjahu stärken Militärpakt, in: Die Presse, 10.11.2015, S. 7.

GRIMM, Oliver: Inselstreit: Mehr US-Druck auf China, in: Die Presse, 26.09.2015, S. 9.

GRIMM, Oliver: Eigentorlawine der Republikaner, in: Die Presse, 12.09.2015, S. 6.

GRIMM, Oliver: Obamas Rückkehr in den Irak-Krieg, in: Die Presse, 9.08.2014, S. 1.

GRIMM, Oliver: Drohnen statt Panzer, Asien statt EU: Hagels Vision für Amerikas Militärmacht, in: Die Presse, 1.02.2013, S. 7.

GÜSTEN, Susanne: Erdoğan geht mit USA auf Konfrontationskurs, in: Die Presse, 17.06.2017, S. 7.

GÜSTEN, Susanne: USA werfen Waffen für Kurden ab, in: Die Presse, 21.10.2015, S. 2 und 3.

HAASS, Richard N.: Trumps Alleingang gegen Iran kontraproduktiv, in: Die Presse, 27.10.2017, S. 22.

HAASS, Richard N.: Zehn Lehren aus Kims Griff nach Atomwaffen, in: Die Presse, 2.08.2017, S. 22.

HAASS, Richard N.: Die Lehren aus dem Desaster des Irak-Kriegs, in: Die Presse, 21.07.2016, S. 26.

HALE, Julian: U.N. Takes Lead in Libya, in: Defense News, September 5, 2011, S. 4.

HALLION, Richard P.: Storm over Iraq. Air Power and the Gulf War, Smithsonian Institution Press, Washington und London 1992.

HANDELSBLATT, USA drohen Nordkorea mit völliger Zerstörung, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/raketentest-usa->

[drohen-nordkorea-mit-voelliger-zerstoerung/20650594.html](https://www.drohenspiegel.de/drohungen-nordkorea-mit-voelliger-zerstoerung/20650594.html), 30.11.2017 07:23 Uhr, abgerufen am 30.11.2017.

HAUSER, Gunther: Die US-Außenpolitik: Auf dem Weg ins Chaos?, in: Militär Aktuell 1/2017, S. 50.

HAUSER, Gunther: Der Libyen-Einsatz der NATO und die militärischen Defizite der Allianz, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 2/12, Springer VS, Wiesbaden 2012, S. 229-241.

HAUSER, Gunther: Die Münchner Sicherheitskonferenz, in: Der Soldat, 23.02.2011, S. 4.

HAUSER, Gunther: Transatlantische Beziehungen – Politik und Sicherheit, Jahresbericht der Landesverteidigungsakademie 2003, Wien 2004, I-57-I-61.

HENDRIX, Jerry: Rebuild Range or Face Irrelevance. Enemy Tech Pushing US Carriers Out of Fight, in: Defense News, 19.10.2015, S. 21.

HEUSER, Beatrice: Den Krieg denken. Die Entwicklung der Strategie seit der Antike, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2010.

HOBBSAWN, Eric: Globalisierung, Demokratie und Terrorismus, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2009, S. 79.

HORMATS, Robert D.: Iraq War Planners Ignored Powerful Historic Lessons, in: Iraq Uncensored Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes. American Security Project, Fulcrum Publishing 2009, Golden / Colorado, S. 33-34.

HUESSY, Peter: Resist Call To Eliminate Minuteman Force, in: Defense News, 1.02.2016, S. 21.

HUNTINGTON, Samuel P.: U.S. Empire, or Unimultipolar World?, in: Patrick Luciani / Rudyard Griffiths, American Power. Potential and Limits in the 21st Century, Key Porter Books, Toronto 2007, S. 71-87.

IKENBERRY, G. John: American Grand Strategy in the Age of Terror, Survival, vol. 43, no. 4, Winter 2001-2002, S. 19-34.

IKENBERRY, G. John, *KNOCK*, Thomas J., *SLAUGHTER*, Anne-Marie, *SMITH*, Tony, The Crisis of American Foreign Policy. Wilsonianism in the Twenty-first Century, Princeton University Press, Princeton and Oxford 2009.

INSINNA, Valerie: Goldfein: Airstrikes, new deployments still on the table in Afghanistan, in: Defense News, 11.09.2017, S. 18.

INSINNA, Valerie: Stayin‘ alive: No retirement in sight for A-10, U-2, in: Defense News, May 29, 2017, S. 8.

INSINNA, Valerie: Air Force budget steady, ups R&D, in: Defense News, May 29, 2017, S. 18.

INTERNATIONAL NEW YORK TIMES: Diplomacy with Iran Pays off, in: International New York Times, 19.01.2016, S. 8.

JACOBS, Andrew: China's Trawl's, and Nets Empty, in: The New York Times International Weekly / Süddeutsche Zeitung, May 12, 2017, S. 1 und 4.

JAMES, Deborah Lee: Increase USAF Budget or face Consequences. Growing Threats Boost Operational Needs, in: Defense News, 5.10.2015, S. 21.

JOFFE, Josef: The Myth of America's Decline. Politics, Economics, and a Half Century of False Prophecies, Liveright Publishing, New York and London 2014.

JOINT CHIEFS OF STAFF: The National Military Strategy of the United States of America 2015. The United States Military's Contribution to National Security, June 2015, Chairman's Foreword.

KAGAN, Robert: The World America Made, Vintage Books, New York, January 2013.

KAMP, Karl-Heinz: The Need to Adapt NATO's Strategic Concept, in: NATO Defence College, Security Strategies and their Implications for NATO's Strategic Concept, NDC Occasional Paper No. 9, Rome, November 2005, S. 7-14.

KAPLAN, Fred: Obama's Way. The President in Practice, in: Foreign Affairs, January/February 2016, S. 46-63.

KASTENHOFER, Marlies: Kampf der Giganten im Hinterhof Chinas, in: Die Presse, 22.07.2014, S. 4

KENDALL, Frank: US undersecretary of defense for acquisition, logistics and technology, 'Specter of Sequestration ... Will Haunt Us', in: Defense News, 14.12.2015, S. 22.

KENNEDY, Thomas A.: Third Offset: Still for Critical to national Security, in: Defense News, December 5, 2016, S. 23

KISSINGER, Henry: Does America need a foreign policy? Toward a Diplomacy for the 21st Century, Simon & Schuster, New York, London et al. 2001.

KISSINGER, Henry, *ZAKARIA*, Fareed, *FERGUSON*, Niall, *LI*, David Daokui: Wird China das 21. Jahrhundert beherrschen? Eine Debatte, Pantheon Verlag, München, im Februar 2012.

KLARE, Michael T.: Trump und der Reiz der Waffen, in: *Le Monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe, Mai 2017, S. 1 und 10.

KNAUL, Susanne: Ein Punktsieg für die Palästinenser, 10.04.2014, S. 7.

KNAUL, Susanne: Der Staat, der nur auf dem Papier existiert, in: *Die Presse*, 30.11.2012, S. 1.

KODA, Yoji: Significance of the Guidelines for Japan-US Defense Cooperation and Japan's Defense Legislation in 2015, *AJISS-Commentary*, The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, No. 218, Tokyo, 09 September 2015.

KÖHLER, Angela: Kim droht USA mit Wasserstoffbombe, in: *Die Presse*, 23.09.2017, S. 5.

KÖHLER, Angela: Was Kim mit seinen Raketentests bezweckt, in: *Die Presse*, 16.09.2017, S. 9.

KÖHLER, Angela: Wie Südkorea Kim Jong-un ausschalten will, in: *Die Presse*, 6.09.2017, S. 7.

KÖHLER, Angela: Kim schockt Japan: Panik nach Raketentest, in: *Die Presse*, 30.08.2017, S. 2 und 3.

KÖHLER, Angela: Gefährliche Muskelspiele im Pazifik, in: *Die Presse*, 11.06.2016, S. 7.

KOTKIN, Stephen: Professor an der Princeton-Universität, in: Burkhard Bischof, „USA können China nicht niederhalten“, Interview mit dem Princeton-Professor Stephen Kotkin, in: *Die Presse*, 14.04.2017, S. 2 und 3.

KRASNER, Stephen D., *BITEGART*, Amy: Pragmatic Engagement, in: *The American Interest*, Vol. XI No 6, July/August 2016, S. 23-32.

KRISTOL, William: Big Changes, Unexpected Results, in: Patrick Luciani / Rudyard Griffiths, *American Power. Potential and Limits in the 21st Century*, Key Porter Books, Toronto 2007, S. 13-45.

KRÜGER, Paul-Anton: Iran zurück in der Weltwirtschaft, in: *Süddeutsche Zeitung*, 18.01.2016, S. 1.

KRÜGER: Paul-Anton: Magische Formel, in: *loyal*, Magazin für Sicherheitspolitik, Nr. 09/12, S. 6-13, S. 7.

KURIER: Der größte Zerstörer aller Zeiten stach in See, in: *Kurier*, 10.12.2015, S. 7.

LARTER: David: US Navy's biggest cruisers to start retiring in 2020, in: *Defense News*, 9.10.2017, S. 6.

LEAF, Dan: Credibility matters in military options for North Korea, in: *Defense News*, November 6, 2017, S. 29.

LEE, Felix: Wie Nordkorea die Bombe entwickelte, in: Die Presse, 12.09.2017, S. 4.

LEE, Felix: Die Welt muss sich mit Kims Bombe abfinden, in: Die Presse, 5.09.2017, S. 4.

LEE, Felix: Stechschritt und Hasstiraden in Pjöngjang, in: Die Presse am Sonntag, 16.04.2017, S. 3.

LEE, Felix: Trumps antichinesische Twitter-Provokation, in: Die Presse, 6.12.2016, S. 10.

LEE, Felix: USA setzen China im Streit um Spratly-Inseln unter Druck, in: Die Presse, 28.10.2015, S. 6.

LEE, Felix: China baut Große Mauer im Meer, in: Die Presse, 2.04.2015, S. 1.

LEE, Felix, Greber, Wolfgang: China´s verlorene „Seeschlacht“, in: Die Presse, 13.07.2016, S. 5.

LEFFLER, Melvyn P.: Defense on a Diet. How Budget Crises Have Improved U.S. Strategy, in: Foreign Affairs, November / December 2013, S. 65-76.

LIVINGSTON, Steven: Reaping an Uncertain Result: American Media and the Iraq War, in: Iraq Uncensored Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes. American Security Project, Fulcrum Publishing 2009, Golden / Colorado, S. 37-45.

LÖSER, Reinhard: Raketenabwehr: Der Start des Systems verärgert Russland. Das Gleichgewicht einseitig aufgehoben, in: Russland Heute. Eine Beilage des Rossijskaja Gaseta Verlags, Moskau, 6.06.2012, S. 2.

LÖWENSTEIN, Stephan: Iran darf wieder mitspielen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.01.2016, S. 2.

LUKACS, John: Is What´s Good for America Good for the World?, in: Patrick Luciani / Rudyard Griffiths, American Power. Potential and Limits in the 21st Century, Key Porter Books, Toronto 2007, S. 89-103.

MacFARQUHAR, Neil: Russia goes from U.S. foe to friend with Trump, in: The New York Times, International Edition, 2.01.2017, S. 1 und 5.

MANSOUR, Renad: Sectarianism in Iraq: A Struggle between Identity and Issue Politics, European Parliament. Directorate-General for External Policies. Policy Department, Workshop: Sectarianism in the Middle East, EP/EXPO /B/AFET/2016/01, July 2017 – PE 603.843, European Union, Brussels, 2017.

McCURRY; Justin; *PHILLIPS*, Tom: Putin calls for dialogue to avert ‘a catastrophe’, in: The Guardian Weekly, 8.09.2017, S. 4.

McLEARY, Paul: US Security Strategy Reflects Changed World, in: Defense News, 9.02.2015, S. 7.

MEARSHEIMER, John J., *WALT*, Stephan M.: The Case for Offshore Balancing, in: Foreign Affairs, July/August 2016, S. 70-83.

MEHTA, Aaron: America's nukes will cost \$ 1.2 trillion over the next 30 years, in: Defense News, November 6, 2017, S. 22.

MEHTA, Aaron: Revealed: Trump's \$ 110 billion weapons list for the Saudis, in: Defense News, June 12, 2017, S. 4.

MEHTA, Aaron: Study of US military warns of 'significantly weaker America', in: Defense News, October 9, 2017, S. 38 und 39.

MEHTA, Aaron: Home and abroad, politics drive South Korea THAAD deployment, in: Defense News, August 7, 2017, S. 11.

MEHTA, Aaron: \$ 1 billion cut from State's Foreign Military Financing, in: Defense News, May 29, 2017, S. 15.

MEHTA, Aaron: Nuclear Posture Review: What to look for, in: Defense News, April 24, 2017, S. 24.

MEIER-WALSER, Reinhard, *SELIGER*, Bernhard: Wiener Iran-Deal als Modell für Nordkorea-Gespräche, in: Die Presse, 31.08.2017, S. 26-27.

MINISTRY OF DEFENSE (Japan), Launch of Ballistic Missile by North Korea [August 29, 2017], September 2017.

MINISTRY OF DEFENSE (Japan): Japan-U.S. Security Consultative Committee („2+2“) Meeting, in: Japan Defense Focus No. 46, Tokyo, November 2013, S. 2-4.

MUHR, Dieter: Zurück zu alter Stärke, in: Militär Aktuell 4/2016, S. 20-21.

MÜNKLER, Herfried: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Rohwolt Taschenbuch Verlag, 2. Auflage, Reinbek bei Hamburg, März 2008.

NAKAYAMA, Toshihiro: Obama's Smart Retrenchment: Realism or Withdrawal, AJISS-Commentary. The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies No. 214, 24 June 2015.

NAVY CHIEF OF INFORMATION OFFICE: Navy Releases Revised Maritime Strategy, Sory Number: NNS150313-14; Release Date: 3/13/2015 12:05:00 PM, <http://www.navy.mil/submmmit/display.asp?story:id=86029>, abgerufen am 15.02.2016.

NEIDHART, Christoph: Aufstand auf der Insel, in: Süddeutsche Zeitung, 5.01.2016, S. 7.

NÉMETH, Bence: How to bridge the 'three islands': The future of European military co-operation, Strategic Snapshots No. 4, herausgegeben von der Group on Grand Strategy, 25.01.2012.

NISHI, Masanori: Japan's former vice minister of defense, Japan, Allies Must Remain Vigilant in South China Sea, in: Defense News, 14.12.2015, S. 17.

NORTH ATLANTIC TREATY ORGANISATION PRESS OFFICE: NATO Secretary General thanks President Obama for strong US leadership, Brüssel, Dienstag, 26.05.2015.

NYE, Joseph: Macht im 21. Jahrhundert. Politische Strategien für ein neues Zeitalter, Siedler Verlag, München 2011.

OBAMA, Barack: Change we can believe in, Barack Obama's Plan to Renew America's Promise, With a Foreword by Barack Obama, Three Rivers Press, New York 2008.

OBERMAYER, Arthur S.: The New Faith of War, in: Iraq Uncensored Perspectives. Edited by Dr. James M. Ludes. American Security Project, Fulcrum Publishing 2009, Golden / Colorado, S. 73-77.

O'HAMLON, Michael, *PETRAEUS*, David: America's Awesome Military, in: Foreign Affairs, September/October 2016, S. 10-17.

OPALL-ROME, Barbara: For Netanyahu, Pressure Builds To End Battle With Obama, in: Defense News, 7.09.2015, S. 32.

OSSENKOPP, Michael: Gefürchtet und Gehasst: Die Firma, Eine Schöpfung des Kalten Kriegs. Die im Dunkeln sieht man nicht: Wie aus der CIA ein Staat im Staat wurde, in: Salzburger Nachrichten Magazin, 16.09.2017, S. 7.

ÖZKAN, Duygu: Die Methode Erdoğan, in: Die Presse, 13.10.2017, S. 8.

PATRICK, Stewart Patrick: The Unruled World. The Case for Good Enough Global Governance, in: Foreign Affairs, January/February 2014, S. 58-73.

PELINKA, Anton: Wir sind alle Amerikaner. Der abgesagte Niedergang der USA, Verlag Braumüller, Wien 2013.

PERTERER, Johannes: „Die Taliban brauchen Legitimität“, Interview mit Nicholas Haysom, UN-Beauftragter für Afghanistan, in: Die Presse, 20.02.2016, S. 4.

PILKINGTON, Ed: Barack Obama sets out plans for leaner military in historic strategy shift. President says armed forces will move away from large-scale ground warfare and focus more on China in wake of budget cuts, The Guardian, Thursday 5 January 2012 18.37 GMT,

<http://www.guardian.co.uk/world/2012/jan/05/barack-obama-plans-leaner-military/print>, abgerufen am 22.02.2012.

PINCUS, Walter: Future of U.S. Nuclear Arsenal Debated, Washington Post, May 4, 2003, Page A06.

RAABE, Julia: Die atomare Wunderwaffe, in: Die Presse, 14.01.2016, S. 5.

RADEMACHER, Horst: Der lange Weg zur Atommacht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.09.2017, S. 5.

REITER, Erich: Präventivkriegführung nach der neuen US-Sicherheitsstrategie, Österreichische Militärische Zeitschrift, Heft 2/2003, S. 183-188.

RESCHKE, Jörk: Die nationale Sicherheitsstrategie der USA 2010, in: Europäische Sicherheit 9/2010, S. 37-39.

REUTERS: Trump tells Abbas intends to move embassy to Jerusalem: Abbas spokesman, December 5, 2017, 4:06 pm, <https://www.reuters.com/article/us-usa-trump-israel-palestinians/trump-tells-abbas-intends-to-move-embassy-to-jerusalem>, abgerufen: 6.12.2017.

RICHTER, Jiagu: Der Inselstreit und die ADIZ (Luftverteidigungs-Identifikationszone) der VR China im Ostchinesischen Meer, in: Gerd KAMINSKI, Wen versus Wu. Streit und Streitschlichtung, Krieg und Frieden in der chinesischen Tradition und Gegenwart. Harmonie im Zeichen der Neuen Seidenstraße? , Berichte des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Nr. 71, Wien 2016, S. 209-228.

RICHTER, Nicolas: „Geldspritze für den Terror“, in: Süddeutsche Zeitung, 18.01.2016, S. 7.

RIEF, Norbert: Mit dem Testament in der Tasche, in: Die Presse, 17.03.2007, S. 11.

RIEF, Norbert: 622 Milliarden Dollar Rekordbudget für US-Armee, in: Die Presse, 5.02.2007, S. 5.

RIEMER, Andrea K.: Die Internationale Ordnung am Beginn des 21. Jahrhunderts. Ein Enigma für Strategen? Vortrag im Rahmen des 1. Strategieforums des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien, 21. Juli 2005, Schriftliche Version.

RIEMER, Andrea K.: New World Order, Grand Strategies, Gesamtstrategien im 21. Jahrhundert: Eine kritische Einschätzung, Handout, Vortrag im Rahmen des Strategie-Round Table an der Landesverteidigungsakademie Wien am 29. Juni 2004, Institut für Strategie und Sicherheitspolitik.

ROBLES, Frances: Next step in U.S.-Cuba ties, in: International New York Times, 15.12.2015, S. 2.

RUDOLF, Peter: Barack Obamas Afghanistan/Pakistan-Strategie. Analyse und Bewertung, SWP-Studie S11, Stiftung Wissenschaft und Politik. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, Mai 2010.

SALZBURGER NACHRICHTEN: Der US-Stützpunkt Guam. Ein Urlaubsparadies inmitten des Konfliktes, in: Salzburger Nachrichten, 10.08.2017, S. 4.

SALZBURGER NACHRICHTEN: Einig über Waffenruhe, in: Salzburger Nachrichten, 8.07.2017, S. 6.

SALZBURGER NACHRICHTEN: Das teuerste Kriegsschiff der Welt, in: Salzburger Nachrichten, 12.04.2017, S. 1.

SALZBURGER NACHRICHTEN: Ein Luftschlag – und jetzt?, in: Salzburger Nachrichten, 8.04.2017, S. 4.

SALZBURGER NACHRICHTEN, Assad kann im Amt bleiben, in: Salzburger Nachrichten, 1.04.2017, S. 5.

SALZBURGER NACHRICHTEN: Trump: UNO ist nur ein Club zur Unterhaltung, in: Salzburger Nachrichten, 28.12.2016, S. 5

SALZBURGER NACHRICHTEN: USA drohen dem Iran mit neuen Sanktionen, in: Salzburger Nachrichten, 2.01.2016, S. 4.

SCHNEIDER, Heinrich: Liquidiert Präsident Bush das Völkerrecht?, Working Papers 57 / April 2004, Europainstitut an der Wirtschaftsuniversität Wien.

SCHNEIDER, Wieland, Sommerbauer, Jutta: Wie Putin und Erdoğan Syrien neu ordnen wollen, in: Die Presse, 14.11.2017, S. 2 und 3.

SEIBERT, Thomas: Trump fordert neue Sanktionen gegen Iran, in: Die Presse, 14.10.2017, S. 11.

SEIFERT, Thomas: Wie es gelang, al-Qaida aus dem Irak zu vertreiben, in: Die Presse, 20.08.2008, S. 2.

SELIGMAN, Lara: What to Expect in US Air Force's Budget Request, in: Defense News, 1.02.2016, S. 6 und 7.

SIMON, Steven, *STEVENSON*, Jonathan: The end of Pax Americana. Why Washington's Middle East Pullback Makes Sense, in: Foreign Affairs, November/December 2015, S. 2-10.

SOB, Brigitte: Nuklearstrategie der USA. Atomarer Angriff auf den Irak möglich, in: Zur Zeit, Nr. 6/03, S. 11.

SOMMER, Theo: Diese Nato hat ausgedient. Das Bündnis muss europäischer werden. Ein Standpunkt von Theo Sommer, hrsgg. von Roger de Weck, Edition Körber-Stiftung, Berlin 2012.

SPANG, Thomas: Nordkorea hat Guam in Reichweite, in: Salzburger Nachrichten, 16.09.2017, S. 6.

SPANG, Thomas: Die Kritiker wird er nicht mehr überzeugen, in: Salzburger Nachrichten, 5.01.2016, S. 5.

SPANG, Thomas J.: Obama nennt Vertrag mit dem Iran historisch, in: Salzburger Nachrichten, 4.04.2015, S. 5.

SPYKMAN, Nicholas: The Geography of Peace. Harcourt & Brace, New York 1944.

STEINER, Eduard: Neue US-Geschütze gegen Moskau, in: Die Presse, 3.11.2017, S. 12.

STREIHAMMER, Jürgen, *MARSCHIK*, Koloman: Das 113-Milliarden-Dollar-Fiasko am Hindukusch, in: Die Presse, 2.02.2017, S. 4.

STRITTMATTER, Kai: Der chinesische Traum, in: Süddeutsche Zeitung, 23.09.2015, S. 9.

SU, Hao, professor and director of the Center for Strategic and Peace Studies at China Foreign Affairs University (Beijing): China's Political, Military Clout Stabilizes Asia-Pacific, in: Defense News, 14.12.2015, S. 17.

SUN, Jianguo (Admiral): A Great Banner for World's Peaceful Development and a Steadfast Stride towards Centre of International Arena, in: International Strategic Studies 1/2016, Volume 119, China Institute for International Strategic Studies, Beijing 2016, S. 1-8.

SUNG-KI, Jung: S. Korea to Expand Air Defense Zone, in: Defense News, December 9, 2013, S. 1 und 8.

TAN, Michelle: Interview, John McHugh, US Army Secretary, in: Defense News, 19.10.2015, S. 22.

TEPPERMAN, Jonathan: The Envoy. A Conversation With John Kerry, in: Foreign Affairs, November/December 2016, S. 56-64.

THE ECONOMIST: America and the world: US vs UN, in: The Economist, 25.03.2017, S. 54 und 55.

THE ECONOMIST: American and Vietnam: Pull the other one, in: The Economist, 28.05.2016, S. 44 und 45.

THE ECONOMIST: Cruise control, in: The Economist, 23.01.2016, S. 31 und 32.

THE ECONOMIST: America's military strategy. Dealing with reality, Jan 5th 2012, 23:01 by M.J.S.

<http://www.economist.com/blogs/democracyinamerica/2012/01/america-s-military-strategy-dealing-with-reality>, abgerufen am 22.03.2012.

THE NATIONAL INSTITUTE FOR DEFENSE STUDIES: East Asian Strategic Review 2011, The Japan Times, Tokyo, May 2011.

THE NEW YORK TIMES INTERNATIONAL EDITION: The President's Nuclear Trigger, in: The New York Times International Edition, November 17, 2017, S. 10.

THE WHITE HOUSE: National Security Strategy of the United States of America, Washington, December 2017.

THE WHITE HOUSE: Fact Sheet: The 2015 National Security Strategy, February 6, 2015, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2015/02/06/fact-sheet-2015-national-security-strategy>, abgerufen am 23.06.2015.

THE WHITE HOUSE: National Security Strategy, February 2015.

THE WHITE HOUSE: National Strategy for the Arctic Region, Washington, May 2013.

THE WHITE HOUSE: National Security Strategy of the United States of America, May 2010.

THE WHITE HOUSE: State of the Union: A Strong America Leading the World, Office of the Press Secretary, Washington, January 31, 2006.

THE WHITE HOUSE: The National Security Strategy of the United States of America, September 2002.

THE WHITE HOUSE: National Strategy to Combat Weapons of Mass Destruction, December 2002.

THE WHITE HOUSE: President Thanks World Coalition for Anti-Terrorism Efforts, 11. März 2002.

THE WHITE HOUSE: A National Security Strategy for a Global Age, December 2000.

THE WHITE HOUSE: A National Security Strategy for a New Century, December 1999.

THE WHITE HOUSE: A National Security Strategy for a New Century, October 1998.

THE WHITE HOUSE: A National Security Strategy of Engagement and Enlargement, February 1995.

THE WHITE HOUSE: A National Security Strategy of Engagement and Enlargement, July 1994.

THE WHITE HOUSE: National Security Strategy of the United States, January 1987.

THIELE, Ralph D.: Smart Defense in the 21st Century, *The Korean Journal of Security Affairs*, Volume 17, Number 1, June 2012, Research Institute for National Security Affairs, Korean National Defense University, Seoul 2012, S. 83-99.

THORNBERRY, Mac, *KREPINEVICH* Jr., Andrew F.: Preserving Primacy. A Defense Strategy for the New Administration, in: *Foreign Affairs*, September/October 2016, S. 26-35.

TRENIN, Dmitri: The Renewal of the Russian Military. How Moscow Reloaded, in: *Foreign Affairs*, May/June 2016, S. 23-29.

TRUMP: Donald J.: Great again! Wie ich Amerika retten werde, Plassen Verlag, Kulmbach 2016.

TRYANOR, Ian: US defence chief blasts Europe over Nato, *The Guardian*, 10 June 2011 12.46 BST, <http://www.guardian.co.uk/world/2011/jun/10/nato-dismal-future-pentagon-chief/print>, abgerufen am 27.06.2011.

TZSCHASCHEL, Joachim: Saddam Husseins Heiliger Krieg, in: *Anno 1990*, Schloss Verlag, München 1991, S. 85-87.

ULTSCH, Christian: Die Brandrede des Donald Trump, in: *Die Presse*, 20.09.2017, S. 1.

ULTSCH, Christian: Obamas letzte Rede an die Welt, in: *Die Presse*, 21.09.2016, S. 8.

ULTSCH, Christian: Obama-Doktrin: Weltpolizist auf dem Rückzug, in: *Die Presse*, 26.09.2013, S. 9.

ULTSCH, Christian: „Das wunderschöne Österreich ist das iranische Tor zur EU“, in: *Die Presse*, 13.07.2011, S. 5.

ULTSCH, Christian: Warum Kim Jong-il der Welt sein Spiel aufzwingen kann, in: *Die Presse*, 24.11.2010, S. 2.

UNITED NATIONS SECURITY COUNCIL: Resolution 2375 (2017), Adopted by the Security Council at its 8042nd meeting, on 11 September 2017, S/RES/2375 (2017).

UNITED NATIONS SECURITY COUNCIL: Resolution 2371 (2017). Adopted by the Security Council at its 8019th meeting, on 5 August 2017, S/RES/2371 (2017).

UNITED STATES MISSION TO THE UNITED NATIONS: Fact Sheet: Resolution 2375 (2017) Strengthening Sanctions on North Korea, September 11, 2017.

UNITED STATES MISSION TO THE UNITED NATIONS: Fact Sheet: Resolution 2371 (2017) Strengthening Sanctions on North Korea, August 5, 2017.

U.S. DEPARTMENT OF STATE: U.S. Foreign Policy Agenda Vol 7 No 4, U.S. National Security Strategy. A New Era, Washington, December 2002.

VALASEK, Tomas: Surviving Austerity. The case for a new approach to EU military collaboration, Centre for European Reform, London, April 2011.

VICK, Karl: Trump's penchant for chaos brings less world order, in: *TIME Magazine*, August 28, 2017, S. 7 und 8.

von *CLAUSEWITZ*, Carl: Vom Kriege, Rowohlt Taschenbuchverlag, 1963.

von *LEPEL*, Oskar Matthias Frhr.: Die präventive Selbstverteidigung im Lichte des Völkerrechts, in: *Forum-Verbreitung*, Heft 2/2003, S. 77-81.

von *UTHMANN*, Jörg: George Bush mach Weltpolitik, in: *Anno 1990*, Schloss Verlag, München 1991, S. 71-73.

VIEREGGE, Thomas: „Trump's Aufstieg ist gefährlicher als der Aufstieg Chinas“, Interview mit Joseph Nye, in: *Die Presse*, 17.06.2017, S. 6 und 7.

VIEREGGE, Thomas: Moskaus Machtspiel in Afghanistan, in: *Die Presse*, 15.04.2017, S. 5.

VIEREGGE, Thomas: China in der pazifischen US-Flügelzange, in: *Die Presse*, 21.11.2011, S. 5.

VIEREGGE, Thomas: Die Wiederkehr des Irak-Kriegs, in: *Die Presse*, 21.06.2014, S. 6.

VIEREGGE, Thomas: Unter dem Kommando des Sparstifts: Pentagon setzt Alliierte unter Zugzwang, in: *Die Presse*, 21.05.2012, S. 2.

WEAVER, Matthew, *HAAS*, Benjamin: Trump tells China: confront North Korea or US will do it, in: *The Guardian Weekly*, 7.04.2017, S. 13.

WEISGERBER, Marcus: Panetta Singles Out Japan as 'Cornerstone' of Strategy, in: *Defense News*, June 4, 2012, S. 4.

WILL, Gerhard: Tough Crossing: Europa und die Konflikte in der Südchinesischen See, SWP-Studie S10, Stiftung für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin, im Juni 2014.

WILLIAMS, Cindy: Accepting Austerity. The Right Way to Cut Defense, in: *Foreign Affairs*, November / December 2013, S. 54-64.

WOOD, Tony: Russlands gefährliche Schwäche, in: *Le Monde diplomatique*, Deutsche Ausgabe, Mai 2017, S. 12 und 13.

WRASE, Michael: USA rücken von Premier Maliki ab, in: Salzburger Nachrichten, 20.06.2014, S. 5.

WYNNE, Michael: Lessons from Georgia. Renew Focus on Cyberspace Protection, in: Defense News, 18.08.2008, S. 29.

XLANG, Guangkai: Advance Positive Trilateral Interactions While Establishing a New Model of Bilateral Major-Country Relationship, in: International Strategic Studies 2/2014, Serial No 112, China Institute for International Strategic Studies, Beijing 2014, S. 1-6.

YA'ALON, Moshe: Don't Be Fooled by Iran's 'Charm Offensive', in: Defense News, 14.12.2015, S. 16.

YARON, Gil: Trump verwirrt Freund und Feind, in: Salzburger Nachrichten, 26.08.2017, S. 6.

YARON, Gil: Israel ist „enttäuscht“ über Trumps Nahost-Entscheid, in: Salzburger Nachrichten, 3.06.2017, S. 8.

YEO, Mike: Mattis addresses 'clear and present danger' of North Korea threat, in: Defense News, June 12, 2017, S. 12.

YI, Wang: Advancing China's Major-Country Diplomacy in a Changing World, in: Qiushi, CPC Journal on China's Governance & Perspectives, Issue 30, January-March 2017, Vol 9 No 1, Beijing 2017, S. 120-124.

ZAKHEIM, Dov S.: Defense Reform. This Time for Real?, in: The American Interest, July/August 2016, S. 41-50.

ZARIF, Mohammed Javad: What Iran Really Wants, in: Foreign Affairs, May/June 2014, S. 49-59.

ZHENG, Zeguang: Enhancing Mutual Trust Between China and the US Through Strategic Communication, in: Qiushi, CPC Central Committee Quarterly Vol 7 No 4, Issue No 25, Oct-Dec 2015, Beijing 2015, S. 132-134.

ZUMACH, Andreas: US-Veto gegen Kontrolle des Verbots für B-Waffen, in: Die Presse, 26.07.2001, S. 4.

In der vorliegenden Studie analysiert Dr. Gunther Hauser, Ehrenprofessor der Donau-Universität Krems und Leiter des Fachbereichs Internationale Sicherheit am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie Wien, wie sich die USA zwischen 1987 und 2017 welt- und geopolitisch verhalten haben und welche politisch-strategischen Ambitionen zum Ausdruck kamen. Mit dem Ende des „Kalten Krieges“ sahen sich die USA als die einzige verbliebene „Supermacht“ und als Mentor einer „Neuen Weltordnung“, deren Umsetzung bereits in den 1990er Jahren an ihre Grenzen stieß und somit schnell die Legende vom vermeintlichen „Ende der Geschichte“ als solche entlarvt wurde. Dr. Hauser berücksichtigt insbesondere die politischen, sicherheits- und verteidigungspolitischen Entwicklungen der USA und untersucht, wie sehr die politisch-strategischen Dokumente in der Praxis umgesetzt wurden.

ISBN: 978-3-903121-30-0

